

Probleme der Wirtschaftsrechnung im Handel zwischen Zentralverwaltungswirtschaften

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der wirtschaftswissenschaftlichen Doktorwürde
der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Philipps-Universität zu Marburg/L.

vorgelegt von

Hans Joachim Hochstrate
Diplom-Volkswirt aus Gevelsberg

Marburg 1966



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41554417_0014

Probleme der Wirtschaftsrechnung im Handel zwischen Zentralverwaltungswirtschaften

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der wirtschaftswissenschaftlichen Doktorwürde
der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Philipps-Universität zu Marburg/L.

vorgelegt von

Hans Joachim Hochstrate
Diplom-Volkswirt aus Gevelsberg

Marburg 1966



Als Dissertation von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät

angenommen am: 11. Juli 1966

Berichterstatter: Professor Dr. Hensel

Mitberichterstatter: Professor Dr. Hamm

Tag der mündlichen Prüfung: 15. Juli 1966

Gliederung

Probleme der Wirtschaftsrechnung im Internationalen Handel von Zentralverwaltungswirtschaften.

Erster Teil: Basisprobleme der Wirtschaftsrechnung in einer geschlossenen Zentralverwaltungswirtschaft.

Erster Abschnitt: Allgemeine Probleme der Wirtschaftsrechnung bei der Entfaltung eines ökonomisch technischen Systems von Plänen.

- | | | |
|------|---|-------|
| I. | Bemerkungen zum Verlauf der Analyse. | S. 1 |
| II. | Notwendigkeit der Planung und Lenkung des arbeitsteiligen Gesamtprozesses. | S. 2 |
| III. | System der universalen ökonomischen Interdependenz in seinen Teilprozessen. | S. 3 |
| A | Zusammenhang zwischen Wirtschaft und den Zielen menschlicher Lebensgestaltung. | S. 4 |
| B | Sichtbarmachen der gesamtwirtschaftlichen Knappheitsgrade und die Minderung der Knappheit von wirtschaftlichen Gütern. | S. 5 |
| C | Beachtung allgemeiner wirtschaftlicher Sachverhalte und allgemeine Nutzeninterdependenz: Das wirtschaftliche Prinzip; das Kostengesetz; das Gossen'sche Gesetz; zeitlicher Ausgleich der Grenznutzen; Sachverhalt des Ertragsgesetzes, der Komplementarität, der verbundenen Produktion sowie der Substitution. | S. 6 |
| IV. | Notwendigkeit der Entfaltung eines Plansystems und dessen theoretisch nachgewiesenen Erscheinungsformen. | |
| V. | Abgrenzung des Problems für die weitere Analyse. | S. 11 |

Zweiter Abschnitt: Morphologische Voraussetzungen für das Zustandekommen eines allgemeinen Plangleichgewichtes bei vollständig natürlicher Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses.

- I. Wirtschaftsrechnung als Bewertungsproblem. S. 12
- II. Zentralisierung der wirtschaftlichen Planung und die Macht zur Lebensgestaltung. S. 13
- III. Staatseigentum an den Produktionsmitteln. S. 15
- IV. Verteilung des Sozialproduktes und die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit nach Maßgabe der zentralen Planabsichten. S. 16
- V. Notwendigkeit eines hierarchisch aufgebauten zentralen Lenkungsapparates. S. 17
- VI. Ausschaltung konkurrierender Willensbildung. S. 18

Dritter Abschnitt: Entfaltung eines allgemeinen Plangleichgewichtes bei durchgängig natürlicher und zentraler Wirtschaftsrechnung. S. 19

Vierter Abschnitt: Probleme der Wirtschaftsrechnung bei der Verwirklichung der zentralen Planabsichten.

- I. Die Lösung des Leistungsproblems bei durchgängig natürlicher Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses und seine Grenzen. S. 26
 - A Ungünstige morphologische Grundlagen für die Lösung des Leistungsproblems. S. 26
 - B Probleme der umfassenden Leistungsbewertung und der Leistungsentlohnung. S. 27
- II. Aufgaben der Geldrechnung bei der Planverwirklichung. S. 31
 - A Hervorbringen eines Systems von Leistungsanreizen. S. 32
 - B Hervorbringen eines Systems von Leistungskontrollen. S. 37

Zweiter Teil: Probleme der Wirtschaftsrechnung in einer
offenen Zentralverwaltungswirtschaft.

Erster Abschnitt: Entfaltung eines allgemeinen Plangleichge-
wichtes bei durchgängig naturaler und zentraler
Planung des Wirtschaftsprozesses. S. 43

- I. Erweiterung der Problemstellung. S. 43
 - A Sinn des Internationalen Handels für Zentral-
verwaltungswirtschaften. S. 43
 - B Vorteile des Internationalen Handels für
Zentralverwaltungswirtschaften. S. 45
 - C Nach welchen Maßstäben entscheidet sich, ob
und welche Güter international getauscht
werden sollen? S. 47
 - D Das zentrale Bewertungsproblem. S. 50
 - E Wann ist der Plan des internationalen Handels
mit dem zentralen Volkswirtschaftsplan abzu-
stimmen? S. 52
- II. Planung des Außenhandels und die Interdependenz
mit dem Volkswirtschaftsplan. S. 55
 - A Planungsbehörden. S. 55
 - B Planperiode. S. 59
 - C Vorläufige Rangordnung des Bedarfs - Konkre-
tisierung der außerwirtschaftlichen Ziele der
politischen Führung. S. 61
 - D Darstellung der Ziele in Form von Gütern
erster Ordnung. S. 73
 - E Umrechnung der Güter erster Ordnung in Güter
höherer Ordnung. S. 76
 - F Das Sichtbarmachen der gesamtwirtschaftlichen
Knappheiten. S. 86
 - G Umrechnung der Knappheit an Gütern letzter
Ordnung auf die Güter erster Ordnung. S. 87
 - H Die unmittelbare Bewertung. S. 94

Zweiter Abschnitt: Geldwirtschaftliche Probleme der Wirtschaftsrechnung in einer offenen Zentralverwaltungswirtschaft. S. 109

- I. Das Rechnen mit Weltmarktpreisen und die Vereinfachung des Bewertungsproblems. S. 109
 - A Die Preisermittlung im internationalen Handel zwischen Zentralverwaltungswirtschaften. S. 110
 - B Die Bewertung mit Hilfe der Weltmarktpreise. S. 115
- II. Das Rechnen mit Geldpreisen auf der Grundlage des güterwirtschaftlichen Plangleichgewichtes. S. 120
 - A Die Funktionen der Preise. S. 120
 - B Die zusätzlichen Aufgaben bei der Planung des Außenhandels. S. 122
 - C Die Verteilung der Aufgaben auf die einzelnen Teilpläne im Außenhandel. S. 123
- III. Die Funktionen des Preisausgleichs. S. 131
- IV. Gründe für die mangelnde Geschlossenheit der betrieblichen Wirtschaftsrechnung und das Fehlen eines allseitigen wirtschaftlichen ^{Rechnungs-}zusammenhanges. S. 141
 - A Die Diskrepanz zwischen den zentralen Plananforderungen und den einzelwirtschaftlichen Interessen. S. 142
 - B Ursachen für das Fehlen eines allseitigen wirtschaftlichen Rechnungszusammenhanges. S. 148
- V. Grundfragen über die Anwendung des neuen ökonomischen Systems bei der Planung und Leitung der Volkswirtschaft im Außenhandel Mitteldeutschlands. S. 150
 - A Reformvorschläge zur Überwindung der systembedingten Schwierigkeiten im binnenländischen Wirtschaftsprozess. S. 151
 - B Besonderheiten für die Lösung des Leistungsproblems bei der Anwendung des neuen ökonomischen Systems im Außenhandel. S. 155

Dritter Teil: Besonderheiten der Wirtschaftsrechnung
im Handel zwischen Zentralverwaltungs-
wirtschaften. Die Handelspolitik der
Staaten. S. 163

Erster Abschnitt: Das Prinzip des sozialistischen
Internationalismus und die Zentrali-
sierung der Wirtschaftspolitik zu
anderen Staaten. S. 163

Zweiter Abschnitt: Das System der zentralverwaltungs-
wirtschaftlichen Außenwirtschaftspolitik. S. 165

I. Kriterien der außenwirtschaftlichen Zusammen-
arbeit. S. 166

A Die Art und Weise der Ausarbeitung der
wirtschaftlichen Teilpläne und deren
Koordination. S. 166

B Die staatsmonopolistische Organisation der
Außenwirtschaft. S. 166

C Die Abhängigkeit von den Planabsichten der
politischen Führung im Außenhandelspartner-
land. S. 167

D Ehrgeizige außenwirtschaftliche Ziele können
auf Kosten und zu Lasten binnenwirtschaft-
licher Ziele verwirklicht werden. S. 168

II. Instrumente der außenwirtschaftlichen Zusammen-
arbeit. S. 169

A Gestaltungsprobleme. S. 169

B Handelsverträge. S. 170

C Handelsabkommen. S. 171

D Abkommen über die Zahlungs- und Lieferbe-
dingungen. S. 172

E Spezielle zwischenstaatliche Abkommen. S. 175

III. Grundlagen der Ordnung des internationalen
Handels zwischen Zentralverwaltungswirtschaften. S. 175

A Kontingentierung der Warenein- und Warenaus-
fuhr. S. 176

B	Bilateralität der Handelsvereinbarungen.	S. 176
C	Staatliches Devisen- und Verrechnungsmonopol.	S. 177
IV.	Die Vorteile einer intensiven internationalen Arbeitsteilung und deren politischen Grenzen.	S. 179
V.	Methoden der außenwirtschaftlichen Zusammenarbeit.	S. 181
A	Grundlagen der wirtschaftlichen und politischen Herrschaftsverhältnisse in Zentralverwaltungswirtschaften.	S. 181
B	Das Problem der Macht im Handel der Staaten.	S. 185
	1. Der Handel zwischen zwei unabhängigen Zentralverwaltungswirtschaften.	S. 185
	2. Der Handel zwischen einer unabhängigen und einer abhängigen Zentralverwaltungswirtschaft.	S. 187
	3. Der Handel zwischen mehreren Zentralverwaltungswirtschaften.	S. 193
	4. Der Handel zwischen einer unabhängigen und einer abhängigen Zentralverwaltungswirtschaft, die beide mit mehreren Zentralverwaltungswirtschaften außenwirtschaftlich verflochten sind.	S. 195
VI.	Gründe, die die Anwendung ökonomischer Modellkonstruktionen behindern.	S. 196
VII.	Notwendige unterschiedliche Preisrelationen im Ost - Ost- und im Ost - Westhandel.	S. 198
VIII.	Möglichkeiten eines multilateralen Handelsaustausches zwischen Zentralverwaltungswirtschaften.	S. 201
A	Das multilaterale Clearing zwischen Zentralverwaltungswirtschaften.	S. 203
B	Die Integration der volkswirtschaftlichen Planung im Rahmen des COMECON.	S. 204
C.	Der zentrale Plan für alle Mitgliedsländer des COMECON.	S. 208
IX.	Schlußfolgerung	S. 208

Erster Teil

Basisprobleme der Wirtschaftsrechnung in einer geschlossenen Zentralverwaltungswirtschaft.

Erster Abschnitt: Allgemeine Probleme der Wirtschaftsrechnung bei der Entfaltung eines ökonomisch technischen Systems von Plänen.

I. Bemerkungen zum Verlauf der Analyse.

"Die ... große wirtschaftspolitische Frage - nämlich der Aufbau einer funktionsfähigen internationalen Wirtschaftsordnung - ist von einem so dichten Schleier der Ideologien überdeckt, daß es notwendig ist, sich auf ganz einfache Tatsachen zu besinnen."¹⁾

"Wie immer die zentrale Lenkung des Außenhandels im einzelnen ausgestaltet ist - ihr fehlt die Auslese - und Rechenmaschine, die notwendig ist, um ihn der Überwindung der Knappheit dienstbar zu machen."²⁾

Diese beiden Sätze, die Walter Eucken über den internationalen Handel³⁾ in Zentralverwaltungswirtschaften schrieb, werden den Verlauf unserer Analyse bestimmen.

1) Eucken, W.: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen, Zürich, 1955, 2, S.110.

2) Ebenda, S.111.

3) Der Begriff Außenwirtschaft kennzeichnet besser die Gesamtheit aller zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen. Er wird darum vorwiegend erst im dritten Teil dieser Untersuchung verwandt, in welchem versucht wird, ein System der außenwirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Zentralverwaltungswirtschaften aufzustellen, wobei die wirtschaftlichen Beziehungen auch von den allgemeinen politischen Beziehungen der Staaten abhängen und diese wiederum beeinflussen.

Vom internationalen Handel sprechen wir indes, weil der Güter- und Dienstleistungsaustausch der in die internationale Arbeitsteilung verflochtenen Zentralverwaltungswirtschaften vorwiegend Gegenstand zwischenstaatlicher Abkommen ist.

Vom Außenhandel wird dagegen nur dort gesprochen, wo es darum geht, die Planung des binnenländischen Wirtschaftsprozesses streng von den güterwirtschaftlichen Hergängen im Außenhandel zu trennen und wo die Frage untersucht wird, wie die Planung der Außenhandelsgüterströme mit der Planung der binnenwirtschaftlichen Hergänge zu koordinieren ist.

Schritt für Schritt soll auf den "ganz einfachen Tatsachen" aufgebaut werden, wobei stets die Auswirkungen der äußeren Verhältnisse auf die Wirtschaftsrechnung zu beachten sind. Wir werden die Probleme in ihrer Reihenfolge zu untersuchen haben, wie sie sich aus der Sache selbst ergeben. Erst ziemlich zum Schluß der Untersuchung wird somit die Eucken-sche These sowohl theoretisch als auch in der alltäglichen wirtschaftlichen Wirklichkeit bewiesen sein oder verworfen werden müssen; die These nämlich, daß die Zentralverwaltungs-wirtschaft kein Lenkungssystem biete, das den Erfordernissen der internationalen Arbeitsteilung gerecht werde und sich so als ungeeignet erweise, die Erfordernisse der modernen industrialisierten Welt zu erfüllen.¹⁾

II. Notwendigkeit der Planung und Lenkung des arbeitsteiligen Gesamtprozesses.

Betrachtet man die arbeitsteilige wirtschaftliche Wirklichkeit, so verstrickt man sich alsbald in ein unübersehbares Geäst und Netzwerk wirtschaftlicher Bedingungsbeziehungen, Wechselwirkungen, Abhängigkeiten, Interdependenzen. Wirtschaften ist also nicht in isoliert nebeneinander herlaufenden Vorgängen und Teilprozessen zu begreifen, sondern als allseitiger Zusammenhang.

"Vor allem besteht ein alles umfassender Zusammenhang zwischen Wirtschaft und praktisch allen Zielen menschlicher Lebensgestaltung, von denen her das Wirtschaften seinen Sinn erhält ..." ¹⁾ Da die wirtschaftlichen Güter als Darbietungen der Natur den Menschen nicht unbegrenzt verfügbar und den Zielen der menschlichen Lebenserhaltung und Lebensgestaltung erst dienstbar zu machen sind, indem sie gefördert, be- und verarbeitet, bewegt und transportiert werden müssen, und andererseits die Wünsche und Begehren der

1) Hensel, K. Paul, Artikel "Planwirtschaft", in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften (HdSW), hergg. v. Beckerath, E. v. u. a., Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1963, Bd. 8, S. 326.

Menschen den vorhandenen Bestand an wirtschaftlichen Gütern im allgemeinen übersteigen, ist einmal der Sachverhalt der Knappheit an wirtschaftlichen Gütern dem täglichen Wirtschaftsleben immanent, zum andern besteht eine allseitige Konkurrenz der menschlichen Ziele um die vorhandenen wirtschaftlichen Güter.

Der Sachverhalt der Knappheit¹⁾ an wirtschaftlichen Gütern nötigt den Menschen zu rationellem, disponiertem, kalkuliertem, zweckbestimmtem wirtschaftlichem Handeln und Verhalten. Wirtschaften und Planen sind somit untrennbar miteinander verbunden.

Aus der Konkurrenz der menschlichen Ziele um die vorhandenen wirtschaftlichen Güter folgt sachnotwendig, daß der insgesamt verfügbare Güterstrom auf die außerwirtschaftlichen menschlichen Ziele hin zu lenken ist.

-
- 1) Da der Knappheitsbegriff in der nationalökonomischen Theorie nicht immer einheitlich verwendet wird, unterscheidet Hensel zwischen Knappheit, relativer Knappheit und Knappheitsgrad. Knappheit kennzeichnet dabei den Sachverhalt, daß der Bedarf an wirtschaftlichen Gütern, der sich letztlich immer aus den außerwirtschaftlichen Zielen ergibt, erfahrungsgemäß größer ist als die zu einer bestimmten Zeit vorhandenen verfügbaren wirtschaftlichen Güter. Die relative Knappheit besagt, daß ein Gut knapper sein kann als andere Güter. "Der Knappheitsgrad eines bestimmten Gutes ist die Differenz zwischen seiner verfügbaren Menge auf der einen sowie der Menge des Bedarfs an diesen selben Gütern auf der anderen Seite". Hensel, K. Paul: Ordnung der Wirtschaft als wissenschaftliches Problem, in: Ordo, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft Bd. XV/XVI, Düsseldorf, München 1965, S. 8. Anzeige von Knappheitsgraden: "Projekte über technisch mögliche Kombinationen knapper Güter erhalten erst dann die Eigenart eines ökonomischen Planes, wenn die in ihnen getroffenen Entscheidungen über die Verwendung knapper Mittel an den gesamtwirtschaftlichen Knappheitsgraden der betreffenden Güterarten orientiert sind." Hensel, K. Paul ebenda. Die Art, wie die gesamtwirtschaftlichen Knappheitsgrade angezeigt und erkennbar gemacht werden können, ist damit Voraussetzung für das Zustandekommen von Plänen und deren Koordination zu einem gesamtwirtschaftlichen Plansystem.

III. System der universalen ökonomischen Interdependenz in seinen Teilprozessen.

Für die Planung und Lenkung des wirtschaftlichen Gesamtprozesses ist es aber wichtig, die wechselseitigen Abhängigkeiten sichtbar zu machen, um sie nacheinander denken und in die Wirtschaftsrechnung einbauen zu können.

A. Zusammenhang zwischen Wirtschaft und den Zielen menschlicher Lebensgestaltung.

Der wirtschaftliche Alltag offenbart sich uns als ein System von wirtschaftlichen und technischen Bedingungs-zusammenhängen. Güter sind aus Gütern herzustellen. Dazu bedarf es der menschlichen Arbeit. Bei arbeitsteiliger Wirtschaftsweise kooperieren die Menschen wirtschaftlich miteinander. Alle Güter und die menschlichen Leistungen dienen außerwirtschaftlichen menschlichen Zielen. Erhaltung und Entfaltung menschlicher Kräfte und Fähigkeiten sind somit auch Sinn des Arbeitens und Wirtschaftens selber. Beim Aufbau eines solchen Systems von Beziehungen zwischen Gütern, zwischen Menschen und Gütern sowie zwischen Wirtschaft und Lebensgestaltung wird die Konkurrenz der außerwirtschaftlichen Ziele um die vorhandenen knappen Mittel entschieden.

B. Sichtbarmachen der gesamtwirtschaftlichen Knappheitsgrade und die Minderung der Knappheit von wirtschaftlichen Gütern.

Dieses Problem der Planung und Lenkung des wirtschaftlichen Gesamtprozesses ist aber erst dann zu lösen, wenn der Bedarf an wirtschaftlichen Gütern, der sich aus den außerwirtschaftlichen Zielen der Menschen ergibt, verglichen werden kann mit der vorhandenen Menge an diesen wirtschaftlichen Gütern. Nur so ist es möglich, die Knappheit dieser Güter, von denen es in einer modernen arbeitsteiligen Volkswirtschaft Millionen geben dürfte, genau festzustellen. Damit kann auch die Konkurrenz der Ziele um

die knappen Mittel, d.h. die Verwendung der wirtschaftlichen Güter, sinnvoll an Hand und nach Maßgabe der Knappheitsgrade jedes dieser wirtschaftlichen Güter entschieden und die arbeitsteiligen Hergänge können wirtschaftlich aufeinander abgestimmt werden. Eine genaue Sichtbarmachung der Knappheiten ist also notwendig, um anzuzeigen, wie es mit der Knappheit der einzelnen Güter steht und wie die Wirtschaftssubjekte zu disponieren haben, damit die Verwendung der knappen Mittel ökonomisch sinnvoll getroffen und das wirtschaftliche Handeln und Verhalten der Menschen auf die Minderung der Knappheit an wirtschaftlichen Gütern ausgerichtet werden kann. Nur mittels eines derartigen Recheninstrumentes ist ein System so vieler wirtschaftlicher Teilprozesse wirksam zu koordinieren. Die Wirtschaftsrechnung bei der Entfaltung eines solchen Systems von Beziehungen ist damit nicht zufälliger, sondern zwingender Art. Dazu sind freilich noch zwei weitere wichtige Aufgaben zu lösen: Die Leistungen der Betriebe und der einzelnen wirtschaftenden Menschen sind zu kontrollieren und das Sozialprodukt ist auf die Konsumenten aufzuteilen. In welcher Art dies geschieht, muß der späteren Darstellung vorbehalten bleiben.

C. Beachtung allgemeiner wirtschaftlicher Sachverhalte und allgemeine Nutzeninterdependenz.

Schließlich sind bei der Verflechtung des wirtschaftlichen Geschehens auch allgemeine wirtschaftliche Sachverhalte zu beachten, weil auch sie die Verwendungsentscheidungen über die knappen wirtschaftlichen Güter wesentlich beeinflussen.

1. Die wirtschaftlichen Güter stiften in ihren jeweiligen Verwendungen zur Realisierung eines ganz bestimmten Zweckes einen bestimmten Nutzen. Aus dem Sachverhalt der Knappheit an wirtschaftlichen Gütern folgt darum, daß diese Güter sparsam und wirtschaftlich einzusetzen sind, um mit den verfügbaren Mitteln einen möglichst großen Erfolg erzielen zu können. "Aus dem Sachverhalt der Knappheit der Güter

folgt somit das wirtschaftliche Prinzip, dessen Inhalt in der Maximierung des Nutzens der verfügbaren wirtschaftlichen Güter aller Art besteht."¹⁾

2. Die mehrfache Verwendbarkeit eines wirtschaftlichen Gutes für verschiedene außerwirtschaftliche Ziele bewirkt eine Konkurrenz der Ziele um die verfügbaren wirtschaftlichen Güter, die diesen Zielen dienen sollen. Wird ein Gut in eine ganz bestimmte Verwendungsrichtung gelenkt, so ist es für die Verwirklichung aller anderen Ziele, in denen es nützlich gewesen wäre, verloren. Dieser Sachverhalt, das Kostengesetz, besagt, daß bei der Lenkung des arbeitsteiligen Gesamtprozesses die Verwirklichung weniger wichtiger Ziele auf Kosten wichtigerer Ziele vermieden werden muß. Kosten sind hierbei als entgehende Nutzen zu verstehen.

3. Nun sind die meisten außerwirtschaftlichen Ziele auch in kleinen und kleinsten Teilmengen zu realisieren, wenn nur die wirtschaftlichen Güter, die diesen Zielen dienen, ebenfalls teilbar sind. Können somit die Wünsche und Begehren der Menschen in Teilmengen wirtschaftlicher Güter befriedigt werden, dann wird die in einer Verwendungsrichtung aufgebrachte Teileinheit eines wirtschaftlichen Gutes hier einen höheren Nutzen stiften als die jeweils folgenden Teileinheiten dieses Gutes in der gleichen Verwendung. Dieser Sachverhalt der abnehmenden Intensität eines Bedürfnisses bei zunehmender Befriedigung, Gossensches Gesetz

1) Hensel, K. Paul: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, eine vergleichende Untersuchung idealtypischer wirtschaftlicher Lenkungssysteme an Hand des Problems der Wirtschaftsrechnung, Schriften zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme, Hrsgg. v. K. Paul Hensel, H. 1. Stuttgart 1954, S. 2. Das hier allgemein erwähnte wirtschaftliche Prinzip ist unter zwei Aspekten zu beachten: Einmal in der "Maximierung des Nutzens der wirtschaftlichen Güter durch ihre Verwendung nach der Rangordnung der Wichtigkeit der Ziele" und zum anderen "in der Maximierung des Nutzens der wirtschaftlichen Güter im Wege der Einsparung von Produktionselementen bei der Herstellung der einzelnen Güter". Ebenda S. 4, 5.

genannt¹⁾, besagt, daß der Nutzen der für ein außerwirtschaftliches Ziel zuletzt aufgewandten Teileinheit dieses wirtschaftlichen Gutes - sein Grenznutzen - kleiner ist als der Nutzen, den die jeweils vorher eingesetzte Teilmenge zu stiften vermag. "Wenn der Nutzen der insgesamt verfügbaren wirtschaftlichen Güter maximiert werden soll, dann sind die einzelnen Güter so auf ihre verschiedenen Verwendungen zu verteilen, daß sich ihre Grenznutzen in allen ihren Verwendungen ausgleichen."²⁾

4. Neben dem sachlichen Ausgleich der Grenznutzen ist jedoch auch auf einen zeitlichen Ausgleich der Grenznutzen zu achten. Das gilt vor allem auf die Beantwortung solcher Fragen, ob Produktionsumwege, d.h. Investitionen, im Sinne der Nutzenmaximierung vertretbar sind. Diese Fragen werden nach der Wichtigkeit der außerwirtschaftlichen Ziele in Gegenwart und Zukunft entschieden.³⁾

5. Schließlich ist nach dem Sachverhalt des Ertragsgesetzes⁴⁾ der Ausgleich der Grenznutzen eines wirtschaftlichen Gutes nur nach Maßgabe der Ertragsverläufe des wirtschaftlichen Gutes in allen seinen Verwendungsrichtungen zu erreichen.⁵⁾

-
- 1) Gossen, H. Heinrich: Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln für das menschliche Handeln, Berlin 1927, 3. Aufl., S. 4 f.. Die hier gestreiften Zusammenhänge wurden zuerst von diesem Autor analysiert und ihm zur Ehre "Gossensches Gesetz" genannt.
 - 2) Hensel, K. Paul: Einführung in die Theorie der Zentralveraltungswirtschaft, a.a.O., S. 12.
 - 3) Bedeutsam für den Ausgleich der Grenznutzen ist hier auch das Böhm-Bawerksche Gesetz von der "Minderschätzung künftiger Bedürfnisse". Vgl. Böhm-Bawerk, E. v.: Positive Theorie des Capitales, Innsbruck 1902, 2. Aufl., S. 248 ff und Stackelberg, H. v.: Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, Tübingen, Zürich, 1951, 2. Aufl., S. 129 ff.
 - 4) Hensel, K. Paul: Einführung in die Theorie der Zentralveraltungswirtschaft, a.a.O., S. 16 ff.
 - 5) Gutmann, G.: Theorie und Praxis der monetären Planung in der Zentralverwaltungswirtschaft, Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen, Hrsg. K. Paul Hensel und K. Pleyer, H. 5, Stuttgart 1965, S. 22 ff.

6. Nach dem Sachverhalt der Komplementarität können Güter nur in Verbindung mit anderen Gütern persönlicher oder sachlicher Art hergestellt werden und den Menschen nützlich sein. Für die Herstellung eines Gutes erster Ordnung muß jeweils ein Bündel von Gütern zweiter bis entferntester Ordnung in festen oder variablen Mengenverhältnissen komplementär zusammenwirken. "Die Veränderung der verfügbaren Menge eines Gutes berührt somit nicht nur die Grenznutzen dieses einen Gutes, sondern ebenso die Grenznutzen aller komplementären Güter."¹⁾

7. Nicht selten fallen auch bei verschiedenen produktiven Kombinationen von Produktionselementen Abfall- oder Nebenprodukte an, die in festen oder variablen Verhältnissen zu den Hauptprodukten stehen. Das Problem der Nutzenmaximierung bei solchen verbundenen Produktionen besteht darin, die Nutzen der verbundenen Produkte insgesamt zu steigern.

8. Auch sind für die Verwirklichung eines bestimmten außerwirtschaftlichen Zieles wirtschaftliche Güter durch andere zu ersetzen. Eine solche Substitution verändert nicht nur die Grenznutzen des ersetzten, sondern in gleicher Weise auch die des ersetzenden Gutes.

9. "Den mannigfachen Formen wirtschaftlicher Verflechtung entspricht somit eine allgemeine Nutzeninterdependenz der wirtschaftlichen Güter aller Ordnungen."²⁾ Der Maxime zu sparsamem, wirtschaftlichem, rationalem Handeln und Verhalten aller am Wirtschaftsleben beteiligten Personen wird daher um so eher entsprochen werden können, je besser diese universale ökonomische Interdependenz in ihren Teilprozessen sichtbar gemacht werden kann, um auf die Wirtschaftsrechnung aller einzuwirken.

1) Hensel, K. Paul: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S. 33.

2) Hensel, K. Paul: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S. 33.

IV. Notwendigkeit der Entfaltung eines Plansystems und dessen theoretisch nachgewiesenen Erscheinungsformen.

Die sachliche, räumliche und zeitliche Proportionierung der vielen wirtschaftlichen Teilprozesse ist ein Problem, das durch Planung und Lenkung zu lösen ist. Es gilt also ein System von Plänen zu schaffen, die dieses Ineinandergreifen enthalten, sichtbar machen und hervorbringen, da sich eine sinnvolle Koordination der wirtschaftlichen Teilprozesse nicht von selbst ergibt, sondern geplant werden muß. "Offenbar kann die Planung des arbeitsteiligen Gesamtprozesses nicht allein in einem einzigen Plan vorgenommen werden, denn zu planen sind die produktiven und konsumtiven Kombinationen, die Herstellung, Verarbeitung und Verwendung der Güterarten und -mengen im Zeitablauf und für bestimmte Zeitspannen. Es sind also vom arbeitsteiligen Ganzen her gesehen mindestens so viele Pläne aufzustellen wie es Güterarten gibt."¹⁾ Bildung und Entfaltung eines koordinierten Systems von Einzel- oder Teilplänen ist indessen nur möglich an Hand und nach Maßgabe der Knappheitsgrade der Millionen wirtschaftlichen Güter.

Theoretisch nachgewiesen sind bisher nur zwei Arten der Knappheitsanzeige²⁾: In einer "Marktwirtschaft", in welcher der Wirtschaftsprozess vorwiegend von den Staatsbürgern selbst geplant wird, werden die Knappheitsgrade der Güter an deren Preisen sichtbar, die sich auf den Märkten bilden. Bei staatlicher Planung des Wirtschaftsprozesses, wie etwa in den Ländern des Sowjetblockes, zeigen sich die Knappheitsgrade in den Salden der Pläne, die für die einzelnen Güterarten auszuarbeiten sind. Wenn es also nur zwei Arten der Knappheitsanzeige gibt, dann sind auch nur zwei Plansysteme möglich, die jeweils Planung und Lenkung

1) Hensel, K. Paul: Artikel Planwirtschaft, in: HDSW Bd. 8, a.a.O., S. 326.

2) Hensel, K. Paul: Ordnung der Wirtschaft als wissenschaftliches Problem, in: Ordo, Bd. XV/XVI, S. 8.

des wirtschaftlichen Gesamtprozesses konstituieren.¹⁾

- 1) Das Planungssystem kann als konstitutiver Bestandteil der Wirtschaftsordnung bezeichnet werden, weil wegen des Zusammenhanges zwischen Planautonomie und Autonomie der Lebensgestaltung die wirtschaftliche Gesamtordnung in ihrem Kern begründet wird. Aus diesem Grunde orientiert sich in dieser Untersuchung der Begriff des Wirtschaftssystems an dem entscheidenden wirtschaftlichen Problem der Entfaltung eines gesamtwirtschaftlichen Plansystems. Insofern sind nur zwei Wirtschaftssysteme zu unterscheiden. Das Planungssystem ist jedoch nur ein Bestandteil der wirtschaftlichen Gesamtordnung. Außer sittlicher und rechtlicher Ordnung sind Wirtschaftsordnungen morphologische Gebilde, die sich aus den Hauptordnungsformen der Planung, des Eigentums, der Märkte, der Geldversorgung und der Unternehmen zusammensetzen. Von jeder dieser Hauptformen gibt es zwei oder mehrere Elementarformen, die alle in einem bestimmten Staatsgebiet zu einer bestimmten Zeit in vielen Mischungen verwirklicht sein können. Diese elementaren Formelemente wirken gestaltend auf den Wirtschaftsprozeß jedoch nie für sich allein, sondern immer im Zusammenwirken mit anderen. Dabei können sich diese interdependenten Wirkungen gegenseitig verstärken, abschwächen oder gar aufheben. Die sittliche, rechtliche und morphologische Ausgestaltung der Wirtschaftsordnung erweist sich damit als eigentliche Bedingungskonstellation für das Handeln und Verhalten der Menschen in einer konkreten Wirtschaftsordnung. Für den historischen Moment sind also sehr viele Wirtschaftsordnungen mit unterschiedlichen Wirkungen und unterschiedlichen Verhaltensspielräumen der Menschen zueinander denkbar. Für eine möglichst vollständige Lösung des Lenkungs-, Leistungs- und Interessenproblems in der Wirtschaft ist es jedoch notwendig, alle anderen Formelemente der Wirtschaftsordnung dem Planungssystem möglichst anzupassen, zu koordinieren und synchronisieren. Damit wird aber auch die sittliche, rechtliche und morphologische Ausgestaltung der wirtschaftlichen Gesamtordnung zu einem Problem der Planung. Dies interessiert jedoch in dieser Untersuchung nicht. Hier wird vielmehr von einer realisierten Ordnung als Datum wirtschaftlichen Geschehens ausgegangen und gefragt, wie es gelingen kann, in einem System staatlicher Planung den Außenhandel in den Wirtschaftsprozeß zu integrieren. Setzt man diesen von Hensel geprägten Begriff der Wirtschaftsordnung und des Wirtschaftssystems voraus, dann machen sittliche und rechtliche Ordnung sowie das morphologische Gebilde den konkreten Inhalt der Wirtschaftsordnung aus. Jedenfalls ist es nicht so, wie G. Neuhauser meint, daß die Ordnungsmodelle grundsätzlich nur unter einem einzigen Gesichtspunkt konstruiert und die wirtschaftspolitischen Systeme insofern unausgewogen wären, als nur einer der Grundbestandteile ausgefüllt sei und dadurch die Bedeutung des entscheidenden Wesensmerkmales erhalte, während die anderen Elemente, von deren konkreter Gestaltung die jeweilige Eigenart eines ----->

V. Abgrenzung des Problems für die weitere Analyse.

In welcher Weise sich diese Plansysteme und deren Lenkungs-
funktionen im Grunde unterscheiden und wie es mit
Hilfe dieser Recheninstrumente möglich ist, ein allgemeines
Plangleichgewicht herzustellen, wurde von Hensel ausführlich
und eindeutig beschrieben.¹⁾

Es kann also hier auf die Darstellung des Systems bürger-
licher Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses ver-
zichtet werden. Ebenso können wir von dem allgemeinen Plan-
gleichgewicht im System staatlicher Planung ausgehen. Das
geschieht nicht, um die eigentlichen Probleme der Wirt-
schaftsrechnung und die Lenkungsfunktionen in einem solchen
System aus dieser Untersuchung herauszumanövrieren. Es
sollen vielmehr schon an dieser Stelle die Voraussetzungen
und morphologischen Besonderheiten des Systems staatlicher
Planung und Lenkung des arbeitsteiligen Gesamtprozesses zu
einem allgemeinen Plangleichgewicht bei durchgängig natura-
ler Wirtschaftsrechnung herauskristallisiert werden. Es
wird sich zeigen, daß hierbei unnötige Wiederholungen der
Probleme der Wirtschaftsrechnung vermieden werden können,
da sie sich bei der Analyse einer offenen, in die interna-
tionale Arbeitsteilung verflochtenen Zentralverwaltungs-
wirtschaft sachlich erneut stellen.

wirtschaftspolitischen Systems im gleichen Maße mitbe-
stimmt werde, nur schematisch bezeichnet und dadurch un-
wesentlich würden. Vgl. Neuhauser, G.: Zur Klärung eini-
ger Grundbegriffe der theoretischen Wirtschaftspolitik,
Sonderabdruck aus der Zeitschrift Nationalökonomie, Bd.
XVIII, H.2, 1957, S.247 und 255. Im Gegensatz dazu
Hensel, K. Paul: Die Ordnung der Wirtschaft als wissen-
schaftliches Problem, Ordo, Bd. XV/XVI, S.3-18.

1) Hensel, K. Paul: Einführung in die Theorie der Zentralver-
waltungswirtschaft, Stuttgart, 1954.

Zweiter Abschnitt: Die morphologischen Voraussetzungen für das Zustandekommen eines allgemeinen Plangleichgewichtes bei vollständig natürlicher Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses.

I. Wirtschaftsrechnung als Bewertungsproblem.

Unter rein ökonomischem Aspekt muß ein staatliches Plansystem ein in sich geschlossenes System der Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses darstellen. Für eine sinnvolle Koordination der unübersehbar vielen wirtschaftlichen Teilprozesse und einer Anpassung der arbeitsteiligen Hergänge überhaupt ist ein in sich geschlossenes System der Wirtschaftsrechnung vonnöten. Jede wirtschaftliche Datenänderung ist auf das Plansystem zu übertragen, um auf die arbeitsteiligen Interdependenzen entsprechend einzuwirken. Um letztere erkennbar zu machen, ist eine genaue Knappheitsanzeige aller wirtschaftlichen Güter notwendig. Anhand dieser genauen Knappheitsanzeige muß ein straffer Rechnungszusammenhang, ein Ausgleich der Grenznutzen aller Güter in sachlicher und zeitlicher Hinsicht in allen ihren jeweiligen Verwendungen und damit ein allgemeines Plangleichgewicht herbeigeführt werden. Da außerwirtschaftliche Ziele nur mit Hilfe wirtschaftlicher Güter verwirklicht werden können, konkurrieren die außerwirtschaftlichen Ziele um die vorhandenen knappen wirtschaftlichen Mittel. Der Sachverhalt der Knappheit erhält damit seinen Sinn erst aus der Bewertung, die Menschen wirtschaftlichen Gütern, welche den Zielen menschlicher Lebensgestaltung dienen, zumessen. Das Bewertungsproblem wird somit zum eigentlichen Problem der Wirtschaftsrechnung.

II. Zentralisierung der wirtschaftlichen Planung und die Macht zur Lebensgestaltung.

Da aber - wieder unter rein ökonomischem Aspekt - außerwirtschaftliche Ziele nur zu realisieren vermag, wer über wirtschaftliche Güter verfügt, kann auch diese Güter

nur bewerten, wer das wirtschaftliche Geschehen plant und lenkt. In einer Zentralverwaltungswirtschaft übernehmen staatliche Institutionen diese Aufgaben. Eine staatliche Plankommission, Instrument des Politbüros der jeweiligen Einheitspartei, ist verantwortlich für die Ausarbeitung eines jährlich aufzustellenden zentralen Volkswirtschaftsplanes nach Weisung der politischen Führung. Am Anfang zentraler Planung hat man also eine einheitliche Planperiode festzulegen. Für diese meist auf ein Kalenderjahr begrenzte zukünftige Planperiode sind die wirtschaftlichen Daten zu ermitteln und auf sie hin ist der gesamte in der Zukunft ablaufende Wirtschaftsprozeß zu planen und zu lenken. Die Planperiode darf somit nicht zu lang bemessen sein, weil sonst die zukünftigen Daten immer schwieriger zu ermitteln wären und die Planung zukünftigen Geschehens immer ungenauer würde. Insofern sind auch die in den Ostblockländern propagierten fünf-, sieben- und fünfzehnjährigen Langfristpläne nicht eigentlich Kriterien für die Planung der Gesamtwirtschaft. In ihnen werden lediglich technische und ökonomische Teilbereiche der Volkswirtschaft langfristig programmiert. Inwieweit und vor allem aber wann diese langfristigen Pläne realisiert werden sollen, das wird bei der Aufstellung des jährlichen Volkswirtschaftsplanes entschieden.

Es ist somit die politische Führung, die über die Verwendung der in der zukünftigen Planperiode voraussichtlich verfügbaren wirtschaftlichen Güter befindet. Die Entscheidung, welchen Zielen der Lebensgestaltung die gesamte Volkswirtschaft zu dienen hat, wird damit von einer oder nur von wenigen Personen gefällt. Sie sind Subjekte der Planung und Lenkung des wirtschaftlichen Gesamtprozesses und damit Subjekte der wirtschaftlichen Willensbildung und infolge der Abhängigkeit der Lebensgestaltung von den wirtschaftlichen Mitteln auch Subjekte der Willensbildung in vielen anderen Lebensbereichen. "Indem die Führung über die Verwendung der wirtschaftlichen Güter entscheidet, entscheidet sie zugleich über Art, Umfang, Rangordnung und Auslese aller im Gemeinwesen aktuellen außerwirtschaftlichen Ziele.

Alle möglichen Ziele werden hier zu politischen Zielen einer politischen Führung." ¹⁾ Zentralisierung der wirtschaftlichen Planung und die in ihr enthaltene Macht zur Lebensgestaltung führt damit notwendig hin zum totalen Staat. ²⁾

III. Staatseigentum an den Produktionsmitteln.

Dem Anspruch der politischen Führung einer Zentralverwaltungswirtschaft auf Zentralisierung aller Formen von Macht entspricht der Anspruch auf Staatseigentum an den Produktionsmitteln und den Gütern der öffentlichen Haushalte. Ob jedoch zentrale staatliche Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses Staatseigentum an den Produktionsmitteln unbedingt voraussetzt, muß hier dahingestellt bleiben. Das Beispiel der deutschen Kriegswirtschaft zeigt, daß eine Zentralverwaltungswirtschaft mit Privateigentum durchaus funktionsfähig ist und daß Privateigentum vor allem zur Lösung des Leistungsproblems ³⁾ wichtige Aufgaben zu erfüllen

- 1) Hensel.K.Paul: Über wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Willensbildung und Willensverwirklichung in verschiedenen Ordnungen, in: Probleme der Willensbildung und der wirtschaftspolitischen Führung, hrsgg.v. Seraphim, H.J., Berlin 1959, S.18.
- 2) So Hensel,K.Paul: Strukturgegensätze oder Angleichungstendenzen der Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme von Ost und West? in: Ordo, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd.XII, 1961, S.322.
- 3) Die Lösung des Leistungsproblems wird vor allem bei der Planverwirklichung aktuell. Hier handelt es sich darum, Diskrepanzen zwischen den zentralen Plananforderungen und dem tatsächlichen Verhalten der an der Planverwirklichung betroffenen Personen auszuschalten. Unwirtschaftlichkeiten sowohl bei den Betrieben als auch bei den einzelnen wirtschaftenden Menschen müssen vermieden und die einzelwirtschaftlichen Leistungen müssen so streng wie möglich an die zentralen Pläne und den in ihnen angenommenen Leistungsstand gebunden werden. Dazu bedarf es straffer Lenkung und scharfer Kontrollen, die mit einer engen Begrenzung der Handlungsfreiheit der wirtschaftenden Menschen verbunden sind. Zum anderen erweist sich aber die Entfaltung einzelwirtschaftlicher Initiativen als motorische Kraft, die hohe und höchste einzel-menschliche Leistungen hervorzubringen vermag. Wesentliche morphologische Voraussetzung für das Wirksamwerden einzelwirtschaftlicher Initiativen sind vor allem in Wirtschaftsordnungen mit Privateigentum erfüllt. In unserer Zentralverwaltungswirtschaft muß daher das fehlende Privateigentum durch künstliche Leistungsanreize ergänzt werden. Doch davon später-

vermag. Eines läßt sich jedoch sagen, daß in einem Wirtschaftssystem zentraler Planung mit Privateigentum infolge der Monopolisierung nicht nur der wirtschaftlichen Willensbildung auf eine politische Führung die private Verfügungsgewalt über das Eigentum in sehr wichtigen Bereichen wesentlich eingeschränkt wird. Insofern scheint es nur eine Frage begrifflicher Interpretation zu sein, ob auch hier schon von Staats-eigentum gesprochen werden darf. Wir wollen jedoch für den weiteren Verlauf der Untersuchung Staatseigentum an den Produktionsmitteln und den Gütern der öffentlichen Haushalte in einer Zentralverwaltungswirtschaft voraussetzen.

IV. Die Verteilung des Sozialproduktes und die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit nach Maßgabe der zentralen Planabsichten.

Die Verteilung des Sozialproduktes auf die individuellen Bedürfnisse aller in einem solchen Gemeinwesen lebenden Menschen ist ihrer Art und ihrem Umfang nach abhängig von der Bedeutung, welche die politische Führung der Versorgung der Bevölkerung mit wirtschaftlichen Gütern beimißt. Versorgung der Bevölkerung mit wirtschaftlichen Gütern ist also nur eines unter den vielen um die wirtschaftlich kämpfenden Mittel konkurrierenden Zielen, welche die politische Führung dieser Zentralverwaltungswirtschaft zu realisieren gedenkt und nach ihren eigenen Vorstellungen von der Wichtigkeit und Rangordnung dieser Ziele zu entscheiden hat. Die Bewertung der wirtschaftlichen Güter erfolgt damit unmittelbar durch die politische Führung schon bei der Auswahl der Aufstellung einer Rangordnung der zu verwirklichenden Ziele. Verteilung des Sozialproduktes und Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit ergeben sich demnach auch in Zentralverwaltungswirtschaften nicht von selbst, wie das immer wieder von kommunistischen Ideologen mit dem Hinweis auf das "Grundgesetz des Sozialismus"¹⁾

1) Politische Ökonomie, Lehrbuch, hrsgg. von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Institut für Ökonomie, nach der dritten überarbeiteten und ergänzten russischen Ausgabe, Berlin (Ost) 1961, S.523.

(die maximale Befriedigung der ständig wachsenden Bedürfnisse der Bevölkerung) hervorgehoben wird. Es sind vielmehr Probleme, die nach Maßgabe der zentralen Planabsichten der politischen Führung bei der Aufstellung des Volkswirtschaftsplanes zu lösen sind.¹⁾

V. Notwendigkeit eines hierarchisch aufgebauten zentralen Lenkungsapparates.

Subjekt der Planung ist allein die politische Führung, während alle anderen Menschen in dieser Zentralverwaltungs-wirtschaft nur Objekte dieser zentralen Planung sind. Alle Individualinteressen sind in den Dienst der zentralen Planabsichten zu zwingen. Die Macht hierzu erhält die politische Führung aus der zentralen Planung und Lenkung des wirtschaftlichen Gesamtprozesses, dem Eigentum an den wirtschaftlichen Gütern und der staatlichen Organisation aller Institutionen der Erziehung, Bildung und der Meinungsbildung. Unter idealtypischen Voraussetzungen müßte also die politische Führung in der Lage sein, "das Glauben, das Denken, das Handeln der Menschen, d.h. die gesamte individuelle Willensbildung ihrem eigenen Willen zu unterwerfen."²⁾ Hierzu bedarf es eines hierarchisch aufgebauten Lenkungsapparates, der die gesamte Volkswirtschaft fächerförmig überspannt.

VI. Ausschaltung konkurrierender Willensbildung.

Unter diesen Voraussetzungen wäre die politische Führung auch zu eindeutigen und schnellen Entschlüssen in der Lage. Da die gesamtwirtschaftlichen Daten der zukünftigen Plan-

- 1) Unveröffentlichter Vortrag v. Gutmann, G.: Zum Verteilungsproblem in der vollständig zentral geleiteten Wirtschaft. - Eine modelltheoretische Studie. Als Antrittsvorlesung gehalten am 18.2.1966 vor der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Philipps-Universität zu Marburg-Lahn.
- 2) Hensel, K. Paul: Über wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Willensbildung und Willensverwirklichung in verschiedenen Ordnungen, a.a.O., S.38.

periode für die Wirtschaftsrechnung innerhalb der Planperiode vor dem Aufbau des zentralen Plansystems möglichst exakt festgestellt werden müssen, ergibt sich aus dieser Forderung nach Exaktheit und aus der Unsicherheit der Planung zukünftigen Geschehens, die aus der laufenden Änderung gesamtwirtschaftlicher Daten hervorgeht, ein recht erhebliches Planrisiko. Soll dieses Risiko nicht zu groß werden, dann muß die politische Führung zu schnellen Entschlüssen fähig sein und ihre Entscheidungen gegen jede konkurrierende Willensbildung schnell und eindeutig durchsetzen können.

Wesentliche morphologische Voraussetzungen für den Aufbau eines zentralen Plansystems wären damit hervorgehoben. Zugleich wurden auch die Fragen beantwortet, wer in einem solchen System über die Verwendung des volkswirtschaftlichen Apparates befindet, wer die wirtschaftlichen Güter bewertet, wer also wirtschaftliches Geschehen plant und lenkt. Wie aber wird das Bewertungsproblem gelöst? In welcher Art und Weise ist ein zentrales Plansystem zu entfalten? Wie kommt bei zentraler natürlicher Planung des Wirtschaftsprozesses ein allgemeines Plangleichgewicht zustande? Diese Fragen, die erst im zweiten Teil der Arbeit für eine in die internationale Arbeitsteilung verflochtene Zentralverwaltungs-wirtschaft eingehend zu untersuchen sind, müssen hier jedoch wegen ihrer Vielschichtigkeit und wegen ihrer gesamtwirtschaftlichen Problematik verdeutlicht und die Wege zu ihrer Lösung kurz hervorgehoben werden.

Dritter Abschnitt: Entfaltung eines allgemeinen Plangleichgewichtes bei durchgängig natürlicher und zentraler Wirtschaftsrechnung.

1. Bei zentraler Lenkung hat die Planung für den wirtschaftlichen Gesamtprozeß und für eine zukünftige Planperiode - i.a. für das nächste Kalenderjahr - zu erfolgen. Ausmaß und Auslese der in der künftigen Planperiode zu verwirklichenden Ziele und damit die Entscheidung über die zu Beginn der Planperiode vorhandenen sowie innerhalb dieses

Zeitraumes anfallenden wirtschaftlichen Güter obliegt in einem solchen Wirtschaftssystem der politischen Führung. Sie hat diese Ziele nach ihrer Wichtigkeit vorläufig auszuwählen und festzulegen. Grundlage dafür ist die Ermittlung des Bestandes sowie des Bedarfes an wirtschaftlichen Gütern erster Ordnung, d.h. solchen wirtschaftlichen Gütern, die unmittelbar außerwirtschaftlichen Zielen zu dienen vermögen. Da man hierbei vielfach auf statistische Berechnungen und Schätzungen angewiesen ist, birgt die Planung zukünftigen Geschehens wiederum ein Moment der Ungenauigkeit und damit zusätzliche Risiken in sich.

2. Ist die Zielauslese vorläufig entschieden, dann müssen diese Ziele in Form von Gütern erster Ordnung, d.h. Konsumgütern, dargestellt werden. Dabei zeigt sich, daß kaum eines der angestrebten Ziele lediglich mit einem Gut zu erreichen ist und daß die Ziele nicht nur in ihrer Rangordnung, sondern auch in ihrem Ausmaß bekannt sein müssen, in welchem sie realisiert werden sollen. Die Begrenzung der Ziele und damit verbunden die Bewertung der wirtschaftlichen Güter kann aber sinnvoll erst dann vorgenommen werden, wenn die Knappheit dieser Güter genau bekannt ist. Da jedoch für die meisten der angestrebten Ziele ein fester Grundbedarf an wirtschaftlichen Gütern aus vergangenen Planperioden feststeht, ist je nach Umfang dieser Ziele dieser Bedarf zu verkürzen oder mit zusätzlichen Kontingenten zu versehen. Nur für neu zu verwirklichende Ziele muß deren Bedarf an Konsumgütern der Art und Menge nach für die künftige Planperiode neu festgelegt werden. Bei der Feststellung des Bedarfs verwendet man unterschiedliche Verfahren von der Zählung bis zur Normierung. "Die Bewertung des individuellen Bedarfs erfolgt nicht individuell für jeden einzelnen Menschen, sondern normativ."¹⁾ Überhaupt ist das Rechnen mit Normensätzen für die Zentralverwaltungswirtschaft charakteristisch.

1) Hensel, K. Paul: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S. 118.

3. Da für die Herstellung von Konsumgütern jeweils Güter zweiter, dritter und noch höherer Ordnung benötigt werden, sind die Güter erster Ordnung in Güter zweiter bis letzter Ordnung umzurechnen. Angefangen bei der staatlichen Plankommission und den ihr unterstellten Versorgungsabteilungen müssen von Produktionsstufe zu Produktionsstufe Pläne ausgearbeitet werden. "Als Maßstab der Umrechnung von Konsumgütern in andere Güter dienen die technischen Koeffizienten, die nach den zur Zeit der Planung realisierten oder nach den für die Planperiode vorgesehenen Produktionsverfahren zu bestimmen sind."¹⁾ Man kann sich das etwa so vorstellen, daß auf jeder Produktionsstufe eine Fachabteilung die technischen Koeffizienten für neu zu realisierende Produktionsverfahren zusammenstellt. Bei den voraussichtlich unveränderten Verfahren bedienen sie sich ihrer bisherigen Erfahrungen. Diese technische Interdependenz der arbeitsteiligen Hergänge muß indes auch mit einer ökonomischen verschmolzen werden, um die vielen Einzelpläne sinnvoll zu einem gesamtwirtschaftlichen System von Plänen koordinieren zu können.

4. In den Versorgungsabteilungen der staatlichen Plankommission sind für jede Konsumgüterart Pläne aufzustellen, in deren Bilanzen die für nötig gehaltenen Aufkommens- und Bedarfs- oder Verwendungsmengen einander gegenübergestellt werden. Die in den Planbilanzen sich ergebenden Fehlmengen zeigen den Knappheitsgrad dieses Gutes in dem jeweiligen Planbereich an. Meist werden es Verwendungssalden sein, die sich hier ergeben. Diese Fehlmengen sind bei den Produktionsabteilungen der nächst folgenden Produktionsstufe anzufordern. In deren Planbilanzen erscheint auf der Aufkommenseite vorerst nur der Bestand an diesen wirtschaftlichen Gütern zu Beginn der Planperiode. Den Posten Inlandsaufkommen kann es zunächst nicht geben, weil das Aufkommen an Gütern erster Ordnung erst in den Plänen der Güter höherer Ordnung konkretisiert wird. Auf der Verwen-

1) Hensel, K. Paul: "Planwirtschaft", in HdSW, Bd. 8, a. a. O., S. 331.

dungsseite des Planes sind derjenige Bestand an Gütern, der für eine kontinuierliche Produktion auch in der nächsten Planperiode unbedingt vorhanden sein muß, der Endsollbestand, sowie die Anforderungen der Versorgungsabteilungen der staatlichen Plankommission für dieses Plangut zu bilanzieren. Versorgungssoll plus Endsollbestand minus Anfangsbestand ergeben das Produktionssoll dieser Produktionsabteilung für die kommende Planperiode in einer geschlossenen Volkswirtschaft. Dieses Produktionssoll an Konsumgütern muß bei den für die Herstellung der Güter zweiter Ordnung verantwortlichen Produktionsabteilungen angefordert werden. In deren Plänen ist jeweils das Produktionssoll an Gütern zweiter Ordnung zu errechnen und im Anforderungswege an die für die Herstellung von Gütern dritter Ordnung zuständigen Produktionsabteilungen weiterzugeben. Die Fehlmengen in den Planbilanzen werden so lange von Produktionsstufe zu Produktionsstufe weitergewälzt, bis man auf Pläne stößt, in denen die Verwendungssalden nicht mehr umzurechnen sind. Wir haben es hier mit Plänen der Güter höchster Ordnung oder den sogenannten Engpaßgütern zu tun, von denen alle anderen Güter letztlich abhängen. In einer geschlossenen Volkswirtschaft sind die Aufkommensmengen dieser Pläne Datum der Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses. In diesen Plänen zeigen sich die eigentlichen gesamtwirtschaftlichen Knappheiten.

5. Von ihnen muß die Bewertung der voraussichtlich in der Planperiode verfügbaren Güterarten und -mengen ausgehen und versucht werden, das allgemeine Plangleichgewicht zu erreichen. Das ist indessen nur möglich, wenn bekannt ist, welche Güter höchster Ordnung in welchen Mengen in den Konsumgütern enthalten sind. Die Güter höchster Ordnung sind also in Güter erster Ordnung umzurechnen. Praktisch kann zu diesem Zweck jedem von der politischen Führung in der künftigen Planperiode angestrebten Ziel eine Kennziffer zugeordnet werden. Diese Kennziffern laufen im Anforderungswege durch das Plansystem bis in alle Verästelungen mit und lassen im Plan eines Gutes irgendeiner

Ordnung unmittelbar erkennen, an welchen außerwirtschaftlichen Zielen dieses Gut beteiligt ist. Zugleich wird sichtbar, von welchen gesamtwirtschaftlichen Knappheiten der Engpaßgüter die Güter erster Ordnung und damit die zu realisierenden außerwirtschaftlichen Ziele abhängig sind.

Es kommt aber auch darauf an, die Mengen dieser Güter, die zur Herstellung der Güter erster Ordnung benötigt werden, zu bestimmen. Es muß also für jedes einzelne Gut erster Ordnung errechnet werden, welche Produktionselemente in ihm enthalten sind. Dazu müssen einer Abteilung Plankoordination der staatlichen Plankommission Listen der technischen Koeffizienten der Güter aller Ordnungen, die für die Herstellung der Güter erster Ordnung benötigt werden, nach dem für die künftige Planperiode vorgesehenen Leistungsstand jeder Branche verfügbar sein.¹⁾ Nur so ist es möglich, die Planauslese in den Plänen der Güter aller Ordnungen nach Maßgabe der gesamtwirtschaftlichen Knappheitsgrade oder der Plansalden unmittelbar vorzunehmen und damit das Bewertungsproblem zu lösen.

6. Praktisch gibt es mehrere Möglichkeiten, die Verwendungssalden von beiden Seiten der Planbilanz des einen wirtschaftlichen Gutes her einzuschränken oder gar völlig zu löschen.²⁾ Letztlich sind Fehlmengen der Plangüter jedoch nur zu beseitigen, wenn die Ziele der Lebensgestaltung eingeschränkt werden. In einem unmittelbaren Nutzen-Kosten-Vergleich hat die politische Führung zu diesem Zweck die wichtigeren außerwirtschaftlichen Ziele den weniger wichtigen vorzuziehen. Sie entscheidet kraft unmittelbarer Bewertung, welche Ziele der Lebensgestaltung in diesem Gemeinwesen von der Verwirklichung ausgeschlossen und welche realisiert werden müssen. Diese Bewertung löst einen Anpassungsprozeß von Plänen an Pläne aus, wobei sich die

- 1) Nach Hensel ist die Lösung dieses Problems im wesentlichen organisatorischer und technischer Art. Vgl. Hensel, K.Paul: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S.139.
- 2) Ebenda, S.148 ff.

Knappheiten der Plangüter noch vielfach ändern. Bewertung und Anpassung erfordern in diesem System also immer viele abtastende Versuche, wobei Irrtümer und Fehlplanungen nicht auszuschließen sind.

7. Theoretisch streng genommen ist der Anpassungsprozeß erst dann beendet und das Bewertungsproblem erst dann gelöst, wenn ein allgemeines Plangleichgewicht erreicht wurde. Dies ist dann der Fall, wenn nach Maßgabe der genauen Knappheitsgrade und der Rangordnung der von der politischen Führung angestrebten Ziele im Sinne der allgemeinen wirtschaftlichen Sachverhalte und damit insbesondere im Sinne der Nutzen-Kosten-Erwägungen keine Teilmenge eines wirtschaftlichen Gutes in einer anderen als der nach dem Plan vorgesehenen Verwendung einen höheren Nutzen zu stiften vermag. "Das allgemeine Plangleichgewicht ist erreicht und der Gesamtnutzen des volkswirtschaftlichen Apparates ist (auf Grund der erarbeiteten Datenkenntnis) maximiert, wenn die Grenznutzen aller Güter in sachlicher und zeitlicher Hinsicht ausgeglichen und die Salden (abgesehen von unverwertbaren Restbeständen) in allen Plänen verschwunden sind."¹⁾ Die endgültigen von der politischen Führung in der künftigen Planperiode zu verwirklichenden Ziele werden als Normen oder Orientierungsziffern der staatlichen Plankommission übergeben und von dieser von Produktionsstufe zu Produktionsstufe über den weitverzweigten Lenkungsapparat hinweg als Produktionssoll weitergeleitet. Der technischen

1) Hensel.K.Paul: "Planwirtschaft", in: HdSW, Bd.8, a.a.O., S.332.

Dieser von Hensel entwickelte Planmechanismus stellt ein technisch ökonomisches System von Bedingungen dar, die erfüllt sein müssen, wenn der Nutzen der insgesamt verfügbaren Güter im Sinne der politischen Führung maximiert werden soll. Wie in einer Volkswirtschaft mit zentraler Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses unter der Voraussetzung klassischer Produktionsfunktionen ein Ausgleich der Grenznutzen nach Maßgabe der Grenzerträge in den Planbilanzen zugleich ein Gütermaximum in dieser Zentralverwaltungswirtschaft herbeiführt, beschreibt Gutmann, G. in der "Theorie und Praxis der monetären Planung in der Zentralverwaltungswirtschaft", a.a.O., S.19 ff.

Interdependenz aller arbeitsteiligen Hergänge entspricht damit ein technischer Zusammenhang aller Einzelpläne. Dieser technische Zusammenhang führt nach der von der politischen Führung der Zentralverwaltungswirtschaft vorgenommenen unmittelbaren Bewertung aller Güterarten zu einer ökonomischen Interdependenz des gesamten zentralen Plansystems. Mit Hilfe des von Hensel entwickelten Planmechanismus wird also die arbeitsteilige Verflechtung des künftigen Wirtschaftsprozesses im Sinne der zentralen Planabsichten in allen ihren Erscheinungsformen sichtbar gemacht und die Einzelpläne der zentralen Planinstanzen werden technisch und ökonomisch koordiniert. "Der Planmechanismus bildet somit die Grundlage aller Wirtschaftsrechnung bei zentraler Planung des Wirtschaftsprozesses. Gleichzeitig bildet er die Grundlage für die Anpassung der Teilpläne aneinander und der planmäßigen Anpassung der arbeitsteiligen Hergänge überhaupt."¹⁾

Die Realisierung der Ziele der politischen Führung und damit die Verwirklichung der Planung ist jedoch Sache aller in diesem Gemeinwesen arbeitenden Menschen. Können schließlich aber auch mit Hilfe der Naturalrechnung die Individualinteressen der gesamten an der Planverwirklichung beteiligten Bevölkerung in den Dienst der zentralen Planinteressen gezwungen werden? Diese Frage ist nunmehr zu untersuchen.

1) Hensel, K. Paul: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S.164.

Vierter Abschnitt: Probleme der Wirtschaftsrechnung bei der Verwirklichung der zentralen Planabsichten in einer geschlossenen Zentralverwaltungswirtschaft.

I. Die Lösung des Leistungsproblems bei durchgängig naturaler Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses und seine Grenzen.¹⁾

A. Ungünstige morphologische Grundlagen für die Lösung des Leistungsproblems.

Unter den Annahmen vollständig naturaler Durchplanung des gesamten Wirtschaftsprozesses, des Vorhandenseins eines rational aufgebauten und hierarchisch gegliederten Lenkungsapparates sowie des Abschlusses der sorgfältigen Planung vor Beginn des Wirtschaftsprozesses kann also ein allgemeines Plangleichgewicht hergestellt werden. In diesem Plangleichgewicht sind aber ganz bestimmte Leistungserwartungen der politischen Führung an die einzelnen Betriebe und die in ihnen arbeitenden Menschen enthalten. Erst die Planverwirklichung wird zeigen, ob diese erwarteten Leistungen auch wirklich erreicht werden können. Die Lösung dieses Leistungsproblems liegt darin, auch die einzelnen menschlichen Wünsche, Leistungen und Reaktionen an den zentralen Planinteressen auszurichten, diese ihnen dienstbar zu machen, um planwidriges Verhalten zu verhindern.

Nur ausnahmsweise werden Menschen in einem solchen System staatlicher Planung mit Staatseigentum an den Produktionsmitteln die Anweisungen und Forderungen der Zentrale zu ihren eigenen Anliegen machen und sich stets und widerspruchslos bemühen, große und größte Leistungen ohne Rücksicht auf die eigene Versorgung und die der Angehörigen zu

1) Die hier geschilderten Probleme der Leistungsbewertung halten sich an die Ausführungen Hensels, K. Paul, in dem Abschnitt Wirtschaftsrechnung und Planverwirklichung, in: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S. 165 bis 204.

vollbringen. Nur wenn es gelänge, alle Menschen in einem solchen System in der hier angedeuteten Weise zu uneigennützigem "neuen Menschen" umzuerziehen, böte die Koordination der Wünsche und Begehren der einzelnen Menschen mit dem zentralen Planwillen keine Schwierigkeiten. Probleme der Wirtschaftsrechnung bei der Planverwirklichung gäbe es nicht.

Weil aber ein solches System den Interessen der einzelnen Menschen wenig entspricht und Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses nicht Sache der Einzelwirtschaften ist, können sich auch keine Leistungsanreize und Leistungskontrollen wie im System dezentraler Lenkung des Wirtschaftsprozesses aus Eigeninteresse entfalten. Die Lösung des Leistungsproblems in einer Zentralverwaltungswirtschaft hat unter denkbar ungünstigen morphologischen Bedingungen zu erfolgen, und sie muß mit wirtschaftspolitischen Mitteln der Führung und der Subordination versucht werden.

B. Probleme der umfassenden Leistungsbewertung und der Leistungsentlohnung.

1. Bei der Planaufstellung rechnet man -wie schon angedeutet - mit erwarteten technischen Koeffizienten, die immer Annahmen über den erwarteten Leistungsstand in den Betrieben wie auch über einzelmenschliche Leistungen enthalten. Bei der Planverwirklichung müssen nun die zentralen Planziele und mit ihnen die erwarteten Leistungen in Produktionsaufgaben für die einzelnen Betriebe und die in ihnen arbeitenden Menschen zerlegt werden. Da wir es mit einem System durchgängig naturaler Planung des Wirtschaftsprozesses zu tun haben, sind auch die zentralen Anweisungen zur Planverwirklichung in naturalen Größen zu übermitteln, wobei die technischen Koeffizienten den tatsächlichen Leistungsstand möglichst genau wiedergeben sollen. Sie müssen daher in umfangreichen Arbeitsgängen in genaue Materialverbrauchs- und Leistungsnormen aufgeschlüsselt werden. Sie sind somit Grundlage für die Verwendungsentscheidungen in den einzelnen Betrieben und stellen Leistungsanforderungen der staatlichen Plankommission dar.

2. Zur Lösung des Leistungsproblems und zur Steigerung der einzel menschlichen Leistungen sind aber Leistungsanreize notwendig. Es ist darum ein Bedingungsverhältnis von einzel menschlicher Leistung und einzel menschlicher Versorgung anzustreben. Die Material- und Leistungsnormen dürfen daher nicht auf Grund von erwarteten durchschnittlichen Leistungen oder gar Spitzenleistungen festgelegt werden, sondern es sind leistungspsychologische Sachverhalte zu berücksichtigen. Diejenigen Leistungen, welche die politische Führung für besonders wertvoll erachtet und die ihren Zielen besonders dienlich sind, wird sie höher entlohnen als solche, die für sie einen geringeren Wert haben. Die Bewertung der Leistungen erfolgt zum Teil schon bei der Planaufstellung. Bei der Planverwirklichung geht es darum, den vorgesehenen Konsum nach Maßgabe bestimmter Leistungen und bestimmter Leistungssteigerungen aufzuteilen, den Leistungsnormen eine bestimmte Leistungs- und Entlohnungsskala gegenüberzustellen. Das verlangt eine möglichst genaue Beschreibung der einzelnen Güter und Arbeitsgänge und eine möglichst weitgehende Arbeitszerlegung. Die Beschreibung aller Arbeitsgänge in umfangreichen Normenbüchern bietet alle Nachteile der Schematisierung und bereitet darüber hinaus erhebliche Schwierigkeiten bei der Anwendung in den unterschiedlich beschaffenen einzelnen Betrieben. Zweifellos ist es aber besonders schwierig, die Entlohnung nach der Naturalrechnung vorzunehmen, also mit Hilfe von Konsumgüterarten und -mengen. Abgesehen von den organisatorischen Problemen bei der Zuteilung besitzen unterschiedlich zusammengesetzte Bündel von Konsumgütern für unterschiedlich veranlagte Menschen einen ganz unterschiedlichen Nutzen, so daß, wenn nicht die Verwendungsentscheidungen über Konsumgüter zu steuern sind, das Leistungsprinzip und die Bewertung der Leistungen bei durchgängig natürlicher Wirtschaftsrechnung schon hier durchlöchert werden.

3. Zusätzliche Risiken für die Planverwirklichung birgt die einzelbetriebliche Wirtschaftsrechnung und die Möglichkeit zu erwerbswirtschaftlichem Handeln der an der Planver-

wirklichung beteiligten Personen in sich. Auch wenn die Herstellungs- und Verwendungsvorschriften, die Material- und Leistungsnormen sowie die Produktionsauflagen bis in alle Einzelheiten zentral bestimmt sind, so vermögen sie doch nicht zu bewirken, daß alle Menschen gleichförmig auf diese Daten reagieren. Sowohl bei den einzelnen Betrieben als auch bei den einzelnen an der Planverwirklichung beteiligten Menschen bleibt ein gewisser Spielraum zum Handeln nach dem wirtschaftlichen Prinzip im individuellen Interesse, das von den zentralen Planabsichten abweicht.

Man muß sich einmal konkret vorstellen, was es bedeutet, die unübersehbar vielen Leistungen bei der Herstellung der einzelnen Güter in einer Volkswirtschaft genau zu beschreiben und in Konsumgütern zu bewerten. Für die Herstellung der meisten Güter sind mehrere sehr oft sogar sehr viele Arbeitsgänge nötig. Jeder dieser Arbeitsgänge bedeutet eine Leistung, die nach Art, Menge, Zeit, Materialverbrauch und Qualität zu differenzieren ist. Bei durchgängig natürlicher Planung und Lenkung des volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses sind bei jeder Umorganisation in den Produktionsverfahren oder bei anderen Datenänderungen die einzelnen Leistungen neu zu beschreiben und neu zu bewerten. Schon die Kontrolle über die Einhaltung dieses Netzwerkes von zentralen Bewertungsvorschriften stellt die Planungsinstanzen vor fast unlösbare Aufgaben. Je weniger genau aber die Bewertungsvorschriften sind, je mehr Lücken, Ausweichmöglichkeiten und andere Unvollkommenheiten sie den an der Planverwirklichung beteiligten Menschen bieten, um so mehr werden diese daran interessiert sein, sich Leistungen auf Kosten der zentralen Planabsichten zu ersparen und vorhandene Planlücken in ihrem privaten Interesse auszunützen. "Damit die Bedingungskonstellationen des wirtschaftlichen Verhaltens der an der Planverwirklichung beteiligten Personen zwingende Kraft im Sinne des zentralen Planinteresses erhalten, müßten die Bedingungen der Wirtschaftsrechnung die an der Planverwirklichung beteiligten Personen an der Vermeidung von Unwirtschaftlichkeiten inter-

essieren."¹⁾ Gerade diese Geschlossenheit der innerbetrieblichen Wirtschaftsrechnung wird durch das System durchgängig naturaler Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses mit Staatseigentum an den Produktionsmitteln schwer erreicht²⁾, weil die eigennützigen erwerbswirtschaftlichen Interessen der einzelnen Menschen die zentralen Planinteressen um so eher gefährden, je mehr die politische Führung in einem solchen Gemeinwesen die Reaktionen der Menschen falsch einschätzt oder je mehr die zentralen Bewertungsvorschriften Raum zu Unwirtschaftlichkeiten lassen.³⁾

Die durchgängig naturale Wirtschaftsrechnung ist also in der Phase der Planverwirklichung theoretisch nicht unmöglich, doch bietet ein solches System insbesondere für die Lösung des Leistungsproblems und für die Anwendung betrieblicher Kontrollen von innen und außen denkbar ungünstige morphologische Voraussetzungen, so daß es geboten erscheinen mag, durch Einführung der Geldrechnung in ein solches System zentraler Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses mit Staatseigentum an den Produktionsmitteln Probleme der Leistungsanreize und der Leistungskontrollen zu lösen.

- 1) Hensel, K. Paul: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S. 176.
- 2) Die mangelnde innere Geschlossenheit der betrieblichen Wirtschaftsrechnung in einem System durchgängig naturaler Planung des Wirtschaftsprozesses mit Staatseigentum an den Produktionsmitteln ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die den Betrieben für die Zwecke der Planverwirklichung zugeteilten Güter keinen Preis haben, also nichts kosten. Plansoll- und Planistvergleiche können zum Zwecke der betrieblichen Selbstkontrolle bei Naturalrechnung nur für einzelne Güter in den Betrieben vorgenommen werden. Die vielfältigen naturalen Größen lassen sich nicht miteinander addieren. Damit ist weder eine Gesamtkosten- noch Gesamtertragsrechnung aufzustellen, und die Gesamtleistung des Betriebes läßt sich nicht ermitteln, weil auch Gesamtkosten und Gesamterträge nicht vergleichbar sind.
- 3) Raum für Unwirtschaftlichkeiten verbleibt den Betrieben in einem solchen System, weil sie von der Zentrale die Aufgabe erhalten, den zweiten Aspekt des wirtschaftlichen Prinzips bei der Planverwirklichung möglichst genau zu beachten. D.h. die Betriebe erhalten zwar genaue zentrale Anweisungen über das zu erreichende Plansoll, zugleich aber auch die Aufgabe der Einsparung von Produktionselementen durch sparsames Wirtschaften. In diesem Bereich verbleibt den Betrieben Handlungsfreiheit, die von außen weniger genau zu kontrollieren ist.

II. Die Lösung des Leistungsproblems mit Hilfe der Geldrechnung in der Phase der Planverwirklichung.

So wie Hensel die güterwirtschaftlichen Bedingungen für das Zustandekommen eines gleichgewichtigen Plansystems bei durchgängig naturaler Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses beschrieben hat, die erfüllt sein müssen, wenn die politische Führung ihr Nutzenmaximum verwirklichen will, so hat Gutmann die geldwirtschaftlichen Bedingungen für das Erreichen dieses Nutzenmaximum analysiert.¹⁾ Er zeigt, wie dem System durchgängig naturaler Pläne ein System geldwirtschaftlicher Pläne zugeordnet werden muß, damit vermittels des Geldes und der Geldrechnung die Güterverteilung erleichtert und ein System von Leistungsanreizen und Leistungskontrollen hervorgebracht werden kann. Dieses Leistungsproblem zu lösen ist aber nur dann möglich, wenn es gelingt, ein System von Preisen auszuarbeiten, das die Verhältnisse der Grenznutzen der einzelnen Güter im Plangleichgewicht bei vollständig naturaler Planung des Wirtschaftsprozesses möglichst genau widerspiegelt.

Die theoretische Bedingung für die Konstruktion eines solchen Preissystems ist die, daß in sämtlichen Betrieben klassische Produktionsfunktionen realisiert sind, d.h. daß sich für alle komplementär eingesetzten Produktionselemente partielle Grenzerträge bestimmen lassen, und darüber hinaus, daß der Einsatz aller Faktoren in allen Verwendungsrichtungen variabel ist. Nur unter diesen Bedingungen ist ein naturales totales Gleichgewicht zu erreichen und ein System von Preisen konstruierbar, in dem die Preisverhältnisse Ausdruck der Grenznutzenrelationen im Urteil der Zentrale

1) Gutmann, G.: Theorie und Praxis der monetären Planung in der Zentralverwaltungswirtschaft, Stuttgart 1965. Vgl. hierzu ebenfalls die Ausführungen über die Planverwirklichung mit Hilfe der Geldrechnung von Hensel, K. Paul: in: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S. 186-204; und Hensel, K. Paul: "Planwirtschaft" in: HdSW, Bd. 8, a.a.O., S. 335 f.

sind.¹⁾ Da die Theorie der Entfaltung eines zentralen Preissystems in der Phase der Planverwirklichung und die Probleme der zentralen Finanzplanung von Gutmann eindeutig und ausführlich analysiert wurden, können wir uns hier auf die Darstellung der Aufgaben der Wirtschaftsrechnung, die bei zentraler Planung des Wirtschaftsprozesses mit Hilfe der Geldrechnung bei der Planverwirklichung zu erfüllen sind, beschränken.

A. Hervorbringen eines Systems von Leistungsanreizen.

1. Sind für sämtliche wirtschaftlichen Güter Geldpreise zentral auf der Grundlage des Gleichgewichtes der zentralen Pläne genau festgesetzt worden, dann basiert ein so gewonnenes Preissystem auf den Grenznutzenrelationen der wirtschaftlichen Güter im Urteil der Zentrale. Es lassen sich unter diesen Voraussetzungen Preise bilden, die Gleichgewichtspreise sind, die zugleich den geldlichen Kosten des Grenzbetriebes entsprechen.²⁾ Weiterhin dürfen diese Preise

- 1) Vgl. Gutmann, G.: Theorie und Praxis der monetären Planung in der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S.38 f.
- 2) Die Grenzkosten entsprechen dann in allen Betrieben einer Branche dem Minimum der Durchschnittskosten. Dieses ist in allen Betrieben dieser Branche gleich groß. In diesem Sinne gibt es in diesem System nur Grenzbetriebe, d.h. geplante Geldgewinne und Geldverluste entfallen. Anders ist der Fall, wenn der Einsatz nicht aller Produktionsfaktoren nicht variabel ist und die Kapitalausstattung aller Betriebe einer Branche unterschiedlich. Hier können die Preise der Güter nach den Durchschnittskosten der Branche mathematisch bestimmt werden. Dabei müssen sich geplante Geldgewinne und Geldverluste in den verschiedenen Betrieben dieser Branche ergeben. So bestimmte Preise sind aber nicht mehr Ausdruck der Grenznutzenrelationen der Güter im Urteil der Zentrale. Sie sind zur Konstruktion eines Systems geldwirtschaftlicher Pläne sowie für Zwecke der Leistungskontrolle brauchbar; für Zwecke der Leistungsanreize sind sie dagegen nur noch bedingt verwendbar. Schließlich wäre ein Preissystem zu konstruieren, das sich an den Grenzkosten des Grenzbetriebes einer Branche ausrichtet. Unter diesen Umständen kann es keine Betriebe mit planmäßigen Verlusten geben. Der moralische Druck zur Leistungssteigerung dürfte hier noch schwächer sein als im oben genannten Fall. Denkbar wäre endlich auch noch, daß in den Betrieben Leontief Produktionsfunktionen vorliegen, so daß die partiellen Grenzerträge der einzelnen Produktionsfakto-

----->)

nur verändert werden, wenn auf Grund von Datenänderungen auch das naturale Plansystem geändert wird. Die Preise gelten also grundsätzlich für die Dauer der künftigen Planperiode. Da sie möglichst genau die Bewertung widerspiegeln sollen, welche die politische Führung den wirtschaftlichen Gütern beimißt, müssen die Preise Festpreise und zugleich Einheitspreise sein. Ein auf Grund der Geldrechnung so ausgearbeitetes Preissystem vermag die naturalwirtschaftlichen Hergänge, die sich in der künftigen Planperiode nach Maßgabe der zentralen naturalen Planung vollziehen, geldwirtschaftlich darzustellen. Die Preisplanung dient damit der Vorbereitung der Planverwirklichung. Aus diesem Grunde muß die naturale Planung so frühzeitig abgeschlossen sein, daß auch die Preisplanung noch vor Beginn der künftigen Planperiode fertiggestellt werden kann. Nur so ist es möglich, genaue Leistungsnormen und Vorschriften über die Leistungsentlohnung auszuarbeiten. Durch die Geldrechnung können dabei die einzelmenschlichen Leistungen in Geldform bewertet werden. Spiegeln die Geldpreise die naturalen gesamtwirtschaftlichen Knappheiten der Güter wider und orientiert man sich bei der Planverwirklichung an diesen Preisen, dann orientiert man sich auch an den Grenznutzen, welche die politische Führung den wirtschaftlichen Gütern beimißt. Das allgemeine Plangleichgewicht kann verwirklicht werden.

2. Soll also die einzelbetriebliche Wirtschaftsrechnung in den Dienst der zentralen Planabsichten gestellt werden, dann müssen nicht nur die künftigen Leistungen möglichst genau bewertet und beschrieben werden, auch der Bar- und Giralgeldverkehr, die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, die Finanzierung der gesamten Produktion und der Investitionen, das geldliche Rechnungswesen sowie das Kredit- und Bankenwesen müssen vor Beginn der Planverwirklichung

ren nicht zu bestimmen sind. Auch unter diesen Bedingungen ist ein System von Preisen, in welchem die Preisverhältnisse Ausdruck der Grenznutzenrelationen der Zentrale sind, nicht konstruierbar.
Vgl. hierzu Gutmann, G., a.a.O., S.38 ff.

genauestens geplant und bis aufs Detail sachlich und zeitlich den einzelnen Betrieben und den in ihnen Beschäftigten vorgeschrieben werden.¹⁾ Damit wird durch die Einführung der Geldrechnung in ein solches System der Lenkungs- und Kontrollapparat entsprechend ausgeweitet und durch die Geldwirtschaft selbst der Zentrale die Möglichkeit zu schnellen und eindeutigen Entschlüssen erschwert.

3. Können allerdings die in den Produktionsplänen erscheinenden Aufwandsmengen in Geldkosten umgerechnet werden, dann lassen sich in den Betrieben die vielfältigen natürlichen Kosten miteinander vergleichen. Wird gleichzeitig der Materialverbrauch in den Betrieben zur Grundlage der Leistungsbewertung gemacht und entlohnt man die an der Planverwirklichung beteiligten Personen nach dem Leistungsprinzip, dann besteht für diese Personen der Anreiz zu möglichst sparsamer Verwendung der Materialien oder zur Steigerung einzel menschlicher Leistungen. Die Möglichkeiten zum Vergleich der Geldkosten erleichtern die Bestrebungen zum Senken der betrieblichen Selbstkosten. Aus Selbstinteresse besteht also ein Anreiz, auch den Interessen der politischen Führung zu dienen.

4. Außerdem lassen sich die betrieblichen Einzelkosten zu Gesamtkosten addieren und die im Betrieb zu erzeugenden Gütermengen mit Hilfe ihrer Preise in Gelderträge umrechnen. Aus dem Vergleich der Gesamterträge zu den gesamten betrieblichen Kosten ergibt sich entweder ein planmäßiger Geldgewinn oder ein planmäßiger Geldverlust. "Aufwands- und Ertragsseiten der Produktionspläne werden mit Hilfe der allgemeinen Recheneinheit vergleichbar gemacht, die einzelbetriebliche Wirtschaftsrechnung wird dadurch - rein rechnerisch - geschlossen."²⁾ Die planmäßigen Geldgewinne oder Geldverluste sagen allerdings nichts über die beson-

1) Vgl. Hensel, K. Paul: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S.193.

2) Gutmann, G.: Theorie und Praxis der monetären Planung in der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S.33.

dere Leistungsfähigkeit oder über Unwirtschaftlichkeiten einzelner Betriebe aus. Sie sind im Gegenteil meist ein Zeichen dafür, daß die im Plan vorgeschriebene Norm nicht über- oder unterschritten wurde. Erst die sogenannten Überplangewinne und Unterplanverluste können Zeichen dafür sein, daß die Leistung des einzelnen Betriebes über die im Plan vorgesehene hinausgeht. Mit Hilfe der allgemeinen Recheneinheit wird also eine Rentabilitätsberechnung möglich.¹⁾

5. Hierzu muß aber einschränkend gesagt werden, "daß die Interessenten des Betriebserfolges nicht ohne Einfluß auf das Zustandekommen der einzelwirtschaftlichen Planvorschriften sind."²⁾ Staatseigentum an den Produktionsmitteln kann nämlich dazu verleiten, daß die Betriebe bereits in der Phase der Planung des Wirtschaftsprozesses den Planungsorganen über vorhandene oder benötigte Kapazitäten, Lagerreserven und Arbeitskräfte falsche Angaben machen, um sich Leistungsreserven zu beschaffen, mit denen in der Phase der Planverwirklichung eine besondere Rentabilität vorgetäuscht werden soll. Morphologisch betrachtet wirkt sich die gegebene Eigentumsordnung hemmend auf die Schließung der Wirtschaftsrechnung aus. "Falsche Preise können dazu führen, daß die Betriebe an Produktionselementen, die im Sinne der zentralen Leitung weniger wichtig sind, auf Kosten solcher Produktionselemente sparen, die für die Verwirklichung der von der zentralen Leitung angestrebten Ziele größere Bedeutung haben."³⁾ Schließlich bedeutet auch das Interesse an der Selbstkostensenkung eine Gefahr für das zentrale Planinteresse, weil einzelne Betriebe immer bemüht sein werden, eigene Kosten zu Lasten anderer Einzelwirtschaften und damit zu Lasten der zentralen Planabsichten abzuwälzen. Eine solche Interessenkollision dürfte sich insbesondere nachteilig auf die Qualität der herzustellenden Produkte auswirken. Leistungsgewinne, die zur Erhöhung persönlicher Einkommen verfügbar sind, können

1) Vgl. Gutmann, G.: Theorie und Praxis der monetären Planung in der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S.33.

2) Hensel, K. Paul: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S.198.

3) Hensel, K. Paul, ebenda.

also einen ziemlich starken Leistungsanreiz bieten. Sie können aber auch dazu führen, daß die in der Planperiode vorgesehenen und in ihrer Höhe von den Entlohnungsnormen abhängigen Einkommen beträchtlich überschritten werden. Insofern vermögen sie einen Kaufkraftüberhang entstehen zu lassen, der nur durch Geldentwertung oder Konsumgüterpreiserhöhungen zu beseitigen ist, die sich beide wieder äußerst ungünstig auf die Lösung des Leistungsproblems auswirken. Um diese Gefahren zu vermeiden, sieht sich die politische Führung gezwungen, die Leistungsgewinne nur begrenzt den individuellen Einkommen zufließen zu lassen und zum anderen die Einkommensverwendung genau zu steuern.¹⁾

6. Weil aber einer Ordnung staatlicher Planung mit Staatseigentum Leistungsanreize nicht immanent sind, hat die politische Führung die gelähmten Selbstinteressen durch geeignete wirtschaftspolitische Mittel zu ersetzen. So haften in Mitteldeutschland die Werksleiter persönlich für die Planerfüllung. Das Leistungs- und Akkordprinzip wird angewandt, wo immer es möglich ist, und durch vielfältige Prämien materieller und psychologischer Art will man die Menschen zu besonderen Leistungen anreizen. Schließlich dient auch der gesamte staatliche Apparat der Propaganda und der Willensbeeinflussung der Lösung des Leistungsproblems. "Zeitungen, Film, Rundfunk, Fernsehen, Schulen und Hochschulen, Gewerkschaften und die Partei, ja die Kunst wird eingesetzt, um mit propagandistischen, pädagogischen und künstlerischen Mitteln, die alle ideologisch ausgerichtet werden, die Menschen in ihren sittlichen Bedürfnissen anzusprechen, ihre Opferbereitschaft zu erhöhen und sie zu größeren Leistungen anzuspornen."²⁾

1) Hensel, K. Paul: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S. 200.

2) Hensel, K. Paul: "Planwirtschaft", in: HdSW, Bd. 8, a.a.O., S. 335.

B. Hervorbringen eines Systems von Leistungskontrollen.

1. Durch die Einführung der Geldwirtschaft und die durch sie ermöglichte - rein rechnerische - Schließung der Wirtschaftsrechnung wird den Betrieben selbst ein Maßstab der Wirtschaftlichkeit in die Hand gegeben. Zum anderen erlauben aber auch beobachtete Abweichungen der effektiven Geldeinnahmen oder Geldausgaben von den geplanten Rückschlüsse darüber, ob die naturalen Plananweisungen befolgt wurden oder nicht. Preisveränderungen innerhalb der Planperiode erschweren jedoch diese betrieblichen Kontrollen der Ist-Bilanz der Geldströme mit der Planbilanz. Für die Wirtschaftsrechnung müßte der Einfluß von Preisveränderungen innerhalb der Planperiode erst modifiziert werden. Die betriebliche Leistungskontrolle mit Hilfe des Soll- und Ist-Planvergleichs der Geldeinnahmen und -ausgaben hat aber noch den Nachteil, daß sie erst am Ende einer Planperiode oder an Quartalsenden vorgenommen werden kann. Dagegen fordert eine wirksame Leistungskontrolle ein möglichst rasches Eingreifen der Lenkungsorgane bei Abweichungen vom Plansoll, um Mängel bei der Planverwirklichung zu beseitigen.

Will man auf die Gefahren, die dem Gelde als Kaufkraft für die Planverwirklichung innewohnen, verzichten, so empfiehlt es sich, den Geldverkehr zwischen den Betrieben so weit wie möglich durch Giralzahlungen über die Staatsbanken zu ersetzen und den unumgänglichen Geldverkehr sachlich und zeitlich genauestens festzulegen sowie die Einhaltung dieser Verpflichtungen streng zu kontrollieren. Wird ein genauer güterwirtschaftlicher Terminplan für jeden einzelnen Betrieb ausgearbeitet, - Pläne über den Absatz der Fertigprodukte und den Einkauf der sachlichen Produktions-elemente nach Einkaufs- und Verkaufsterminen, Pläne über Lohnzahlungen, Investitionsfinanzierungen, Pläne über Abführungen von Amortisationen, Gewinnen und Steuern an den Staatshaushalt - dann können auch Pläne für den jeweils erforderlichen Geldbedarf des Betriebes ausgearbeitet werden, aus denen die jeweilige Liquiditätslage des Be-

etriebes zu verschiedenen Zeitpunkten ersichtlich ist. Neben der sachlichen und zeitlichen Differenzierung und Zweckbindung der Geldausgaben und Geldeinnahmen muß jedoch auch die Umlaufgeschwindigkeit der den Betrieben verfügbaren Geldmittel geplant werden. Je größer die Umlaufgeschwindigkeit dieser Geldmittel ist, "um so mehr wird der Betrieb gezwungen, die nötigen Kostengüter in kürzeren zeitlichen Intervallen und kleineren Teilmengen einzukaufen. Je kleiner aber die einzukaufenden Teilmengen sind, um so geringer ist die durchschnittliche Lagerhaltung"¹⁾, um so differenzierter kann aber auch die Zweckbindung der Geldmittel geplant werden. Mit Rücksicht auf einen für die kontinuierliche Arbeit des Betriebes notwendigen Produktionsmittelbestand sind dem Betrieb Normen über die Bestandshaltung und Umschlagszahlen für den Rhythmus des Produktionsabsatzes und der Materialbeschaffung vorzugeben.²⁾

Auf Grund der güterwirtschaftlichen Pläne, der Terminpläne und der Pläne der Geldeinnahmen und Geldausgaben können die Betriebe die geplanten Kredite in ihrer vorgesehenen Höhe und zum vorgesehenen Zeitpunkt nur dann beanspruchen und ebenso tilgen, wenn die güterwirtschaftlichen Pläne auch tatsächlich verwirklicht werden. Aus den Plänen der Geldeinnahmen und der Geldausgaben des Betriebes ist also ersichtlich, wann und in welcher Höhe der Betrieb Kredite benötigt und wann er in der Lage ist, diese Kredite wieder zurückzuzahlen. Besitzt die zuständige Filiale des staatlichen Bankensystems Zweitschriften des betrieblichen Geldeinnahme- und Geldausgabeplanes und des Kreditplanes, so vermag sie den tatsächlichen Kontenstand mit dem geplanten zu vergleichen und somit zu ermitteln, ob Liquidität oder Illiquidität des Betriebes von Abweichungen des Plansolls herrühren. Diese Kontrolle ist um so wirksamer, je differenzierter man Ausgaben- und Einnahmearten auf einzelnen Konten verbucht. Überwälzungen und gegenseitige Aufrechnungen der Einnahme- und Ausgabenarten werden dadurch

1) Gutmann, G.: Theorie und Praxis der monetären Planung in der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S.114.

2) Gutmann, G.: ebenda, S.115.

den Betrieben erschwert. Auch vermag der Zins als Kostenfaktor für außerplanmäßige Kredite oder als Rendite für nicht aufgenommene vorgesehene Kredite auf eine rechtzeitige und sachgerechte Planerfüllung hinzuwirken.

2. Da die Betriebe Steuern, Abschreibungsbeträge und Gewinne an den Staatshaushalt abzuführen haben und andererseits aus dem Staatshaushalt für planmäßige Investitionen von Anlagen und Lägern sowie für den Ausgleich von Planverlusten Beträge zu erwarten haben, ist es den zuständigen Organen der staatlichen Abgabenverwaltung ebenfalls möglich, die geplanten Zuweisungen oder Abgaben mit den tatsächlich geleisteten zu vergleichen. "Abweichungen in der Höhe der Summen oder im Termin lassen darauf schließen, daß der Betrieb güterwirtschaftliche Pläne nicht erfüllt hat und daher nicht in der Lage ist, seine Verpflichtungen gegenüber dem Staatshaushalt einzuhalten. Wird diese Vermutung noch durch Rückfragen bei der für den Betrieb zuständigen Bankfiliale verstärkt, so kann die Abgabenverwaltung die zuständige Kontrollinstanz von dem vorliegenden Tatbestand verständigen und so eine Untersuchung der tatsächlichen güterwirtschaftlichen Vorgänge im Betrieb auslösen. Die geldwirtschaftliche Kontrolle über die wirtschaftliche Tätigkeit der Betriebe durch die Abgabenverwaltung vermag so die Kontrolle durch die Staatsbank zu ergänzen."¹⁾

Die Abgabenverwaltung überwacht aber nicht nur die Planerfüllung der Betriebe, sondern auch die Tätigkeit und die Kontrollaufgaben der Bank. "So wird eine gegenseitige Kontrolle der Kontrollinstanzen, eine Kontrolle über Kontrolleure durch Kontrolleure, bewirkt."²⁾

3. Wir haben also erfahren, daß bei zentraler Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses alle Formen des Leistungsanreizes und der Leistungskontrollen mühsam organisiert werden müssen. Die staatliche Plankommission, die Deutsche

1) Gutmann, G.: Theorie und Praxis der monetären Planung in der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S.131.

2) Gutmann, G.: ebenda, S.133.

Notenbank, das Ministerium der Finanzen, der Staatssicherheitsdienst, die Gewerkschaften und vor allem die Partei sind in Mitteldeutschland Organe der politischen Führung, welche die Betriebe und die wirtschaftenden Menschen und ihre Interessen anzuspornen, zu aktivieren haben, um "sie zugleich einem umfassenden System staatlicher Kontrollen und staatlichen Zwangs zu unterwerfen."¹⁾

Wie also die politische Führung in diesem System allein Subjekt der Planung des wirtschaftlichen Geschehens ist und die Staatsbürger allein als Objekte dieser zentralen Pläne die zentralen Planinteressen verwirklichen dürfen, so ist auch diese politische Führung allein "Subjekt aller Kontrollen des wirtschaftlichen und sonstigen Handelns und Verhaltens der Menschen; die Staatsbürger sind ausschließlich Objekte dieser alles umfassenden Kontrollen. - Während die Zentralisierung der wirtschaftlichen Planung zu universaler Politisierung des menschlichen Lebens führt, wird das Leben wegen der Schwierigkeiten der Planverwirklichung völlig ökonomisiert."²⁾

Fortsetzung S. 43 ff.

1) Hensel, K. Paul: Planwirtschaft, in: HdSW, Bd. 8, a.a.O., S. 336.

2) Hensel, K. Paul: ebenda, S. 336.

Zweiter Teil

Probleme der Wirtschaftsrechnung in einer
offenen Zentralverwaltungswirtschaft.

Erster Abschnitt: Entfaltung eines allgemeinen
Plangleichgewichts bei durchgängig naturaler Planung
des Wirtschaftsprozesses.

I. Zunächst einige Bemerkungen zur Problemstellung:

Die bisherige Annahme der geschlossenen Volkswirtschaft
wollen wir nunmehr aufgeben und die Frage zu beantworten
versuchen, wie das Problem der Wirtschaftsrechnung beim
Internationalen Handel eines Landes mit vollständig
zentraler Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses
zu lösen ist.

wirtschaften.

Sinn des Internationalen Handels für Zentralverwaltungs-
A. 1. Güterwirtschaftlich gesehen besteht der Sinn des
Internationalen Handels in der Ein- und Ausfuhr von Sach-
gütern und Dienstleistungen. Damit stellt sich das öko-
nomische Problem des Internationalen Handels ganz allge-
mein so, daß die Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen
für die Volkswirtschaft einen Nutzenentgang bedeutet und
die Einfuhr für die Volkswirtschaft mit einem Nutzen-
zuwachs verbunden ist. Angesichts der Knappheit der wirt-
schaftlichen Güter und der unterschiedlichen relativen
Knappheiten an Gütern in verschiedenen Volkswirtschaften
kommt es darauf an, daß die durch den Export einem Lande
entgehenden Nutzen nicht größer sind als die durch den
Import diesem Lande zuwachsenden Nutzen. Ökonomischer
Grund des Internationalen Handels ist also nicht die
Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen, sondern deren
Einfuhr. Export ist lediglich ein Mittel zum Zwecke des
Importes.

2. Auch für Zentralverwaltungswirtschaften kann es durchaus geboten sein, sich die Vorteile einer internationalen Arbeitsteilung zunutze zu machen. Länder, die mit reichlich Grund und Boden ausgestattet sind und in denen unter günstigen klimatischen Bedingungen gearbeitet werden kann, besitzen möglicherweise einen Vorteil anderen Ländern gegenüber in der Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte. Andere Länder wiederum, in denen größere Rohstoffvorkommen lagern und die mit einem hohen technischen Wissen und einer großen Bevölkerungszahl sowie einer gut geschulten Arbeiterschaft ausgestattet sind, eignen sich besonders für die Fertigung industrieller Produkte. Es sind also vor allem Unterschiede in den Produktionsbedingungen, die bestimmte Länder in der Herstellung bestimmter Produkte begünstigen. Unter solchen Voraussetzungen wird sich jedes Land auf die Herstellung solcher Waren spezialisieren, die es mit relativ geringeren Kosten - hier i.S. von entgehendem Nutzen - im eigenen Lande zu produzieren vermag. Der Außenhandel ~~ver~~ ermöglicht sodann einen Tausch dieser Güter gegen andere, die im Inland entweder gar nicht oder nur zu erheblich höheren Kosten produziert werden können. Der Sinn der internationalen Arbeitsteilung beruht also vor allem in der Ausnutzung absoluter Kostenvorteile. Produziert also ein Land vorwiegend solche Waren, die im eigenen Land unter den gegebenen Bedingungen den geringsten Nutzenentgang gegenüber anderen Verwendungsmöglichkeiten verursachen, so vermag es im Austausch dieser Güter gegen andere den Nutzen insgesamt zu steigern. Ein solcher Nutzenzuwachs wäre nicht realisierbar, wenn dieses Land versucht, alle die wirtschaftlichen Güter selbst herzustellen, welche für die Realisierung der außerwirtschaftlichen Ziele benötigt werden.

3. Immerhin wäre es aber denkbar, daß ein Land alle Produkte zu geringeren Kosten - auch hier wieder i.S. von entgehenden Nutzen - herzustellen vermag als die übrigen Länder. Könnte dieses Land, das einen Vorteil

bei der Erzeugung aller wirtschaftlichen Güter hat, die den außerwirtschaftlichen Zwecken dienen, einen Nutzenzuwachs aus der internationalen Arbeitsteilung erwarten? Wäre es nicht eher wahrscheinlicher, daß dieses Land auf jegliche Ein- und Ausfuhr verzichtet, da es die benötigten Güter mit besseren Produktionsverfahren und unter günstigeren Produktionsbedingungen als die möglichen Außenhandelspartner produzieren kann? Der Nachweis, daß auch in diesem speziellen Fall die internationale Arbeitsteilung für alle beteiligten Außenhandelspartner von Vorteil ist, wenn trotz absoluter Kostenunterschiede bei der Herstellung aller wirtschaftlichen Güter nur komparative Kostenunterschiede zwischen einigen Produkten erkennbar sind, ist D. Ricardo gelungen.¹⁾ "In vielen Fällen ist der Kostenvorsprung eines Landes bei den einzelnen Produkten unterschiedlich groß. Dann erweist es sich für dieses Land als zweckmäßig, alle Kräfte auf die Erzeugung jener Waren zu konzentrieren, in denen der absolute Vorteil besonders groß ist, also auch ein komparativer Vorteil besteht, und diese Waren gegen andere Produkte einzutauschen, in deren Herstellung es der übrigen Welt vergleichsweise nur wenig überlegen ist und somit einen komparativen Nachteil besitzt. Andererseits können die benachteiligten Länder nur gewinnen, wenn sie ihre Produktionsfaktoren auf die Erzeugung solcher Güter lenken, bei denen ihre Unterlegenheit verhältnismäßig am geringsten ist, bei denen sie trotz absoluter Kostennachteile über komparative Vorteile verfügen."²⁾

B. Vorteile des Internationalen Handels für Zentralverwaltungswirtschaften

1. Daß diese Vorteile ~~an~~ der internationalen Arbeitsteilung auch in der täglichen Arbeit des sowjetzonalen Außenhandelsapparates durchaus anerkannt werden, mögen

- 1) Ricardo, D.: Grundsätze der Volkswirtschaftslehre und Besteuerung, Jena 1923³, Kapitel 7.
- 2) Rose, K.: Theorie der Außenwirtschaft, Berlin und Frankfurt a.M. 1964, S. 172.

folgende Zitate verdeutlichen:

"Die Eigenproduktion der DDR kann aus verschiedenen Gründen nicht jeden Bedarf decken, das heißt nicht das gesamte Sortiment in ausreichender Menge produzieren. Diese Tatsache ist zum Beispiel darin begründet, daß in der DDR kein Kaffee wächst oder daß der gesamte Maschinenbau Stahl benötigt, im Inland jedoch nicht genug Walzwerkskapazitäten vorhanden sind. Außerdem hat die historisch über viele Jahrhunderte spontan entstandene Arbeitsteilung dazu geführt, daß sich bestimmte Länder in der Produktion einiger Erzeugnisse so weit spezialisiert haben, daß sie eine besonders gute Qualität bei besonders niedrigen Produktionskosten erreichen, so daß es zweckmäßiger ist, die Waren zu importieren, als sie selbst zu fertigen."¹⁾

"Die Voraussetzungen für die notwendigen Importe werden durch den Export hochwertiger Industriegüter geschaffen."²⁾

"Über den Außenhandel ist es möglich, durch bessere Ausnutzung der internationalen Arbeitsteilung gesellschaftliche Arbeit einzusparen und damit zur Selbstkostensenkung beizutragen."³⁾

"Der Außenhandel bildet eine zusätzliche Akkumulationsquelle für unsere Volkswirtschaft."⁴⁾

Die Außenhandelsgüter sind je nach ihrer Dringlichkeit für eine Zentralverwaltungswirtschaft mit unterschiedlichen Vorteilen verbunden.⁵⁾

a) Sie wird zunächst diejenigen Güter einzuführen bestrebt sein, welche für die Planerfüllung als komplementäre Güter notwendig sind und im eigenen Lande etwa aus

1) Kammer für Außenhandel der "DDR", Außenhandelspraxis Teil III, die Durchführung von Exportgeschäften, Berlin (Ost), Loseblattsammlung, 9.Ergänzung, Stand 31.12.1963, I 100 - Blatt 1.

2) Ebenda.

3) Ebenda.

4) Ebenda.

5) Vgl. Heuss, E.: Wirtschaftssysteme und Internationaler Handel, St.Gallener Wirtschaftswissenschaftliche Forschungen, herausgegeben von der Handels-Hochschule St.Gallen, Bd.11, Zürich-St.Gallen 1955, S.190.

natürlichen Gegebenheiten nicht hergestellt werden können.

b) Es folgen dann ebenfalls komplementäre Güter, die innerhalb der Planperiode benötigt werden, die aber vorerst nicht herzustellen sind, weil das dazu erforderliche technische Wissen fehlt oder weil es dazu besonders kostspieliger Investitionen bedürfte.

c) Sodann wären solche Güter in die Außenhandelsüberlegungen einzubeziehen, die im eigenen Land nur mit einem erheblich höheren Aufwand an Produktionsmitteln erzeugt werden können oder die nur schwer durch Inlandsgüter zu substituieren sind.

d) Schließlich hätten die Güter zu folgen, bei denen zwar eine Kostendisparität zugunsten des Auslandes besteht, die aber abnimmt, je mehr man die Reihe dieser Güter verlängert.

e) Für den Exportplan sind solche Güter auszuwählen, die der Zentralverwaltungswirtschaft den geringsten Nutzen stiften; aber auch solche, die mit einem besonders hohen Devisenerlös verbunden sind.

C. Nach welchen Maßstäben entscheidet sich, ob und welche Güter international getauscht werden sollen?

1. Nach den offensichtlichen Vorteilen, die ein Land aus der internationalen Arbeitsteilung genießt, ist nunmehr die Frage zu beantworten, nach welchen Maßstäben sich entscheidet oder entschieden wird, ob Güter und welche Güter getauscht werden sollen und wer das zu entscheiden hat. Nutzenüberlegungen, von denen ausgehend wir bisher den Internationalen Handel beschrieben haben, liegen subjektive Größen zugrunde; sie sind insofern von allen den Kriterien abhängig, nach denen sich der Nutzen wirtschaftlicher Güter bestimmt. Wie wir erfahren haben, sind das aber die Ziele, deren Verwirklichung alle wirtschaftlichen Güter dienen und die

Rangordnung dieser Ziele. Dabei handelt es sich um die Ziele der Lebenserhaltung und Lebensgestaltung derer, welche die wirtschaftlichen Güter bewerten.

Die Bewertung aller wirtschaftlichen Güter und damit alle Wirtschaftsrechnung ist aber morphologisch bedingt. Das heißt, das wirtschaftliche Handeln und Verhalten ist in der mannigfachsten Weise bedingt durch die jeweils realisierte Wirtschaftsordnung. In verschiedenen Wirtschaftsordnungen sind es jeweils andere Personen oder Personengruppen, welche die Pläne aufstellen und damit entscheiden, welchen Zielen das Wirtschaften dienen soll. In den verschiedenen Wirtschaftsordnungen kommen die Pläne in unterschiedlicher Weise zustande, und sie werden in unterschiedlicher Weise koordiniert. Für die Wirtschaftsrechnung ist es also entscheidend, ob mit Hilfe von Natural- und Nutzengrößen oder auch mit Geldgrößen gerechnet wird. Auch die Art, möglicherweise auch der Genauigkeitsgrad der Knappheitsanzeige ist morphologisch bedingt, und in den verschiedenen Wirtschaftsordnungen gibt es verschiedene Formen des Leistungsanreizes, der Leistungskontrollen und des Leistungszwanges. Die Verschiedenheit der Wirtschaftsordnung ist somit Datum für den Internationalen Handel. Jede Änderung der Wirtschaftsordnung verursacht notwendigerweise auch eine Änderung des Internationalen Handels. Die Lehre vom Internationalen Handel muß somit auf der Lehre von der Wirtschaftsordnung aufbauen. Damit bestätigt sich die eingangs erwähnte These, daß mit der vorherigen Konkretisierung der Wirtschaftsordnung einer Zentralverwaltungswirtschaft und der Beschreibung der Probleme der Wirtschaftsrechnung in einer geschlossenen Zentralverwaltungswirtschaft unnötige Wiederholungen bei der Lösung der Probleme der Wirtschaftsrechnung in einer offenen Zentralverwaltungswirtschaft zu vermeiden sind.

2. Wir können also davon ausgehen, daß die Planung und Lenkung des gesamten Wirtschaftsprozesses zentralisiert ist. Es gibt nur eine planende Instanz, und Planerfüllung ist oberstes staatliches Gesetz. Die maßgeblichen Planentscheidungen trifft die politische Führung eines solchen Gemeinwesens anhand der Knappheitsanzeige nicht in Form von Geldgrößen, sondern anhand der Plansalden. Die Bewertung der wirtschaftlichen Güter erfolgt nicht in Teilmengen, sondern in Gesamtmengen nach Maßgabe der gesamtwirtschaftlichen Knappheiten unmittelbar auf die außerwirtschaftlichen Ziele und deren Rangordnung hin. Der gesamtwirtschaftliche Nutzen ist Nutzen i.S. der politischen Führung oder derjenigen Ziele, die sie zu verwirklichen wünscht. Vermag somit ein im Ausland hergestelltes Gut keinem im Inland angestrebten Ziel zu dienen, dann wird es auch nicht eingeführt. Art und Umfang des Internationalen Handels werden damit festgelegt durch die zu verwirklichenden Ziele der politischen Führung einer solchen Volkswirtschaft und der Rangfolge ihres Bedarfes.

3. Da die Planung stets für einen längeren Zeitraum notwendig ist, muß der gesamte Wirtschaftsprozeß einschließlich des Internationalen Handels für diese Periode im voraus geplant werden. Einfuhrgüter sind nach Art und Menge und nach Maßgabe der außerwirtschaftlichen Ziele in die Pläne einzusetzen. Entsprechend müssen auch äquivalente Exportgüter in den Plänen vorgesehen werden, um die Einfuhr bezahlen zu können. Da alle Pläne

interdependent sind, beruht das ganze Plansystem auf Planerwartungen. Insbesondere die Planerwartungen eines noch nicht realisierten Außenhandels begründen u.U. ein sehr erhebliches Planrisiko. Wenn auch diesem Risiko mit der Einplanung eines gewissen Risikopuffers entsprochen werden kann, so dürfte doch die internationale Anpassung und Elastizität eines durchgängig natural und zentral geplanten Systems recht gering sein, weil eben

die Änderung nur eines Planes innerhalb der Planperiode eine Änderung aller anderen Pläne verursacht. Andererseits ist der Handel hier aber nicht einzelwirtschaftlichen Rentabilitätsberechnungen unterworfen. Kosten i.S. von Aufwand müssen u.U. nicht beachtet werden, so daß den Planinstanzen des Internationalen Handels erhebliche Mittel der Marktstrategie in die Hand gegeben werden, wie das für private Im- und Exporteure kaum möglich sein wird.

Weil in diesem Lenkungssystem die politische Führung allein Subjekt der Planung und somit auch der Planung des Internationalen Handels ist, folgt daraus notwendigerweise eine Art monopolistischer Organisation des Internationalen Handels, die für die Planungsinstanz die operativen Aufgaben des Außenhandels zu übernehmen hat. Für die folgende Untersuchung nehmen wir an, daß lediglich zwei Länder mit vollständig zentraler Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses arbeitsteilig miteinander verbunden wären. Wir nehmen also an, daß keines dieser Länder internationale Wirtschaftsbeziehungen mit dritten Ländern unterhalte. Nach unseren bisherigen Erfahrungen über zentrale Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses müßte auch der Außenhandel zentral geplant und vermittels einer monopolistischen Organisation des Internationalen Handels gelenkt werden. Außerdem könnte es sich bei dem Austausch von wirtschaftlichen Gütern nur um einen Naturaltausch auf der Basis der Naturalrechnung handeln.

D. Das zentrale Bewertungsproblem.

1. Bedarfsträger in der jeweiligen Zentralverwaltungswirtschaft sind sowohl die Produktionsbetriebe, die für die Verwirklichung des ihnen in den Plänen vorgeschriebenen Produktionsprogrammes Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate, Maschinen, Ersatz- und Zubehöerteile benötigen, als auch Einzelhandelsbetriebe, die für die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern zu fungieren haben. Weder Produktionsbetriebe noch Binnenhandelsorgane vermögen selbst zu übersehen, ob ihr Bedarf aus der inländischen Produktion

gedeckt werden kann oder ob entsprechende Einfuhren notwendig sind. Organisatorisch ist darum in der Spitze der Planungshierarchie eine Abteilung nötig, die überschauen und kontrollieren kann, ob die aus den Teilplänen sich ergebenden Fehlmengen vom Inland oder vom Ausland her zu beseitigen sind. Diese Abteilung hat also alle notwendigen Einfuhrbedarfe, die sich aus den verschiedensten Teilplänen ergeben, auf der Verwendungsseite einer internationalen Handelsbilanz dieser Zentralverwaltungswirtschaft zu sammeln und diesen auf der Aufkommenseite der Bilanz alle für die Ausfuhr notwendigen und vorgesehenen Güter gegenüberzustellen. Ein Gleichgewicht der Handelsbilanz ist nur dann zu realisieren, wenn die Einfuhrgüter vom Auslande auch tatsächlich geliefert und die für die Ausfuhr notwendigen Güter auch vom Auslande gewünscht und abgenommen werden.

2. Unter dieser Voraussetzung bestehen die Kosten der für die Ausfuhr auf der Aufkommenseite der Handelsbilanz vorgesehenen Güter in den insgesamt entgehenden Nutzen, die diese Güter bei einer Verwendung im Inland für die Realisierung außerwirtschaftlicher Ziele zu stiften vermögen. Die Menge eines jeden Gutes, die für die Ausfuhr vorgesehen ist, kostet der Zentralverwaltungswirtschaft die Verwirklichung der jeweils unwichtigsten Ziele, die mit dieser Gütermenge im Inlande hätten realisiert werden können. Andererseits stiften aber die Einfuhrgüter der Volkswirtschaft einen Nutzen, weil mit ihrer Hilfe im Inlande zusätzliche Ziele zu verwirklichen sind. Dabei kann es sich auch um indirekte Nutzenwirkungen handeln, wenn die Einfuhr von arbeitssparenden Investitionsgütern im Inlande Arbeitskräfte freisetzt, die nun in anderen Verwendungsrichtungen besser genutzt werden können.

3. Die durch die Ausfuhrgüter entgehenden Nutzen und die durch die Einfuhrgüter zuwachsenden Nutzen dürfen jedoch nicht global verglichen werden, wenn dieser Vergleich einigermaßen exakt sein soll. Vielmehr sind Ein- und Ausfuhr-

güter einzeln zu bewerten. Die operativen Organe des Außenhandels müssen also ziemlich genaue Anweisungen darüber haben, welche Güter in der Planperiode voraussichtlich ein- und ausgeführt werden sollen, zu welchen Zeiten das geschehen soll und welchen Wert die politische Führung diesen Gütern beimißt. Die verhandlungsführenden Personen der Außenhandelsorgane benötigen somit konkrete Vorstellungen darüber, in welchen Mengen die Außenhandelsgüter jeweils ausgetauscht werden müssen, damit den Nutzenvorstellungen der politischen Führung entsprochen werden kann. Dieses Bewertungsproblem bereitet die hauptsächlichsten Schwierigkeiten in der theoretischen Analyse.

E. Wann ist der Plan des Internationalen Handels mit dem zentralen Volkswirtschaftsplan abzustimmen?

1. Wenn wir vorher annahmen, daß die politische Führung in der Lage ist, die politischen Ziele, die sie zu verwirklichen wünscht, eindeutig zu bestimmen und ihren politischen Willen auch durchzusetzen, dann sieht sie nunmehr bei der Realisierung des Außenhandelsplanes ihre politischen Zielvorstellungen durch diejenigen der politischen Führung ihres Außenhandelspartners durchkreuzt. Da wir es in den anderen Gemeinwesen ebenfalls mit einer Zentralverwaltungswirtschaft zu tun haben, sind die Pläne beider Zentralverwaltungswirtschaften durch den Außenhandel aufeinander abzustimmen. Der Außenhandelspartner wird nicht gewillt sein, eigene Ambitionen im Interesse der Verwirklichung der von der anderen Zentralverwaltungswirtschaft angestrebten Ziele zurückzustellen. Wenn somit die zentrale Leitung einer Zentralverwaltungswirtschaft beabsichtigt, den Nutzen der insgesamt verfügbaren wirtschaftlichen Güter i.S. der von ihr angestrebten Ziele zu maximieren, dann wird sie bei der Verwirklichung dieser Ziele mit den Planabsichten der politischen Führung im Außenhandelspartnerland rechnen müssen. Die politische Führung unseres Gemeinwesens ist damit nicht mehr allein Subjekt der Planung und damit auch der Planung des Internationalen Handels, sondern zugleich auch Objekt der Planung seines Außenhandelspartners.

2. Wenn also die politische Führung den Außenhandelsorganen möglichst genaue Anweisungen über die Bewertung der Außenhandelsgüter und damit Richtlinien für die Verhandlungsführung in die Hand zu geben hat, dann müßte die interne Planung des wirtschaftlichen Gesamtprozesses schon ziemlich weit fortgeschritten sein. Wäre die interne Planung vor Abschluß der Verhandlungen über Art und Umfang des Internationalen Handels ausgearbeitet, dann sind die in diesem Plan enthaltenen Planentscheidungen Datum der Planentscheidungen für den Außenhandelsplan. Da dieser Außenhandelsplan aber nicht ohne Einwilligung des Außenhandelspartners realisiert werden kann, begründet er für die politische Führung unseres Gemeinwesens ein ganz erhebliches Planrisiko und ein Risiko für die zu verwirklichenden Ziele der politischen Führung.

3. Wird andererseits aber zuerst der Außenhandelsplan ins Gleichgewicht gebracht, dann sind die in ihm enthaltenen Entscheidungen über die notwendigen Ein- und Ausfuhrdaten für die Herbeiführung eines internen Plangleichgewichtes. Die politische Führung begibt sich damit eines Teils ihrer politischen Entscheidungsfreiheit. Sie macht sich abhängig von den Plänen ihrer Außenhandelspartner.

4. Wenn aber ein ökonomisch exaktes Plangleichgewicht herbeigeführt werden soll, dann müssen die Ausarbeitung des internen Plangefüges und die des Internationalen Handels aufeinander abgestimmt werden. Internes Plangleichgewicht und das des Internationalen Handels sind gleichzeitig zu realisieren. Nur so wäre gewährleistet, daß die Daten des Internationalen Handels die Planentscheidungen für die Bildung des internen Gleichgewichts beeinflussen, während ebenso diese Planentscheidungen auf die Verwirklichung des Außenhandelsgleichgewichtes rückwirken. Solcherart wären alle Teilpläne interdependent, und die Außenhandelsbilanz könnte sinnvoll in das gesamte innere Plangefüge eingebaut werden. Die politische Führung entspräche in ihren Entscheidungen ihrer Abhängigkeit von

den Zielen ihres Außenhandelspartners. Diese Abhängigkeit könnte sie zugleich in ihr Zielprogramm übernehmen und die politischen Ziele, die sie im Innern ihres Landes zu verwirklichen wünscht, somit eindeutig bestimmen und ihren politischen Willen auch wirksam nach unten durchsetzen.

5. Praktisch wird diese Gleichzeitigkeit nur schwer zu erreichen sein, weil eben bei der Planung des Außenhandels, die ja dessen Realisierung voraussetzt, das Mittel der Subordination nicht gewährleistet ist. Zwar kann bei der Bereitstellung der notwendigen Exportgüter das Leistungsproblem i.S. der politischen Führung gelöst werden, nicht aber bei der Einfuhr. So wird denn praktisch bei der Ausarbeitung der Planung die Bildung des inneren Gleichgewichts derjenigen des anderen vorangehen oder umgekehrt. Die Entscheidungen der politischen Führung werden jeweils davon beeinflusst und wiederum auf die Pläne rückwirken. Den dabei auftretenden Diskrepanzen zwischen erwarteten und tatsächlich sich ergebenden Größen kann man durch die Einplanung von Dispositionsreserven, "Reservefonds", "Konto Diverses", "Exportkomplettierung", "1000 kleine Dinge"¹⁾ und wie man solche Planungspuffer in der Sowjetisch besetzten Zone Deutschlands noch nennen mag, begegnen.

Wie also sind die durch die Ausfuhr der Volkswirtschaft entgehenden Nutzen mit den durch die Einfuhrgüter zuwachsenden Nutzen genau zu vergleichen? Wie sind die Kosten der Einfuhr bei zentraler Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses genau sichtbar zu machen? Ist es möglich, die Ein- und Ausfuhrgüter in das System der allgemeinen Plangleichgewichtsbildung einzubeziehen, und wie kann das bewerkstelligt werden? Welcher operativen Organe des Außenhandels und welcher Hilfsmittel der Wirtschaftsrechnung hat sich die politische Führung bei der Lösung dieser Aufgaben zu bedienen? Dies vor allem sind die Fragen, die wir nun Schritt für Schritt, wie sie sich aus der Logik

1) Vgl. Außenhandelspraxis, Teil III, Die Durchführung von Exportgeschäften, a.a.O., I 102 - Blatt 1.

der Sache heraus ergeben, in möglichst enger Verbundenheit an die Außenhandelspraxis Mitteldeutschlands zu beantworten haben.

II. Planung des Außenhandels und die Interdependenz mit dem Volkswirtschaftsplan.*)

A. Planungsbehörden

Ausmaß und Auslese der in der künftigen Planperiode zu verwirklichenden Ziele und damit die Entscheidung über die zu Beginn der Planperiode vorhandenen sowie innerhalb der künftigen Planperiode anfallenden wirtschaftlichen Güter, die der Realisierung dieser Ziele dienen, obliegt in einer Zentralverwaltungswirtschaft der Regierung als oberster Lenkungsinstanz. Des weiteren muß diese Regierung zur Durchsetzung ihres politischen Willens zu schnellen und eindeutigen Entschlüssen fähig sein. Sie hat also auch die Aufgabe, ihre Ziele, die sie zu verwirklichen wünscht, und die Rangordnung dieser Ziele den an der Planverwirklichung beteiligten Personen aufzuschlüsseln und ihre zentralen Anweisungen nach unten gegen alle Widerstände durchzusetzen. Zur Lösung dieser Aufgaben bedarf die politische Führung eines hierarchisch aufgebauten zentralen Lenkungsapparates, um ihre zentralen Planabsichten kundtun und verwirklichen zu können.

In Mitteldeutschland ist - ähnlich wie in den anderen Ostblockstaaten - oberste Entscheidungsinstanz das Politbüro des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Zur Verwirklichung ihrer außerwirtschaftlichen sowie wirtschaftlichen Ziele bedient sich die politische Führung ihrer nachgeordneten Dienststellen in den Bezirksparteileitungen und Kreisparteileitungen ebenso wie der Institution der staatlichen Einheitsgewerk-

*) Die wichtigsten Grundlagen und Übersichten zur Organisation und Technik der Planung und Bilanzierung der volkswirtschaftlichen Vorgänge sind am Schluß dieses Kapitels verzeichnet, s. S. 108.

schaft mit ihren nachgeordneten Dienst- und Hilfsstellen sowie in erster Linie der gesamten staatlichen Verwaltung, vor allem des Ministerrates, dessen nachgeordneter Führungsspitzen sowie der ihnen unterstellten Organe zur Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Erst wenn es der politischen Führung gelungen ist, ihre außerwirtschaftlichen Ziele nach Art und Umfang vorläufig festzulegen und nach ihrer Rangordnung vorläufig zu ordnen, dann haben alle diese Lenkungsorgane in der Phase der Planung des Wirtschaftsprozesses die Aufgabe, den aus den Zielen sich ergebenden Bedarf an wirtschaftlichen Gütern erster Ordnung in der Volkswirtschaft festzustellen.

Bedarfsträger für die Güter erster Ordnung sind die der Regierung unterstellten Ministerien und andere staatliche Führungsspitzen zur Planung und Lenkung der Volkswirtschaft und deren für die Durchführung der wirtschaftlichen Aufgaben verantwortlichen und nachgeordneten Dienststellen. In Mitteldeutschland sind dies vor allem die Ministerien der Industriebereiche¹⁾, der Landwirtschaftsrat, ein Ministerium für Bauwesen, ein Ministerium für Materialwirtschaft²⁾, ein Sekretariat für Forschung und Technik, ein Büro für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, die Ministerien für Verkehr, für Handel und Versorgung, für Außenhandel und innerdeutschen Handel und für das Post- und Fernmeldewesen, eine Zentralverwaltung für Statistik, ein Amt für Wasserwirtschaft, ein staatliches Komitee für Erfassung und Aufkauf landwirt=

- 1) Die Institution des Volkswirtschaftsrates wurde im Dezember 1965 aufgelöst und durch die schon vorher bestehenden Industrieministerien ersetzt. Vgl. Ulbricht, W., Probleme des Prospektivplanes bis 1970, Referat auf der 11.Tagung des Zentralkomitees, in: Neues Deutschland B v. 18.12.1965, S.6.
- 2) Dieses Sonderministerium wurde ebenfalls neu geschaffen und soll die materiell technische Versorgung der Volkswirtschaft steuern und gleichzeitig auf die ökonomische Materialverwendung einen maßgeblichen Einfluß ausüben. Vgl. Ulbricht, W., ebenda, S.6. Damit erfüllt es offenbar die Aufgabe, die technischen Koeffizienten der Güter aller Ordnungen, die für die Herstellung der Güter erster Ordnungen Voraussetzung sind, festzustellen und ihre durch die Änderung der Produktionsverfahren sich ergebenden Verschiebungen laufend zu registrieren und zu kontrollieren.

schaftlicher Erzeugnisse sowie eine Reihe anderer Institutionen, die aber erst mit der Einführung der Geldrechnung in unserer Zentralverwaltungswirtschaft erwähnt werden sollen.¹⁾

Diesen Lenkungsorganen, die je nach Zweckmäßigkeit in Hauptabteilungen, Abteilungen und Fachabteilungen gegliedert sind, unterstehen im zentralgeleiteten Produktionsbereich die Vereinigungen volkseigener Betriebe und im örtlich geleiteten Bereich der Volkswirtschaft die Bezirkswirtschaftsräte. Diese endlich leiten und kontrollieren die volkseigenen und örtlichen Betriebe. Jedes Ministerium ist damit verantwortlich für die Herstellung der Güter seines Sachbereiches. Es ist also zugleich Bedarfsträger für die Güter höherer Ordnung, die für die Produktion der Güter unter seiner Zuständigkeit notwendig sind."Alle diese Verwaltungseinheiten sind für ihren Bereich zugleich Planträger. Die Bedarfspläne für die Güter erster Ordnung werden von den genannten Ministerien und die Produktionspläne von den einzelnen Fachabteilungen als Produktionsträger aufgestellt, wobei je nachdem, wie weit die organisatorische Aufgliederung getrieben worden ist, einzelne Abteilungen für die Aufstellung mehrerer Pläne zuständig sein mögen. Für die materiale Koordination der vielen Einzelpläne ist in diesem Lenkungssystem eine Stelle erforderlich, die den einzelnen Planstellen übergeordnet ist und ihrerseits der Regierung unmittelbar untersteht. Eine solche Stelle ist notwendig, weil einmal die einzelnen Planstellen ihrer Natur nach Interessenten sind und zur Interessenpolitik neigen und andererseits, weil die Planungsfragen genaue Detailkenntnisse verlangen, über die eine Regierung niemals verfügen kann. Die Hauptaufgaben dieser zentralen Planstelle innerhalb der Zentralverwaltung ist die Herbeiführung letzter und höchster Planentscheidungen sowie die Kontrolle der Durchführung

1) Vgl. hierzu das Schaubild über die zentrale staatliche Leitung der Volkswirtschaft nach dem Produktionsprinzip, in: Das funktionelle Wirken der Bestandteile des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Berlin (Ost) 1964, S.14f.

der zentralen Weisungen." ¹⁾ Diese Aufgaben übernimmt in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands die Staatliche Plankommission.

Die vielseitige Verflechtung einer solchen Lenkungs-
hierarchie untereinander, die Unterstellungsverhältnisse
der volkseigenen Industrie auf zentraler, bezirksgeleite-
ter und örtlicher Ebene sowie die für die Erfüllung und
Kontrolle der Produktionsaufgaben in Industrie und Außen-
handel erforderliche Lenkungsorganisation ist in solchen
zentralgeleiteten Volkswirtschaften beinahe unübersehbar ²⁾,
und man kann sich leicht vorstellen, daß im täglichen
Wirtschaftsablauf unzweckmäßige Formen des organisatori-
schen Aufbaus, sich widersprechende Anweisungen und Fehl-
dispositionen art- und mengenmäßiger sowie zeitlicher und
räumlicher Art, Mängel zureichender Koordination und viel-
fache andere Störungen sich kaum vermeiden lassen. Man
darf auch wie Thalheim ³⁾ und Gleitze ⁴⁾ folgern, daß auf
Grund der Schwierigkeiten bei der Planung und unzureichen-
den Koordination der Lenkungsmaßnahmen in diesem organi-
satorischen Aufbau ein Systemzwang zum Experiment bestehe.
Das besagt jedoch nicht, daß wir für den theoretischen
Fall keine idealtypischen optimalen Bedingungen annehmen
dürften, wie das Klinkmüller ⁵⁾ behauptet. Für den ideal-

- 1) Hensel, K. Paul, Einführung in die Theorie der Zentral-
verwaltungswirtschaft, a.a.O. S. 114.
- 2) Die Verflechtungen dieses vielschichtigen Lenkungsappa-
rates werden besonders deutlich in: Das funktionelle
Wirken der Bestandteile des neuen ökonomischen Systems
der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Berlin (Ost)
1964 sowie: Klinkmüller, E.: Organisation und Planung
der Außenwirtschaft, in: Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion,
Das Wirtschaftssystem, herausgegeben von W. Markert,
Köln Graz 1965, S. 485ff. und Raupach, H.: Das Planungs-
system, ebenda, S. 140ff.
- 3) Thalheim, Karl C.: Die Wirtschaft der Sowjetzone in Krise
und Umbau, Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteldeutsch-
land, hrsg. vom Forschungsbeirat für Fragen der Wieder-
vereinigung Deutschlands beim Bundesminister für ge-
samtdt. Fragen, Bd. 1, Berlin 1964, insbes. S. 130ff.
- 4) Gleitze, B.: Die Industrie der Sowjetzone unter dem ge-
scheiterten Siebenjahrplan, Wirtschaft und Gesellschaft
in Mitteldeutschland, hrsg. vom Forschungsbeirat für Fra-
gen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesmini-
ster für gesamtdt. Fragen, Bd. 2, Berlin 1964, insbes. S. 61ff.
Ders.: Die Sowjetzonenwirtschaft in der Krise, in: WWI,
Wirtschaftswissenschaftliche Mitteilungen, hrsg. v. Wirt-
schaftswiss. Institut der Gewerkschaften GmbH, H. 9/10,
Köln, September/Okttober 1961.
- 5) Klinkmüller, E.: Die gegenwärtige Organisationsstruktur

typischen Grenzfall vollständig naturaler und zentraler Planung dürfen wir davon ausgehen, daß die politische Führung in unserer Zentralverwaltungswirtschaft ein rational aufgebautes und funktionierendes Lenkungsinstrument besitzt, durch das diese Führung befähigt wird, ihren politischen Willen auch nach unten durchzusetzen. Wir können sogar davon ausgehen, daß die einzelnen Planabteilungen im Interesse der Verwirklichung der zentralen Planabsichten eigene Ambitionen hintanstellen.

B. Planperiode

Wie für die gesamte Volkswirtschaft, so beanspruchte auch für den Außenhandel die Ausarbeitung der Jahrespläne in der sowjetisch besetzten Zone bisher die größten Anstrengungen. Jedenfalls im Sektor Außenhandel behandelte man die Perspektivplanung zweitrangig und beschränkte sich auf die Arbeit der Abteilung Perspektivplanung der Staatlichen Plankommission. Im Ministerium für Außenhandel und innerdeutschen Handel wurden lediglich der Im- und Export kompletter Anlagen für einzelne wichtige Projekte und vorrangige Komplementierungen von Kombinat und Staatsbetrieben langfristig festgelegt.¹⁾

Künftig soll jedoch die Perspektivplanung im Außenhandel die Ausarbeitung der Jahrespläne erleichtern und das zeitliche Nebeneinander der Planung des volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses und der Außenhandelsplanung fördern.²⁾ Zweifellos erfordern die zur Einführung moderner technischer Verfahren oder zur Ausführung eines großangelegten

der sowjetischen Wirtschaftsverwaltung, in: Planungsprobleme im sowjetischen Wirtschaftssystem, Osteuropa Institut an der Freien Universität Berlin, Wirtschaftswiss. Veröff. Bd.22, Berlin 1964, S.4.

1) Kammer für Außenhandel der "DDR", Außenhandelspraxis Teil III, a.a.O., 105 - Blatt 1.

2) Vgl. Ulbricht, W.: Probleme des Perspektivplanes bis 1970, in: Neues Deutschland B v. 18.12.1965, S.6f. sowie Rudolph, J.: Die planmäßige Herstellung der Proportionalität in der Perspektivplanung und der volkswirtschaftliche Nutzeffekt der Arbeit, Vorträge und Schriften der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, H.79, Berlin (Ost) 1962.

Investitionsprogramme notwendigen Ausrüstungen einzelner Kombinate oder ganzer Industriezweige eine Planung über mehrere Jahre hinaus, weil innerhalb eines Jahres nur Teilabschnitte der Gesamtaufgabe gelöst werden können. Die enge Verbindung des Außenhandels mit den verschiedenen Wirtschaftszweigen und die maßgebliche Rolle, die er bei der Erfüllung dieser Programme zu übernehmen hat, nötigen also auch zu einer perspektivischen Planung der Ein- und Ausfuhr.

Da wir es in der theoretischen Analyse vorerst nur mit einem Außenhandelspartner zu tun haben, in dessen Lande der volkswirtschaftliche Gesamtprozeß ebenso wie der Außenhandel für einen längeren Zeitraum zentral geplant werden, ist auch eine längerfristige Abstimmung der Importnotwendigkeiten und Exportmöglichkeiten zwischen beiden Ländern möglich. Dieses langfristige Außenhandelsprogramm ist Grundlage für die im Volkswirtschaftsplan jährlich zentral festzulegenden Import- und Exportkontingente. Selbst bei einer internationalen Arbeitsteilung zwischen mehreren Zentralverwaltungswirtschaften können ohne die perspektivische Planung des Außenhandels Importnotwendigkeiten und Exportwünsche mit den Außenhandelspartnern nur sehr schwer abgestimmt werden. Durch die Erforschung der Liefer- und Bezugsmöglichkeiten und deren Systematik in jeweiligen Ein- und Verkaufsländerprogrammen erhält die Jahresplanung eine bessere Grundlage.

Da die Aufgaben der Perspektivplanung im einzelnen nicht nur von der Staatlichen Plankommission oder dem Ministerium für Außenhandel und innerdeutschen Handel zu lösen sind, haben die Außenhandelsunternehmen und die einzelnen Betriebe nach den Direktiven der staatlichen Führungsspitzen eigene Langfristpläne aufzustellen, in denen nicht lediglich die Warenbewegungen, sondern auch die art- und mengenmäßigen, zeitlichen und räumlichen Vorbereitungen zur Warenbewegung sowie der Transportbedarf, der Arbeitskräftebedarf, der Kaderbedarf, Maßnahmen der Arbeitsorganisation, neue Arbeitsmethoden und Mittel der

Qualifizierung der Arbeiter vorzusehen sind.. 1)

Weil aber die Jahrespläne die Langfristpläne in Teilabschnitten konkretisieren, werden wir die Probleme der Wirtschaftsrechnung auf das eigentliche Problem der Herbeiführung eines jährlichen Plangleichgewichtes beschränken und die Perspektivplanung nur noch dort erwähnen, wo sie als Hilfsmittel der Wirtschaftsrechnung bei der Ausarbeitung der Jahrespläne dient.

C. Vorläufige Rangordnung des Bedarfes.

1. Die Erfahrung von der Knappheit an wirtschaftlichen Gütern und von der Leistungsfähigkeit des volkswirtschaftlichen Produktionsapparates zwingt vom Anfang der Planungsarbeiten an die politische Führung zu einer sinnvollen Begrenzung jedes einzelnen von ihr festzulegenden Zieles der Art und dem Umfang nach. Eine solche Begrenzung setzt jedoch eine Bewertung über die Wichtigkeit jedes Zieles voraus, die ökonomisch exakt erst dann vorgenommen werden kann, wenn die Knappheitsgrade aller wirtschaftlichen Güter in der Volkswirtschaft genau sichtbar gemacht worden sind.

Wenn man davon ausgeht, daß eine zentrale jährliche Planung des volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses nicht zum erstenmal ausgearbeitet werden soll, sondern schon seit einer Reihe von Jahren praktiziert wird, dann bieten sich der politischen Führung einige Hilfskonstruktionen an, die für eine sinnvolle Begrenzung des Bedarfs an wirtschaftlichen Gütern und damit für eine vorläufige Ziel=auslese dienlich sind.

a) Grundlage für diese Auslese sind die nach Art und Umfang bestimmten Ziele und die Leistungsfähigkeit des volkswirtschaftlichen Apparates in der Basisperiode der Planung.

1) Vgl. die Ausführungen über die Perspektivplanung in: Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft v. 11.6.1963 GBl. der "DDR", Teil II Nr.64 v. 18.6.1963 S.453. Vgl. auch Anordnung über die Ordnung und Haupttermine für den Ablauf der Ausarbeitung der Vorschläge zum Perspektivplan bis 1970 GBl. der "DDR" Teil II Nr.102 v. 24.10.1964 S.841.

Die meisten der politischen Ziele werden in jeder Planperiode stets neu zu verwirklichen sein, so daß ein regelmäßig wiederkehrender Bedarf für sehr viele wirtschaftliche Güter in jeder Planperiode aktuell wird. Die politische Führung hat für jedes in der künftigen Planperiode zu realisierende Ziel zu entscheiden, ob es in dem bisherigen Ausmaß angestrebt werden soll, ob Abstriche daran notwendig sind oder ob es in vermehrtem Umfange zu verwirklichen ist. Entsprechend verändert sich der Bedarf an wirtschaftlichen Gütern. Für zusätzlich zu verwirklichende neue Ziele ist verständlicherweise deren Bedarf an Gütern erster Ordnung der Art und auch dem Umfang nach neu festzustellen. Entscheidend für solche Überlegungen sind eine Reihe Wachstumsfaktoren: Die Bevölkerungsentwicklung ist zu berücksichtigen, und hat zu bedenken, wie die Beschäftigtenstruktur und die Mobilität der Arbeit mit den vorgesehenen Zielen zu vereinbaren sind. Neue Rohstoffvorkommen können in der Planperiode für die Produktion bereitstehen, andere Rohstofflager können sich während der Planperiode erschöpfen. Durch entsprechende Enqueten vermag man eine Übersicht über die künftige Ernteentwicklung zu gewinnen. Die in der Basisperiode oder früher eingeschlagenen Produktionsumwege erweitern u.U. in der Planperiode vorhandene Produktionskapazitäten, vermindern eventuell in der Basisperiode aufgetretene Engpässe oder helfen zusätzliche Produktionselemente einzusparen. Durch die im Rahmen des COMECON¹⁾ übernommenen Verpflichtungen zur

- 1) Council for Mutual Economic Assistance oder RgW = Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, wie man in der mitteleuropäischen Literatur die Integrationsbestrebungen der Ostblockländer nennt, wurde im Januar 1949 gegründet. In dieser Organisation gelangte man aber erst zu einer intensiveren Zusammenarbeit, nachdem die Integrationsbemühungen der westeuropäischen Industrienationen vor allem innerhalb der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft fortgeschritten waren. Vgl. Der Comecon, Ziele, Organisation, Tätigkeit, Weiterentwicklung und die Krisis in der EWG in sowjetischer Darstellung, Deutsche Volkswirtschaftliche Gesellschaft e.V., Bericht 151/152, Hamburg, o.J.; Hoffmann, E.: Der gemeinsame Markt in Osteuropa, Die großen Märkte der Welt Bd.3, Opladen 1961; Faddejew, N.: Sozialistische Partnerschaft, über die Zusammenarbeit im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, Wien, Köln, Stuttgart, Zürich 1965; Kaser, M.: Comecon, Integration, Problems of the Planned Economies, London, New York, Toronto 1965.

Kooperation und Spezialisierung und durch die Verteilung der Wehrlasten im Rahmen des Warschauer Paktes wird der Bedarf an wirtschaftlichen Gütern ebenso verändert wie durch vorrangige Schwerpunktaufgaben und Prestigeprogramme im eigenen Lande. Auch die Wirksamkeit der Leistungsanreize und der Leistungskontrollen sind bei diesen Wachstumsfaktoren zu beachten und vieles andere.

b) Die wachstumsfördernden Investitionen erweitern die volkswirtschaftlichen Kapazitäten, wobei entweder das in der Basisperiode angewandte technische Wissen oder neue Produktionsverfahren für die in der künftigen Planperiode zu verwirklichenden Ziele auszuwählen sind. Die politische Führung hat also vorläufig zu entscheiden, welche Investitionsmittel in der Planperiode eingesetzt werden sollen und in welche Verwendungsrichtungen diese Investitionen zu lenken sind. Es werden vor allem diejenigen Produktionsverfahren ausgewählt, bei denen möglichst viel Produktionsmittel einzusparen sind, und die vorgesehenen Produktionsmittel wird die politische Führung dorthin lenken, wo sie erfahrungsgemäß die größten Engpässe erwartet. In beiden Fällen ist damit vorläufig zu entscheiden, in welchen Wirtschaftszweigen Investitionen zugunsten von Zielen in späteren Planperioden einzusetzen sind und welche der vorgesehenen Ziele in der künftigen Planperiode nicht oder nur in geringerem Ausmaß verwirklicht werden können. Beide Male konkurrieren die in der Planperiode von der politischen Führung angestrebten Ziele mit möglichen Zielen späterer Planperioden um die in der Planperiode verfügbaren wirtschaftlichen Güter. Bei der vorläufigen Auswahl der Produktionsverfahren ist sofort auch die zeitliche Konkurrenz der Ziele um den verfügbaren volkswirtschaftlichen Produktionsapparat von der politischen Führung vorerst zu entscheiden.¹⁾

1) Vgl. Diekmann, K.: Wirtschaftsrechnung, Investitionen und Wachstum in einer Zentralverwaltungswirtschaft, Osteuropa-Institut an der FU Berlin, Wirtschaftswissenschaftliche Veröff., Bd. 11, Berlin 1960, S. 114, und Gutmann, G.: Theorie und Praxis der monetären Planung in der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O. S. 15.

Mit Hilfe der statistischen Abrechnung und Analyse des Volkswirtschaftsplans der Basisperiode in allen seinen Teilabschnitten vermag sich die politische Führung einen Überblick darüber zu verschaffen, ob und wo die für die vorgesehenen Investitionen notwendigen sachlichen, zeitlichen und räumlichen Vorbereitungen getroffen wurden. Bei Schwerpunktprogrammen und anderen wichtigen Investitionsvorhaben, die mehrere Jahre zum Aufbau benötigen, ist die jährliche Planerfüllung oder Nichterfüllung direkt aus dem Plan ersichtlich. Bei neu bereitzustellenden Investitionsmitteln müssen jedoch der politischen Führung Daten über die regionale Standortverteilung zugänglich sein. Sie muß wissen, ob für die einzusetzenden Maschinen die baulichen Vorbereitungen getroffen wurden, ob also Fundamente und Hallen bereitstehen und die Versorgung mit Wasser oder Strom gewährleistet ist, ob Arbeitskräfte für den Betrieb der Maschine verfügbar sind, die auch die notwendige Qualifikation besitzen. Die politische Führung muß auch darüber informiert sein, ob genügend Materialien bereitstehen, damit die Anlagen sofort arbeiten können und nicht ungenutzt bleiben. Diese und auch andere wichtige Informationen sind z.B. für die vorläufige Auswahl der Produktionsverfahren unerlässlich.

c) Bei der statistischen Abrechnung und der Auswahl des vorhandenen Datenmaterials bedient sich die politische ^{Führung} der Erfahrungen und der Detailkenntnisse ihres gesamten Planungsapparates. Bei der Auswahl und der Abgrenzung ihrer Ziele läßt sie sich vor allem von der für die Perspektivplanung zuständigen Plankommission, von den verschiedenen Industrieministerien sowie den Planungs- und Kontrollorganen der übrigen Ministerien beraten. Verantwortlich für die Koordination der vielfältigen Wünsche und Aufgaben ist hierbei die Staatliche Plankommission als oberste Lenkungsinstanz. Für die Feststellung des vorläufigen Bedarfes sind dabei unterschiedliche Verfahren anzuwenden. Der Bedarf an Straßen, Brücken, Schulen, Verwaltungsgebäuden u.a. erfordert nur eine einfache

Zählung, während die Bestimmung des Gesamtbedarfes der für die Bevölkerung vorgesehenen Konsumgüter und deren Aufspaltung in Teilmengen ein Rechnen mit Normensätzen verlangt. Der für die Versorgung der Bevölkerung vorgesehene Bedarf wird nicht individuell für jeden einzelnen Menschen, sondern normativ als der auf einige Nenner gebrachte Bedarf aller Menschen bewertet. Grundlage für die Anwendung der unterschiedlichen Verfahren sind neben den bei den Wachstumsfaktoren erwähnten und zu beachtenden Sachverhalten auch die sachlichen, räumlichen und zeitlichen Produktionsvoraussetzungen, die sich aus der Schlußliste des Perspektivplanes oder aus statistischen Abrechnungen und Analysen des Basisplanes in seinen Teilabschnitten ergeben.

2. Damit sind aber die vorläufigen Ziele noch nicht festgelegt. Grundlage für die Zielauslese ist neben der Ermittlung des Bedarfes an wirtschaftlichen Gütern erster Ordnung auch die Feststellung des Bestandes an solchen Gütern. Der Bestand an Gütern erster Ordnung befindet sich aber nicht nur in den Betrieben, wo er bei der Abrechnung des Basisplanes unmittelbar festzustellen ist, sondern zumeist auch in den einzelnen Haushalten, wo er der Art und der Menge nach sowie unter dem Aspekt der voraussichtlichen Haltedauer nur sehr schwer erfaßt werden kann. Soll die vorläufige Bewertung des aus den Zielen sich ergebenden Bedarfs aber eine sachliche Basis erhalten, dann ist auch der Bestand an wirtschaftlichen Gütern erster Ordnung sowie deren Haltedauer bei der Zielauslese zu berücksichtigen. Vor allem dem Ziele der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern haben darum wiederum Hilfsmittel der Wirtschaftsrechnung zu dienen. Statistische Berechnungen aus den Plänen der Basisperiode, Schätzungen und Repräsentativerhebungen sind hilfsweise zur Errechnung des Bestandes von wirtschaftlichen Gütern, der zur Zeit der Planung auf dem Transport befindlichen Gütermengen und der voraussichtlichen Haltedauer der wirtschaftlichen Güter

heranzuziehen. Solche Hilfsmittel der Wirtschaftsrechnung bergen wiederum ein Moment der Ungenauigkeit in sich. Dies und die Unsicherheit bei der Planung zukünftigen Geschehens sind die eigentlichen Planrisiken in einer zentralgeleiteten Wirtschaft. In der offenen Zentralverwaltungswirtschaft wird diese Unsicherheit noch verstärkt durch die Abhängigkeit der Willensbildung der politischen Führung von den Planentscheidungen ihrer Außenhandelspartner. Um mögliche Störungen bei der Planverwirklichung ausgleichen zu können, müssen zusätzliche Mengen als Bestände für das Ende der Planperiode vorgesehen werden.

3. Mit der Feststellung des aus den Zielen sich ergebenden Bedarfes sowie der Ermittlung der Bestände an wirtschaftlichen Gütern und deren Haltedauer sind die Ziele sinnvoll jedoch noch nicht zu begrenzen. Da wir es mit einer in die internationale Arbeitsteilung verflochtenen Wirtschaft zentraler Planung und Lenkung zu tun haben, ist der für die Verwirklichung der Ziele notwendige Bedarf an wirtschaftlichen Gütern erster Ordnung um diejenigen Güter zu modifizieren, die im Inlande erfahrungsgemäß entweder gar nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen produziert werden können. Auch der für eine kontinuierliche Produktion in künftigen Planperioden notwendige Bestand an wirtschaftlichen Gütern am Ende der vorgesehenen Planperiode ist um die notwendigen Einfuhrgüter zu ergänzen.

Andererseits verändert auch die für die Bezahlung der Importe notwendige Einplanung von Ausfuhrgütern sowohl den Bedarf als auch den Bestand der für die vorgesehenen Ziele notwendigen wirtschaftlichen Güter erster Ordnung, indem die einzuplanenden Exporte wirtschaftliche Güter aus anderen möglichen Verwendungsrichtungen ziehen. Damit die durch die Ausfuhr entgehenden Nutzen nicht größer werden als die durch die vorgesehene Einfuhr zuwachsenden Nutzen, sind die Im- und Exportgüter nach Maßgabe der Wichtigkeit der zu verwirklichenden Ziele vorläufig zu bewerten. Entscheidend für die Zielauslese ist eine mög-

lichst genaue Feststellung des aus den Zielen sich ergebenden Bedarfs an Export- und Importgütern sowie eine möglichst wirklichkeitsnahe Ermittlung der Liefer- und Bezugsmöglichkeiten. Auch zur Lösung dieser Aufgaben bedarf die politische Führung der uneigennützigen Hilfe und der Detailkenntnisse ihrer verschiedenen Planungsabteilungen. Daten für die Ausarbeitung des Außenhandelsplanes bieten dafür die aus den Perspektivplänen sich ergebenden Aufgaben, die statistische Abrechnung, Analyse und Kontrolle des Basisplanes in seinen Teilabschnitten, Investitions- und Schwerpunktprogramme und vorrangige Staatsplanvorhaben, die aus langfristigen Abkommen sich ergebenden Verpflichtungen, das Ein- und Verkaufsländerprogramm, die Meldungen der Handelsvertretungen über Liefer- und Bezugsmöglichkeiten bei den Außenhandelspartnern und die auf internationalen Messen gesammelten Erfahrungen.

Im Rahmen der internationalen ökonomischen Beziehungen mit den sozialistischen Ländern hat die politische Führung eine Vielzahl von Vereinbarungen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit, über die Spezialisierung und Kooperation der Produktion bestimmter Industriezweige, über die Zusammenarbeit auf wissenschaftlich-technischem Gebiet, über Fragen der gemeinsamen Inanspruchnahme der Schiffstonnage, der Auslastung von Seehäfen u.ä. Abkommen, die unmittelbar oder auch mittelbar die Außenhandelsplanung beeinflussen, zu beachten. Daneben bestehen aber auch noch Verträge über die gemeinsame Errichtung von Industrieobjekten, über die Gewährung oder Inanspruchnahme von Warenkrediten, zweiseitige staatliche Handelsverträge und deren jährlich zu konkretisierenden Abkommen über Bezüge und Lieferungen. Auf der COMECON Ratstagung werden all diese Aufgaben auf die einzelnen Länder verteilt, die daraufhin ihre gegenseitigen Leistungen und Forderungen vereinbaren. Sie bedienen sich dabei vor allem der Daten der oben erwähnten Hilfsmittel der Wirtschaftsrechnung, die von der obersten Lenkungsinstanz zur Verfügung gestellt werden, und vor allem der Kenntnisse der operativen Außenhandelsorgane

über den Bedarf des jeweiligen Landes an Exporterzeugnissen und dessen voraussichtlichen Veränderungen sowie der Kenntnisse über die augenblicklichen und perspektivischen Exportmöglichkeiten des betreffenden Landes. In enger Verbindung mit der Auswertung der Daten für den künftigen Volkswirtschaftsplan und dessen Schwerpunkten und Hauptproportionen¹⁾ sind auch die Hauptrichtungen für den künftigen Außenhandelsplan auszuarbeiten, und es ist zu erforschen, ob die Exportmöglichkeiten und die Importnotwendigkeiten sich auch in praxi verwirklichen lassen. Doch sind dies noch nicht alle Komponenten, die für die Zielauslese im Politbüro des Zentralkomitees und die Ausarbeitung eines Parteibeschlusses im Zentralkomitee, deren Mitglieder zumeist auch die wichtigsten Ämter im Staats- und Wirtschaftsapparat besetzen, wichtig wären.²⁾ Bei der Ausarbeitung der Import- und Exportplanvorschläge sind Erfahrungswerte, Verbrauchskennziffern und andere Erhebungen der Staatlichen Planungskommission zu berücksichtigen. Diese Unterlagen, welche die Staatliche Planungskommission mit Hilfe der wichtigsten Lenkungsbehörden in der staatlichen Planungshierarchie auszuarbeiten hat, sollen Kenntnisse darüber vermitteln, welche Maschinen und Hilfs=

2) Vgl. hierzu Pásztor, T.v.: Von marxistischer Ideologie zur Planwirtschaft (Darstellung, Analyse und Kritik), Berlin 1964, S.50ff.

1) Gestützt auf diese Bedarfsrechnungen geht man mehr und mehr in Mitteldeutschland dazu über, Verflechtungsbilanzen der volkswirtschaftlichen Hergänge auszuarbeiten, um die Hauptproportionen und arbeitsteiligen Verflechtungen zwischen den sachlichen und örtlichen Bereichen der Volkswirtschaft festzulegen und damit den konkreten Aufbau der volkswirtschaftlichen Nomenklatur zu erleichtern. Man kann sich diese Bilanzmethode als Input-Output-Modelle vorstellen, die auch in westlichen Industrienationen Grundlage der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind. Insofern sind sie auch in etwa mit denselben Imponderabilien für die Planung zukünftigen Geschehens behaftet, und sie ersetzen keineswegs die zentrale naturale Wirtschaftsrechnung auf der Grundlage der Aufkommens- und Verwendungsbilanzen. Als "Entscheidungsmodelle" sollen auch sie lediglich dazu dienen, den außenwirtschaftlichen Zielen der politischen Führung sich ergebenden Bedarf an wirtschaftlichen Gütern vermitteln zu helfen, um den verschiedenen Planbereichen der Volkswirtschaft genauere Produktionsauflagen übermitteln zu können.

Vgl. hierzu: Teilverflechtungsbilanzen, Planung und

materialien, welche Rohstoffe und Nahrungsmittel zur Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes unbedingt erforderlich und durch den Außenhandel bereitzustellen sind, welche Exporte aus Gründen der eigenen Verschuldung und welche Importe infolge der Verschuldung der Außenhandelspartner man zusätzlich einplanen kann. Zudem muß gewährleistet werden können, daß diejenigen Rohstoffe und Ausrüstungen, die im Inlande selbst nicht hergestellt werden können, und die für Schwerpunktprogramme oder die für die Exportkomplettierung notwendigen Importe vordringlich behandelt werden. Den Außenhandelsrisiken ist mit der Einplanung zusätzlicher Exportgütermengen zu entsprechen, und die durch den Außenhandel verursachte notwendige Inanspruchnahme der Dienst- und Transportleistungen muß entsprechend berücksichtigt werden. Auch sind der für eine kontinuierliche Produktion notwendige Bestand an Einfuhrgütern für das Ende der künftigen Planperiode und die zur Zeit der Planung auf dem Transport befindlichen Ausfuhrgütermengen zu ermitteln. Waren, für die längere Liefertermine bekannt sind, oder Anlagen, deren Lieferung sich über mehrere Jahre erstreckt, müssen rechtzeitig bestellt oder für den Export vorgesehen werden können, wobei Planauflagen früherer Planperioden besonders zu beachten sind.

4. a) Alle diese Überlegungen, Analysen, Berechnungen und Berichte erleichtern der politischen Führung eine sinnvolle Begrenzung derjenigen Ziele, die sie zu verwirklichen wünscht, und die damit verbundene Bewertung. Eine solche Bewertung setzt bei der Planauslese eine Dringlich=

Leitung der Volkswirtschaft, H.1, Hrsg.v. Beirat für ökonomische Forschung bei der Leitung der Staatlichen Planungskommission der "DDR", Berlin (Ost) 1965;
Dadajan, N.S. u. Kossow, W.W.: Die Verflechtungsbilanz als Instrument der Planberechnungen, Übersetzung aus dem Russischen, Berlin (Ost) 1964;
Tinbergen, J.: Central Planning, New Haven and London 1964;
Economic Planning, Contribution by Tinbergen, J., Baykov, A., Verdoorn, P.J., Pajestka, J., O'Carroll, F.U., ed. by Zimmermann, L.J., Publications of the Institut of Social Studies, Series Maior, Volume VIII, London, The Hague, Paris 1963.

keitsordnung der von der politischen Führung angestrebten Ziele und die sich aus diesen Zielen ergebenden Bedarfe voraus. Je nach den Nutzenvorstellungen, welche die politische Führung über die einzelnen zu realisierenden Ziele hegt, können diese Ziele mit Dringlichkeitsziffern versehen und vorläufig geordnet werden. Die für die Verwirklichung eines mit einer besonderen Dringlichkeitsziffer versehenen Zieles benötigten Bedarfe sind dann vorrangig vor allen anderen für die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes notwendigen wirtschaftlichen Güter bereitzustellen. In seiner Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft hat Hensel eine solche mögliche Bedarfsrangordnung schematisch dargestellt.¹⁾ In der oberen horizontalen Spalte einer Matrix erscheinen in großen Buchstaben die verschiedenen Versorgungsbereiche, wie die Versorgung der Bevölkerung, Verkehrswesen, Erziehungswesen, Verteidigung u.dgl.. Diese Versorgungsbereiche sind in einer zweiten Spalte in kleine Buchstaben aufgegliedert, welche die einzelnen politischen Ziele im Bereich der Hauptbedarfsträger symbolisieren. Die vertikale Spalte weist die in römischen Ziffern geordneten Intensitätsgrade oder Rangstufen der einzelnen Ziele aus, während die Versorgungsstufen der einzelnen Ziele schließlich durch arabische Ziffern in der Matrix gekennzeichnet werden. Die Rangordnung des Bedarfes kann freilich auch nur vorläufiger Art sein. Endgültig kann sie erst dann vorgenommen werden, wenn die Knappheitsgrade aller wirtschaftlichen Güter sichtbar gemacht worden sind, wenn also bekannt ist, welche Nutzen durch die Verwirklichung eines Zieles entstehen und welche Nutzen entgehen, weil die zur Verwirklichung dieses Zieles benötigten wirtschaftlichen Güter nicht mehr in anderen Verwendungsmöglichkeiten eingesetzt werden können. Die vorläufige Bedarfsplanung ist abgeschlossen, wenn es der politischen Führung gelingt, die einzelnen Teilziele auf den Rangstufen so einzuordnen, daß sie durch eine Umlenkung in andere Verwendungsrichtungen keinen Nutzenzuwachs ver-

1) Hensel, K. Paul: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S. 120f.

sprechen. Die politische Führung muß also die in den Rangstufen eingeordneten Teilziele als etwa gleichgewichtig empfinden.

b) Da es bei der Außenhandelsplanung darauf ankommt, die durch den Export insgesamt entgehenden Nutzen nicht größer werden zu lassen als die durch den Import insgesamt zuwachsenden Nutzen, sind die Nutzen, welche die jeweiligen Import- und Exportgüter in ihren jeweiligen Verwendungsmöglichkeiten zu stiften vermögen, ebenfalls vorläufig nach Maßgabe der Dringlichkeit der mit ihnen zu realisierenden Ziele abzuwägen. Die politische Führung hat also die mit den voraussichtlich einzuführenden Gütern entstehenden Nutzen den durch die Ausfuhr Güter entstehenden Kosten i.S. von entgehenden Nutzen einander gegenüberzustellen. Sie beginnt dabei sinnvoll mit denjenigen Importen, die bei der Verwirklichung des auf der höchsten Dringlichkeitsstufe ausgewiesenen Zieles nach den Vorstellungen der politischen Führung den höchsten Nutzen stiften und vergleicht diesen zuwachsenden Nutzen mit demjenigen, den die für den Export vorgesehenen Güter in ihren jeweils unwichtigsten Verwendungen hervorbringen könnten. Diese internen Nutzenerwägungen müssen aber, wenn sie nicht von einem zu großen Außenhandelsrisiko belastet sein sollen, mit den voraussichtlichen Aufnahme- und Liefermöglichkeiten beim Außenhandelspartner kombiniert werden. Es sind also die Kenntnisse von den Liefer- und Bezugsbedingungen, die voraussichtlichen Austauschrelationen der für den internationalen Handel vorgesehenen Güter im internen Grenznutzenvergleich einzubauen, wenn die Außenhandelsplanung nicht zu ungenau werden soll. Für den vorläufigen Grenznutzenvergleich genügt es, wenn man die Export- und Importgütermengen in größere Teilmengen zerlegt und den Vergleich bei diesen naturalen Maßeinheiten beginnt, bis in etwa die Nutzen der Im- und Exportgüter, die ^{sie} in den jeweiligen Verwendungsmöglichkeiten zu stiften vermögen, ausgeglichen sind. Dieser Vergleich ist so lange fortzusetzen, bis der zuwachsende Nutzen des für die Inlandsziele unwichtigsten

Importgutes in etwa gleich ist dem entgehenden Nutzen des für die eigenen Ziele wichtigsten Exportgutes.¹⁾ Wenn wir unsere Annahme beibehalten, daß unsere Zentralverwaltungswirtschaft lediglich mit einer anderen Zentralverwaltungswirtschaft Güter international tauscht, dann wird freilich der Grenznutzenvergleich bei durchgängig naturaler Wirtschaftszurechnung wesentlich erleichtert, wenn auch eine solche Bewertung in praxi vielfachen Schwierigkeiten begegnet. Daß sich die politische Führung bei ihrem Grenznutzenvergleich keines feinen Meßinstrumentes bedienen muß, liegt in der vorläufigen Art der Bewertung. Wenn die politische Führung, wie Heuß das annimmt, bestrebt ist, infolge eines zu großen Außenhandelsrisikos ihren Außenhandel möglichst einzuschränken, um sich von den Planentscheidungen ihrer Außenhandelspartner möglichst freizuhalten, und infolgedessen nur Güter importiert, die im Inlande gar nicht oder nur mit außerordentlich hohen Kosten hergestellt werden können, dann schaltet man einen Großteil der praktischen Schwierigkeiten von Anfang an aus. In diesem Falle entsteht, wie Heuß selbst bemerkt, "eine beträchtliche Kostendisparität zwischen Export- und Importgütern", und es bedarf darum zu "ihrer Feststellung keines feinen Meßinstrumentes".²⁾ Wenn wir allerdings - wie das bisher stets vorausgesetzt wurde - von der Maxime des wirtschaftlichen Prinzips ausgehen und in diesem Sinn in unserer Zentralverwaltungswirtschaft ein Nutzenmaximum realisieren wollen, dann könnte man mit U.Christ annehmen, daß ein vorrangiges Ziel der politischen Führung eine relativ große Unabhängigkeit ihrer autonomen Planentscheidungen von den Planentscheidungen ihrer Außenhandelspartner sei. Sie schätzt dann den durch ein kleineres Außenhandelsrisiko ihrem Gemeinwesen zuwachsenden Nutzen höher ein als die durch vermehrten Außenhandel zusätzlich zu realisierenden Ziele Nutzen zu stiften vermögen.³⁾ Diese Annahme ist jedoch

1) Vgl. Boßdorf, E.: Internationaler Handel und Zentralverwaltungswirtschaft, Diss. Freiburg 1955, S.14ff.

2) Heuß, E.: Wirtschaftssysteme und internationaler Handel, a.a.O. S.196.

3) Christ, U.: Praktische und theoretische Probleme der Lenkung des Außenhandels in einer zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs, Diss. Marburg 1961, S.101f.

nur dann richtig, wenn die Steigerung des Sozialproduktes nur eines unter vielen der von der politischen Führung angestrebten Ziele wäre. Wenn wir jedoch von dem von Hensel entwickelten Planmechanismus ausgehen, dann ist in unserem idealtypischen Grenzfall ein System von Bedingungen zu entwickeln, das erfüllt sein muß, wenn der Nutzen der unserer Zentralverwaltungswirtschaft insgesamt verfügbaren wirtschaftlichen Güter maximiert werden soll. Unter der Voraussetzung klassischer Produktionsfunktionen ist also in einer Wirtschaft zentraler Planung und Lenkung des volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses unter dem Aspekt des Außenhandels zu untersuchen, ob und wie ein Ausgleich der Grenznutzen nach Maßgabe der Grenzerträge in den Plänen herbeigeführt werden kann, der dann nach Gutmann zugleich auch die Herbeiführung eines Gütermaximums bedeutet.¹⁾ Zu diesem Zweck sind die von Hensel beschriebenen Aufgaben der Wirtschaftsrechnung²⁾ für die in die internationale Arbeitsteilung verflochtene Zentralverwaltungswirtschaft weiter zu untersuchen.

D. Darstellung der Ziele in Form von
Bedarfsplänen für Güter erster Ordnung

1. Nachdem also die von der politischen Führung vorgesehenen und in der Planperiode zu verwirklichenden Ziele der Art und dem Umfange nach vorläufig begrenzt wurden, sind die endgültigen Mengen der herzustellen Güter erst durch die Planung selbst zu ermitteln und aufeinander abzustimmen. Zu diesem Zweck haben die den gesamten Lebensbereich überdeckenden Planungsorgane die Aufgabe, den aus den außerwirtschaftlichen Zielen sich ergebenden Bedarf der politischen Führung in Güter erster Ordnung umzurechnen. In einer zweiten Phase der Planung ist also nach der vorläufigen Zielauslese das Versorgungssoll den für den außerwirtschaftlichen Bereich zuständigen Planungsinstanzen bekanntzugeben. Dieses Versorgungssoll ergibt zusammen mit

1) Gutmann, G., Theorie der monetären Planung in der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S. 19ff.

2) Hensel, K. Paul: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S. 115ff..

dem vorgesehenen Endbestand an diesem wirtschaftlichen Gut erster Ordnung die für die künftige Planperiode notwendige Bedarfsmenge dieses Gutes erster Ordnung einer für die Planung eines bestimmten außerwirtschaftlichen Zieles verantwortlichen Lenkungsinstanz.

2. Diese Bedarfsmenge ist auf der linken Seite einer Aufkommens- und Verwendungsbilanz den Vorräten zu Beginn der Planperiode nach der durchschnittlichen Haltedauer gegenüberzustellen. Ergibt sich in dieser Bilanz eine Fehlmenge, so zeigt sie die Knappheit des Plangutes im jeweiligen Planbereich an. Die Fehlmenge repräsentiert die Menge des Gutes erster Ordnung, welche die Planungsinstanz noch erhalten muß, damit sie die von der politischen Führung gestellten Aufgaben erfüllen kann. Sollten für dieses Plangut Importe oder Exporte vorgesehen sein, dann müßten Einfuhrgütermengen auf der Aufkommenseite der Bilanz aktiviert oder Ausfuhrgütermengen auf der Verwendungsseite passiviert werden.

3. Aus allen den für den außerwirtschaftlichen Bereich zuständigen Planungsinstanzen werden die jeweils festgestellten Fehlmengen an Gütern erster Ordnung über die Planungsabteilung der Staatlichen Planungskommission zusammengefaßt und an alle jene Produktionsabteilungen weitergeleitet, in deren Sachbereich der gesamtwirtschaftliche Bedarf und das gesamtwirtschaftliche Aufkommen an Gütern erster Ordnung zu planen ist. Aus der Summe der Anforderungsmengen nach einem bestimmten Gut erster Ordnung ersieht die zentrale Planstelle, welche Mengen dieses Gutes benötigt werden, damit die von der politischen Führung angestrebten Ziele verwirklicht werden können. Dieses Versorgungssoll ergibt auf der Verwendungsseite der Planbilanz mit dem vorgesehenen Sollbestand am Ende der Planperiode und den evtl. für den Export vorgesehenen Gütermengen den gesamtwirtschaftlichen Bedarf an diesem Gut erster Ordnung. Dieser Bedarf ist auf der Aufkommens-

seite der Bilanz mit dem zu Beginn der Planperiode erwarteten Anfangsbestand dieses Gutes und der für den Import vorgesehenen Gütermenge gegenüberzustellen. Ergibt sich aus diesem Vergleich eine Fehlmenge, dann ist diese Fehlmenge im Inland zu produzieren, wenn die Ziele der politischen Führung realisiert werden sollen. Ergeben sich jedoch im Laufe der Planungsarbeit in irgendwelchen Bedarfsplänen Aufkommensüberschüsse, so sind diese Gütermengen, sofern sie nicht im Inlande verwertet werden sollen, über Ausfuhrsgüter der Einfuhr dienstbar zu machen. Das Problem der Außenhandelsplanung ist also an dieser Stelle noch keineswegs gelöst. Es bleibt bis zur endgültigen und unmittelbaren Bewertung stets Problem.

4. Nach Abstimmung dieser Planvorschläge der Ministerien mit der Staatlichen Planungskommission und deren Kontrolle sind die aus den Plänen sich ergebenden Produktionsaufgaben, versehen mit den aus dem Parteibeschuß des Zentralkomitees gestellten Richtlinien, Orientierungs- und Dringlichkeitsziffern, den zuständigen Bedarfsträgern zu übergeben. Die Orientierungsziffern repräsentieren die in den Plänen enthaltenen Kontingente. Dabei sind die Anforderungsmengen und die Exxortgütermengen als Minimalkontingente und die Importgütermengen als Maximalkontingente zu betrachten. Das Gebot zu sparsamem wirtschaftlichen Handeln und Verhalten bleibt somit auch Problem bei der Planverwirklichung und muß wie erwähnt durch Leistungskontrollen und Leistungsanreize künstlich hervorgebracht werden. Bedarfsträger für die zu realisierenden Ein- und Ausfuhren ist aber auch das Ministerium für Außenhandel und innerdeutschen Handel. Die Minimalimportkennziffern und die Maximalexportkennziffern sind also nicht nur den für die Produktion ihres Sachbereiches zuständigen Planabteilungen zu übermitteln, sondern ebenfalls dem für die Außenhandelsplanung zuständigen Ministerium, das sie im Verlaufe der weiteren Planungsarbeiten ihren operativen Organen des Außenhandels aufzuschlüsseln hat.

Mit der Sichtbarmachung der Fehlmengen auf der linken Seite der gesamtwirtschaftlichen Planbilanzen über Aufkommen und Verwendung eines wirtschaftlichen Gutes erster Ordnung sind zugleich auch die Ziele in Form von Gütern erster Ordnung dargestellt, und die zweite Aufgabe der Wirtschaftsrechnung wurde erfüllt.

E. Umrechnung der Güter erster Ordnung in solche höherer Ordnung.

1. Da für die Herstellung von Gütern erster Ordnung zu= meist ein komplementäres Bündel an Gütern entfernterer Ordnung benötigt wird, ist die auf der linken Seite der gesamtwirtschaftlichen Planbilanz des Gutes erster Ordnung sichtbar gewordene Fehlmenge dieses Gutes umzurechnen in den erforderlichen Bedarf an Arten und Mengen von Gütern zweiter Ordnung. Da die Güter erster Ordnung aus einer Kombination von Gütern zweiter Ordnung bestehen, ist es notwendig, die Güter erster Ordnung in solche zweiter Ordnung zu zerlegen.

a) Damit allein sind jedoch diese Güter in einer Aufkom= mens- und Verwendungsbilanz nicht miteinander zu verglei= chen, weil sich dann Güter mit verschiedenen Recheneinhei= ten, wie z.B. Metern, Kilogramm oder Stück, gegenüber= stünden, die sich weder addieren noch vergleichen lassen. Zum anderen aber ist unbekannt, wie viele Güter zweiter Ordnung zur Herstellung des Gutes erster Ordnung gebraucht werden. Der Bedarf an Gütern zweiter Ordnung ist also nicht in einem Planschema allein zu erfassen, sondern man hat für jedes Gut zweiter Ordnung eine Bilanz des Auf= kommens und der Verwendung auszuarbeiten. In dieser ledig= lich für ein Gut zweiter Ordnung zu planenden Bilanz gilt jeweils nur eine Recheneinheit, und der Bedarf des für die Herstellung des Gutes erster Ordnung notwendigen Gutes zweiter Ordnung kann mit Hilfe der technischen Koeffizienten errechnet werden, die sich aus den für die Planperiode vorgesehenen Produktionsverfahren ergeben.

b) Diese technischen Koeffizienten für den Einsatz von Arbeitskräften, Kapazitäten, Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sind also abhängig von den in der ersten Phase der Planung getroffenen Investitionsentscheidungen, die man hier als Datum der Planung zu betrachten hat. Ist aber über die in der künftigen Planperiode anzuwendenden Produktionsverfahren entschieden, dann sind auch die Ertragsverläufe der Produktionselemente festgelegt. "Liegen aber die erwarteten Ertragsverläufe fest, dann läßt sich für jedes Gut zweiter Ordnung, das zur Herstellung einer bestimmten Menge eines Gutes erster Ordnung notwendig ist, sein technischer Koeffizient bestimmen, und zwar unter ganz bestimmten Erwartungen über den Grad der Leistung jener Menschen, die den Plan später zu verwirklichen haben."¹⁾ Man kann also davon ausgehen, daß auf jeder Produktionsstufe eine Fachabteilung die technischen Koeffizienten für neu einzuführende Produktionsverfahren ausrechnet oder sich bei voraussichtlich unveränderten Produktionsverfahren ihrer bisherigen Erfahrungen bedient.²⁾

c) Die so errechneten Mengen an Gütern zweiter Ordnung, die für die Produktion des Gutes erster Ordnung gebraucht werden, sind bei dem für die Herstellung des Gutes erster Ordnung zuständigen Produktionsträger zu bilanzieren. Dabei ist für jedes benötigte Gut zweiter Ordnung jeweils eine eigene Bilanz des Aufkommens und der Verwendung auszuarbeiten. Auch bei dieser Bedarfsplanung sind die Anforderungen nicht ohne weiteres identisch mit den tatsächlich herzustellenden Gütern. Ein Teil der für die Produktion von Gütern erster Ordnung notwendigen Rohstoffe, Hilfs- oder Betriebsstoffe u.dgl. kann sich auch in den Planbereichen der Produktionsträger erster Ordnung befinden, sei es in Lägern oder auf dem Transportwege oder im Produktionsprozeß als Maschinenbelag. In ähnlicher Weise verändern auch die vorgesehene Vorratspolitik sowie die Import- oder Exportkontingente das notwendige Inlandsauf-

1) Gutmann, G.: Theorie der monetären Planung in der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S.17.

2) Vgl. S.20f. dieser Untersuchung.

kommen. Der Bedarf des jeweiligen Gutes zweiter Ordnung ergibt sich somit aus der für die Herstellung des Gutes erster Ordnung benötigten Menge des Gutes zweiter Ordnung, dessen vorgesehenem Endbestand und dem eventuellen Exportkontingent.

d) Dieser Bedarf wird auf der Verwendungsseite der jeweiligen Bilanz bilanziert und dem zu erwartenden Anfangsbestand des Gutes zweiter Ordnung und dem vorgesehenen Importkontingent gegenübergestellt. Ergibt sich in der Planbilanz des Gutes zweiter Ordnung eine Fehlmenge, so ist sie von den jeweiligen Planbereichen der Güter erster Ordnung bei den für die Produktion der Güter zweiter Ordnung zuständigen Fachabteilungen anzufordern. Auf diese Weise gelangen aber auch die für die künftige Planperiode vorgesehenen Import- oder Exportkontingente aufgeschlüsselt in Güter zweiter Ordnung und mit den jeweiligen Orientierungs- und Dringlichkeitsziffern versehen in die für die Produktion dieser Güter verantwortlichen Sachbereiche.

e) In diesen für die Güter zweiter Ordnung zuständigen Produktionsabteilungen werden alle Anforderungen nach diesem Gut der die Produktion der Güter erster Ordnung planenden Instanzen gesammelt und ergeben zusammen die Gesamtanforderung nach diesem Gut aus den Plänen der Güter erster Ordnung.

Auf die hier beschriebene Weise werden also in den Planbereichen der Güter erster Ordnung die für deren Herstellung notwendigen Güter zweiter Ordnung selbst bestimmt. Aus den Fehlmengen der Planbilanzen der jeweiligen Güter zweiter Ordnung geht hervor, mit welchen Mengen von Gütern zweiter Ordnung die Planbereiche der Güter erster Ordnung versehen werden müssen, damit sie ihre von der Regierung dieses Gemeinwesens überantworteten Aufgaben erfüllen können.

2. Die so ermittelten Import- und Exportkontingente der Güter zweiter Ordnung werden jedoch nicht nur den für die Produktion dieser Güter zuständigen Fachabteilungen,

sondern ebenso der Hauptabteilung des Ministeriums für Außenhandel und innerdeutschen Handel übergeben. Solcherart wird eine zusätzliche Kontrolle der Planausarbeitung organisiert, indem nämlich die verantwortlichen Instanzen des Ministeriums für Außenhandel und innerdeutschen Handel die ihnen vom Ministerium verantworteten Kennziffern mit denen der für die Produktion zuständigen Fachabteilungen zu vergleichen haben. Die gegenseitige Abstimmung der Planvorschläge und der möglichen Planverbesserungen hilft damit im Eigeninteresse auszunützende Produktionsreserven und Schwarzläger zu vermeiden.

a) Die Hauptabteilung Planung arbeitet auf dieser Grundlage spezifizierte wirtschaftspolitische Direktiven und Kontrollziffern für die ihnen unterstellten und nach Fachbereichen gegliederten Außenhandelsunternehmen aus. Gleichzeitig hat sie auch mit den handelspolitischen Abteilungen des Ministeriums besondere handelspolitische Direktiven auszuarbeiten und den Außenhandelsunternehmen kundzutun, welche die geplante Entwicklung des Außenhandels mit den einzelnen Ländern enthalten. Die Hauptabteilung Planung des Ministeriums ^{für} Außenhandel und innerdeutschen Handel hat also die Grundsätze und die Methodik für die Ausarbeitung und die Abrechnung des Außenhandelsplanes in allen seinen Teilen für die entsprechenden Außenhandelsunternehmen festzulegen, sie ist verantwortlich für die Kontrolle, statistische Abrechnung und Analyse dieser Teilpläne, und sie hat zu gewährleisten, daß die Verpflichtungen aus den von der Regierung abgeschlossenen Handelsverträgen in den Außenhandelsplan aufgenommen werden und die auf Grund der Handelsabkommen vereinbarten Warenlisten den Zielen des Gesamtvolkswirtschaftsplanes entsprechen.

b) Sind mehrere Länder international verflochten, dann ist die Hauptabteilung Planung auch verantwortlich für die Ausarbeitung eines "Ware-Land-Planes" und seines Gegenstückes, des "Land-Ware-Planes".¹⁾ Aus dem Ware-Land-Plan geht hervor, welche Menge einer bestimmten Ware, die

1) Vgl. S. 124 f.

importiert oder exportiert werden soll, auf die am Außenhandel beteiligten Länder erfahrungsgemäß aufzuteilen ist. Im Land-Ware-Plan wird dagegen festgelegt, welche Waren insgesamt mit einem der Außenhandelspartner getauscht werden sollen. Kommen also andere Außenhandelspartner für den internationalen Warenaustausch in Frage, dann ist einmal ein Plan für jede einzelne Ware sowie ein gesonderter Plan für jedes einzelne Land auszuarbeiten.¹⁾

3. Die für die Herstellung von Gütern erster Ordnung notwendigen Anforderungsmengen an Gütern zweiter Ordnung werden bei den für die Produktion dieser Güter zuständigen Planstellen gesammelt. Das gesamte aus den Plänen der Güter erster Ordnung hervorgehende Produktionssoll ergibt mit dem vorgesehenen Endbestand und der eventuellen Bedarfsmenge für Exportzwecke den gesamten Bedarf nach diesem Gut zweiter Ordnung, der auf der Aufkommensseite der Planbilanz dem vorgesehenen Anfangsbestand sowie dem geplanten Importkontingent gegenüberzustellen ist. Ergibt sich aus diesem Vergleich ein Saldo auf der linken Seite der Planbilanz, dann ist diese Fehlmenge analog der vorher beschriebenen Art und Weise bei den für die Herstellung von Gütern dritter Ordnung zuständigen Produktionsträgern anzufordern. Mit Hilfe der technischen Umrechnungskoeffizienten sind also in je einem gesonderten Plan die Mengen an Gütern dritter Ordnung, die für die Herstellung von Gütern zweiter Ordnung benötigt werden, damit die Ziele der politischen Führung im vorgesehenen Ausmaß zu verwirklichen sind, von den Planbereichen der Güter zweiter Ordnung nach Maßgabe der für die künftige Planperiode festgelegten Ertragsverläufe der Produktionsfaktoren selbst zu bestimmen und an jene Abteilungen der zentralen Planungshierarchie weiterzuleiten, die für die Planung des Gutes dritter Ordnung zuständig sind.

1) Vgl. Außenhandelspraxis, Teil III, a.a.O., 108 Bl 1ff.; Hermes, Th.: Der Außenhandel in den Ostblockstaaten, Theorie und Praxis, Hamburg 1958, S.32.

4. Die Umrechnung des aus der vorläufigen Rangordnung der Ziele der politischen Führung sich ergebenden Bedarfs an Gütern erster Ordnung in den für deren Herstellung notwendigen Bedarf an Gütern entfernterer Ordnung geschieht also in einer Zentralverwaltungswirtschaft im Anforderungswege der jeweiligen Fehlmengen an die jeweils vorgelagerte Produktionsabteilung. Dieses Abwälzen der Anforderungsmengen auf die jeweils entfernteren Pläne des Aufkommens und der Verwendung ist solange fortzusetzen, bis die Pläne derjenigen Güter erreicht sind, die man in der künftigen Planperiode als Güter letzter Ordnung ansieht. Es sind dies die Pläne der Güter, aus denen ein Weiterwälzen der Fehlmengen nicht mehr nötig oder möglich ist.

Solcherart gelangen auch die für den Import und Export vorgesehenen und mit Kennziffern versehenen Kontingente von Produktionsstufe zu Produktionsstufe weiter aufgeschlüsselt bis in die Pläne des Aufkommens und der Verwendung von Gütern letzter Ordnung. Von diesen Plänen her sind schließlich die Güter aller Ordnungen einschließlich der Außenhandels Güter zu bewerten.

5. Zuvor jedoch sind die für die Herstellung von Gütern zweiter Ordnung zuständigen Bedarfe an Gütern dritter Ordnung bei den zuständigen Planbereichen zu sammeln und mit den jeweiligen nach Fachbereichen gegliederten operativen Außenhandelsorganen abzustimmen.

a) Diese Außenhandelsunternehmen haben eng mit den inländischen Bedarfsträgern zusammenzuarbeiten, um örtliche Produktionsreserven aufzudecken oder überspitzte Qualitätsforderungen zu korrigieren. Ziel der Abstimmung ist also, volkswirtschaftlich nicht genügend vorbereitete oder unnötige Importe zu vermeiden und nach Möglichkeit die Exporte zu steigern. Es wird also auf jeder Produktionsstufe eine gegenseitige Interessenkontrolle organisiert, die dazu beitragen soll, die aus dem Plan hervorgehenden Kontrollziffern zu verbessern. Die Planungsabteilungen dieser Außenhandelsunternehmen sind für die Anleitung und

die Koordinierung der in diesen Unternehmen auszuarbeiten= den Perspektiv- und Jahrespläne sowie für die Planabrech= nung und Analyse verantwortlich. Auf der Grundlage der vom Ministerium für Außenhandel und innerdeutschen Handel über= gegebenen Planaufgaben und Länderorientierungsziffern, bereits abgeschlossener Abkommen und Verträge sowie den Erkennt= nissen aus den Absatz- und Bezugsmöglichkeiten in den ver= schiedenen Ländern sind den Kontoren entsprechende Direkti= ven und methodische Hinweise für die Planausarbeitung und die Zusammenarbeit mit den den Volkseigenen Betrieben und den Bezirken unterstellten Betrieben zu übergeben. Die Abstimmungsprotokolle zwischen den Außenhandelsunternehmen und den für die Produktion der Exportgüter verantwortli= chen Betrieben sind Grundlage für die Ausarbeitung eines Ware-Liefererplanes.¹⁾

b) In einem solchen Plan, der von jedem Außenhandelsunter= nehmen auszuarbeiten ist, zeigt sich, aus welchen ver= schiedenen Betrieben die Exportkontingente zu welchen Zei= ten bereitzustellen sind. Hierbei sind jedoch die vorge= sehenen Lagerbestandsveränderungen wieder gesondert zu beachten, weil sich aus ihnen Überplanbestände ergeben können, die dem Exportplan zuzuführen sind oder auch Unter= planbestände, die vom Importplan her zu beseitigen wären, um eine kontinuierliche Produktion zu gewährleisten. Dieser Ware-Lieferer-Plan, der nach dem Kriterium der Warengruppe aufgestellt wird, ist genau wie sein Gegenstück der Lie= ferer-Ware-Plan entscheidend für die Ausarbeitung des "Warenbewegungsplanes".²⁾ Aus dem Lieferer-Ware-Plan, der für eine jeweilige Vereinigung volkseigener Betriebe oder für einen bestimmten bezirksgeleiteten Wirtschaftsteil auszuarbeiten ist, geht hervor, in welchen Mengen Export= güter und zu welchen Terminen von einer Vereinigung volks= eigener Betriebe oder einer bezirksgeleiteten Wirtschaft auszuliefern sind. Die Ausarbeitung dieser Pläne ist von der Hauptabteilung Planung des Ministeriums für Außenhandel

1) Vgl. Außenhandelspraxis, Teil III, a.a.O. 108, Bl 1f.

2) Vgl. S. 123 f. im zweiten Teil dieser Untersuchung.

und innerdeutschen Handel zu kontrollieren. Ist unsere Zentralverwaltungswirtschaft mit anderen Ländern international verflochten, dann ist vor allem in dieser Phase der Planung darauf zu achten, daß die aus den Abstimmungsprotokollen hervorgehenden Exporte in solchen Mengen in die jeweiligen Länder gelenkt werden können, damit die zur Einfuhr vorgesehenen Güter auch zu bezahlen sind.

c) In ähnlicher Weise werden auch die vorgesehenen Importe sachlich und zeitlich zwischen den zuständigen Bedarfsträgern und den Außenhandelsunternehmen abgestimmt. Ob jedoch das aus den Planaufgaben der politischen Führung sich ergebende Produktionssoll bei den Betrieben aus der Inlandsproduktion gedeckt werden kann oder ob zusätzliche Einfuhrgüter zu beschaffen sind, das kann an dieser Stelle der Planung noch nicht entschieden werden, sondern unterliegt der unmittelbaren Bewertung des aus den Zielen der politischen Führung sich ergebenden Bedarfs. Wir haben damit den Weg der Planaufstellung und die sich dabei ergebenden Probleme der Wirtschaftsrechnung weiter zu verfolgen.

6. Zuvor wollen wir jedoch noch an einem Beispiel verdeutlichen, wie sich auf Grund der Umrechnung der Ziele der politischen Führung in Güter erster Ordnung bis hin zu den Gütern letzter Ordnung eine Schlüsselliste oder eine Warennomenklatur der Volkswirtschaft ergeben hat, die für eine weitere Vervollständigung des Gesamtplanes und für die künftige Abrechnung und Kontrolle dieses Planes außerordentlich nützlich ist.

a) In dieser Schlüsselliste werden die Waren durch mehrstellige Ziffern untergliedert, deren einzelne Zahlenstellen folgendes aussagen:¹⁾

1) Vgl. Außenhandelspraxis, Teil III, a.a.O., 131 - Bl 2ff.

- | | |
|---------------------------------|--|
| 1.Stelle = Erzeugnishauptgruppe | |
| z.B. 2 | - metallverarbeitende
Industrie |
| 2.Stelle = Erzeugnisgruppe | |
| z.B. 21 | - Schwermaschinenbau |
| 3.Stelle = Erzeugnisuntergruppe | |
| z.B. 212 | - Werkzeugmaschinen,
Schmiede- und Preß=
ausrüstungen |
| 4.Stelle = Warenhauptgruppe | |
| z.B. 2121 | - Spanabhebende Werk=
zeugmaschinen |
| 5.Stelle = Warengruppe | |
| z.B. 21211 | - Drehmaschinen |
| 6.Stelle = Planposition | |
| z.B. 212111 | - Leit- und Zugspindel-
Drehmaschinen mit de=
taillierten technischen
Daten |

Entsprechend den Erfordernissen des Außenhandels ist diese Planposition mit weiteren Zahlenstellen zu versehen. So muß z.B. die aus der Schlüsselliste sich ergebende Warennomenklatur für Südfrüchte (5115400) nach den einzelnen Fruchtarten, z.B. Apfelsinen, Bananen, Ananas u.s.w., untergliedert werden.

b) Neben dieser speziellen und nur für das Inland geltenden Nomenklatur ist eine zweite für alle Teilnehmerländer des COMECON einheitliche Schlüsselliste vorgeschrieben. Mit ihrer Hilfe wird die Planungsarbeit für die internationale Zusammenarbeit und Spezialisierung dieser Länder erleichtert und die sich aus diesen Abkommen ergebenden Verpflichtungen sollen vergleichbar und kontrollierbar gemacht werden.

c) Schließlich wird in Mitteldeutschland eine dritte Nomenklatur, eine Schlüsselliste für den Außenhandelsplan, ausgearbeitet, welche die Verbindung der Inlandsnomenklatur

mit derjenigen des COMECON erleichtern soll. Sie baut auf der Schlüsselliste der Volkswirtschaft auf und wird in den einzelnen Außenhandelsunternehmen, versehen mit deren Nummer, den beiden anderen Nomenklaturen gegenübergestellt:

1.Stelle	1	= Erzeugnisgruppe 21 laut Schlüsselliste
2. und 3.		
Stelle	101	= Planposition 2121111 Leit- und Zugspindeldrehmaschinen
4.Stelle	1011	= Typenbezeichnung
		oder
1.Stelle	1	= Erzeugnisgruppe 51 laut Schlüsselliste
2. und 3.		
Stelle	101	= Planposition 51514001 Apfelsinen
4.Stelle	1011	= Sortenbezeichnung.

Die beiden gleichlautenden Planpositionen des Außenhandels werden durch die Schlüsselnummer des Außenhandelsunternehmens unterschieden, z.B.

AHU 01, Nummer 1011 = Drehmaschinen,

AHU 53, Nummer 1011 = Apfelsinen.

Mit Hilfe dieser Schlüssellisten ist es z.B. möglich, den Warenbewegungsplan im Ministerium für Außenhandel und innerdeutschen Handel mit Hilfe des Lochkartenverfahrens abzurechnen. Die Matritzenkarten enthalten dann neben anderen Kennziffern etwa folgende Angaben:

Nr. des Außenhandelsunternehmens	betriebseigene Warennummer	Planposition	COMECON-Außenhandelswarenummer
01	1011	2121111	10 000 01
01	1012	2121112	10 000 02

An Hand dieses Beispiels sollte lediglich gezeigt werden, wie man mit Hilfe mathematischer, organisatorischer Verfahren sich die Planungsarbeit sowie die statistische Abrechnung und Kontrolle der vielen Teilpläne erleichtern kann. In dieser Analyse sollen sie jedoch nicht weiter

untersucht werden, um die eigentlichen ökonomischen Probleme der Wirtschaftsrechnung deutlicher herausarbeiten zu können.

F. Das Sichtbarmachen der gesamtwirtschaftlichen Knappheitsgrade.

Ausgehend von der vorläufigen Rangordnung der Ziele der politischen Führung wurde der sich daraus ergebende Bedarf an Gütern erster Ordnung umgerechnet in den für deren Herstellung notwendigen Bedarf an Gütern zweiter bis entferntester Ordnung. Auf diese Weise konnte für jedes Gut ein gesonderter Plan ausgearbeitet werden, auf dessen Aufkommensseite die innerhalb des jeweiligen Planbereiches und innerhalb der Planperiode verfügbaren Mengen des Plan= gutes und auf dessen Verwendungsseite die aus den Zielen der politischen Führung sich ergebenden Planaufgaben zu verzeichnen waren. Die in den Planbilanzen entstehenden Fehlmengen mußten, soweit sie nicht in dem jeweiligen Plan= bereich selbst vermindert werden konnten, im Wege der Anforderung an die jeweils vorgeschaltete Produktionsab= teilung auf die entfernteren Pläne weitergegeben werden, solange, bis ein Weiterwälzen nicht mehr nötig oder mög= lich war.

Sind diese Aufgaben erfüllt, dann zeigen sich die Knappheitsgrade an Gütern aller Ordnungen in den jewei= ligen Plansalden und zwar mittels natürlicher Größen. Die Fehlmengen auf der Aufkommensseite der Planbilanzen der Güter letzter Ordnung kennzeichnen die eigentlichen gesamt= wirtschaftlichen Knappheiten oder die Engpaßknappheiten, weil von ihrer Beseitigung die Erfüllung der aus den Zielen der politischen Führung sich ergebenden Aufgaben letztlich abhängt. Damit ist auch die technische Inter= dependenz der von der politischen Führung erwünschten Ziele mit den Gütern aller Ordnungen nach Maßgabe der gesamtwirtschaftlichen Daten planmäßig hergestellt. Zu= gleich ist auch die vierte Aufgabe der Wirtschaftsrechnung erfüllt, indem die gesamtwirtschaftlichen Knappheiten als

naturale Größen in Form der Plansalden in den Plänen der Güter letzter Ordnung sichtbar gemacht werden. Der Grad der Genauigkeit der Knappheitsanzeige ist somit abhängig von der Sorgfalt, mit der die Planaufgaben von den daran beteiligten Personen gelöst werden.

G. Umrechnung der Knappheit an Gütern letzter Ordnung auf die Güter erster Ordnung.

1. Da die Fehlmengen an Gütern höchster Ordnung die gesamtwirtschaftlichen Knappheiten repräsentieren, läßt sich aus dem Saldo der Planbilanz eines Engpaßgutes zwar das Verhältnis der Gesamtanforderungen zu den gesamten verfügbaren Mengen dieses Gutes erkennen, nicht jedoch, an welchen außerwirtschaftlichen Zielen dieses Gut unmittelbar oder auch mittelbar beteiligt ist. Um die Bedeutung des Gutes für die von der politischen Führung angestrebten Ziele sichtbar zu machen, ist die Knappheit, die es anzeigt, auf die Güter erster Ordnung zu übertragen. Von den Gütern letzter Ordnung muß also die Bewertung der voraussichtlich in der Planperiode verfügbaren Güterarten und Gütermengen ausgehen, und es muß versucht werden, das allgemeine Plangleichgewicht zu erreichen. Das ist indessen nur möglich, wenn bekannt ist, welche Güter letzter Ordnung und in welchen Mengen für die Herstellung der Güter erster Ordnung benötigt werden. Die Güter letzter Ordnung sind also in Güter erster Ordnung umzurechnen, um durch Abtasten der Grenznutzen jedes einzelnen Gutes in allen seinen möglichen Verwendungen ein formal und material gleichgewichtiges System koordinierter Pläne zu erreichen.¹⁾

2. Diese Aufgabe wird erleichtert durch die Dringlichkeitsziffern, die - wie gesagt - bei der Umrechnung der Güter bis in alle Verästelungen mitlaufen. Durch sie wird im Plan irgendeines Gutes unmittelbar sichtbar, an welchen außerwirtschaftlichen Zielen dieses Gut beteiligt ist.

1) Vgl. Hensel, K. Paul: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S. 145ff.

Die Mengen jedes Gutes, die für die Realisierung des außerwirtschaftlichen Zieles notwendig sind, ergaben sich, wie das ebenfalls beschrieben wurde, aus den technischen Umrechnungskoeffizienten. Bei der Staatlichen Plankommis-sion sind also die Listen der technischen Koeffizienten der Güter aller Ordnungen, die für die Herstellung der Güter erster Ordnung notwendig sind, nach dem für die künftige Planperiode vorgesehenen Leistungsstand jeder Branche zu sammeln.

Mit Hilfe der Umrechnungskoeffizienten und der Dring-lichkeitsziffern ist es möglich, eine Planauslese in den Plänen der Güter aller Ordnungen nach Maßgabe der gesamt-wirtschaftlichen Knappheitsgrade unmittelbar vorzunehmen und das Bewertungsproblem zu lösen. Damit wäre die fünfte Aufgabe der Wirtschaftsrechnung erfüllt, doch müssen noch einige Besonderheiten erwähnt werden, weil sie für die Außenhandelsplanung von Interesse sind.

3. Wie ist zu erreichen, daß die zahlreichen Güter und Leistungen, die bei den einzelnen Produktionsträgern her-zustellen und zu be- oder verarbeiten sind, den vielen Betrieben nicht nur in den notwendigen Mengen, sondern auch zur rechten Zeit am richtigen Ort zur Verfügung stehen?

a) Es kann mit Sicherheit für den praktischen Fall ange-nommen werden, daß es bei der sachlichen, zeitlichen und örtlichen Proportionierung aller wirtschaftlichen Hergänge zu Ungenauigkeiten und Unzulänglichkeiten kommen wird. Das gilt aber nicht nur für die Zentralverwaltungswirt-schaft, sondern für die staatsbürgerlich geplante und gelenkte Wirtschaft in gleichem Maße. Lupenreine Lösungen dieses betriebswirtschaftlich organisatorischen Problems gibt es im wirtschaftlichen Alltag nicht, und die Vorrats-haltung hat schließlich in beiden Systemen den Sinn, als Puffer für solche Risiken zu fungieren. Man darf sich aber von der Vielschichtigkeit des Problems auch nicht blenden lassen. Jeder einzelne Planer hat in seinem Bereich nur

ein Teilstück des wirtschaftlichen Gesamtprozesses zu bearbeiten, und es darf angenommen werden, daß er nach einer gewissen Zeit der Einarbeitung diesen Teilplan in seiner Vielschichtigkeit zu überschauen vermag. Die Annahme sorgfältiger Planung ist nicht so wirklichkeitsfremd, wie das zunächst scheinen mag.

b) Die vielen Einzelentscheidungen, die nötig sind, um die von der politischen Führung überantworteten Aufgaben erfüllen zu können, werden in den einzelnen Planbereichen nicht stets alle und zur gleichen Zeit aktuell, vor allem, wenn man davon ausgeht, daß die zentrale Planung schon seit einer Reihe von Jahren praktiziert wird. Auch ist es nicht so, daß alle Engpässe immer nur bei den Gütern letzter Ordnung hervortreten, sondern erfahrungsgemäß ebenso in den Plänen konsumnäherer Ordnung, auf die sich dann das Interesse all jener richtet, die mit den Anforderungen aus diesen Plänen ihre eigenen Pläne auszugleichen bemüht sind. Praktisch werden also alle Planbereiche gleichzeitig versuchen, ihre Pläne ins Gleichgewicht zu bringen. Durch diese Gleichzeitigkeit in den Ausgleichsbemühungen und die dabei auftretenden unterschiedlichen Interessen in den verschiedenen Planbereichen wird zugleich eine wirksame Kontrolle organisiert. Der für die staatlichen Aufgaben verantwortliche Produktionsträger ist daran interessiert, nicht überfordert zu werden, und zwar von denjenigen, die um das knappe wirtschaftliche Gut konkurrieren, um ihre Planaufgaben erfüllen zu können. Deren Interesse zielt darauf ab, bei der Planauslese möglichst reichlich berücksichtigt zu werden.

c) Neben der zeitlichen und räumlichen Koordination der Teilpläne wird man in solchen Verhandlungen vor allem auch prüfen, wie die sich in der Regel ergebenden Fehlmengen oder Verwendungssalden praktisch in den einzelnen Planbereichen zu beseitigen sind. Es wäre herauszufinden, ob sich das Aufkommen innerhalb der Planperiode nicht doch über den bisher angenommenen Stand hinaus vermehren läßt. Von der Verwendungsseite der Planbilanz her wäre zu

prüfen, ob nicht der Endsollbestand an wirtschaftlichen Gütern innerhalb der Planperiode zu vermindern ist, ohne daß zu kleine Bestände die kontinuierliche Produktion oder Anpassungselastizität bei Datenänderungen innerhalb der Planperiode gefährden. Auch ist zu überlegen, ob nicht durch bessere Investitionsentscheide Kosten i.S. von entgehenden Nutzen eingespart oder ob durch mögliche Substitutionen ähnliche Wirkungen erzielt werden können. Schließlich könnten die Fehlmengen der Plangüter durch zusätzliche Einfuhren beseitigt werden. Zu diesem Zweck wäre eine entsprechende Anforderung an die entsprechende Abteilung des Internationalen Handels zu stellen, wo sie mit den übrigen Anforderungen aus zahlreichen anderen Produktionsprogrammen um die in der Planperiode verfügbaren Exportgütermengen konkurrieren würden. Ob also die Fehlmengen aus der Inlandsproduktion oder vom Außenhandel her zu beseitigen sind, kann an dieser Stelle noch nicht eindeutig entschieden werden. Dazu sind zunächst in einem unmittelbaren Nutzen-Kosten-Vergleich im gesamten Außenhandelsplan die wichtigeren außerwirtschaftlichen Ziele den weniger wichtigen vorzuziehen. Zuvor aber haben die operativen Organe des Außenhandels gemeinsam mit den zuständigen Produktionsbetrieben zu prüfen, ob bei der sachlichen, zeitlichen und räumlichen Abstimmung ihrer Teilpläne die vorgesehenen Export- oder Importkontingente zu verbessern sind.

- d) Bei der Abstimmung zwischen Produktion und Außenhandel bedient man sich in Mitteldeutschland vor allem der sogenannten sozialistischen Arbeitsgemeinschaften und der organisierten Exportkontrollen.¹⁾ Die sozialistischen Arbeitsgemeinschaften, in denen Vertreter des Außenhandels, des Binnenhandels, des Ministeriums für Außenhandel und innerdeutschen Handel, der Exportbetriebe, der Vereinigungen volkseigener Betriebe, der Staatlichen Planungskommission und anderer Institutionen sitzen, beschäftigen sich vor allem mit Maßnahmen, wie Importmittel einzusparen sind. Die

1) Vgl. Tiedtke, H.: Der Außenhandel der "DDR", in: Die Ökonomie der sozialistischen Industrie- und Handelsbetriebe, Berlin (Ost), 1962, S.51ff.

Exportproduktion wird vor allem kontrolliert durch die Außenstellen des Ministeriums für Außenhandel und innerdeutschen Handel, die Beauftragten der Außenhandelsunternehmen bei den zuständigen Vereinigungen volkseigener Betriebe, die Wirtschaftsräte und die Plankommissionen der Bezirke und Kreise. Die Exportplanerfüllung innerhalb des Produktionsbereiches beaufsichtigen Exportausschüsse und Exportaktive, die sich aus den an der Planerfüllung und in den Partei- und Gewerkschaftsorganisationen beteiligten Personen zusammensetzen. Schließlich sollen die von Partei- und Gewerkschaftsorganen in den Betrieben organisierten "Tage des Exports" und der "Massenkontrolle" dazu dienen, die in diesem System gelähmten Selbstinteressen zu aktivieren, indem sie die Menschen daran zu interessieren versuchen, die Betriebspläne und damit die zentralen Anforderungen besser als bisher zu erfüllen.

In den gegenseitigen Verträgen, die vorläufig unter den Interessenten abzuschließen sind¹⁾, ist zu beachten, daß z.B. nicht alle Güter in kurzen und regelmäßig wiederkehrenden Abständen im Wirtschaftsprozeß kontinuierlich anfallen, verarbeitet oder verbraucht werden, sondern daß es eine Reihe von Gütern gibt, die sofort als Gesamtmengen verfügbar sind oder die zeitlich wie mengenmäßig ganz unregelmäßig für die Produktion bereitstehen. Ist aber der Inlandsanfall der Güter schwankend, so ist damit nicht gesagt, daß auch der für die Produktion notwendige Bedarf dieser Güter etwa nach Jahreszeiten schwankend den Betrieben zur Verfügung gestellt werden müßte, so daß diese gezwungen wären, die Beschäftigung nach dem Anfall der Güter auszurichten. Hier kann eine entsprechende Lagerungsweise mengenmäßige und zeitliche Disproportionen ausgleichen.

Sind aber aus klimatischen, saisonalen oder sonstigen Gründen der zeitlichen Staffelung des Produktionsprozesses

1) Gemäß § 12 des Gesetzes über das Vertragssystem in der sozialistischen Wirtschaft (Vertragsgesetz), GBl der "DDR" v. 11.12.1957, Teil I, S.627ff. und in der neueren Fassung GBl der "DDR" v. 25.2.1965, Teil I, S.107ff.

Teilmengen von Gütern verfügbar oder werden solche Teilmengen zu bestimmten Zeiten für eine kontinuierliche Produktion benötigt, dann läßt sich auch ein Ausgleich über den Außenhandel bewirken, sofern diese Güter aus dem Auslande bezogen oder entgegengenommen werden, genügend Transportraum zu den entsprechenden Zeiten zur Verfügung steht und der Nutzen, der aus der kontinuierlichen Produktion entsteht, nicht kleiner ist als die durch die Dienstleistungen für den Außenhandel der Volkswirtschaft entgehenden Nutzen.

Für die Außenhandelsplanung selbst sind solche zeitlichen Aspekte aber ebenso wichtig. Wenn nicht der in Mitteldeutschland oftmals bemängelte Fall eintreten soll, daß die für die Bezahlung der vorgesehenen Importgüter notwendigen Exportgütermengen erst am Ende des Jahres anfallen¹⁾ und sich dadurch die Importliefertermine entsprechend verlängern, sind zwischen Export-Industrie und den Außenhandelsorganen genaue Liefertermine zu vereinbaren, nach denen sich die einzelnen Betriebe verpflichten, die Exporte zu den festgesetzten Terminen auszuliefern.²⁾ Nur auf Grund vorläufiger Abmachungen über kontinuierliche Exportlieferungen ist auch der Import wie der Transportbedarf kontinuierlich zu planen, wobei die sachlichen, zeitlichen und räumlichen Aspekte in dem Ein- und Verkaufsländerprogramm, den Abstimmungsprotokollen und den Im- und Exportplanvorschlägen zu berücksichtigen sind.

Bei den räumlichen Vorbereitungen der Planung hat jeder Planer in seinen Dispositionen zu berücksichtigen, wo die Vorräte und die zu verbrauchenden oder zu verarbeitenden Gütermengen anfallen und wie sie zu beschaffen sind. Hier handelt es sich vor allem um ein Problem der Raumüberwindung

1) Vgl. Tiedtke, H.: Der Außenhandel der "DDR", a.a.O., S.48.

2) Vgl. hierzu: Petersen, G., Viecez, G., Wiesemann, P.: Wichtige Bestimmungen aus dem Vertragsgesetz, Berlin (Ost) 1962, insbesondere Teil III: Die Organisierung der zwischenbetrieblichen Beziehungen durch vorbereitende Verträge sowie durch Liefer- und Leistungsverträge, S.27; Tiedtke, H.: Der Außenhandel der "DDR", a.a.O., S.47f.

und der vorhandenen Transportmittel. Schlechte oder gute Verkehrsbedingungen können für die räumliche wie für die zeitliche Kombination der einzelnen wirtschaftlichen Hergänge entscheidend sein. Die Transportmittel selbst wie auch deren örtlicher oder zeitlicher Einsatz vermögen wiederum den Außenhandel zu be- oder zu entlasten. So kann man zusätzliche Außenhandelskontingente mit näher und verkehrsgünstiger gelegenen Außenhandelspartnern vorschlagen, wenn die Transportbedingungen im Inland unzureichend sind, weil etwa bestimmte Gebiete noch nicht genügend mit anderen integriert sind, durch den Transport zu Wasser Inlandsverbindungen entlastet werden, im Inlande an bestimmten Orten und zu bestimmten Zeiten nicht genügend Transport- und Lagerraum zur Verfügung steht.

Schließlich spielt auch die Qualität der Erzeugnisse im Außenhandel eine besondere Rolle. Nicht qualitätsgerechte Exportgüter gefährden die Importplanung, während qualitativ und technisch verbesserte Ausfuhren die Einfuhren über den vorgesehenen Stand zu steigern vermögen. Überspitzte Qualitätsanforderungen bei den Importwaren verringern dagegen das mögliche Einfuhrkontingent. Alle Importmittel sind zudem möglichst sparsam zu verwenden, indem versucht werden soll, den Materialverbrauch von Importen zu senken, die Einfuhr von Fertigwaren zugunsten von Halbfabrikaten einzuschränken oder kleinere und für die technische Ausrüstung eines Betriebes notwendige Investitionen selbst vorzunehmen.

4. Die solchermaßen abgestimmten Warenkontingente werden von den Planungsabteilungen der Außenhandelsunternehmen nach ihren handelspolitischen Direktiven überwacht und kontrolliert. Hiernach haben diese Abteilungen Planvorschläge für alle Teile des Betriebsplanes auszuarbeiten, die sodann von der Planungsabteilung des Ministeriums für Außenhandel und innerdeutschen Handel zu überprüfen sind. Im Ministerium für Außenhandel und innerdeutschen Handel werden die Planvorschläge der nachgeordneten Abteilungen

zu einem gesamten Außenhandelsplan bilanziert und diese Vorschläge für den Außenhandelsplan in seiner Gesamtheit der Staatlichen Planungskommission vorgelegt. Von dieser Stelle aus ist nun in einem unmittelbaren Nutzen-Kosten-Vergleich zu entscheiden, wie nach Maßgabe der gesamtwirtschaftlichen Daten und der allgemeinen wirtschaftlichen Sachverhalte die Fehlmengen im Plangefüge letztlich zu beseitigen sind.

H. Die unmittelbare Bewertung der Güter aller Ordnungen.

1. Nachdem ähnlich wie im Außenhandel der Staatlichen Plankommission von ihren nachgeordneten Planungsabteilungen zusammengefaßte Planvorschläge übergeben wurden, ist an dieser Stelle unter Mitarbeit der anderen staatlichen Planungsspitzen unmittelbar zu entscheiden, wie letztlich ein Ausgleich der Teilpläne herbeigeführt werden kann. Hierbei sind von der politischen Führung die von ihr angestrebten Ziele unmittelbar zu bewerten, und zwar nach Maßgabe der gesamtwirtschaftlichen Knappheiten und unter Berücksichtigung der allgemeinen wirtschaftlichen Sachverhalte, wenn dem wirtschaftlichen Prinzip genügt werden soll.

a) Aufkommensüberhänge in einzelnen Teilplänen sind ein Zeichen relativen Überflusses. Sie konnten entstehen, weil beispielsweise der Bedarf an den fraglichen wirtschaftlichen Gütern pessimistischer eingeschätzt wurde als das der Wirklichkeit entspricht. Auch der für die künftige Planperiode notwendige Bestand an diesen wirtschaftlichen Gütern kann tatsächlich kleiner sein als das zunächst ermittelt wurde. Gleiches gilt auch für die Einfuhr. Möglicherweise war auch das vorgesehene Ausfuhrkontingent in einzelnen Bereichen zu vergrößern, oder der für eine kontinuierliche Produktion sowie für entsprechende Anpassungen notwendige Bestand an wirtschaftlichen Gütern konnte praktisch verringert werden. Die Aufkommensüberhänge sind verhältnismäßig einfach zu beseitigen, indem sie in die=

jenigen Verwendungsbereiche gelenkt werden, wo sie zum Ausgleich von Fehlmengen dienen können oder als Substitutionselemente für andere Güter verwendbar sind. Auch wären mit ihnen notwendige Lagerbestände zu erhöhen, Ausfuhrkontingente zu bereichern oder Importe zu erschaffen. Handelt es sich um Konsumgüter, so können die vorgesehenen Zuteilungsmengen für die Verbraucher erhöht werden. Aufkommensüberhänge im Arbeitsverwendungsplan wie im Kapazitätsplan könnten der Realisierung zusätzlicher Ziele dienen, während ein Überhang im Kapazitätsplan zur Lohnveredlung oder anderer Dienstleistungen wie etwa der Kapazitätsüberlassung zu nutzen wäre.

Verwendungsüberhänge, die als Zeichen relativen Mangels in der Gesamtwirtschaft zu werten sind, kann man ebenfalls von der Aufkommenseite her auszugleichen suchen. Fehlbedarfe im zentralen Arbeitskräfteplan wären zu vermindern durch eine Verlängerung der Arbeitszeit oder durch eine Ausweitung des Kreises der arbeitspflichtigen Personen, wobei allerdings die Voraussetzungen bedacht sein müssen, um die Arbeitskräfte in ihre notwendigen Verwendungen zu lenken. Fehlmengen an landwirtschaftl. Produkten könnte man durch eine entsprechende Ausweitung der landwirtschaftlichen Nutzfläche auszugleichen bestrebt sein, während Verwendungssalden an Rohstoffen, Halb- und Fertigfabrikaten durch zusätzliche Einfuhren zu vermindern wären, wenn der Außenhandelsplan dies zuläßt. Dadurch könnte auch der Saldo im zentralen Kapazitätsplan vermindert werden, was gleichfalls durch eine bessere Auslastung der Kapazitäten etwa durch zusätzliche Schichten Erfolg verspräche.

b) Sind Fehlmengen von der Aufkommenseite der Materialbilanzen her nicht mehr zu verringern, dann muß dies von der Verwendungsseite her versucht werden. Das kann durch eine Politik der Vorratsauflösung, durch technische Veränderungen der Produkte oder auch der Produktion, durch Substitutionen sowie vom Außenhandel her geschehen.

c) Sind auch diese Möglichkeiten erschöpft, einen Ausgleich der Teilpläne und damit ein gesamtwirtschaftliches Flangleichgewicht herbeizuführen, dann bleibt als allerletztes Mittel nur die Beschränkung der von der politischen Führung angestrebten Ziele, und zwar nach Maßgabe ihrer Wichtigkeit. Die politische Führung entscheidet auch letztthin unmittelbar darüber, welche Ziele der Lebensgestaltung in diesem Gemeinwesen von der Verwirklichung ausgeschlossen und welche realisiert werden müssen. Kraft unmittelbarer Bewertung wird ein Anpassungsprozeß von Plänen an Pläne ausgelöst, wobei sich die Knappheiten der Plangüter vielfach ändern können, bis das endgültige Ziel der Planung des Wirtschaftsprozesses, nämlich der sachliche und zeitliche Ausgleich der Grenznutzen der Plangüter in ihren verschiedenen Verwendungen, erreicht ist. Diesen Ausgleich der Grenznutzen wollen wir nunmehr am Beispiel des Außenhandelsplanes, der in den Gesamtvolkswirtschaftsplan integriert ist, beschreiben.

2. In der offenen Zentralverwaltungswirtschaft ist die politische Führung nicht mehr allein Subjekt der Planung des Wirtschaftsprozesses und damit auch der Planung des Internationalen Handels, sondern zugleich auch Objekt der Planung seines Außenhandelspartners. Zwar ist der gesamtwirtschaftliche Nutzen Nutzen i.S. der politischen Führung oder derjenigen Ziele, die sie zu verwirklichen gedenkt. Damit werden auch die Importgüter nach den Zielvorstellungen der Regierung dieses Gemeinwesens unmittelbar bewertet. Doch sind für die vorgesehene Einfuhr Ausfuhr Güter bereitzustellen, die im Inlande in anderweitigen Verwendungen ebenfalls den Zielen der politischen Führung dienen und damit einen Nutzen stiften könnten. Bei der Entscheidung darüber, ob überhaupt Güter international gehandelt werden sollen, hat damit die politische Führung diese ihr entgehenden Nutzen als Kosten der Einfuhr zu beachten. Der Internationale Handel hat damit nur einen Sinn, wenn die durch die Ausfuhr entgehenden Nutzen nicht größer sind

als die durch die Einfuhr zuwachsenden Nutzen, sofern das wirtschaftliche Prinzip verwirklicht werden soll.

a) Da diese Bewertung aber nicht global für alle Import- und Exportgüter vorgenommen werden kann, obliegt es der politischen Führung, die Nutzen aller Import- und Exportgüter in ihren unterschiedlichen Verwendungen zu bestimmen. Dies wäre der nächste Schritt im Aufbau einer rationalen Wirtschaftsrechnung im Internationalen Handel, nach dem dann die Nutzen aller Außenhandelsgüter gegeneinander abzuwägen wären, um das allgemeine Plangleichgewicht zu erreichen.

b) Diese internen Nutzenerwägungen sind jedoch mit der gegebenen Außenhandelssituation zu vergleichen. Die Leitung der Volkswirtschaft hat also die möglichen Tauschrelationen mit ihrem Außenhandelspartner zu koordinieren, um die entsprechend ihren eigenen Zielen günstigste Kombination der Außenhandelsgüter zu erreichen. In der bisherigen Phase der Planaufstellung können wir davon ausgehen, daß es den operativen Organen des Außenhandels gelungen ist, die Liefer- und Bezugsmöglichkeiten beim Außenhandelspartner mit den erzielbaren günstigsten Tauschrelationen zu erkunden und abzutasten.

c) Dies kann jedoch noch nicht Grundlage für den Abschluß endgültiger Außenhandelsverträge sein, weil zunächst der Außenhandelsplan gemäß den internen Nutzenerwägungen der politischen Führung und den möglichen Tauschrelationen ins Gleichgewicht gebracht werden muß. Da es sich um mehrere oder viele Außenhandelsgüter handelt, ergibt sich eine Vielzahl möglicher Kombinationen, von der jedoch nur eine optimal entsprechend den angestrebten Zielen sein kann. Der Außenhandelsplan ist erst dann im Gleichgewicht, wenn die jeweils günstigsten Tauschrelationen herausgefunden wurden und der Grenznutzen des für die eigenen Ziele unwichtigsten Importgutes gleich demjenigen des für die eigenen Ziele wichtigsten Exportgutes ist.

d) Dieses Außenhandelsgleichgewicht kann jedoch auch nur

ein vorläufiges sein, weil es sowohl bei den Ausgleichsbemühungen im Außenhandelsplan als auch bei denjenigen im internen Volkswirtschaftsplan noch vielfach gestört werden kann und infolge der Interdependenz aller Teilpläne im Wege des immer erneuten Abtastens, des "trial and error", stets von neuem gesucht werden muß.

e) Neben den sachlichen Schwierigkeiten, die der Aufbau einer rationalen Wirtschaftsrechnung und die Ausarbeitung eines allgemeinen Plangleichgewichts in einer Zentralverwaltungswirtschaft in sich bergen, ist vor allem die Zeit, die bei all diesen Ausgleichsbemühungen benötigt wird, besonders bedeutungsvoll, weil ja das Plangleichgewicht noch vor Beginn der künftigen Planperiode erreicht sein muß, um allen an der Planverwirklichung Beteiligten genaue und endgültige Planaufgaben erteilen zu können.

Andererseits darf die Planung nicht zu viel Zeit vor Beginn der künftigen Planperiode beanspruchen, weil die Planung zukünftigen Geschehens immer mit den Risiken kurzfristiger Datenänderungen behaftet ist und sich die ermittelten Daten allzuweit von der Wirklichkeit in der künftigen Planperiode entfernen könnten.

3. Zum Zwecke der vereinfachten Darstellung des Ausgleichs der Plangüter in allen Verwendungen wollen wir unseren bisherigen Annahmen vorerst noch eine weitere hinzufügen. Wir gehen davon aus, daß nur ein Importgut von unserer Zentralverwaltungswirtschaft von ihrem Außenhandelspartner bezogen und nur ein Exportgut dorthin geliefert wird. Die politische Führung unserer Zentralverwaltungswirtschaft hat nun die Nutzenwirkungen beider Außenhandelsgüter unmittelbar auf das zu erreichende Tauschverhältnis hin zu vergleichen. Nehmen wir an, es seien 5000 to Eisen für die Einfuhr vorgesehen, die für die Zentralverwaltungswirtschaft einen relativ hohen Nutzen in sich bergen. Als Gegenleistung für dieses Einfuhrkontingent seien 5000 cbm Holz vorgesehen, die unserer Zentralverwaltungswirtschaft nur einen relativ geringen Nutzen zu stiften vermögen.

Die voraussichtlich erzielbare optimale Kombination der für den Internationalen Handel vorgesehenen Güter sei der Austausch von einem cbm Holz gegen 1 to Eisen.¹⁾

a) Die Gleichgewichtsbildung in der Außenhandelsplanung ist nun nach der Rangordnung des Außenhandelsbedarfes vorzunehmen, die sich aus der Wichtigkeit derjenigen Ziele ergibt, die mit Hilfe der Einfuhr sich realisieren lassen, oder die infolge der notwendigen Ausfuhr im Inlande nicht zu verwirklichen sind. Sind für den Internationalen Handel andere oder gar viele Güter zum Austausch vorgesehen, dann erscheinen an oberster Stelle in der Skala der Rangordnung des Importbedarfes diejenigen Güter, mit deren Hilfe die jeweils wichtigsten Ziele zu verwirklichen sind. An letzter Stelle dieser Skala sind die für die Realisierung des Zielprogramms der politischen Führung jeweils unwichtigsten Importgüter zu verzeichnen. Die Rangordnung des Exportkontingentes hat man sich in der umgekehrten Reihenfolge der Dringlichkeit vorzustellen.

b) Um die durch das Ein- und Ausfuhrgut entstehenden bzw. entgehenden Nutzen abtasten zu können, ist es zweckmäßig, die für den Außenhandel vorgesehenen Gütermengen in Maßeinheiten zu zerlegen. Die politische Führung hat also die Nutzen, welche die ersten 1000 to Eisen im Inlande zu stiften vermögen, denjenigen gegenüberzustellen, die durch die Ausfuhr von 1000 cbm Holz der Zentralverwaltungswirtschaft entgehen. Es werden dabei die mit dem Eisen jeweils zu realisierenden wichtigsten Ziele mit den jeweils unwichtigsten Zielen verglichen, für die Holz notwendig gewesen wäre. Stellt sich heraus, daß der Tausch i.S. der

1) Dieses Beispiel wurde der Dissertation von Boßdorf entnommen, in der die Wirtschaftsrechnung in einer offenen Zentralverwaltungswirtschaft nach Diskussionen mit Prof. K. Paul Hensel analysiert ist. Schwerpunkt ist in dieser Arbeit jedoch nicht - wie in der vorliegenden Untersuchung - die Wirtschaftsrechnung im Internationalen Handel auf natürlicher Basis, sondern Boßdorf legt der Wirtschaftsrechnung im Internationalen Handel von Zentralverwaltungswirtschaften Weltmarktpreise zugrunde, wodurch vor allem das Bewertungsproblem vereinfacht dargestellt werden kann. Vgl. Boßdorf, E.: Internationaler Handel und Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S. 13ff.

Nutzenmaximierung vertretbar scheint, kann die nächste Mengeneinheit zum Vergleich der Nutzenwirkungen herangezogen werden. Ist auch hier ein Tausch für die politische Führung von Nutzen, dann entscheidet die nächste Teileinheit der für den Internationalen Handel vorgesehenen Gütermengen, ob und welchen im Inlande angestrebten Zwecken sie dienen soll u.s.w..

c) Im Bewertungsprozeß, bei dem nach der Skala der Dringlichkeit die jeweils wichtigsten mit dem Import zu erreichenden Ziele den jeweils unwichtigeren Zielen gegenübergestellt werden, die infolge des Exportes nicht zu verwirklichen sind, können nun die ersten Grenzeinheiten zu Beginn des Ausleseverfahrens groß oder grob sein, weil der durch die Ausfuhr der Zentralverwaltungswirtschaft entgehende Nutzen augenscheinlich kleiner ist als der durch die Einfuhr zuwachsende Nutzen.

In einem weiter fortgeschrittenen Ausleseverfahren werden jedoch die durch den Import der Volkswirtschaft zuwachsenden Nutzen immer geringer, während die durch den Export der Volkswirtschaft entgehenden Nutzen immer größer werden; die Nutzenwirkungen verdichten sich. Wenn mit der zuletzt gewählten Teileinheit kein Ausgleich der zuwachsenden und der entgehenden Nutzen zustande kommt, ist diese Teileinheit in kleinere Grenzeinheiten zu zerlegen, an denen dann die unmittelbare Bewertung zu erfolgen hat.

d) Bei fortschreitendem Ausleseverfahren sind die für die Bewertung herangezogenen Teilmengen der Außenhandelsgüter solange in kleinere Grenzeinheiten zu zerlegen, bis die Grenznutzen der Einfuhr denen der Ausfuhr gleich sind. Die unmittelbare Bewertung der Außenhandelsgüter mit Hilfe von Grenzeinheiten ist also solange vorzunehmen, bis die politische Führung glaubt, daß durch eine zusätzliche Teilmenge des Einfuhrgutes keine gesamtwirtschaftliche Nutzensteigerung hervorgebracht werden kann. In diesem Stadium der Planausarbeitung ist der Plan des Internationalen Handels im Gleichgewicht. Ist damit aber auch das allgemeine Plangleichgewicht erreicht?

4. a) In unserem Beispiel könnte möglicherweise ein Ausgleich der Grenznutzen bei den für den Export vorgesehenen 5000 cbm Holz und den für die Einfuhr notwendigen 5000 to Eisen noch nicht erreicht sein. Will die politische Führung der Zentralverwaltungswirtschaft den Außenhandel optimal gestalten, sollen also unter den gegebenen Bedingungen für die durch den Export entgehenden Nutzen die größten Nutzenzuwächse im Inlande eingetauscht werden, dann wären im Inland zusätzliche Mengen Holz als Gegenleistung für zusätzlich einzuführende Mengen Eisen bereitzustellen. Welche Mengen Holz im Inlande aus schon vorgesehenen Verwendungsrichtungen gezogen werden sollen, entscheidet die politische Führung nach Maßgabe der Dringlichkeit derjenigen Ziele, die mit der zusätzlichen Menge Eisen zu erreichen sind.

b) Wird dagegen ein Ausgleich der Grenznutzen schon bei etwa 4000 to Eisen und bei 4000 cbm Holz erreicht, bevor also die für den Außenhandel vorgesehenen Gütermengen voll beansprucht sind, dann bräuchte ein zusätzlicher internationaler Gütertausch der Zentralverwaltungswirtschaft einen Nutzenentgang. In diesem Falle blieben also etwa 1000 cbm Holz im Außenhandelsplan für die Verwendung im Inland frei. Die Entscheidung darüber, in welche Verwendungsrichtungen diese zusätzliche Menge Holz im Inland gelenkt werden soll, hat die politische Führung nach Maßgabe der Dringlichkeit derjenigen Ziele zu treffen, zu deren Realisierung das Holz dienlich ist.

c) Denkbar wäre aber auch, daß diejenigen Arbeitskräfte, die für den Einschlag und die Bearbeitung der zusätzlichen Menge Holz gebraucht werden, in anderen Produktionsrichtungen einen größeren Nutzen zu stiften vermögen als in der Holzwirtschaft. Wenn umgekehrt aber zusätzliche Mengen Holz für den Export bereitgestellt werden sollen, dann sind auch zusätzliche Arbeitskräfte in die Holzwirtschaft zu lenken. War vorher schon ein Plangleichgewicht im zentralen Arbeitskräfteeinsatzplan erreicht, dann hat die politische Führung anhand der Liste der Produktions-

voraussetzungen für die Güter erster Ordnung festzustellen, welche Nutzen entgehen, wenn eine Grenzmenge Arbeit aus ihren verschiedenen Verwendungen herausgezogen wird. Sie wird auch hier wieder die Grenzmenge Arbeit aus derjenigen Verwendung ziehen, in der sie den relativ geringsten Nutzen stiftet, wenn die Mobilität der Arbeit dies zuläßt. Umgekehrt würde sie zusätzliche Arbeitskräfte aus der Holzwirtschaft in andere Produktionsrichtungen lenken, wenn diejenigen Ziele, zu deren Realisierung diese Arbeitskräfte beitragen, der politischen Führung einen größeren Nutzen stiften als die mit Holz erreichbaren Zwecke. In beiden Fällen wäre aber im Wege der unmittelbaren Zielauslese der politischen Führung und unter Berücksichtigung der Ertragsverläufe der Arbeit in ihren verschiedenen Verwendungen auch im zentralen Arbeitskräfteeinsatzplan die Planauslese soweit vorzunehmen, bis ein Ausgleich der Grenznutzen der Arbeit in allen Verwendungen erreicht ist. Damit befände sich der Arbeitskräfteplan ebenfalls in einem vorläufigen Gleichgewicht, vorläufig darum, weil er ebenso wie der Außenhandelsplan von anderen Planbereichen her wieder gestört werden kann.

d) Durch diese Beispiele wird deutlich, wie durch die technische und ökonomische Interdependenz aller Pläne Änderungen in einem Planbereich sich in allen anderen Planbereichen auswirken. Gleichzeitig kann man auch erkennen, wie der Außenhandel in den gesamten Volkswirtschaftsplan integriert ist und wie eine Datenänderung im internen Volkswirtschaftsplan auch eine Änderung des Internationalen Handels bewirkt und umgekehrt.

5. Wenn also die politische Führung ihren Außenhandelsorganen möglichst genaue Richtlinien für die Verhandlungsführung im Internationalen Handel vermitteln soll, dann muß der Bewertungsprozeß und damit die Planung des wirtschaftlichen Gesamtprozesses schon ziemlich weit fortgeschritten sein.

- a) Wäre die interne Planung abgeschlossen, bevor der Außenhandelsplan ausgearbeitet wurde, dann wären die in diesem Plan enthaltenen Planentscheidungen Daten der Planentscheidungen für den Außenhandelsplan. Die Bildung eines Plangleichgewichtes im Plan des Internationalen Handels würde damit fraglich; einmal, weil er weder ausgeweitet noch eingeschränkt werden kann und damit das Ziel des allgemeinen Nutzenmaximums zu erreichen erschwert, zum anderen begründet ein solcher Außenhandelsplan ein recht erhebliches Planrisiko für die zu verwirklichenden Ziele der politischen Führung, weil Güter international nicht ohne Einwilligung des Außenhandelspartners getauscht werden können.
- b) Wird dagegen zuerst der Außenhandelsplan ins Gleichgewicht gebracht, dann sind die in ihm enthaltenen Planentscheidungen Datum für die Herbeiführung eines internen Plangleichgewichtes. Die politische Führung macht sich damit in ihrem Zielprogramm abhängig von den Plänen ihres Außenhandelspartners.
- c) Will aber die politische Führung mit ihren Planentscheidungen ihr Nutzenmaximum erreichen, dann muß die Ausarbeitung des internen Plangefüges mit der des Außenhandelsplanes koordiniert werden. Internes Plangleichgewicht und das des Internationalen Handels sind gleichzeitig zu realisieren.

6. Wie wir am Beispiel des unmittelbaren Bewertungsprozesses gesehen haben, ist diese Gleichzeitigkeit praktisch nur schwer zu erreichen, weil die abtastenden Versuche zur Bildung eines internen Gleichgewichtes oftmals denjenigen zur Herbeiführung eines Gleichgewichtes im Plan des Internationalen Handels vorangehen oder umgekehrt, so daß der gesamte Prozeß der Zielauslese im Wege der Anpassung von Plänen an Pläne kraft unmittelbarer Bewertung der politischen Führung erheblich Zeit beansprucht. Auf der anderen Seite wird aber durch diesen Planmechanismus gewährleistet, daß die Daten des Internationalen Handels die

Planentscheidungen für die Bildung des internen Gleichgewichtes beeinflussen, während ebenso diese Planentscheidungen auf die Verwirklichung des Außenhandelsgleichgewichtes rückwirken. Solcherart sind alle Teilpläne technisch und ökonomisch interdependent und die Bilanz des Internationalen Handels kann sinnvoll in das gesamte innere Plangefüge eingebaut werden. Die politische Führung entspricht in ihren Entscheidungen ihrer Abhängigkeit von den Zielen ihres Außenhandelspartners. Diese Abhängigkeit berücksichtigt sie in ihrem eigenen Zielprogramm, so daß sie in der Lage ist, die politischen Ziele, die sie im Innern ihres Landes zu verwirklichen wünscht, eindeutig zu bestimmen. Dies ist dann der Fall, wenn die Grenznutzen jedes wirtschaftlichen Gutes in allen seinen Verwendungen in sachlicher und in zeitlicher Hinsicht ausgeglichen sind und die politische Führung der Zentralverwaltungswirtschaft keine Chance mehr sieht, durch Änderungen in den Verwendungsentscheidungen eine Nutzensteigerung zu erzielen.

7. Auf der Grundlage dieses naturalen und zentralen Plangleichgewichts kann die politische Führung ihren zentralen Planwillen ihren nachgeordneten Planungsinstanzen als endgültige und gesetzliche Planaufgaben übermitteln. Diese Planungsinstanzen haben daraufhin die von ihnen abgeschlossenen vorläufigen Verträge nach Maßgabe der zentralen Planaufgaben in endgültige umzuwandeln, so daß die politische Führung mit Hilfe des diesem System eigenen Kontrollapparates in der Lage ist, ihren politischen Willen wirksam nach unten durchzusetzen. Sie allein entscheidet - auch über den Außenhandel - letztlich, welche Ziele der Lebensgestaltung in diesem Gemeinwesen zu realisieren sind und welche von der Verwirklichung ausgeschlossen werden. Alle an der Planverwirklichung beteiligten Personen sind lediglich Objekte dieses einen umfassenden politischen Willens.

Damit erweist sich auch der von Hensel entwickelte Planmechanismus bei naturaler und zentraler Planung des Wirtschaftsprozesses in einer offenen Zentralverwaltungs-

wirtschaft als Grundlage der Wirtschaftsrechnung. Durch diesen Planmechanismus werden kraft unmittelbarer Bewertung und nach Maßgabe der gesamtwirtschaftlichen Daten wie der allgemeinen wirtschaftlichen Sachverhalte die Pläne aller Planbereiche und somit auch des Internationalen Handels technisch und ökonomisch zu einem gesamten Plansystem koordiniert, während das angedeutete Vertragssystem lediglich als Medium der Koordination zu betrachten ist.

8. Für den theoretischen Grenzfall ist somit die Euckensche These nicht richtig, nach welcher der zentralen Planung und Lenkung des Außenhandels die Auslese- und Rechenmaschine fehle, die notwendig sei, um den Außenhandel der Minderung der gesamtwirtschaftlichen Knappheit dienstbar zu machen. Praktisch werden freilich die sachlichen und zeitlichen Schwierigkeiten bei durchgängig naturaler und zentraler Wirtschaftsrechnung im Internationalen Handel um so größer, je mehr Güter für den internationalen Austausch vorgesehen sind und je mehr Außenhandelspartner in die internationale Arbeitsteilung einbezogen werden sollen.

a) Wenn wir uns vorstellen, daß in der Zentralverwaltungswirtschaft mehrere Import- und Exportgüter für den Internationalen Handel mit mehreren Zentralverwaltungswirtschaften vorgesehen seien, dann hat die politische Führung unserer Zentralverwaltungswirtschaft den Nutzen jedes Außenhandelsgutes in allen seinen internen Verwendungsmöglichkeiten zu bestimmen und für jedes einzelne Gut die jeweils im Hinblick auf die eigenen zu verwirklichenden Ziele günstigste Tauschrelation unter den verschiedenen Außenhandelspartnern herauszufinden.

b) Aber nicht nur für jedes einzelne Außenhandelsgut, wenn es allein gehandelt würde, gibt es eine günstigste Tauschrelation, sondern für jede mögliche Kombination mehrerer Import- und Exportgüter unter den verschiedenen Außenhandelspartnern ebenso. Würden also von unserer Zentralverwaltungswirtschaft mehrere oder gar viele Außenhandelsgüter mit mehreren Zentralverwaltungswirtschaften inter=

national getauscht, so müßten etwa für je eine Einheit der nach der Nomenklatur des Volkswirtschaftsplanes ausgewiesenen Importgüter 1,2,3,4 und 5 je eine Einheit der Exportgüter 96,97,98,99 und 100 hergegeben werden. Im Handel mit einer anderen Zentralverwaltungswirtschaft wären dagegen für die gleichen Importgüter und Importgütermengen je eine Einheit der nach Schlüsselliste des Volkswirtschaftsplanes ausgewiesenen Exportgüter 97,98,99,100 und 101 auszutauschen.

c) Können darüber hinaus mit jedem einzelnen der Außenhandelsgüter im Inlande verschiedene Ziele verwirklicht werden, und vermag schließlich jedes Gut in bestimmten Teileinheiten für die politische Führung in unserer Zentralverwaltungswirtschaft einen anderen Nutzen zu stiften als ein anderes Gut in gleichen Einheiten, so erhöhen sich die Kombinationsmöglichkeiten von Import- und Exportgütermengen noch um ein Vielfaches. Will die politische Führung unserer Zentralverwaltungswirtschaft ihr Nutzenmaximum mit Hilfe des Außenhandels verwirklichen, dann hat sie jede der möglichen Kombinationen von Ein- und Ausfuhrsgütern im Hinblick auf die internen Nutzenwirkungen und die externen Tauschrelationen zu untersuchen.¹⁾ Überträgt man also die Grenznutzenvergleiche unseres idealtypischen Grenzfallles auf ein wirklichkeitsnäheres Beispiel, dann wird es sehr fraglich, ob bei durchgängig naturaler und zentraler Wirtschaftsrechnung der internationale Gütertausch einer Zentralverwaltungswirtschaft stets optimal geplant und gelenkt werden kann, ob es also der politischen Führung gelingt, für jedes einzelne Exportgut und seine möglichen Kombinationen mit anderen unter mehreren vorhandenen Außenhandelspartnern den größtmöglichen Nutzen einzuhandeln.

d) Für den praktischen Fall des Außenhandels von Zentralverwaltungswirtschaften müssen wir daher den vor allem von Heuß²⁾ und Klinkmüller³⁾ hervorgehobenen Argumenten

- 1) vgl. Boßdorf, E.: Internationaler Handel und Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S.17.
- 2) Heuß, E.: Wirtschaftssysteme und Internationaler Handel, a.a.O., S.196.
- 3) Klinkmüller, E.: Die gegenwärtige Außenhandelsverflechtung der Sowjetisch besetzten Zone Deutschlands, Wirtschaftswiss.Veröff.des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, Bd.8, Berlin 1959, S.18.

beipflichten, nach denen "die Differenz zwischen dem Grenznutzen des Imports und dem Grenznutzen der Inlandsproduktion so groß und zugleich vage ist, daß ihr gegenseitiger Vergleich ohne komplizierte Rechnungen vorgenommen werden kann".¹⁾ Die politische Führung unserer Zentralverwaltungswirtschaft würde in diesem Fall vor allem die absoluten Kostenvorteile und diejenigen komparativen Kostenvorteile, die aus dem internationalen Gütertausch zu erzielen sind, bewerten, die ohne die Anwendung eines feinen Meßinstrumentes klar ersichtlich sind. Zwar würde sie damit auf ihr Nutzenmaximum i.S. des theoretisch erreichbaren Gütermaximums verzichten, nicht aber auf ihr Nutzenmaximum überhaupt. Schätzt nämlich die politische Führung ihr spezielles von politischen Einflüssen durchsetztes Außenhandelsrisiko sehr hoch ein, so vermag ihr - wie das Christ beschrieben hat²⁾ - ein von Außenhandelsrisiken weitgehend unabhängiger interner Wirtschaftsablauf nach ihrem zentralen Planwillen auch einen sehr hohen Nutzen zu stiften. Insofern kann also auch bei bestehender Kostendisparität ein Grenznutzenausgleich von Import und Export erzielt werden, wobei die Unabhängigkeit von Auslandseinflüssen als ein Ziel der politischen Führung anzusehen ist, das in der Skala der Rangordnung der Wichtigkeit an relativ hoher Stelle rangiert.

Auch dieses Argument, so betont Klinkmüller³⁾, nimmt den Euckenschen Einwänden gegen eine exakte und ökonomisch rationale Wirtschaftsrechnung im Internationalen Handel von Zentralverwaltungswirtschaften viel von ihrer Schärfe. "Da die zentralen Behörden bei der Aufstellung jedes neuen Planes auf die Erfahrungen der vergangenen Perioden zurückgreifen, bedarf es neuer Planentscheidungen nur insofern, als Veränderungen gegenüber der Vorperiode getroffen werden sollen. Diese Beschränkung auf die Grenzposi-

1) Klinkmüller, E.: Die gegenwärtige Außenhandelsverflechtung der Sowjetisch besetzten Zone Deutschlands, a.a.O., S.18.

2) Christ, U.: Praktische und theoretische Probleme der Lenkung des Außenhandels in einer Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs, a.a.O., S.99f.

3) Klinkmüller, E.: a.a.O., S.19.

tionen vereinfacht die Planungsaufgabe erheblich. Sie gestattet es den Behörden, sich auf die Fragen der Planung des wirtschaftlichen Wachstums und der Korrektur von Planungsfehlern der Vergangenheit zu konzentrieren."¹⁾

- 1) Klinkmüller, E.: Die gegenwärtige Außenhandelsverflechtung der Sowjetisch besetzten Zone Deutschlands, a.a.O., S.19.

Die wichtigsten Grundlagen und Übersichten zur Organisation und Technik der Planung und Bilanzierung der volkswirtschaftlichen Vorgänge:

Rudolph, J. u. Friederich, G.: Grundriß der Volkswirtschaftsplanung, Berlin (Ost) 1957.

Außenhandelspraxis, Teil III, Die Durchführung von Exportgeschäften, Berlin (Ost), Loseblattsammlung, Stand: 31.12.1963.

GBI der "DDR", Sonderdruck Nr.377, Anordnung über die Ausarbeitung, Bestätigung, Durchführung und Kontrolle der Material- und Ausrüstungsbilanzen - Bilanzordnung sowie Anordnung über die Methodik der Bedarfsplanung und das Verzeichnis der staatlichen Material- und Ausrüstungsbilanzen 1964, v. 5.3.1963;

GBI der "D.D.R.", Sonderdruck Nr.487, Beschluß über die Grundsätze der Planmethodik 1965, v. 1.2.1965 - Auszug; vgl. insbesondere Teil IX, Die Vervollkommnung der Planung des Außenhandels;

GBI der "DDR", Sonderdruck Nr.509, Anordnung über die Methodik der Planung und Bilanzierung von Material, Ausrüstungen und Konsumgütern zum Volkswirtschafts-Plan 1966, v. 25.5.1965.

Bergson, A.: The Economies Of Soviet Planning, New Haven and London, 1964;

Hensel, K. Paul: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, Stuttgart 1954;

Heuer, H.: Zur Organisation der Betriebsplanung in der volkseigenen Industrie des sowjetischen Besatzungsgebietes, Berlin 1958;

Hirsch, H.: Mengenplanung und Preisplanung in der Sowjetunion, Basel, Tübingen 1957;

Kornai, J.: Overcentralization in Economic Administration, A Critical Analysis, Based on Experience in Hungarian Light Industry, Translated, Oxford 1959;

Lange, O.: Essays on Economic Planning, Calcutta 1960;

Nove, A.: Collectivist Economic Planning, London 1947;

Planungsprobleme im sowjetischen Wirtschaftssystem, Ergebnisse einer Fachtagung, Osteuropa-Institut an der FU Berlin, Wirtschaftswiss. Veröff., hrsgg. v. Thalheim, Karl, C., Bd.22, Berlin 1964;

Schenk, F.: Magie der Planwirtschaft, Köln 1960;

Spulber, N.: The Soviet Economy. Structure, Principles, Problems, New York 1962;

Thalheim, Karl C.: Grundzüge des sowjetischen Wirtschaftssystems, Köln 1962.

Zweiter Abschnitt: Geldwirtschaftliche Probleme der Wirtschaftsrechnung in einer offenen Zentralverwaltungswirtschaft.

I. Das Rechnen mit Weltmarktpreisen und die Vereinfachung des Bewertungsproblems.

Da sich bei durchgängig naturaler und zentraler Wirtschaftsrechnung in einer offenen Zentralverwaltungswirtschaft sehr erhebliche praktische Schwierigkeiten für die Grenznutzenvergleiche der Außenhandelsgüter zeigten, haben wir nunmehr zu untersuchen, ob es der politischen Führung einer Zentralverwaltungswirtschaft gelingt, durch das Rechnen mit Weltmarktpreisen die Außenhandelsplanung an den von ihr angestrebten Zielen auszurichten und für jedes einzelne Exportgut und seine möglichen Kombinationen mit anderen unter mehreren vorhandenen Außenhandelspartnern den größtmöglichen Nutzen einzuhandeln. Es wäre also zu beweisen, ob mit Hilfe von Weltmarktpreisen der Internationale Handel einer Zentralverwaltungswirtschaft optimal geplant und gelenkt und wie die Wirtschaftsrechnung in einer offenen Zentralverwaltungswirtschaft durch dieses Hilfsmittel erleichtert werden kann.¹⁾

1) Diese Fragen wurden schon von Boßdorf in seiner ausgezeichneten Untersuchung über den "Internationalen Handel und Zentralverwaltungswirtschaft", a.a.O., S.18-30, richtig gestellt und auch in ihren Ansätzen diskutiert. Leider geht aber Boßdorf von sehr vereinfachenden Annahmen und einer falschen Voraussetzung aus, vgl. S.18f: Im Internationalen Handel zwischen Zentralverwaltungswirtschaften bestehen nicht für alle Export- und Importgüter Weltmarktpreise. Im Handel zwischen Zentralverwaltungswirtschaften werden nicht für die Exporte Devisen erlöst und die Importe mit Devisen bezahlt. Der Zahlungsverkehr erfolgt über bilaterale Verrechnungen auf Grund bilateral ausgehandelter Warenkontingente. Auch im Internationalen Handel von Zentralverwaltungswirtschaften gibt es einen Kredit- und Kapitalverkehr. Vor allem aber läßt sich der Importbedarf nicht so errechnen, daß er sich aus den von der politischen Führung angestrebten Zielen sich ergebendem Bedarf ohne Import abzüglich dem erwarteten Inlandsanfall dieser Güter ergeben würde. Wenn die von der politischen Führung angestrebten Ziele erreicht werden sollen, dann ist auch der Bedarf an Importgütern in diesen Zielen enthalten, ohne daß zu Anfang der Planausarbeitung genau zu über-

A. Die Preisermittlung im Internationalen Handel zwischen Zentralverwaltungswirtschaften.¹⁾

1. Die Praxis für die Preisermittlung im Handel zwischen den Staaten des sozialistischen Wirtschaftsgebietes wurde für diese durch den Beschluß der Vertreter der Länder auf der IX. Ratstagung des COMECON verbindlich festgelegt.²⁾

Hiernach gelten als Preisbasis für alle gegenseitigen Handels- und Preisabkommen diejenigen Preise, die in den Handelsabkommen für 1958 dokumentiert wurden und die sich nach den durchschnittlichen Weltmarktpreisen des Jahres 1957 des jeweiligen Hauptmarktes richten. Die so zu vereinbarenden Preise sollen Festpreise sein, um zu gewährleisten, daß die Zentralverwaltungswirtschaften von konjunk-

sehen wäre, welche zur Realisierung dieser Ziele notwendigen Güter im Inlande herzustellen sind und welche von außen her bezogen werden müssen. Kann die Planungsleitung kaum auf Erfahrungen vorangegangener Planperioden zurückgreifen, dann ist der wahrscheinlich sich ergebende Fehlbedarf in den einzelnen Materialbilanzen nicht nach Import- und Exportkontingenten zu spezifizieren, weil auch zu dieser Zeit der Planausarbeitung noch von keinem Bereich der Wirtschaft her zu übersehen ist, ob der für die Erfüllung der Planaufgaben notwendige Bedarf an wirtschaftlichen Gütern aus dem Inland oder aus dem Ausland zu decken ist. Kann allerdings, wie es in dem ersten Abschnitt dieses Teiles der Untersuchung zu demonstrieren versucht wurde, die politische Führung die Erfahrungen vergangener Planperioden auswerten, dann kann auch der für die kommende Wirtschaftsperiode erforderliche Importbedarf schon an dieser Stelle der Wirtschaftsrechnung einigermaßen geschätzt werden, obwohl sich mit Hilfe des Planmechanismus Import- und Exportkontingente im Hinblick auf den Genauigkeitsgrad der Wirtschaftsrechnung noch mehrfach ändern werden. In jedem Falle aber ist der Importbedarf in dem für die Realisierung der Ziele der politischen Führung notwendigen Bedarf an wirtschaftlichen Gütern enthalten.

1) Vgl. Außenhandelspraxis Teil III, a.a.O., 223 - Blatt 1-3, Die Bildung von Währungspreisen und I 201 - Blatt 1-3, Preisermittlung bei Geschäften mit Staaten des sozialistischen Wirtschaftsgebietes; Teil IV, Der Zahlungs- und Verrechnungsverkehr mit dem Ausland, Stand 15.12.1963, 3.1. - Blatt 1 - 3 2.4 - Blatt 1, Der Zahlungs- und Verrechnungsverkehr mit den sozialistischen Ländern.

2) Faddejew, N.: Sozialistische Partnerschaft, Über die Zusammenarbeit im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, a.a.O., S.58.

turellen Schwankungen der Weltmärkte verschont bleiben. Preisveränderungen sind aber dennoch vorgesehen, und zwar, wenn auf Grund veränderter Produktionsbedingungen auf den jeweiligen Hauptmärkten Preisveränderungen erkennbar werden, von denen man annimmt, daß sie längerfristig gelten würden. Ferner sind andere Preise als die in den vereinbarten Dokumentationen nachgewiesenen auszuhandeln, wenn diese Preise offensichtlich falsch waren oder wenn sich die Qualität der Ware erheblich verändert hat. Als Hauptmarkt gilt diejenige Marktwirtschaft, von welcher die Zentralverwaltungswirtschaften kaufen würde, wenn sie ihre Einfuhr nicht von einer anderen Zentralverwaltungswirtschaft bezöge. Der Hauptmarkt wird also unter Berücksichtigung ökonomischer und geographischer Sachverhalte vom Käuferland bestimmt. Das Käuferland hat den Basispreis durch Dokumentation zu belegen, wobei die auszuhandelnden Preise franko Grenze oder fob Hafen Exportland gelten und das Importland die Versicherung von Haus zu Haus trägt. Zur Dokumentation sollen nur solche Belege herangezogen werden, die wirkliche und keine fiktiven Außenhandelsgeschäfte widerspiegeln. Aber selbst bei den Einfuhren, die faktisch zu belegen sind, können die dokumentierten Preise so gewählt sein, daß das Verkäuferland übervorteilt wird.¹⁾ Es ist daher zu prüfen, ob die Liefer- und Zahlungsbedingungen nicht zusätzliche Einführungs- oder Mengenrabatte enthalten oder ob die vereinbarten Rabatte nicht in den Preisen einkalkuliert wurden, um dem Käuferland bei späteren Verhandlungen Preiszugeständnisse machen zu können. Durch die geltenden Embargobestimmungen im Ost-West-Handel können Zentralverwaltungswirtschaften gezwungen sein, Waren über Drittländer zu beziehen, was zumeist mit höheren Preisen verbunden ist. Ferner soll noch geprüft werden, ob nicht monopolistische oder dumpingähnliche Praktiken

1) So ist z.B. der Handel mit Zucker durch Abkommen, Zölle, Präferenzen, Zollrückvergütungen, Quoten, Subventionen und Prämien so sehr verzerrt, daß es sehr schwierig ist, einen echten Weltmarktpreis für Zucker zu ermitteln. Vgl. "Rätselhafte Preislage am Zuckermarkt" in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Blick durch die Wirtschaft, Nr.164 v. 19.7.1965, S.6.

kapitalistischer Firmen den Warenpreis beeinflussen. Auch enthalten die im Ost-West-Handel häufig aufzufindenden Kompensationsgeschäfte sehr oft modifizierte Export- und Importgüterpreise.

2. Währungspolitische Schwierigkeiten umgeht man insofern, als die Preise auf den Hauptmärkten mit konvertibler Währung oder auch gleich Weltmarktpreise in US-Dollar verrechnet werden. Da man es sich aber auch hier nicht leisten zu können glaubt, die Preise des verhaßten kapitalistischen Systems in die eigene Außenhandelsplanung zu übernehmen, macht man folgenden buchhalterischen Trick: Man setzt den US-Dollar in eine Beziehung zum nichtkonvertiblen Rubel. Die rechnerische Beziehung ist dabei völlig unerheblich. Ob hierbei 100 US-Dollar den bloßen Rechenwert von 100 Rubel^{*} haben, das wirkt sich auf die Mengen der auszutauschenden Güter keineswegs aus. Sowohl die gegenseitig auszuhandelnden Export- und Importgütermengen werden zu Weltmarktpreisen in US-Dollar ausgehandelt als auch Export- wie Importkontingente mit den gleichen Rubelrechenoperation versehen. An dem auszuhandelnden Güterstrom ändert sich dadurch nichts.¹⁾

- 1) Problematischer ist allerdings die Festlegung von Touristenkursen. Auf sie soll hier aber nicht eingegangen werden, weil sie mit der Planung des Außenhandels direkt nichts zu tun haben.

Auch über einen multilateralen Verrechnungsrubel mit äußerer Konvertibilität, der neuerdings von Polen gefordert wird, kann hier nichts Endgültiges ausgesagt werden, einfach deshalb, weil er bisher noch nicht verwirklicht ist. Sicherlich wird eine solche Einrichtung aber zu den kompliziertesten zu zählen sein, die man sich bisher auf den Devisenmärkten denken konnte. Noch größere Schwierigkeiten, denen sich die Außenhandelspraktiker des Ostblocks bei der bisherigen Tauschmethode Ware gegen Ware über zweiseitige Handels-, Liefer- und Zahlungsabkommen gegenübersehen, mögen den Wunsch nach Einführung solcher revolutionärer Praktiken rechtfertigen. Die zunehmende Rivalität unter den Ostblockländern dürfte aber solche kühnen Kooperationspläne nicht gerade fördern. Vgl. "Konvertierbarer Rubel?" in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 100 v. 30.4. u. 1.5.1965.

oder gar nur 100 Dollar den Rechenwert von einem Rubel

3. Wurden die zum Außenhandel vorgesehenen Güter seit 1958 qualitativ oder in Ausstattung und Verpackung wesentlich verbessert und werden für solche Waren derzeit andere Preise auf den Hauptmärkten erzielt, so soll zwischen den Außenhandelspartnern nach exakter Beweisführung ein neuer Basispreis etwa folgendermaßen festgelegt werden:¹⁾

A Vereinbarter Preis für		
eine Anlage 1958	2000,-	Verrechnungsrubel
B Auf dem westlichen Hauptmarkt		
1960 erzielter oder bezahlter		
Preis umgerechnet	1800,-	"
C Nach technischer Verbesserung		
auf dem westlichen Haupt-		
markt erzielter oder bezahl-		
ter Preis umgerechnet	2000.-	"
Differenz B mit C	+ 200,-	"
D Neuer Basispreis für die		
verbesserte Anlage im Handel		
zwischen Zentralverwal-		
tungswirtschaften	2200,-	"

4. Da die Transportkosten oftmals ein sehr wesentlicher Bestandteil im Preis der zu handelnden Güter sind und sich infolge der unterschiedlichen Entfernung des Hauptmarktes und der Zentralverwaltungswirtschaft als Handelspartner zum Importland unterscheiden, sollen die auftretenden Frachtdifferenzen zwischen Käufer und Verkäufer geteilt werden.²⁾ Die Partnerländer stellen aus diesem Grunde die effektiven Transportkosten in ihrem Außenhandel denjenigen gegenüber, die ihnen beim Bezug der Ware vom jeweiligen Hauptmarkt entstehen würden. Die Hälfte dieser Differenz wird dann dem jeweiligen Basispreis zugeschlagen, wenn die effektiven Transportkosten höher sind; sie wird vom Basispreis abgezogen, wenn sich die Transportkosten im Handel zwischen den Zentralverwaltungswirtschaften als

1) Außenhandelspraxis Teil III, a.a.O., 223 - Blatt 2.

2) Ebenda I 201 - Blatt 2.

niedriger erweisen. Für die Ermittlung der Frachten im Handel zwischen Zentralverwaltungswirtschaften sind die im Rahmen des COMECON vereinbarten Allgemeinen Liefer- und Zahlungsbedingungen anzuwenden¹⁾ und zur Berechnung der Transportkosten nur diejenigen heranzuziehen, die für die Umlenkung bedeutender Warenmengen im Jahre 1957 aufzubringen waren.²⁾

5. Für gleiche Waren soll im Handel zwischen mehreren Zentralverwaltungswirtschaften der gleiche Grundpreis berechnet werden. Nach einem Beschluß der Ratstagung des COMECON vom Juni 1961 will man damit ein multilaterales Clearing zwischen den Ländern des Ostblocks ermöglichen.³⁾

Aus diesem Grunde können auch die Preise für neue Waren, die zwischen zwei Zentralverwaltungswirtschaften noch nicht gehandelt wurden, aus den Handelsvereinbarungen zweier anderer Zentralverwaltungswirtschaften übernommen werden. Wurden diese Güter noch nicht zwischen anderen Zentralverwaltungswirtschaften gehandelt, so richtet man sich an den Preisen ähnlicher Güter auf den westlichen Hauptmärkten aus, wobei die Preisentwicklung seit 1958 zu berücksichtigen ist.

6. Schwieriger wird die Festlegung von Basispreisen für komplette Anlagen, die eine längere Produktionszeit über die Planungsperiode hinaus haben. Hierbei soll die Preisentwicklung für Rohstoffe und Halbfertigerzeugnisse und

1) Allgemeine Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsunternehmen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Allgemeine Bedingungen des RgW von 1958), Fassung in deutscher Sprache in: Osteuropa-Recht, Nr.1/1960, S.49-70.

2) Vgl. Außenhandelspraxis Teil III, a.a.O., I 201 - Blatt 3

3) Ebenda 223 - Blatt 2 und Teil IV, a.a.O., 3.1.2 - Blatt 2, wo hervorgehoben wird, daß Grundlage auch des zentralverwaltungswirtschaftlichen multilateralen Clearings die zweiseitigen Handelsabkommen sind. Vgl. hierzu auch die Ausführungen im zweiten Abschnitt des dritten Teiles dieser Untersuchung über das multilaterale Clearing zwischen Zentralverwaltungswirtschaften.

der voraussichtliche Trend auf den jeweiligen Hauptmärkten mit Hilfe von Marktforschungsinstituten besonders beachtet werden. Ferner soll die Beratung von Sachverständigen der Industrie verhindern helfen, daß für neue Typen im Verhältnis zur Mehrleistung der Anlage ein höherer Preis zu zahlen ist. Man versucht also, die Preissteigerungen an der technischen Leistungssteigerung auszurichten. Schließlich können aber auch Saisonpreise, das sind unterschiedliche Preise zu verschiedenen Jahreszeiten, und sogar Stimulanspreise, das sind Anreiz- oder Dumpingpreise, im Handel zwischen Zentralverwaltungswirtschaften angewandt werden.¹⁾ Infolge dieser komplizierten Hilfsverfahren in den Preisverhandlungen erweist sich die Preisbildung auf der Grundlage der Ermittlung von Basispreisen im Außenhandel zwischen Zentralverwaltungswirtschaften damit problematischer als die Preisbildung im Internationalen Handel zwischen Marktwirtschaften auf der Grundlage der Rentabilitätsberechnungen der privaten Außenhandelspartner.

B. Die Bewertung mit Hilfe der Weltmarktpreise.

1. Ist die Außenhandelsplanung in der Zentralverwaltungswirtschaft auf der Grundlage zentraler und naturaler Wirtschaftsrechnung so weit gediehen, daß die vorgesehenen Export- und Importkontingente zwischen den Außenhandelsunternehmen und der binnenländischen Industrie sachlich, zeitlich und räumlich aufeinander abgestimmt sind, und ist es den operativen Organen des Außenhandels gelungen, die Liefer- und Bezugsmöglichkeiten bei den Außenhandelspartnern zu erkunden und vorläufig mit ihnen abzustimmen, dann kann in den einzelnen Außenhandelsplänen die Menge der Importgüter mit den für die Planperiode erwarteten Weltmarktpreisen multipliziert werden. Die Summe dieser Produkte aus Menge mal Preis ergibt die Geldkosten der vorgesehenen Einfuhr.

1) Vgl. Außenhandelspraxis Teil III, a.a.O., I 201 - Blatt 3.

2. Ob dieser als vorläufig berechnete Einfuhrbedarf befriedigt werden kann, hängt von den Exportmöglichkeiten ab. Es ist also darauf zu achten, daß das Produkt aus Exportmengen mal Weltmarktpreise, der Exporterlös, mindestens den Geldkosten der Einfuhr entspricht. Für eine erste globale Bewertung des Außenhandels sind also die Weltmarktpreise dienlich.

Da aber die unterschiedlichen Außenhandelsgüter im Hinblick auf die Realisierung der Ziele der politischen Führung dieser einen unterschiedlichen Nutzen zu stiften vermögen, kann die globale Bewertung aller Import- und Exportgüter nicht zum Gleichgewicht im Außenhandelsplan beitragen. Neben den Geldkosten der Einfuhr und den Exporterlösen sind auch die Kosten der Exporte i.S. von entgehenden Nutzen zu berücksichtigen. Wenn die durch die Ausfuhr der politischen Führung der Zentralverwaltungswirtschaft entgehenden Nutzen nicht größer sein sollen als die durch die Einfuhr ihr zuwachsenden Nutzen, dann hat sie die Nutzen aller Import- und Exportgüter in ihren verschiedenen Verwendungen zu bestimmen, bevor der Außenhandelsplan ins Gleichgewicht gebracht werden kann.

Die Kenntnis der Weltmarktpreise allein genügt also nicht, das Bewertungsproblem zu lösen. Um die Kosten der Ausfuhr i.S. von entgehenden Nutzen bestimmen zu können, wird auch hier die zentrale Leitung der Volkswirtschaft zunächst diejenigen Güter und Gütermengen zum Export bereitstellen, bei denen der entgehende Nutzen vergleichsweise am geringsten ist. Diese Auswahl ist so weit voranzutreiben, bis die Exportgütermengen multipliziert mit den voraussichtlichen Weltmarktpreisen den Geldkosten der Einfuhr entsprechen.

3. Bei diesem Auswahlprozeß wird sich höchstwahrscheinlich bald herausstellen, daß die durch die Ausfuhr der Volkswirtschaft entgehenden Nutzen größer sind als die Nutzen der Importgüter, die sie bei der Verwirklichung der vorgesehenen Ziele im Inlande zu stiften vermögen. Erst wenn

die Nutzenwirkungen der einzelnen Import- und Exportgüter bekannt sind, kann die Gleichgewichtsbildung im Außenhandelsplan versucht werden. Diese ist wiederum nach der Rangordnung des Außenhandelsbedarfes vorzunehmen, die sich aus der Wichtigkeit derjenigen Ziele ergibt, die mit Hilfe der Einfuhr sich realisieren oder die sich infolge der notwendigen Ausfuhr im Inlande nicht verwirklichen lassen. Sind für den Internationalen Handel mehrere oder gar viele Güter zum Austausch vorgesehen, dann erscheinen an oberster Stelle in der Skala der Rangordnung des Importbedarfes diejenigen Güter, mit deren Hilfe die jeweils wichtigsten Ziele zu verwirklichen sind. An letzter Stelle dieser Skala sind die für die Realisierung des Zielprogrammes der politischen Führung jeweils unwichtigsten Ziele zu verzeichnen. Die Rangordnung der zum Export vorgesehenen Güter hat man sich in umgekehrter Reihenfolge der Dringlichkeit vorzustellen.

4. Um die durch die Ein- und Ausfuhr entstehenden bzw. entgehenden Nutzen abtasten zu können, wird man wiederum eine Maßeinheit wählen, die man sich bei der Rechnung mit Weltmarktpreisen als einen Geldbetrag in Verrechnungsrubeln vorzustellen hat. Dieser Betrag übernimmt die Funktion einer Grenzeinheit, mit deren Hilfe die zuwachsenden Nutzen der Einfuhr und die entgehenden Nutzen der Ausfuhr verglichen werden. Diese Grenzeinheit kann zu Beginn des Ausleseverfahrens groß oder grob sein. In einem weiter fortgeschrittenen Bewertungsprozeß hat man sie aber immer weiter zu verringern, weil auch die durch den Import der Volkswirtschaft zuwachsenden Nutzen immer geringer und die durch den Export der Volkswirtschaft entgehenden Nutzen immer größer werden. Bei fortschreitender Bewertung verdichten sich die Nutzenwirkungen also immer mehr.

So kann sich z.B. der Einfuhrbedarf für die ersten 500 Mill. Verrechnungsrubel sofort als vertretbar herausstellen, weil die für die Ausfuhr vorgesehenen Güter in Höhe dieses Betrages der Volkswirtschaft offenbar einen

geringeren Nutzen stiften. Für die weitere Bewertung kann daraufhin der gleiche Grenzbetrag zum Vergleich der Nutzenwirkungen herangezogen werden. Ist auch hier ein Tausch für die politische Führung von Nutzen, dann entscheidet die nächste Grenzeinheit über die Zweckmäßigkeit der vorgesehenen Ein- und Ausfuhr u.s.w..

Wenn jedoch mit der zuletzt gewählten Grenzeinheit von 500 Mill. Verrechnungsrubeln kein Ausgleich der zuwachsenden und der entgehenden Nutzen zustande kommt, wenn es vielmehr auf Grund der größer werdenden Nutzen, die der Volkswirtschaft infolge der Ausfuhr entgehen, zweifelhaft wird, ob sich eine zusätzliche Einfuhr in Höhe des Betrages von 500 Mill. Verrechnungsrubeln noch lohnt, dann muß die Grenzeinheit auf 100 Mill. Verrechnungsrubel verkleinert werden. Die Bewertung der Ein- und Ausfuhr Güter ist mit Hilfe dieser rechnerischen Basis vorzunehmen.

Bei fortschreitendem Ausleseverfahren sind die für die Bewertung herangezogenen Grenzeinheiten solange in kleinere Geldbeträge zu zerlegen, bis die Grenznutzen der Einfuhr denen der Ausfuhr gleich sind. Der Außenhandelsplan befände sich somit im Gleichgewicht, wenn durch eine zusätzliche Einfuhr in Höhe von 1 Mill. Verrechnungsrubeln - wenn wir diesen Betrag als letzte Grenzeinheit anwenden wollen - i.S. der zentralen Leitung keine gesamtwirtschaftliche Nutzensteigerung hervorgebracht werden kann.

5. Mit der Gleichgewichtsbildung im Außenhandelsplan ist jedoch das Problem der Wirtschaftsrechnung im Internationalen Handel noch nicht vollends gelöst. Dazu wäre von der zentralen Leitung der Volkswirtschaft die Außenhandelsplanung mit der internen Planung in ein allgemeines Plangleichgewicht zu bringen. Daß bei diesem Mühen um die Beseitigung von Engpässen, die sich in den Plansalden der verschiedensten Teilpläne zeigen, der Außenhandel sehr wichtige Funktionen übernimmt und sowohl vom Außenhandel als auch von der internen Planung her Ausgleichsbestrebungen noch mehrfach gestört werden können, das haben wir im

ersten Abschnitt dieses Teiles der Untersuchung ausführlich beschrieben. Es braucht daher hier nicht wiederholt zu werden. Erst durch die Bewertung aller Güter für die zu planende Periode ist ein allgemeines Plangleichgewicht zu erreichen. Hierbei vermag der Außenhandel die Planauslese zu erleichtern, indem er die Güterbasis verbreitern und die Anzahl der Verwendungssalden vermindern hilft und damit die Wirtschaftsrechnung in einer Zentralverwaltungswirtschaft elastischer gestaltet.

6. Auch bei der Geldrechnung im Außenhandel muß der Nutzen der jeweiligen Außenhandelsgüter, den sie entsprechend den zu realisierenden Zielen in allen ihren Verwendungsmöglichkeiten im Inlande zu stiften vermögen, Maßstab dafür sein, ob ein Gut im- oder exportiert werden soll. Wichtig ist weiterhin der auf der Grundlage der Weltmarktpreise er-rechenbare Preis der Außenhandelsgüter. Sind schließlich die Nutzenwirkungen der Im- und Exportgüter sowie die für sie erreichbaren oder zu bezahlenden Preise bekannt, dann können auch die Geldkosten der Außenhandelsgüter aus der Multiplikation der jeweiligen Gütermengen mit den voraus-sichtlich zu vereinbarenden Weltmarktpreisen ermittelt werden. Unter Beachtung dieser drei Größen hat somit die Gleichgewichtsbildung im Außenhandelsplan zu erfolgen. Werden die genannten Faktoren aber voll berücksichtigt, dann ist ein Ausgleich der Grenznutzen der Im- und Export-güter im Hinblick auf die gesamtwirtschaftlichen Knapp-heiten im Inlande zu erreichen und der Internationale Handel einer Zentralverwaltungswirtschaft optimal zu gestalten. Das Problem der Wirtschaftsrechnung im Internationalen Handel einer Zentralverwaltungswirtschaft wäre somit ge-löst.

7. Um jedoch die Veränderungen von Außenhandelsgütermengen in ihren Wirkungen in allen Einzelheiten feststellen zu können, ist - wie gesagt - die zentrale Planstelle auf die Mitarbeit ihrer operativen Organe im Außenhandel sowie

der inländischen Erzeuger und Bedarfsträger angewiesen. Das gilt nicht nur für die Aufstellung und Abstimmung der Einzelpläne, sondern auch für die eigentliche Bewertung der Im- und Exportgüter. Die einzelnen Bedarfsträger konkurrieren um die Erfüllung ihrer Wünsche und damit auch der Importwünsche miteinander und gegeneinander, weil jeder soweit wie irgend möglich bei der Zuteilung berücksichtigt zu werden wünscht. Aber kein Betrieb vermag die Wichtigkeit seiner herzustellenden Produkte für die zu verwirklichenden Ziele zu erkennen. Er hat sich auf die ihm nächst übergeordnete Fachinstitution und die von dieser übermittelten Aufgaben zu verlassen. Jede einzelne Stelle in dieser Planungshierarchie wird also mit ihrer nächst übergeordneten und untergeordneten zusammenarbeiten, um alle sachlichen, zeitlichen, räumlichen sowie technischen Probleme bei der Planausarbeitung berücksichtigen zu können. In dieser Weise arbeiten auch alle Anspruchsbereiche im internen Plangefüge bei der Außenhandelsplanung mit. Doch ändert das nichts daran, daß die letzten Planentscheidungen die oberste Planungsinstanz als ausführendes Organ der politischen Führung zu treffen hat.

II. Das Rechnen mit Geldpreisen auf der Grundlage des güterwirtschaftlichen Plangleichgewichts.¹⁾

A. Die Funktionen der Preise.

1. Mit der dargestellten Gleichgewichtsbildung im Außenhandel auf der Grundlage von Weltmarktpreisen sind aber die geldwirtschaftlichen Probleme der Wirtschaftsrechnung einer offenen Zentralverwaltungswirtschaft noch nicht erschöpft. Ein System durchgängig natürlicher Wirtschaftsrechnung im Innern der Zentralverwaltungswirtschaft, das wurde schon im ersten Teil dieser Untersuchung beschrieben, bietet für die Lösung des Leistungsproblems und für die Anwendung betrieblicher Kontrollen von innen und außen denkbar ungünstige morphologische Voraussetzungen. Es ist daher geboten, mit Hilfe der Geldrechnung in einem solchen

1) Vgl. hierzu die Ausführungen im ersten Teil dieser Untersuchung S.31ff.

System zentraler Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses mit Staatseigentum an den Produktionsmitteln die Geschlossenheit der innerbetrieblichen Wirtschaftsrechnung zu bewirken und die Probleme der Leistungsanreize und der Leistungskontrollen zu lösen. Es muß daher dem System durchgängig natürlicher Pläne ein System geldwirtschaftlicher Pläne zugeordnet werden. Aber nur wenn es gelingt, ein System von Preisen auszuarbeiten, das die Verhältnisse der Grenznutzen der einzelnen Güter im Plangleichgewicht bei vollständig natürlicher Planung des Wirtschaftsprozesses möglichst genau widerspiegelt, kann vermittels des Geldes und der Geldrechnung die Güterverteilung erleichtert und ein System von Leistungsanreizen und Leistungskontrollen hervorgebracht werden, um die einzelbetriebliche Wirtschaftsrechnung in den Dienst der zentralen Planabsichten zu stellen. Durch die Einführung der Geldwirtschaft und die durch sie ermöglichte - rein rechnerische - Schließung der Wirtschaftsrechnung wird den Betrieben selbst ein Maßstab der Wirtschaftlichkeit in die Hand gegeben. Zum anderen erlauben aber auch beobachtete Abweichungen der effektiven Geldeinnahmen oder Geldausgaben von den geplanten Rückschlüsse darüber, ob die natürlichen Plananweisungen befolgt wurden oder nicht. Spiegeln also die Geldpreise die natürlichen gesamtwirtschaftlichen Knappheiten der Güter wider, und orientiert man sich bei der Planverwirklichung an diesen Preisen, dann orientiert man sich auch an den Grenznutzen, welche die politische Führung den wirtschaftlichen Gütern beimißt, und das allgemeine Plangleichgewicht kann erreicht werden.

2. Da das Rechnen mit Hilfe der Weltmarktpreise im internationalen Handel von Zentralverwaltungswirtschaften zwar einen ersten globalen Anhaltspunkt für die auszutauschenden Gütermengen liefert und das Bewertungsproblem auch erleichtert, die Weltmarktpreise aber nicht den Nutzen der jeweiligen Außenhandels Güter, den sie entsprechend den zu realisierenden Zielen in allen ihren Verwendungs-

möglichkeiten im Inlande zu stiften vermögen, widerspiegeln, können die Weltmarktpreise auch nicht zur Preisbildung im Inlande dienlich sein. Die Inlandspreise haben sich an den Grenznutzen, welche die politische Führung den wirtschaftlichen Gütern beimißt, und damit an den natürlichen gesamtwirtschaftlichen Knappheiten der Güter auszurichten. Wir können also davon ausgehen, daß es den Planungsinstanzen der Zentralverwaltungswirtschaft gelungen sei, ein Preissystem auszuarbeiten, in dem die Geldpreise die natürlichen gesamtwirtschaftlichen Knappheiten der wirtschaftlichen Güter widerspiegeln, in dem also die Preise den Grenznutzen, welche die politische Führung den wirtschaftlichen Gütern beimißt, entsprechen. Welche besonderen Probleme der Wirtschaftsrechnung ergeben sich hierdurch bei der Planung des Außenhandels in Zentralverwaltungswirtschaften?

B. Die zusätzlichen Aufgaben bei der Planung des Außenhandels.

Der gesamte Außenhandelsplan sowie die Betriebspläne der einzelnen Außenhandelsunternehmen haben nach unseren bisherigen Aussagen folgende Angaben in konkreten Einzelheiten zu enthalten: Exporte, Importe, Reexporte, Lohnveredlungen sowie die entsprechenden finanziellen Mittel in Valuta und in inländischer Währung, die im Internationalen Handel zu erzielen sind oder benötigt werden. Außerdem muß aus den Plänen hervorgehen, wieviele Arbeitskräfte mit unterschiedlicher Ausbildung für die vorgesehenen Aufgaben notwendig sind und in welchem Ausmaß sie aus dem Lohnfonds entlohnt werden müssen. Das Transportvolumen ist festzulegen und zudem festzustellen, welche Reisekosten, Werbekosten und andere Zirkulationskosten in Valuta bzw. in Inlandswährung bereitzustellen sind. Schließlich müssen auch noch der Bestand und die Entwicklung der nach dem zentralen Plan vorgesehenen Grundmittel (wie etwa Gebäude, Fahrzeuge, Büroausstattung) und die durch den Staatshaushalt bzw. die Zentralnotenbank zu kreditierenden

Umlaufmittel zur Finanzierung der Bestände an Handelsware, an Hilfsmaterial und der Forderungen im Wirtschaftsbereich Außenhandel ausgewiesen werden.

C. Die Verteilung der Aufgaben auf die einzelnen Teilpläne im Außenhandel.

Soll man all diese Forderungen erfüllen, dann bedarf es in den einzelnen Betriebsbereichen einer Aufspaltung der Aufgaben in mehrere Teilpläne, die wir nunmehr untersuchen wollen.¹⁾ Die wechselseitigen Bedingungsbeziehungen all dieser Teilpläne mit dem gesamten Außenhandelsplan sind dabei jedoch nicht zu vergessen.

1. Grundlage für alle Teilpläne ist der Plan der Warenbewegung, der für das einzelne Außenhandelsunternehmen konkrete Angaben über die auszutauschenden Gütermengen und deren Werte enthält.

a) Aus diesen Angaben haben die Außenhandelsunternehmen einen Ware-Lieferer-Plan bzw. einen Lieferer-Ware-Plan zusammenzustellen, die beide die Verflechtungen der operativen Organe des Außenhandels mit der Exportindustrie aufzeigen. Beide Pläne werden nach Maßgabe der vorläufigen Abstimmungsprotokolle zwischen den Außenhandelsunternehmen und den Betrieben der Exportindustrie nach Mengen und Inlandspreisen ausgearbeitet. Der Ware-Lieferer-Plan soll hiernach ausweisen, aus welchen verschiedenen Lieferbetrieben des Inlandes die gleiche Ware nach Mengen und nach inländischen Betriebspreisen zu beziehen ist und dient damit der Kontrolle über die endgültig abzuschließenden Inlandsverträge mit der Exportindustrie.

Im Lieferer-Ware-Plan ist nachzuweisen, welche Exportkontingente von den einzelnen Vereinigungen volkseigener Betriebe bzw. von der örtlichen Wirtschaft der Bezirke bereitgestellt werden müssen. Dieser Plan, der nach der Herkunft der Erzeugnisgruppen differenziert, gibt dem Ministerium für Außenhandel und innerdeutschen Handel sowie der zentralen Planstelle eine Übersicht darüber, wie die

1) Vgl. hierzu Außenhandelspraxis Teil III, a.a.O., 108 - Blatt 1-6; die Abschnitte und die Hauptkennziffern des Außenhandelsplanes in: Außenhandelspraxis, Teil IV, a.a.O. 6.1. - Blatt 1-6.3.8. - Blatt 1, Die MDN-Inlandsabrechnung der Exporte und Importe (MDN=Mark d.dt.Notenbank).

Exportauflagen zwischen dem Wirtschaftsbereich Außenhandel und den Industriegruppen abgestimmt wurden. Die Abrechnung dieses Planes im Planjahr etwa an Quartalsenden offenbart den zentralen Planungsinstanzen, in welchen Vereinigungen volkseigener Betriebe oder Bezirken die ausgelieferten Exportkontingente hinter den Planaufgaben zurückstehen, wo also die Pläne nicht erfüllt wurden, und gibt damit den zentralen Planungsbehörden sowie den Abteilungen der Zentralnotenbank wichtige Hinweise darüber, wo die Kontrollen über die Erfüllung des Planes anzusetzen haben.

b. Ein anderer Teilplan im Rahmen des Warenbewegungsplanes ist der Ware-Land-Plan. Für seine Ausarbeitung entscheidend sind die mit der Exportindustrie und den Kontingenträgern abgestimmten Export- und Importkontingente sowie die aus den handelspolitischen Direktiven und aus abgeschlossenen Handelsabkommen sich ergebenden Verpflichtungen. Aufgestellt wird dieser Ware-Land-Plan für jede Planposition, für die Summe der Planpositionen einer Erzeugnisgruppe und schließlich für den gesamten Import und Export eines Außenhandelsunternehmens nach Mengen, Inlandspreisen sowie Auslandspreisen. Zusammengefaßt für ein einzelnes Außenhandelsunternehmen oder für den gesamten Außenhandelsplan zeigen diese Teilpläne in der Summe von Import und Export das Umsatzvolumen im Außenhandel und in der Untergliederung nach Erzeugnisgruppen, Staatsplanpositionen und übrige Planpositionen die Warenstruktur der Ein- und Ausfuhr.

Die Berechnung der Auslandspreise im Internationalen Handel zwischen Zentralverwaltungswirtschaften wurde auf S. 110 ff. geschildert. Sie braucht hier nicht wiederholt zu werden. Für die Inlandspreise gelten sowohl beim Export als auch beim Import die staatlich festgesetzten Betriebspreise (Industrieabgabepreis ./ . Produktionsabgabe). Die inländischen Exportpreise entsprechen damit den Preisen, welche die inländische Industrie den Außenhandelsunternehmen berechnet. Die inländischen Importpreise sind dagegen von den Außenhandelsunternehmen der inländischen

Industrie zu Industrieabgabepreisen an den Binnenhandel abzufordern, so daß in jenen Fällen, in denen der Industrieabgabepreis mit einer Produktionsabgabe belastet ist, dieser Teil des Preises in einer Planposition des staatlichen Haushaltes gesondert erfaßt werden muß.¹⁾

Gegenstück zum Ware-Land-Plan ist der Land-Ware-Plan. In ihm faßt man die Ein- und Ausfuhrkontingente nach einzelnen Ländern zusammen. Er zeigt den zentralen Planungsbehörden die internationale Verflechtung eines Außenhandelsunternehmens sowie des gesamten Außenhandels dieser Zentralverwaltungswirtschaft mit den entsprechenden Außenhandelspartnern und verschafft ihnen somit den notwendigen Überblick über die regionale Struktur des Außenhandels. Dieser Plan, der alle schon bestehenden Verpflichtungen aus abgeschlossenen Handelsabkommen und anderen Regierungsvereinbarungen über die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit enthalten soll, bietet die wichtigste Grundlage für endgültig abzuschließende Handels-, Zahlungs- und Lieferabkommen.

2. Neben dem Reexportplan und einem Plan der Lohnveredlungen, die hier weiter nicht berücksichtigt werden müssen, ist vor allem in Ergänzung zum Warenbewegungsplan ein Transportplan durch die jeweiligen Außenhandelsunternehmen auszuarbeiten. Die für Import und Export notwendigen Transportleistungen sind sachlich, örtlich und zeitlich mit dem binnenländischen Transportmonopol, dem Ministerium für Verkehrswesen, sowie den einzelnen fachlichen und örtlichen Bereichen, der Binnen- und Seeschifffahrt, der Bahn, dem Kraft- und Flugverkehr, zu koordinieren. Die Transportpläne, die nach metrischen Tonnen aufgestellt werden sollen, zeigen, an welchen Bestimmungsort die Ein- und Ausfuhr Güter mit welchen Transportmitteln und zu welchen Zeiten zu transportieren sind. Im Internationalen Handel zwischen Zentralverwaltungswirtschaften werden infolge der vereinbarten "Allgemeinen Lieferbedingungen"

1) Die Produktionsabgabe im inländischen Exportpreis wird in den staatlichen Preisausgleich übernommen. Vgl. hierzu S. 131ff.

im Rahmen des COMECON (Lieferung frei Grenze Lieferland), die unterschiedlich belastenden Transportkosten zwischen Käufer und Verkäufer geteilt.¹⁾ Doch können auch hier Speditions- und Umschlagskosten sowie Kosten für Lagerung und Bunkerung entstehen, die entsprechend berechnet werden müssen. Bei der Preisplanung im Inlande sind die durch den Transport der Außenhandels Güter im Inlande entstehenden Kosten dagegen voll zu berücksichtigen, weil diese Kosten vom Außenhandel dem staatlichen Transportmonopol zu den staatlich festgesetzten Preisen zu erstatten sind. Die Planung der Warennebenkosten sowohl auf der Valutaseite (Plan der kommerziellen Dienstleistungen) als auch auf der Seite der Inlandswährung (Warennebenkosten als Bestandteil des Ware-Land-Planes) ist somit auch für die Ausarbeitung des Transportplanes wesentlich, obwohl das in erster Linie infolge unterschiedlich vereinbarter Liefer-, Zahlungs- und Transportbedingungen den Handel mit den westlichen Ländern betrifft.

3. Die einzelnen Außenhandelsunternehmen haben darum auch einen Valutaplan auszuarbeiten²⁾, in dem die auf der Grundlage von Weltmarktpreisen in Verrechnungsrubeln ausgehandelten Import- und Exportkontingente auf die Inlandswährung der Zentralverwaltungswirtschaft umgerechnet werden. Diese Umrechnung geschieht in gleicher Weise wie die der zu Weltmarktpreisen ausgehandelten Kontingente in Verrechnungsrubel.³⁾ Auch hier ist der Verrechnungsrubel in eine bestimmte rechnerische Relation zur Inlandswährung gestellt und mit dieser Rechenoperation werden die auf der Grundlage von Weltmarktpreisen ausgehandelten Importkontingente wie auch Exportkontingente versehen. An den auszutauschenden Gütermengen ändert sich durch die willkürlich festgesetzten Währungsrelationen nichts. Der

1) S. 8. 131 f. dieser Untersuchung.

2) Über die Planung der Valuta im Außenhandel und der sonstigen Zahlungen, die nicht direkt mit dem Außenhandel verbunden sind, vgl. auch Hercher, K.: Der Zahlungsverkehr der "DDR" mit dem Ausland, Berlin (Ost), 1958, S. 92 ff..

3) Vgl. S. 112 dieser Arbeit.

Valutaplan ist von den Außenhandelsunternehmen nach einzelnen Ländern zu untergliedern, so daß alle jene Länder, mit denen die Zentralverwaltungswirtschaft bilaterale Verrechnungsabkommen unterhält (und das sind in erster Linie die übrigen Zentralverwaltungswirtschaften), im Valutaplan einzeln erscheinen.¹⁾ Wesentliche Grundlage für die Valutaplanung sind der Warenbewegungsplan sowie der Transportplan, während die Zusammenfassung der Valutapläne wichtige Einsichten in die Zahlungsbilanz der Zentralverwaltungswirtschaft gewährt. Im Plananteil Warenbewegung des Valutaplanes muß nach Valutaaufkommens- und -bedarfsplan unterschieden werden.

Der Valutaaufkommensplan enthält die in Inlandswährung umgerechneten Erlöse aus Exporten, Reexporten und aktiven Lohnveredlungen, und zwar auf Lieferbasis frei Grenze dieser Zentralverwaltungswirtschaft. Exporterlöse, die infolge von Transportleistungen oder anderer Dienstleistungen außerhalb der Grenzen dieser Zentralverwaltungswirtschaft anfallen, werden gesondert als Einnahmen im Dienstleistungsplan verbucht. Durch Einbeziehung von Forderungen am Jahresbeginn, zu den jeweiligen Quartalsendterminen und am Jahresschluß ergibt sich aus dem Land-Ware-Plan bei entsprechender Berücksichtigung der Reexporte und der aktiven Lohnveredlungen die Planposition Valutaaufkommen mit dem jeweiligen Außenhandelspartner.

In gleicher Weise ist der Valutabedarfsplan für Importe, für den Devisenaufwand für Reexporte sowie für passive Lohnveredlungen auszuarbeiten. Auch müssen die Verbindlichkeiten am Beginn, zu den entsprechenden Quartalsterminen und am Ende der Planperiode sowie Anzahlungen für später einzuführende Güter und Dienstleistungen im Valutabedarfsplan gesondert ausgewiesen werden. Dienstleistungen und Transporte für Einfuhren bis zur Grenze der Zentralverwaltungswirtschaft sind nicht im Plananteil Warenbewegung, sondern ebenfalls im Dienstleistungsplan zu erfassen.

1) Der über freie konvertible Devisen abgewickelte Internationale Handel erscheint im Valutaplan als Sonderposten "Währungsgebiet freie Devisen". Dieser Plananteil betrifft im wesentlichen nur den Handel mit den westlichen Industrienationen und im Handel mit Zentralverwaltungswirtschaften nur jenen Teil der Planver-

4. Dienstleistungen werden also ebenso wie Warenbewegungen für Aufkommen und Bedarf geplant. Darüber hinaus werden aber die Dienstleistungen noch nach kommerziellen und nichtkommerziellen unterteilt. Die kommerziellen Dienstleistungen stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Warenbewegung und sind den einzelnen Importen oder Exporten direkt zuzurechnen. Hierzu gehören etwa Aufwendungen und Erlöse für Frachten, Vertreterprovisionen, Montagen und Abnahmegebühren, Speditions- und Umschlagkosten sowie Kosten für die Lagerhaltung. Die nichtkommerziellen Dienstleistungen stehen in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit den einzelnen Ein- und Ausfuhren. Zu ihnen zählt man Reisekosten, Kosten für Messen und Ausstellungen, Inserate, Spesen, Werbekosten, Maklerprovisionen und vor allem auch die Kosten für die Handelsvertretungen im Ausland. Da die Aufwendungen und Erträge dieser Dienstleistungen in keinem unmittelbaren Bedingungsverhältnis mit den einzelnen Import- und Exportgütermengen stehen, erfolgt ihre Planung, soweit das möglich ist, im Rahmen des Regiekostenplanes.¹⁾

5. Die Pläne der Arbeitskräfte und der Investitionen unterscheiden sich im Wirtschaftsbereich Außenhandel nicht von den übrigen Branchen der Volkswirtschaft. Der Arbeitskräfteplan ist in den einzelnen Außenhandelsunternehmen nach Maßgabe der durch das Ministerium für Außenhandel und innerdeutschen Handel erteilten Direktiven, für die Gesamtzahl der Beschäftigten und für den Lohnfonds auszuarbeiten. Der Lohnfonds im Arbeitskräfteplan muß also mit der Lohnsumme im Regiekostenplan zusammenfallen.²⁾ Der Investitionsplan wird in einen Plan zur Erhaltung der Grundmittel (Generalreparaturen und Ersatzinvestitionen) und einen Plan für Neuinvestitionen unterteilt. Hier ist vor allem gemäß den Richtlinien des Finanzministeriums und der

wirklichung, in dem Rückstände oder Forderungen aus Vorjahresplänen natural nicht beseitigt werden können.

1) Die nichtkommerziellen Dienstleistungen werden also im Rahmen der Finanzplanung nach der DM-Seite nicht in die Plankalkulation zur Berechnung der Preisausgleiche einbezogen. Vgl. S.129 dieser Arbeit.

2) Vgl. S.129.

staatlichen Investitionsbank auf eine genaue Trennung von Instandhaltungskosten, die aus dem Regiekostenplan finanziert werden, und solchen Aufwendungen zu achten, die aus dem Investitionsfonds gespeist werden.

6. Im Finanzplan schließlich werden alle bisher genannten Faktoren aus den Teilplänen nach ihrem Werte zu inländischen Festpreisen zusammengestellt.

a) Der Finanzplan ist also das Spiegelbild in inländischen Festpreisen zum Valutaplan. In einer Bilanz der Einnahmen und Ausgaben zeigen sich die vom Staatshaushalt dem Wirtschaftsbereich Außenhandel zugeführten und abgeschöpften Beträge, die sich aus der Produktionsabgabe beim Import aus den Regiekosten, den Amortisationen und Investitionsmitteln sowie vor allem aus den von den inländischen Festpreisen sich unterscheidenden in Inlandswährung umgerechneten Valutagegenwerten des Außenhandels ergeben. Da im Wirtschaftsbereich Außenhandel keine Handelsspannen und keine Gewinne eingeplant werden, ist auch in diesem Bereich auf Grund des Planes kein Betriebsergebnis einzuplanen. Alle nach dem Plan ausgewiesenen Überschüsse sind an den Staatshaushalt abzuführen und alle nach dem Plan ausgewiesenen Aufwendungen durch den Staatshaushalt bereitzustellen.

b) In einem besonderen Finanzierungsplan ist schließlich aufzuschlüsseln, welche Kosten dem einzelnen Außenhandelsunternehmen infolge der für eine planmäßige Warenbewegung notwendigen Lagerbestände an Handelswaren und Hilfsmaterialien entstehen, welche Eigenmittel aus diesem Grunde dem Außenhandelsunternehmen vom Staatshaushalt zur Verfügung gestellt werden müssen und in welcher Höhe die Lagerbestände durch die Zentralnotenbank zu kreditieren sind. Die indirekten Zirkulationskosten werden dagegen - wie schon erwähnt - unterteilt nach einzelnen Kostenarten im Regiekostenplan erfaßt. Hierzu gehören vor allem die Lohnkosten des Außenhandelsunternehmens, die Kosten für Werbung, Messen und Ausstellungen sowie die Reisekosten

innerhalb und außerhalb der Zentralverwaltungswirtschaft.¹⁾

c. Im Richtsatzplan endlich ist der inländische Kreditbedarf für den Außenhandel nach Maßgabe des Export- und Importplanes sowie nach den für einzelne Länder und Waren unterschiedlichen Lieferterminen festzustellen.²⁾

7. Damit erlaubt der Finanzplan Einsicht in die betriebliche Rentabilität des einzelnen Außenhandelsunternehmens, zeigt die finanziellen Verflechtungen zwischen dem Außenhandelsunternehmen, dem Staatshaushalt und der Zentralnotenbank und organisiert zusätzlich zu den schon im Inlande bestehenden Kontrollen über die einzelnen Betriebe eine Kontrolle infolge der Kontrollen über den Außenhandel³⁾. Auf Grund der güterwirtschaftlichen Pläne, der Terminpläne und der Finanzpläne werden geplante Kredite in ihrer vorgesehenen Höhe und zum vorgesehenen Zeitpunkt vom einzelnen Außenhandelsunternehmen nur dann beansprucht und die Rückzahlung dieser Kredite kann durch das einzelne Außenhandelsunternehmen nur dann erfolgen, wenn die güterwirtschaftlichen Pläne auch tatsächlich verwirklicht wurden. Das aber hängt entscheidend nicht nur vom einzelnen Außenhandelsunternehmen, sondern vor allem auch von der genauen Planerfüllung der inländischen Betriebe ab. Besitzt die zuständige Filiale des staatlichen Bankensystems Zweitschriften des Finanzierungs- und Kreditplanes des einzelnen Außenhandelsunternehmens, so vermag sie den tatsächlichen Kontenstand mit dem geplanten zu vergleichen und Abweichungen vom Plansoll zu kontrollieren.

Infolge der nach dem Plan vorgesehenen Zuschüsse oder Abgaben aus dem Staatshaushalt für das einzelne Außenhandelsunternehmen ist es den Organen der staatlichen Abgabenverwaltung ebenfalls möglich, eine geldwirtschaftliche Kontrolle über die einzelne Außenhandelsunternehmung zu

1) S. hierzu auch Hercher, K.: Der Zahlungsverkehr ..., a.a.O. S.97ff..

2) Über die Kreditbeziehungen der Außenhandelsunternehmen mit der Zentralnotenbank vgl. insbesondere Hercher, K.: Der Zahlungsverkehr ..., a.a.O., S.77ff..

3) Vgl. Ebenda, S.100f..

bewirken. Wurden die Pläne in dem Außenhandelsunternehmen nicht sachgerecht und rechtzeitig erfüllt, dann wird die Abgabenverwaltung die zuständige Kontrollinstanz über den vorliegenden Sachverhalt verständigen und eine Untersuchung über die tatsächlichen güterwirtschaftlichen Hergänge sowohl für das einzelne Außenhandelsunternehmen als auch für die entsprechenden inländischen Bedarfs- und Kontingenträger auslösen.

Da aber die staatliche Abgabenverwaltung ebenso die Tätigkeit und die Kontrollaufgaben des staatlichen Bankensystems überwacht, wird hier eine gegenseitige Kontrolle der Kontrollen organisiert. Die geldwirtschaftlichen Probleme zur Lösung des Leistungsproblems in einer offenen Zentralverwaltungswirtschaft unterscheiden sich also keineswegs von denen, die mit Hilfe der Geldrechnung in der Phase der Planverwirklichung in einer geschlossenen Zentralverwaltungswirtschaft zu lösen sind.¹⁾ Die Wirtschaftsrechnung der Außenhandelsunternehmen wird durch die Anwendung von inländischen Planpreisen - rein rechnerisch - geschlossen und Abweichungen vom Plansoll sind zu kontrollieren.

Wie aber lassen sich die aus dem internationalen Warenaustausch resultierenden Zahlungen mit der binnenländischen Finanzplanung abstimmen?

III. Die Funktionen des Preisausgleichs.

1. Wenn die politische Führung der Zentralverwaltungswirtschaft den binnenländischen Wirtschaftsprozess allein nach ihren zentralen Wünschen und Planabsichten auszurichten gedenkt, dann hat sie zu gewährleisten, daß jedwede Auslandseinflüsse auf die Planung und Lenkung des binnenländischen Produktionsprozesses ausgeschaltet werden. Binnenländische Festpreise, die infolge der Bewertung aller wirtschaftlichen Güter durch die politische Führung der Zentralverwaltungswirtschaft die naturalen gesamtwirt-

1) Vgl. S.31ff dieser Untersuchung.

schaftlichen Knappheiten der Güter und die Kosten des Grenzbetriebes widerspiegeln sollen, können und dürfen nicht von Preisen beeinflusst oder gar ersetzt werden, die sich auf Grund einzelwirtschaftlicher Rentabilitätsberechnungen auf den Weltmärkten bilden. Einziges ökonomisch sinnvolles Mittel ist damit die vollständige Trennung des binnenländischen Wirtschaftsprozesses von ausländischen Märkten und damit das strenge Abschirmen der Preisbildung und des Zahlungsverkehrs im Inlande von ausländischen Preis- und Zahlungsbedingungen.

Diese Isolierung der Binnenwirtschaft von Auslandseinflüssen bewirken in Zentralverwaltungswirtschaften die zentralen Außenhandels- und Valutamonopole.¹⁾ Auf der Grundlage der zentralen Plananweisungen und der bilateral ausgehandelten Waren-, Zahlungs- und Lieferabkommen übernehmen diese Monopole die Exportgüter zu Inlandsfestpreisen und liefern sie an ihre Außenhandelspartner zu Preisen, die sich an den Weltmarktpreisen ausrichten. Umgekehrt erhalten sie die Importwaren von den ausländischen Exporteuren auf der Basis von Weltmarktpreisen und reichen sie den inländischen Betrieben zu Inlandsfestpreisen aus. Die preispolitische Autonomie der Führungszentrale ist also auf das Inland beschränkt. Im zwischenstaatlichen Handel hat sie innerhalb enger Bandbreiten die auf den Märkten der westlichen Industrienationen sich bildenden Preise als Daten hinzunehmen. Die Planung der Warenbewegung und des binnenländischen Finanzbedarfes kann sie nach ihren

1) Über die Stellung und die Funktionen des Außenhandels- und Valutamonopols in der Wirtschaftsverwaltung Mitteldeutschlands vgl. Gesetz über den Außenhandel der "DDR" v. 22.1.1958, GBl. Teil I, S.69ff.; Das Valutamonopol des sozialistischen Staates der "DDR", in: Außenhandelspraxis Teil IV, a.a.O., 1.1. - Blatt 1 - 1.5. - Blatt 2; Hercher, K.: Der Zahlungsverkehr der "DDR" mit dem Ausland, a.a.O., S.9-32; Tiedtke, H.: Der Außenhandel der "DDR", a.a.O., S.32ff.; Spiller, H.: Valutamonopol und internationale Finanzbeziehungen, Berlin (Ost) 1963, S.20ff.; Förster, W.: Das Außenhandelssystem der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, hrsgg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1957, S.13ff.,

eigenen handelspolitischen Absichten vornehmen, die Planung des Valutabedarfes indessen nicht. Hier hat sie sich nach den Wünschen und Plänen ihrer Außenhandelspartner, nach den Weltmarktpreisen und ihren Änderungen auszurichten. Da also die inländischen Festpreise völlig anderen Bewertungsmaßstäben unterliegen als die im zwischenstaatlichen Handel angewandten Preise, müssen sich beide notgedrungen unterscheiden.

Zum Zwecke einer exakten Wirtschaftsrechnung sind somit die einzelnen Außenhandelsunternehmen gezwungen, ihre Ein- und Ausfuhrwerte einmal nach inländischen Planpreisen, und zum andern nach Valutagegenwerten, die auf der Grundlage von Weltmarktpreisen in Inlandswährung umgerechnet wurden, zu verbuchen. Alle Differenzen zwischen diesen "inneren" und "äußeren" Preisen sind, sofern die zentralen Plananweisungen befolgt wurden, nicht von den einzelnen Außenhandelsunternehmen, sondern vom Staate als Subjekt der Außenhandelsplanung verschuldet. Aus diesem Grunde ist in die Abrechnung des Außenhandels der Staatshaushalt einzuschalten, der durch die bestehenden Differenzen zwischen "inneren" und "äußeren" Preisen entweder be- oder entlastet wird.

2. Da im Ware-Land-Plan des einzelnen Außenhandelsunternehmens der Außenhandelsumsatz nach Ländern und nach Warenpositionen zu untergliedern ist, vermag das einzelne Außenhandelsunternehmen auf der Grundlage dieses Planes die Auslandspreise den Inlandspreisen für jede Planposition gegenüberzustellen und damit den Preisausgleich für jede Planposition unterteilt nach Ländern zu ermitteln, und zwar unter Berücksichtigung der Warennebenkosten. Nehmen wir also an, der auf der Basis der Weltmarktpreise ermittelte Preis in Inlandswährung für 5000 cbm Holz betrage 300 000 DM Ost, der inländische Festpreis dagegen 250 000 DM und die Warennebenkosten 20 000 DM. Für den Staatshaushalt ergibt das einen positiven Preisausgleich von + 30 000 DM Ost. Sind umgekehrt für den Valutagegenwert

von 5000 t Eisen 250 000 DM Ost einzusetzen, der Inlandspreis betrage 300 000 DM und die Warennebenkosten beliefen sich ebenfalls auf 20 000 DM, dann wäre diesem Außenhandelsunternehmen der Fehlbetrag in Höhe des Preisausgleichs von 70 000 DM Ost durch den Staatshaushalt gutzuschreiben. Praktisch wirkt sich das so aus, daß für verschiedene Planpositionen auf der Grundlage der zentralen Pläne innerhalb der einzelnen Außenhandelsunternehmen positive und negative Preisausgleiche entstehen, die gegeneinander aufgerechnet werden können. Lediglich der Saldo aller Preisausgleichszahlungen aller Außenhandelsunternehmen wird also in den Staatshaushalt übernommen.

Um nun aber zu verhindern, daß infolge der Aufrechnung einzelner Planpositionen Preisausgleiche vom Staate zu übernehmen sind, die auf Grund ungenügend exakter Planung oder nicht sachgerechter sowie rechtzeitiger Planerfüllung von den Außenhandelsunternehmen oder der inländischen Industrie verursacht wurden, haben die einzelnen Außenhandelsunternehmen noch einen Plan der Preisausgleichskennziffern für jede einzelne Planposition auszuarbeiten. In dieser Kennziffer wird der nach dem Plan voraussichtlich anfallende Preisausgleich auf 1000 DM Ost Inlandspreis bezogen, so daß die verschiedenen Waren unabhängig vom absoluten Preis hinsichtlich des Verhältnisses vom Inlandspreis zum Auslandspreis vergleichbar werden.¹⁾ Aus dem Vergleich der Soll- und der Istkennziffern der einzelnen Planpositionen bei den einzelnen Außenhandelsunternehmen lassen sich wichtige Rückschlüsse auf die Planerfüllung im Außenhandel ziehen und die Kontrollen im Außenhandel verstärken.

1) So in dem erwähnten Beispiel:

	Valuta= gegenwert	Inlands= preis	direkte Geschäfts= kosten	Preis= aus= gleich	Preisaus= gleichskenn= ziffer pro 1000 DM Ost Inlandspreis
Holz	300 000	250 000	20 000	+ 30 000	+ 120*
Eisen	250 000	300 000	20 000	- 70 000	- 233**
* + 30 000 : 250			** - 70 000 : 300		

3. Auf der Grundlage bilateral ausgehandelter Waren-, Zahlungs- und Lieferabkommen der Zentralverwaltungswirtschaften nach Maßgabe der zentralen Pläne, unter der Voraussetzung also, daß sich Importe und Exporte, berechnet zu Weltmarktpreisen, insgesamt ausgleichen und inländische Planpreise sowie Weltmarktpreise während der künftigen Planperiode unverändert bleiben - im Handel zwischen Zentralverwaltungswirtschaften theoretisch durchaus berechnete Annahmen -, hängt die Höhe der erforderlichen Preisausgleichszahlungen insgesamt vor allem von der Warenstruktur des Außenhandels, von der Festsetzung des Wechselkurses und von den binnenländischen Festpreisen ab. Nach dem bisher Gesagten ist es zwar unmöglich, durch eine entsprechende Wechselkursfestsetzung Preisausgleichszahlungen überflüssig zu machen, doch kann durch eine Veränderung des Wechselkurses die Belastung des Staatshaushaltes durch Preisausgleichszahlungen eingeschränkt werden.¹⁾ In diesem Falle würde die Änderung des Wechselkurses aber lediglich die Preisausgleichszahlungen der verschiedenen Außenhandelsunternehmen verändern. Die ökonomische Ursache der Preisausgleichszahlungen indes, die Unterschiede von inländischen Planpreisen und auf der Basis von Weltmarktpreisen errechneten Inlandspreisen, blieb davon völlig unberührt. Zwar wäre es denkbar, daß der Wechselkurs die binnenländische Preisbildung beeinflussen würde, dann nämlich, wenn man sich in der Zentralverwaltungswirtschaft bei der inländischen Planpreisbildung an den auf der Basis der Weltmarktpreise errechneten Valutagegenwerten orientierte.²⁾ Ein solches Vorgehen würde jedoch die Autonomie

1) Vgl. hierzu Klinkmüller, E.: Die gegenwärtige Außenhandelsverflechtung der SBZD, a.a.O., S.43ff.; Klinkmüller, E. und Ruban, M.E.: Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Ostblockstaaten, Osteuropa Institut an der FU Berlin, wirtschaftswiss. Veröff., Bd.12, Berlin 1960, S.98ff..

2) Solche Ansichten, einen sinnvollen wirtschaftlichen Zusammenhang zwischen den binnenländischen Planpreisen und den Weltmarktpreisen aufrechtzuerhalten, wurden in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur Mitteldeutschlands schon mehrfach erörtert. Es kann jedoch angenommen werden, daß im zentralen Planungskonzept bei der Festsetzung der Planpreise die internationale Verflechtung der Sowjetisch besetzten Zone Deutschlands nicht angemessen berücksichtigt wurde. Dafür spricht schon die Höhe der negativen Preisausgleichszahlungen. Vgl. Klinkmüller, E.: Die gegenwärtige Außenhandelsver-

der politischen Führung der Zentralverwaltungswirtschaft bei der Festsetzung der Inlandspreise einschränken und damit einen Teilverzicht auf die Ausrichtung des binnenländischen Wirtschaftsprozesses nach ihren alleinigen Wünschen und Begehren bedeuten.

Soweit der Saldo aller Preisausgleichszahlungen infolge der Unterschiede zwischen "äußeren" und "inneren" Preisen den Staatshaushalt lediglich in binnenländischen Preisausgleichen be- oder entlastet, lassen sich solche Beträge durch einfache Umbuchungen in den binnenländischen Plänen der Geldeinnahmen und Geldausgaben ohne größere Schäden kompensieren. Das geht jedoch nicht, wenn infolge unzureichender Planung oder nicht sachgerechter oder rechtzeitiger Planerfüllung der Valutaplan nicht ausgeglichen werden kann und damit, ausgedrückt in Verrechnungseinheiten, Devisen fehlen. Um derartige Fehler korrigieren zu können, müssen entweder die Importe eingeschränkt oder die Exporte erhöht werden.

Wollte man allerdings nach der Herbeiführung des allgemeinen Plangleichgewichtes die Mengen der Außenhandelsgüter sinnvoll verändern, dann wäre eine neue Außenhandelsplanung erforderlich, die sich infolge der Interdependenz aller Pläne auch auf die Inlandsplanung auswirkte. Sollte

verflechtung der Sowjetisch besetzten Zone Deutschlands, a.a.O., S.42-46 u. S.100-102 und als Beispiel für die wirtschaftswissenschaftliche Diskussion in Mitteldeutschland, die binnenländische Planpreisbildung an den Weltmarktpreisen auszurichten, Baum, H.: Zur Gestaltung der Textilrohstoffpreise in der "DDR", in: Wirtschaftswissenschaft, Nr.6/1956, S.814: "Die in DM umgerechneten Importpreise drücken darüber hinaus auf jeden Fall die unmittelbaren Kosten in DM aus, die dem Staat bei der Beschaffung von Baumwolle entstehen. Diese Kosten sind vom Staat bzw. von den staatlichen Außenhandelsorganen nur in begrenztem Umfang zu beeinflussen. Insofern in diesen Kosten nicht durch Mängel in der Arbeit der Außenhandelsorgane der DDR entstandene höhere Kosten enthalten sind, scheint es richtig zu sein, sie sinngemäß als gesellschaftlich notwendige Kosten zu bezeichnen und sie zum Ausgangspunkt aller weiteren preispolitischen Überlegungen bei der Gestaltung der Rohstoffpreise für Baumwolle zu machen."

dies bei bereits laufender Planung, also innerhalb der Planperiode, geschehen, dann wäre zu befürchten, daß die zentrale Planung und Lenkung des binnenländischen Wirtschaftsprozesses in ein heilloses Durcheinander geriete. Es empfiehlt sich darum, solche Veränderungen schon bei der Planaufstellung zu berücksichtigen und im Risikopuffer schon bei den anfänglichen Außenhandelsüberlegungen einzukalkulieren.¹⁾ Dies am besten derart, daß über den voraussichtlichen Ausgleich der Grenznutzen der Ein- und Ausfuhrgüter hinaus zusätzlich Exporte für eine Ausweitung des Internationalen Handels bereitgestellt werden. Sollte sich die tatsächliche Entwicklung im Außenhandel schließlich günstiger erweisen, als dies vorauszusehen war, dann vermag der Risikopuffer in der folgenden Planperiode die Außenhandelsplanung elastischer zu gestalten.

4. Das gilt jedoch nur für den Fall, daß für dieses Gut in den zentralen Plänen der verschiedenen Zentralverwaltungswirtschaften, mit denen unsere Zentralverwaltungswirtschaft international Güter tauscht, auch effektiv ein Fehlbedarf besteht. Bei den aufeinander abgestimmten Waren-, Zahlungs- und Lieferbedingungen wäre es irrig anzunehmen, daß ein Nichtliefern eines Gutes durch das Mehrliefern irgendeines anderen Gutes kompensiert werden könnte. Auf Grund der unterschiedlichen Ziele, welche die politischen Führungen in den einzelnen Zentralverwaltungswirtschaften verfolgen, dienen die einzelnen wirtschaftlichen Güter ganz verschiedenen außerwirtschaftlichen Zwecken. Die Mehrererfüllung eines Liefersolls irgendeiner Planposition erweist sich damit als ziemlich ungeeignet, um nicht sachgerechte oder rechtzeitige Planerfüllungen bei anderen Güterarten im Internationalen Handel von Zentralverwaltungswirtschaften ausgleichen zu können; es sei denn, es handele sich praktisch um Substitutionsgüter. Die Möglichkeiten, Fehler in der Phase der Planverwirklichung zu korrigieren, sind damit im Handel zwischen Zentralverwaltungswirtschaften eng begrenzt.

1) S. Boßdorf, E.: Internationaler Handel und Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S.32f.

5. Der Planausgleich muß darum in den meisten Fällen auf die nächste Planperiode verschoben werden, was eine gegenseitige Kreditierung bedeutet. Um nun den Umfang der gegenseitigen Forderungen und Verbindlichkeiten nicht ins Uferlose wachsen zu lassen, um auf pünktliche und sachgerechte Erfüllung der Lieferverträge hinzuwirken und um eine von Auslandsabhängigkeiten möglichst ungestörte Planerfüllung im Innern der Zentralverwaltungswirtschaft zu gewährleisten, vereinbaren die Zentralverwaltungswirtschaften in ihren gegenseitigen Waren-, Zahlungs- und Lieferabkommen eng begrenzte Swings, die, wenn sie überschritten werden, in dieser Höhe in konvertierbarer Währung oder in Gold zu begleichen sind.¹⁾ Der Handel mit den westlichen Industrienationen erweist sich damit vor allem für die Planerfüllung besonders wichtig. Daß hierbei auf Grund der unterschiedlichen Elastizitäten von Angebot und Nachfrage und der hohen Dringlichkeit der zusätzlichen Importgüter für die zentralen Pläne für die überschüssigen Exportgüter auf den westlichen Hauptmärkten andere Preise erzielt werden, als dies im Internationalen Handel zwischen Zentralverwaltungswirtschaften der Fall ist, scheint infolge der unterschiedlichen Preisbildungsformen in beiden Systemen verständlich.²⁾

6. Der Preisausgleich über den Staatshaushalt erfüllt nach unserer bisherigen Darstellung demnach vor allem folgende Funktionen: Erstens soll durch ihn die Preisbildung im Inland von der Preisentwicklung im Ausland vollständig getrennt werden, was zweitens die politische Führung der Zentralverwaltungswirtschaft zu preispolitischer Autonomie im Inlande befähigt und es ihr ermöglicht, den binnenländischen Wirtschaftsprozess allein nach ihren zentralen Planabsichten auszurichten. Das sind auch nach den Ausführungen von Klinkmüller die hauptsächlichen Aufgaben, die der Preisausgleich in einer Zentralverwaltungswirt-

1) S.Hercher, K.: Der Zahlungsverkehr der "DDR" mit dem Ausland, a.a.O., S.43 u. 99.

2) Vgl. hierzu S.140 im zweiten und S.198ff im dritten Teil dieser Arbeit.

schaft zu lösen hat.¹⁾

Zugleich aber sei der Preisausgleich über den Staatshaushalt sowohl hinsichtlich seiner Finanzierung als auch bezogen auf seine handelspolitische Wirkung eine Exportsubvention.²⁾ Zwar trifft es zu, daß die Differenzen zwischen "äußeren" und "inneren" Preisen in einer Zentralverwaltungswirtschaft durch den Staatshaushalt finanziert werden. Aber zu welchem Zweck? Doch offenbar nicht, um der inländischen Exportindustrie Einkommen zu garantieren, weil sie auf den Weltmärkten nicht konkurrenzfähig sind. Dann müßten wohl auch die Planverluste auf Grund der zentralen Plananweisungen, die den mit Exporten beauftragten Firmen im Inlande entstehen, als Exportsubventionen angesehen werden.

Die Preisfestsetzung im Inlande richtet sich jedoch allein - jedenfalls im theoretischen Modell - danach, wie die wirtschaftlichen Güter, die der Realisierung der Ziele der politischen Führung der Zentralverwaltungswirtschaft dienen, von dieser bewertet werden. Diese Bewertung ist somit entscheidend für die Aufgaben und auch die handelspolitischen Aufgaben derer, die an der Erfüllung der zentralen Plananweisungen beteiligt sind. Sie ist damit auch alleinige Ursache für das Entstehen unterschiedlicher Preisniveaus. Und der Preisausgleich dient somit lediglich dem Zweck, schädigende Auslandseinflüsse von der zentralen Planung und Lenkung des binnenländischen Wirtschaftsprozesses fernzuhalten.

Warum sollte denn die politische Führung Exportgüter geringer bewerten, als das ihrer Wichtigkeit in anderen binnenländischen Verwendungsrichtungen entspräche? Da der zwischenstaatliche Handel sich an den Weltmarktpreisen ausrichtet, würden die DM-Gegenwerte der Exportgüter ohnehin nicht betroffen. Von einer Exportsubvention, die den Zwecken einer Exportförderung dienen soll, könnte aber doch nur dann gesprochen werden, wenn die im zwischen-

1) Klinkmüller, E.: Die gegenwärtige Außenhandelsverflechtung der Sowjetisch besetzten Zone Deutschlands, a.a.O., S.44.

2) Ebenda S.44.

staatlichen Handel effektiv gültigen Preise, nämlich die Weltmarktpreise, davon berührt würden. Warum sollte aber im Handel zwischen Zentralverwaltungswirtschaften die eine ihre Exportgüter billiger verkaufen als ihr das nach der Dokumentation von Weltmarktpreisen möglich wäre? Eher ist doch das Gegenteil wahrscheinlich.

Denkbar ist jedoch der Fall, daß für Zwecke eines dringlichen Planausgleiches Exportgüter des Risikopuffers auf den Weltmärkten abgesetzt werden müssen, um die erforderlichen Devisen in konvertierbarer Währung zu erzielen. Hier vermag die Dringlichkeit der Devisennachfrage und die Höhe der Verschuldungen die zentrale Planungsbehörde dazu zu verleiten, jene zusätzlichen Exportgüter, die vom Gläubigerland nicht gewünscht werden, in großen Mengen und in kürzester Zeit auf den westlichen Hauptmärkten anzubieten. Stehen dem von westlicher Seite keine Einfuhrschutzbestimmungen gegenüber, so ist es sehr wohl denkbar, daß dieses sachlich und zeitlich konzentrierte Angebot an Exportgütern einen erheblichen Druck auf die Preise auf den westlichen Hauptmärkten ausübt und nur zu wesentlich geringeren Preisen abgesetzt werden kann. Die Notwendigkeit zu solchen Preisvereinbarungen und die hohe Dringlichkeit von Exporterlösen spricht m.E. aber auch hier dagegen, dies als Exportsubvention zu bezeichnen. Zwar ist es möglich, daß durch eine solche Preispolitik das Außenhandelsmonopol der Zentralverwaltungswirtschaft sich als erheblicher Störfried auf den westlichen Hauptmärkten erweist¹⁾, den Vorteil kostengünstigen Einkaufs genießen i.a. jedoch die westlichen Importeure.

1) Vgl. hierzu die Ausführungen von Röpke, W., über den Caesaro-Ökonomismus und die Paradoxie des Sozialismus in: Internationale Ordnung - heute, Erlenbach-Zürich, Stuttgart 1954, S.136ff. und insbesondere vom gleichen Verf., Außenhandel im Dienst der Politik. Bemerkungen eines Nationalökonomten zum Handel mit dem kommunistischen Imperium, in: Ordo, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd.8, Düsseldorf und München 1956, S.45ff..

IV. Gründe für die mangelnde Geschlossenheit der betrieblichen Wirtschaftsrechnung und das Fehlen eines allseitigen wirtschaftlichen Rechnungszusammenhanges.¹⁾

Die Ausführungen über die Preisbildung im Außenhandel haben uns gezeigt, daß es mit Hilfe des Preisausgleichs möglich ist, die betriebliche Wirtschaftsrechnung der Außenhandelsunternehmen derjenigen der Betriebe im Innern der Zentralverwaltungswirtschaft anzupassen. Dem System durchgängig naturaler Pläne kann ein System von binnenländischen Festpreisen zugeordnet werden, das die Verhältnisse der Grenznutzen der einzelnen Güter im Plangleichgewicht bei vollständig naturaler Planung des Wirtschaftsprozesses möglichst genau widerspiegelt. Vermittels des Geldes und der Geldrechnung vermag man eine verbesserte Lösung des Leistungsproblems zu bewirken und die einzelbetriebliche Wirtschaftsrechnung in den Dienst der zentralen Planabsichten zu stellen.

Daran ändert sich auch nichts durch das Rechnen mit "inneren" und "äußeren" Preisen im Außenhandel. Plangewinne und Planverluste entstehen auf Grund der zentralen naturalen Anweisungen, der binnenländischen Planpreise und der "eingepflanzten" Weltmarktpreise und sind Bestandteil des Warenbewegungsplanes, des Valutaplanes sowie des Finanzplanes. Über die effektive Leistung des einzelnen Außenhandelsunternehmens oder des Wirtschaftszweiges Außenhandel vermag der so erforderliche Preisausgleich nichts auszusagen.

Diese Leistung ist erst aus einer Gegenüberstellung des Plan-Solls mit dem Plan-Ist und aus möglichen Überplangewinnen oder Überplanverlusten ersichtlich. Abweichungen vom Plan-Soll können damit als Maßstab für entsprechende materielle Leistungsanreize dienen. Freilich wäre hierbei im Wirtschaftsbereich Außenhandel von Fall zu Fall zu prüfen,

1) Vgl. hierzu auch die Ausführungen von Hensel, K. Paul, über die Probleme der Wirtschaftsrechnung bei der Planverwirklichung, in: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S.165ff.

ob die Planabweichungen in der Phase der Planverwirklichung durch mangelnde Planerfüllung der binnenländischen Industrie oder von den Außenhandelsunternehmen zu vertreten sind. Mit Hilfe der Geldrechnung wird also den Betrieben und Außenhandelsunternehmen selbst ein Maßstab der Wirtschaftlichkeit in die Hand gegeben. Durch sie ist es möglich, die Bedingungen der Wirtschaftsrechnung so in den Dienst der zentralen Planabsichten zu stellen, daß die an der Planverwirklichung beteiligten Betriebe und Personen zum sparsamen Wirtschaften und an der Vermeidung von Unwirtschaftlichkeiten interessiert werden.

Zum anderen erlauben die beobachteten Abweichungen der effektiven Geldeinnahmen oder Geldausgaben von den geplanten Rückschlüsse darüber, ob die naturalen Plananweisungen befolgt wurden oder nicht. Will man also in einer Zentralverwaltungs-wirtschaft die Schließung der Wirtschaftsrechnung bewirken und einen allseitigen wirtschaftlichen Rechnungszusammenhang herbeiführen, dann müssen die Geldpreise die gesamtwirtschaftlichen naturalen Knappheiten der Güter widerspiegeln, und die an der Planverwirklichung beteiligten Betriebe und Personen müssen sich an diesen Preisen orientieren. Nur so ist die Ausrichtung an dem zentralen Planwillen der politischen Führung der Zentralverwaltungs-wirtschaft gewährleistet, und das allgemeine Plangleichgewicht kann erreicht werden.¹⁾ Die Wirtschaftsrechnung einer offenen Zentralverwaltungs-wirtschaft wäre gelöst. Weitere Probleme der Wirtschaftsrechnung gäbe es nicht.

A. Mit der Schließung der betrieblichen Wirtschaftsrechnung sind jedoch die Gefahren für das zentrale Planinteresse keineswegs gebannt. Es ist nämlich äußerst fraglich, daß durch die Einführung der Geldrechnung die Subordination der an der Planverwirklichung beteiligten Personen unter den zentralen Planwillen jemals vollkommen erreicht werden kann. Dazu wäre es nötig, einen Bedingungs-zusammenhang so leistungspsychologisch zu gestalten, daß das einzelwirt=

1) Vgl. hierzu die Ausführungen im ersten Teil dieser Untersuchung S.26ff.

schaftliche Interesse der an der Planverwirklichung beteiligten Personen und deren einzelmenschliches Verhalten in allen Einzelheiten mit den zentralen Planerfordernissen lückenlos übereinstimmte und mit den zentralen naturalen und geldwirtschaftlichen Daten harmonisierte. Da diese Bedingungen aber von Mensch zu Mensch, von Betrieb zu Betrieb und von Wirtschaftszweig zu Wirtschaftszweig äußerst unterschiedlich sind und immerzu sich ändern, werden Diskrepanzen zwischen den zentralen Plananforderungen und den einzelwirtschaftlichen Interessen auch bei noch so sorgfältiger Planung immer unvermeidlich sein. Dies vor allem aus folgenden Gründen:

1. Da die zentrale Leitung im Interesse der Vermeidung von Unwirtschaftlichkeiten genötigt ist, möglichst viele materielle Leistungsanreize für die an der Planverwirklichung beteiligten Betriebe und Personen zu schaffen, hat sie die Wirtschaftsrechnung bei der Planverwirklichung möglichst weit auf die Einzelwirtschaften zu dezentralisieren. Nur wenn die in den einzelnen Betrieben arbeitenden Menschen ihr wirtschaftliches oder unwirtschaftliches Handeln und Verhalten selbst erkennen können, mit Leistungsprämien an den Betriebserfolgen interessiert werden und Mißerfolge unmittelbar zu verantworten haben, lassen sich Produktionselemente durch sparsames Wirtschaften einsparen. Zum Zwecke der Durchsetzung des Leistungsprinzips muß also den Betrieben Handlungsfreiheit verbleiben.

Dieser Spielraum zu eigenwirtschaftlichem Verhalten wird keineswegs immer dazu benutzt werden, i.S. der zentralen Planinteressen zu wirken. Die an der Planverwirklichung beteiligten Personen sind vielmehr versucht, sich Leistungen auf Kosten anderer und auf Kosten zentraler Belange zu ersparen, um ihre erwerbswirtschaftlichen Interessen auf möglichst einfache und bequeme Art zu verwirklichen. Wenn z.B. Betriebe Ersatzteile selbst herstellen, weil sie sich etwa vor den Gefahren einer unkontinuierlichen Zulieferung schützen wollen, so ist die Produktion

solcher Einzelteile in diesem Betrieb im allgemeinen mit einem höheren Aufwand von Materialien, Arbeitszeit und Energien verbunden, führt zu einer Rückbildung der Arbeitsspezialisierung und vermag darüber hinaus sich auch auf den Umfang der international zu tauschenden Güter auszuwirken. Die Aufgabe der Einsparung von Produktionselementen selbst stellt schon eine Gefahr für den Internationalen Handel dar, weil die Exportindustrie durch sie veranlaßt werden kann, qualitativ sowie technisch unzureichend ausgestattete Güter herzustellen.

2. Aber auch schon in der Phase der Planaufstellung verleiht die Form der materiellen Leistungsanreize die Betriebsleitungen zu einem Verhalten, das den Forderungen des wirtschaftlichen Prinzips nicht genügt. Sowohl die Betriebsleitungen als auch die Leiter der zentralen Produktionsabteilungen werden aus eigenwirtschaftlichem Interesse versucht sein, die zentrale Plankommission, die auf die Mithilfe der Einzelbetriebe bei der Ausrechnung der technischen Koeffizienten, der Bestimmung der Material- und anderer Verbrauchsnormen, auf die Festlegung des Investitionsbedarfes u.ä. angewiesen ist, bei der Ausarbeitung der zentralen Planung über vorhandene Materialreserven, über die tatsächlichen Produktionskapazitäten oder den effektiven Arbeitskräftebedarf zu täuschen. Die Betriebe wollen mit solchen vorgetäuschten Kosten erreichen, daß sie niedrigere Normen vorgeschrieben bekommen, als sie eigentlich zu erfüllen in der Lage wären. Sie schaffen sich Leistungsreserven, um bei der Planverwirklichung den zentralen Plan leichter erfüllen und übererfüllen zu können.

Das einzelbetriebliche Interesse an solchen Leistungsreserven und der Aufstellung "weicher" Pläne bringt ein Moment der Unwirtschaftlichkeit in das System zentraler Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses. Materialien und andere Reserven werden gehortet, Schwarzläger entstehen, knappe wirtschaftliche Güter liegen brach und werden

aus nutzbringenderen Verwendungen gezogen. Für die Wirtschaftsrechnung im Außenhandel bewirken die dem zentralen Planwillen entgegengesetzten einzelwirtschaftlichen Interessen, daß die Verwendungssalden vergrößert, die Exportmöglichkeiten verringert und Importe dringlicher werden. Überplanerfüllungen beruhen somit oftmals nicht auf effektiven Leistungssteigerungen.

Sie werden auch dadurch erleichtert, daß die oberste Planungsbehörde genötigt ist, die zentralen Leistungsanforderungen an die einzelnen Betriebe, die als technische Koeffizienten den Planentscheidungen zugrunde liegen, als Durchschnittsanforderungen zu übermitteln. Leistungsfähigeren Betrieben wird also schon von hier aus eine Planübererfüllung erleichtert. Im Interesse eines möglichst großen Devisenerlöses sollten Exportgüter technische sowie qualitative Spitzenleistungen darstellen. Durchschnittliche Leistungsanforderungen an die Exportgüterindustrie prämiieren damit auch solche Betriebe, die zwar über der durchschnittlichen Norm produzieren, aber dennoch keine Spitzenleistungen hervorbringen.

3. Je weniger genau aber die zentralen Bewertungsvorschriften sind, um so ungenauer spiegeln sie die tatsächlichen einzelbetrieblichen Belange wider. Den an der Planverwirklichung beteiligten Personen eröffnen sich dadurch Lücken und Ausweichmöglichkeiten bei der Planerfüllung, die sie in ihrem einzelwirtschaftlichen Interesse auszunützen bestrebt sind. "Hat die zentrale Leitung die zu erwartenden Reaktionen der Menschen falsch eingeschätzt, so kann es durchaus sein, daß gerade die Bewertungsvorschriften diese statt zu einer sparsamen zu einer verschwenderischen Wirtschaftsweise veranlassen."¹⁾

Da beispielsweise die einzelnen Betriebe je nach der Abnutzung ihrer fixen Anlagen keinen Einfluß auf die Gestaltung der Abschreibungssätze haben, die Abschreibungen werden nach einem zentralen Schema bestimmt, verhindern sie auch nicht ein unwirtschaftliches Ausnützen und eine

1) Hensel, K. Paul: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S. 185.

übergebührlische Beanspruchung dieser fixen Anlagen. Dies wäre wohl nur dann zu erwarten, wenn die einzelnen Reparatur- und Ersatzteilkosten auch die einzelnen Betriebe belasteten. Dieses unwirtschaftliche Ausnützen der Gebäude, Maschinen, Transportmittel u.ä. erhöht den Bedarf an Ersatzinvestitionen und verringert, sofern für den Investitionsbedarf insgesamt ein zentral festgelegter Investitionsfonds zur Verfügung steht, mögliche Neuinvestitionen. Ein solches dem zentralen Planwillen entgegengesetztes einzelwirtschaftliches Verhalten wirkt in Richtung auf eine unzureichende Anwendung technischer Neuerungen, es hemmt den technischen Fortschritt, beeinflusst den technischen Stand und die Qualität der Exportgüter und erhöht den Importbedarf.

4. Das Streben nach Senkung der Selbstkosten, das in den Betrieben einer Zentralverwaltungswirtschaft durch die Geldrechnung und die Anwendung des Prämiensystems ausgelöst wird, verleitet oftmals die Betriebe, sich eigene Leistungen auf Kosten und zu Lasten anderer Betriebe zu ersparen.¹⁾ Ein solches Verhalten wird sich vor allem auf die Qualität der herzustellenden Produkte auswirken.

1) Wir können somit davon ausgehen, daß ähnlich wie im System staatsbürgerlicher Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses die Individualinteressen wie auch die Gruppeninteressen und beide zusammen dem gesellschaftlichen Gesamtinteresse entgegengerichtet sind. Darüber hinaus können aber die Individualinteressen mit den Gruppeninteressen auf Kosten und zu Lasten des gesellschaftlichen Gesamtinteresses harmonieren. Die gesellschaftlichen Gesamtinteressen der Zentralverwaltungswirtschaften, die im wesentlichen durch die Absichten und Ziele der politischen Führungen repräsentiert werden, müssen ebenfalls nicht - wie es von den kommunistischen Ideologen gemäß des Prinzips des sozialistischen Internationalismus behauptet wird (vgl. S.163 im 3. Teil dieser Untersuchung) - harmonieren. Sie können ebenso kollidieren oder auf Kosten und zu Lasten eines oder weniger anderer sich in Koalitionen zusammenfinden. Das Interessenproblem ist in beiden Wirtschaftssystemen ordnungspolitisch bedingt, und der Interessenausgleich muß beide Male von der Ordnung der Wirtschaft her versucht werden.

Wenn beispielsweise die binnenländische Exportindustrie bemüht ist, lediglich die zentralen naturalen Plananweisungen zu befolgen und die technische und qualitative Ausstattung der herzustellenden Güter vernachlässigt, um Arbeit zu sparen, Materialreserven anzusammeln oder zum Zwecke erhöhter Prämien die finanziellen Fonds weniger auszunutzen, dann wirkt sich ein solches Verhalten in erster Linie auf den Devisenerlös und indirekt auf das Einfuhrvolumen aus. Es können nicht so viele oder nicht so hochwertige Güter wie vorgesehen importiert werden. Belastet wird nicht der einzelne Betrieb, sondern die gesamte binnenländische Produktion oder Konsumtion. Ähnliches gilt auch, wenn die Außenhandelsunternehmen zum Zwecke der Gewinnerzielung bemüht sind, technische und qualitativ geringwertige Güter einzuführen.

5. Der Hang zur Unwirtschaftlichkeit in diesem System ist auch darum so verhängnisvoll, weil die naturale Planung des Wirtschaftsprozesses so rechtzeitig abgeschlossen sein muß, daß auch die Preisplanung noch vor Beginn der Planperiode abgeschlossen werden kann. Will man also die Lenkung des zukünftigen Wirtschaftsprozesses sorgfältig vorbereiten, dann hat die Ausarbeitung der zentralen Pläne und damit auch die Ausarbeitung des Außenhandelsplanes lange vor der eigentlichen Planperiode zu beginnen.

Für die Preisplanung im Außenhandel bringt das aber große Unsicherheiten und Risiken mit sich. Preisvereinbarungen in der Phase der Planverwirklichung eröffnen Ausweichmöglichkeiten und Lücken in den zentralen Plananforderungen, die von den erwerbswirtschaftlich handelnden Menschen in ihrem Interesse auszunutzen sind und somit das zentrale Planinteresse erheblich gefährden können.

Falsche Preise überhaupt verleiten die Betriebe dazu, Produktionselemente, welche nach den Zielvorstellungen der politischen Führung der Zentralverwaltungswirtschaft weniger wichtig sind, auf Kosten solcher Produktionsmittel zu sparen, die für die Zwecke der politischen Führung eine wesentlich größere Bedeutung haben.

6. Schließlich ist auch die vollständige Subordination der einzel menschlichen Interessen unter die Absichten und Wünsche der politischen Führung einer Zentralverwaltungswirtschaft im Internationalen Handel nicht gegeben, weil im Inlande zwar die politische Führung allein Subjekt der Planung des Wirtschaftsprozesses ist und alle an der Planverwirklichung Beteiligten lediglich Objekte dieses zentralen Planwillens; aber im Internationalen Handel ist die politische Führung zugleich auch Objekt der Ziele und Wünsche ihrer jeweiligen Außenhandelspartner.

B. Ursachen für das Fehlen eines allseitigen wirtschaftlichen Rechnungszusammenhanges.

1. Die entscheidende Ursache für das Fehlen eines allseitigen wirtschaftlichen Rechnungszusammenhanges ist die, daß in der wirtschaftlichen Wirklichkeit Mitteldeutschlands - an diesem Beispiel einer Zentralverwaltungswirtschaft wollten wir uns ja so weit wie irgend möglich orientieren - der Wirtschaftsprozeß zentral nicht für jedes einzelne Gut durchgeplant wird.¹⁾ Aus diesem Grunde kann auch kein vollständig koordiniertes System zentraler güterwirtschaftlicher Pläne zustande kommen. Die Voraussetzungen für das Funktionieren des Henselschen Planmechanismus sind damit in concreto nicht gegeben. Der Nutzen der verfügbaren wirtschaftlichen Güter kann nicht maximiert werden.

2. Die fehlenden güterwirtschaftlichen Bedingungen für ein allgemeines Plangleichgewicht sind aber auch der Grund dafür, daß zentral kein koordiniertes System geldwirtschaftlicher Pläne ausgearbeitet werden kann, welches

1) Die Anzahl der staatlichen Material- und Ausrüstungsanlagen (ohne Nahrungsgüter) wird in der Anlage 1 zur "Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft", v. 11.6.1963, GBl der DDR", 1963, Teil II, Nr.64, S.491 für das Jahr 1964 mit 4772 angegeben, und zwar für den Volkswirtschaftsrat - inzwischen durch Industrieministerien ersetzt - 808, für die zentralen Vereinigungen volkseigener Betriebe 2040, für Bezirkswirtschaftsräte bzw. die örtlichen Vereinigungen volkseigener Betriebe 47, für Leitbetriebe und weitere Produktionsbetriebe 146, für staatliche Kontore 1625 und schließlich für Großhandelsbetriebe 108. Ein genaues Verzeichnis der Material-, Ausrüstungs-

dem naturalen Plangleichgewicht entspräche.¹⁾ Wenn aber kein vollständig koordiniertes System zentraler natürlicher und geldwirtschaftlicher Pläne herbeizuführen ist, dann kann der erste Entwurf des Volkswirtschaftsplanes nicht Anhaltspunkt für die betriebliche natürliche und geldwirtschaftliche Planung sein, um einen straffen allseitigen wirtschaftlichen Rechnungszusammenhang herzustellen.

Nachdem die Staatliche Plankommission erste grobe Entwürfe des Volkswirtschaftsplanes ausgearbeitet hat, kann sie unter Mitarbeit ihrer operativen Organe ebenfalls nur grobe Entwürfe der zentralen Pläne der Geldausgaben und Geldeinnahmen den naturalen Planbilanzen zuordnen. Die Kennziffern der Betriebspläne können also nur global und unvollständig sein und müssen auf betrieblicher Ebene konkretisiert werden. "Güterwirtschaftliche und geldwirtschaftliche Planung auf zentraler und dezentraler Ebene laufen oft nebeneinander her, was die Koordination der güterwirtschaftlichen mit den geldwirtschaftlichen Plänen erschwert und verzögert."²⁾

Um die Pläne überhaupt einigermaßen sinnvoll ökonomisch und technisch miteinander verbinden zu können, bedarf es Hilfsverfahren der Wirtschaftsrechnung und der Plankoordination.³⁾ Aber auch bei den Hilfsverfahren der Plan-

und Konsumgüterbilanzen - hier allerdings aufgegliedert nach Erzeugnishauptgruppen; aber mit genauen Angaben über die staatlichen Planaufgaben - findet sich in der Anlage 5 in der Anordnung über die Methodik der Planung und Bilanzierung von Material, Ausrüstungen und Konsumgütern zum Volkswirtschaftsplan 1966 v. 25.5.1965, GBl. der "DDR", Sonderdruck Nr. 509, v. 10.6.1965.

1) Siehe Gutmann, G.: Theorie und Praxis der monetären Planung in der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S. 182ff.

2) Ebenda, S. 184.

3) So etwa das vorläufige Abtasten der Liefer- und Bezugsmöglichkeiten im Außenhandel, vorläufige Abmachungen über den Transportbedarf, die statistische Auswertung des Perspektivplanes und der in ihm enthaltenen vertraglichen Abkommen, die unterschiedlichen Verfahren der Ermittlung des Bestandes und des Bedarfes an wirtschaftlichen Gütern, die Ermittlung der technischen Koeffizienten, die Normierung des Massenbedarfes, die statistische Abrechnung und Analyse der laufenden Planperiode, die Aufstellung vorläufiger Ein- und Verkaufs-länderprogramme, gegenseitige Abstimmungsprotokolle als Grundlage des Vertragssystems und vieles andere mehr.

koordination haben die Einzelwirtschaften wesentlich mitzuarbeiten, und es verbleibt ihnen auch hier ein breiter Spielraum eigenwirtschaftlichen Handelns und Verhaltens, welches nicht zwingend i.S. der zentralen Planinteressen eingesetzt werden muß.

3. Das Fehlen der güterwirtschaftlichen und geldwirtschaftlichen Bedingungen für das Erreichen des Nutzenmaximums, die häufig unvollständigen und zu globalen zentralen Kennziffern für die Ausarbeitung der Betriebspläne und der Spielraum einzelwirtschaftlichen Interesses bei der Plankoordination bewirken insgesamt, daß die innerbetriebliche Wirtschaftsrechnung nicht in sich geschlossen ist, nicht alle Knappheitsgrade aller wirtschaftlichen Güter gesondert sichtbar gemacht werden, kein allseitig koordiniertes Plansystem zustandekommt und somit ein allseitig zwingender wirtschaftlicher Rechnungszusammenhang allen ökonomischen Geschehens nur sehr unzureichend herbeizuführen ist. Damit ist auch in der wirtschaftlichen Wirklichkeit Mitteldeutschlands sowie aller anderen konkreten Zentralverwaltungswirtschaften die von uns beschriebene theoretisch denkbare Maximierung des Nutzens aus der internationalen Arbeitsteilung nicht erfüllt. Auch ist das System geldwirtschaftlicher Kontrollen im Außenhandel "nicht zwingend genug, um in Verbindung mit den übrigen Arten der bürokratischen Kontrollen und den Formen der Leistungsanreize das Leistungsproblem zureichend zu lösen und die einzelwirtschaftlichen Interessen unter die Interessen der politischen Führung zu zwingen."¹⁾

V. Grundfragen über die Anwendung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft im Außenhandel Mitteldeutschlands.

Da somit aus den eben beschriebenen Gründen Disproportionen im volkswirtschaftlichen Gesamtprozeß von konkreten

1) Gutmann, G.: Theorie und Praxis der monetären Planung in der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S.242.

Zentralverwaltungswirtschaften sowohl bei der Planung des Prozesses als auch in der Phase der Planverwirklichung die Ziele der politischen Führung immerzu gefährden, sucht man ständig nach neuen Mitteln und Wegen, um die Einzelwirtschaften an der Erfüllung der zentralen Plananforderungen zu interessieren. Die Diskrepanzen zwischen zentralen und einzelwirtschaftlichen Interessen erklären sich aus der morphologischen Eigenart eines solchen zentralen Systems der Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses. Da aber die morphologische Ausgestaltung der konkreten Wirtschaftsordnung eine Bedingungskonstellation für das menschliche Handeln und Verhalten schafft, ist letztlich die Stellung des Menschen, die diesem in einem solchen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zugebilligt wird, für die mangelnde Lösung des Leistungsproblems entscheidend.

A. Reformvorschläge zur Überwindung der systembedingten Schwierigkeiten im binnenländischen Wirtschaftsprozess.

Mit diesen systembedingten Schwierigkeiten haben alle politischen Führungen aller konkreten Zentralverwaltungswirtschaften zu kämpfen, Mit immer neuen Experimenten versucht man, den praktischen Mängeln in diesem System zu begegnen¹⁾, und man ist geneigt, in diesem Zusammenhang sogar von einem Systemzwang zum Experiment zu sprechen. Besonders bekannt wurden die Reformvorschläge des sowjetischen Nationalökonomen Liberman, weil durch sie das Gewinnmotiv aktiviert und das einzelmenschliche Interesse der an der Planverwirklichung beteiligten Personen durch möglichst viele materielle Leistungsanreize in Richtung auf zentrale Planerfüllung gezwungen werden soll.²⁾ In Mitteldeutschland

- 1) Ein besonders anschauliches Beispiel dafür ist die Untersuchung von Thalheim, Karl C.: Die Wirtschaft der Sowjetzone in Krise und Umbau, Berlin 1964.
- 2) Liberman, J.: Plan-Gewinn-Prämie, in: "Prawda" v. 9.9. 1962 (russ.); deutsche Übersetzung in: Presse der Sowjetunion, Nr. 108 v. 23.9.1962, S. 2331-2335; Kratsch, O.: Zur sowjetischen Diskussion über Plan, Gewinn, Prämie, in: Wirtschaftswissenschaft, 12. Jg., Jan. 1964, H. 1, S. 109ff.

ist man diesen Reformvorschlägen mit der Ausarbeitung eines "neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft"¹⁾ gefolgt, um die Interessen der politischen Führung besser mit den Interessen der Einzelwirtschaften übereinstimmen zu können.²⁾

1. Zu diesem Zweck soll ein in sich geschlossenes System ökonomischer Hebel in der Planung und Leitung der Volkswirtschaft angewendet und sinnvoll mit der zentralen Planung verknüpft werden, um den Betrieben und den in ihnen arbeitenden Menschen nicht mehr Ausmaß, Richtung und Tempo der Produktion bis in jede Einzelheit vorschreiben zu müssen, um die unwirtschaftlichen Methoden der bürokratischen Kontrollen abbauen zu können und um schließlich den volkswirtschaftlichen Gesamtprozeß effizienter zu gestalten.³⁾ Als ökonomische Hebel fungieren auf der betrieblichen Ebene Kosten, Preis, Umsatz und Gewinn, während Lohn- und Prämiensysteme das persönliche materielle Interesse der einzelnen an der Planerfüllung beteiligten Menschen stärker als bisher anreizen sollen. Der Begriff der materiellen Interessiertheit ist also nicht etwa ein Novum des neuen ökonomischen Systems, ebenso nicht, wie die Gewinnbeteiligung an Überplangewinnen. Beide spielen sowohl in Mittel=

- 1) Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft v. 11.6.1963, GBl. der "DDR", 1963, Teil II, Nr.64, S.5 453ff.
- 2) Siehe die Eröffnungsansprache des 1.Stellvertreters des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission und Vorsitzenden des Beirates für ökonomische Forschung bei der Leitung der Staatlichen Plankommission, Minister Gerhard Schürer, zur wissenschaftlichen Konferenz über "Das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft und Grundfragen der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Staaten beider Weltsysteme" vom 4.-6.März 1965, in: Die Wirtschaft, Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft und Technik, Sonderdruck, S.3.
- 3) Zu den Methoden über den geplanten Ausbau des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft vgl. die ausgezeichnete Analyse bei Thalheim, Karl C.: Die Wirtschaft der Sowjetzone in Krise und Umbau, a.a.O., S.72ff. Aus den wirtschaftswiss.Veröff. der Zone vgl. vor allem: Apel,E. und Mittag,G.: Planmäßige Wirtschaftsführung und ökonomische Hebel, Berlin (Ost), 1964.

deutschland als auch in den übrigen Zentralverwaltungswirtschaften des Ostblocks schon seit langem eine wichtige Rolle.

Jetzt aber will man die Gewinnerzielung zur entscheidenden ökonomischen Größe für die zentrale Leistungsbewertung erheben. Wenn man allerdings die Verwendbarkeit der Preise als Grundlage der Wirtschaftsrechnung erhöhen und deren ökonomische Hebelwirkung für die einzelnen Betriebe verbessern will, dann hat man auch die bisherigen übergroßen Differenzen zwischen den tatsächlichen Kosten und den festgesetzten Preisen zu beseitigen.

Es ist aber nicht nur darauf hinzuwirken, daß die Planverluste verschwinden, sondern die Preisfestsetzung muß so gewählt werden, daß Selbstkostensenkungen der Betriebe deren Gewinne erhöhen, die Preis- und Gewinnrelationen zwischen den Betrieben eines Wirtschaftszweiges sich nicht zu sehr unterscheiden und dennoch die Betriebe an einer technisch wie qualitativ besseren Ausgestaltung ihrer Produkte interessieren. Keine leichte Aufgabe also, die angestrebten Preisreformen! Vor allem wenn man bedenkt, daß sie an den Grundlagen des dargestellten Systems behördlich festgesetzter Preise nichts ändern werden.

2. Die interessanteste Neuerung, die mit dem neuen ökonomischen System eingeführt werden soll, ist eine Produktionsfondsabgabe, die zu einer sparsamen und rationellen Ausnutzung der betrieblichen Grundmittel veranlassen soll, wozu bisher - wie oben beschrieben - kein ökonomischer Anreiz bestand. Die betrieblichen Grund- und Umlaufmittel in Zentralverwaltungswirtschaften sind mit dem Anlage- und Umlaufkapital in den Betrieben der westlichen Länder zu vergleichen. Mit der Einführung der Produktionsfondsabgabe soll somit die Knappheit des Kapitals anerkannt werden. "Kapital wird damit zu einem Produktionsfaktor, der den 'Staatsbetrieben' nicht mehr, wie bisher, kostenlos zur Verfügung steht. Insofern ist die in westlichen Kom=mentaren häufig gezogene Parallele zwischen Produktions=fondsabgabe und Kapitalzins nicht unberechtigt. Die Wirk=

samkeit der Produktionsfondsabgabe wird noch dadurch verstärkt, daß alle gewinnorientierten ökonomischen Hebel innerhalb der VVB-Bereiche

und innerhalb der Betriebe an den Gewinn minus Produktionsfondsabgabe gebunden werden"¹⁾ sollen. Ebenso wie eine sinnvolle betriebliche Selbstkostenrechnung neue Preise erforderte, hat man aber auch, wenn man den Produktionsfaktor Kapital sinnvoll in die betriebliche Wirtschaftsrechnung einbauen will, die Abschreibungssätze für die betrieblichen Grundmittel neu festzusetzen, weil die bisherigen zentral normierten Abschreibungssätze vielfach nicht einmal dem technischen Verschleiß entsprachen.

3. Wesentlichste Neuerung bei den leistungsabhängigen Löhnen und Gehältern im neuen ökonomischen System ist die, daß außer dem zusätzlichen Einkommen der "sozialistischen Manager" in Form von Prämien nun auch ein Teil des bisherigen fixen Einkommens an den Gewinn gekoppelt werden soll. Zweifellos kann dieser "ökonomische Hebel", wenn er zu einer motorischen Kraft des Erwerbsstrebens ausgebaut wird und unwirtschaftliches Verhalten mit Einkommenseinbußen bestraft, sich als entscheidend für eine Planerfüllung im zentralen Planinteresse erweisen, indem er die berufliche Position und Geltung sowie die Aufstiegsmöglichkeiten der "Manager in den Staatsbetrieben" bestimmt.

4. Diese Skizze der wichtigsten Neuerungen, die das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft mit sich bringen soll, mag hier als Verdeutlichung genügen. Sie zeigt uns, daß man zwar auf der einen Seite ökonomische Hebel einsetzen und Methoden anwenden will, "die unter den Bedingungen einer unternehmerischen Marktwirtschaft sehr wirksam sind. Andererseits aber bleibt der zentral aufgestellte Plan das eherne Gesetz für den Wirtschaftsablauf, und damit werden der Wirksamkeit solcher Methoden in einer Zentralverwaltungswirtschaft unabdingbar sehr enge Grenzen gezogen."²⁾

1) Thalheim, Karl C.: Die Wirtschaft der Sowjetzone in Krise und Umbau, a.a.O., S.80.

2) Ebenda, S.79.

B. Besonderheiten für die Lösung des Leistungsproblems bei der Anwendung des neuen ökonomischen Systems im Außenhandel.

1. Viel wichtiger im Zusammenhang unserer Untersuchung ist die Frage, wie das neue ökonomische System im Außenhandel realisiert werden soll.

Besonderheiten für die Lösung des Leistungsproblems gegenüber der binnenländischen Industrie ergeben sich vor allem aus zwei Gründen:

a) Eine sinnvolle und auf das Gewinnmotiv der Außenhandelsunternehmen ausgerichtete Preisreform ist solange illusorisch, wie sich die politische Führung der Zentralverwaltungswirtschaft von jeglichen Auslandseinflüssen und von den Einflüssen der Weltmarktpreise auf die binnenländische Wirtschaftsrechnung abschirmt.

b) Eine sachgerechte, qualitativ und technisch einwandfreie sowie rechtzeitige Planerfüllung hängt in erster Linie nicht von den Außenhandelsunternehmen selbst ab, sondern sie kann einmal von der binnenländischen Exportindustrie verursacht oder aber auch von den ausländischen Importeuren verschuldet sein.

Die hier angedeuteten Besonderheiten im Außenhandel weisen zugleich auch auf die außerordentlichen Schwierigkeiten hin, die sich bei der Anwendung eines in sich geschlossenen Systems ökonomischer Hebel im Außenhandel für geldwirtschaftliche Rentabilitätsberechnungen eröffnen. Es ist daher auch nicht verwunderlich, daß das Politbüro des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erst am 14. Juli 1964 die "Grundsätze für die Anwendung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft auf dem Gebiet des Außenhandels"¹⁾ beschloß, obwohl in den "Richtlinien" vom Juni

1) Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands v. 14. Juli 1964 über die "Grundsätze für die Anwendung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft auf dem Gebiete des Außenhandels," dargestellt und analysiert bei Lange, E.: Grundfragen des neuen ökonomischen Systems im Außenhandel, Berlin (Ost), 1965.

1963 bereits darauf hingewiesen wurde.¹⁾

2. Anhand der wichtigsten Neuerungen, die mit dem neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft im Wirtschaftsbereich Außenhandel vorgesehen sind, haben wir nunmehr zu untersuchen, wie im zentralen Interesse einer besseren Planerfüllung auf die Außenhandelsunternehmen eingewirkt werden soll.²⁾

Aus diesem Abschnitt der Untersuchung wird besonders deutlich hervorgehen, daß alle jene Bedingungen, die wir an das Funktionieren einer zentralen Planung und Lenkung des Internationalen Handels in Zentralverwaltungswirtschaften geknüpft hatten, bisher in Mitteldeutschland entweder gar nicht oder nur sehr unzureichend erfüllt waren.

a) Zunächst sollen synchron mit der angestrebten Industriepreisreform und ihren einzelnen Etappen auch zwischen Außenhandel und binnenländischer Industrie neue Verrechnungspreise geschaffen werden, die den geplanten Industriepreis abgabepreisen entsprechen.³⁾

b) Als ökonomischer Hebel zur Erschließung von Exportreserven und zur Ausfuhrförderung sollen in erster Linie Preiszu- und -abschläge dienen, um die Exportbetriebe materiell

1) Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft v.11.6.1963, GBl. der "DDR" 1963, Teil II, Nr.64, S.469.

2) Diese Darstellung folgt der oben erwähnten Analyse von Lange, E.: Grundfragen des neuen ökonomischen Systems im Außenhandel, Berlin (Ost), 1965, sowie Blessing, H.: Zu einigen Problemen der Anwendung des in sich geschlossenen Systems ökonomischer Hebel im Außenhandel, in: Der Außenhandel, 13.Jg., H.12, 1963, S.1ff.; Grote, G.: Probleme der Durchsetzung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft im Außenhandel, in: Wirtschaftswissenschaft, 12.Jg., H.8, August 1964, S.1233ff.; Kalok, G.: Preisprobleme im neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, in: Wirtschaftswissenschaft, 12.Jg., H.4, April 1964, S.640ff.; Mann, H.: Zur ersten Etappe der Industriepreisreform 1964, in: Der Außenhandel, 14.Jg. 1964, H.4, S.16ff.

3) Vgl. Lange, E.: Grundfragen des neuen ökonomischen Systems im Außenhandel, a.a.O., S.53.

an der Produktion technisch wie qualitativ hochwertiger Güter und an kurzen "weltmarktfähigen" Lieferfristen zu interessieren. Durch Mengenrabatte und Mindermengenaufschläge will man die Außenhandelsunternehmen dazu anregen, den binnenländischen Exportbetrieben das Produzieren in großen Serien zu niedrigen Kosten zu ermöglichen.¹⁾

c) Ein System von Exportprämien und Importaufschlägen soll helfen, den Export in Länder mit konvertierbarer Währung anzuregen und umgekehrt den Import aus diesen Ländern zu verringern.²⁾

d) Mit Valutaanrechten für zusätzliche Exporte in die westlichen Industrienationen, die von den Betrieben selbst zur Einfuhr verwandt werden dürfen, will man den technischen Fortschritt und die Exportkomplementierung beschleunigen, auf die "Weltmarktfähigkeit der Exportprodukte" hinwirken sowie den Kundendienst und die Ersatzteilversorgung verbessern.³⁾

e) Ökonomische Hebel zur sparsamen und rationellen Verwendung der Valutamittel im Import und zur Vermeidung weniger wichtiger Importe sind erst noch auszuarbeiten. Ob und wie sie sich auf das Betriebsergebnis der Außenhandelsunternehmen auswirken dürften, wenn solche Hebel einmal eingesetzt werden sollten, kann daher nicht gesagt werden.⁴⁾

f) Es ist jedoch geplant, das "Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung" in den Außenhandelsunternehmen voll anzuwenden und den "Gewinn" durch eine Gegenüberstellung von Aufwendungen und Erlösen sowohl beim Export als auch beim Import zu ermitteln. In welcher Weise das zu geschehen habe, wird jedoch nicht gesagt. Man darf aber annehmen, daß auch weiterhin die Valutagegenwerte, die Prämien und der Preisausgleich wesentliche Maßstäbe für das finanzielle Ergebnis im Außenhandel bleiben werden.⁵⁾

1) Lange, E.: Grundfragen des neuen ökonomischen Systems im Außenhandel, a.a.O., S.55ff.

2) Ebenda S.57.

3) Ebenda S.57f..

4) Ebenda S.58f..

5) Ebenda S.59ff..

g) Da dieses Ergebnis aber auch zum großen Teil von der guten oder schlechten Planerfüllung der Exportindustrie abhängt, muß das Betriebsergebnis der Außenhandelsunternehmen auch in irgendeiner Weise mit dem finanziellen Ergebnis der Exportbetriebe durch die ökonomischen Hebel verbunden sein.

h) Ob dies jedoch durch Wirtschaftsverträge zwischen den Außenhandelsunternehmen und den binnenländischen Betrieben, welche konkrete Verpflichtungen über die Abnahme der Waren, über Preise, Qualität, Angebots- und Lieferfristen sowie die Leistungen für Kundendienst und Ersatzteilversorgung u.a. zu übernehmen haben, bewirkt werden kann¹⁾, muß bezweifelt werden. Denn erstens bestanden im Rahmen des Vertragsgesetzes solche gegenseitigen Verpflichtungen auch bisher, so daß man durch ihre neuerliche Postulierung im neuen Vertragsgesetz²⁾ auf ihre bisherige relative Unwirksamkeit im Rahmen der zentralen Plananforderungen schließen kann, und zweitens läßt die Konkretisierung der zentralen Pläne durch die Wirtschaftsverträge, die zwischen den Betrieben selbst auszuhandeln sind, einen sehr großen Spielraum zu eigenwirtschaftlichem Handeln und Verhalten zu.

3. a) Wie wir oben beschrieben haben, muß diese Freiheit des Handelns im einzelwirtschaftlichen Interesse durchaus nicht immer für die zentralen Belange genutzt werden. Die einzelwirtschaftlichen Interessen tendieren vielmehr in diesem Wirtschaftssystem oftmals dahin, sich gegen die zentralen Plananforderungen durchzusetzen.

b) Vielfach streben sie aber auch danach, sich auf Kosten und zu Lasten der erwerbswirtschaftlichen Interessen ihrer Vertragspartner zu entfalten. Ernst Lange bemerkt dazu: "Die Praxis zeigt, daß die notwendige enge Verbindung zwischen Außenhandel und Industrie und die Zusammenarbeit für

- 1) Lange, E.: Grundfragen des neuen ökonomischen Systems im Außenhandel, a.a.O., S.32ff..
- 2) Gesetz über das Vertragssystem in der sozialistischen Wirtschaft (Vertragsgesetz), GBl der "DDR" v. 25.2.1965, Teil I, S.107ff..

die Entwicklung des Exports nicht durch die bisherige Organisation der Absatzabteilungen der Industrie und die jetzige Gestalt der Außenhandelsunternehmen sowie auch nicht durch die bestehenden Vereinbarungen zwischen den Außenhandelsunternehmen und den Vereinigungen volkseigener Betriebe u.s.w. erreicht werden kann. Teilweise hat sich auch durch die falsche Auslegung der Mitverantwortung der Industrie für den Export eine ungenügend klar abgegrenzte Arbeitsteilung und ein mangelndes einheitliches Vorgehen der Außenhandelsunternehmen und der Organe der Industrie auf den Außenmärkten gezeigt."¹⁾

c) Es ist daher beabsichtigt, die Außenhandelsunternehmen in Verkaufsorganisationen der Vereinigungen volkseigener Betriebe umzuwandeln. Damit unterstützen sie gleichzeitig dem Ministerium für Außenhandel und innerdeutschen Handel sowie zugleich mit den Vereinigungen volkseigener Betriebe den Industrieministerien. Ob durch diese angestrebte Umorganisation, die abtastend erst in einigen Wirtschaftsbereichen erprobt werden soll, die notwendig nicht immer übereinstimmenden Interessen in die richtigen, d.h. den Wünschen der politischen Führung entsprechenden Bahnen gezwungen werden können, muß ebenfalls bezweifelt werden. Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem Ministerium für Außenhandel und innerdeutschen Handel und den Industrieministerien können in geschickter Weise ausgenutzt, ja sogar erst ausgelöst werden.

Infolge des Unterstellungsverhältnisses der Außenhandelsunternehmen unter die Vereinigungen volkseigener Betriebe ist darüber hinaus zu befürchten, daß die einzelwirtschaftlichen Interessen beider nicht im Widerspruch zueinander, jedoch in vielen Fällen im Widerspruch zu den Interessen der politischen Führung stehen.

d) Die Lösung des Leistungsproblems wird sich also auch bei der Anwendung des neuen ökonomischen Systems im Außenhandel nicht wesentlich anders und leichter erweisen als

1) Lange, E.: Grundfragen des neuen ökonomischen Systems im Außenhandel, a.a.O., S.40.

mit den bisherigen Mitteln der Leistungsanreize und der Leistungskontrollen. Die Ursachen für die mangelnde innerbetriebliche Geschlossenheit der Wirtschaftsrechnung im Außenhandel und das Fehlen eines allseitigen wirtschaftlichen Rechnungszusammenhanges sind nach wie vor nicht beseitigt. Das Rechnen auf der Grundlage von Weltmarktpreisen als Schutz vor wirtschaftlicher Ausbeutung, der Schutz vor jeglichen Auslandseinflüssen auf den binnenländischen Wirtschaftsprozess, das Rechnen mit "inneren" und "äußeren" Preisen und der Preisausgleich werden auch weiter bestehen. Es ist nicht einzusehen, wie auf Grund der unterschiedlichen zentralen und naturalen Bewertung der wirtschaftlichen Güter durch die politischen Führungen von Zentralverwaltungswirtschaften eine eigene gemeinsame Preisbasis im Internationalen Handel zwischen den sozialistischen Ländern gefunden werden könnte.¹⁾

Mit welchen Mitteln und Experimenten man auch immer das Leistungsproblem besser zu lösen versucht, es bleibt der wunde Punkt bei jeder Wirtschaftsrechnung zentraler Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses.

4. Was soll das Neue an dem "neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft im Außenhandel" sein? Nach Ernst Lange kommt es besonders darauf an:²⁾

- 1) Auf dem Wege zur Lösung dieses Problems sehen sich die sozialistischen Wirtschaftstheoretiker übergroßen Schwierigkeiten gegenüber, so daß zumeist nur eine eigene Preisbildung im Handel zwischen den sozialistischen Ländern gefordert wird, theoretische Lösungen für diese Forderung jedoch nicht geboten werden.

Vgl. Dobrinin, W.G.N.: Ökonomik des sozialistischen Außenhandels, eine Buchbesprechung über Cerniansky, V.: Ökonomik des sozialistischen Außenhandels (in tschechischer Sprache), Prag 1961, in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswiss. Beiträge, Jg. 1964, April 1964, H. 4, S. 425. "Im Buch wird nur die allgemeine Richtung für die Schaffung eines neuen Preissystems dargelegt, nämlich eine im Vergleich zum Kapitalismus schnellere Steigerung der Arbeitsproduktivität;" Vgl. auch die Ausführungen über die Preisbildung auf dem sozialistischen Weltmarkt von Christ, U.: Praktische und theoretische Probleme des Außenhandels in einer Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs, a.a.O., S. 9-24 und Cerniansky, V.: Die Preisbasis auf dem sozialistischen Weltmarkt, in: Der Außenhandel 1958, Nr. 4/5, S. 153ff.

- 2) Lange, E.: Grundfragen ..., a.a.O., S. 19.

- a) "die perspektivischen Grundprobleme des Außenhandels nach Hauptwarengruppen und nach einzelnen Ländern herauszuarbeiten und zu lösen";
- b) "die Weltmarktfähigkeit bei den Hauptexporterzeugnissen zu erreichen und zu sichern und die Importe rationell und volkswirtschaftlich richtig zu verwenden" und
- c) "die Pläne für den Export und Import mit höchstem volkswirtschaftlichen Nutzeffekt mit Hilfe des sozialistischen Wettbewerbs und der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit zu erfüllen".
- d) Zudem seien "echte ökonomische Beziehungen zwischen Außenhandel und Produktion zu organisieren",
- e) solche Formen der komplexen Leitung des Außenhandels anzuwenden, daß die entscheidenden Grundfragen von Außenhandel und Industrie gemeinsam gelöst werden können;
- f) und "daß der Außenhandel aktiv bei der Ausarbeitung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen mitarbeitet, um unter Berücksichtigung des Exports und Imports optimale Varianten für die volkswirtschaftliche Entwicklung zu erhalten".
- g) Schließlich wären volkswirtschaftliches Denken und kaufmännisches Rechnen in allen Bereichen und Betrieben des Außenhandels durchzusetzen.

Wenn das also das Neue im neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft sein soll, dann darf wohl auch gefolgert werden, daß bei der bisherigen Bedingungskonstellation des einzelwirtschaftlichen Handelns und Verhaltens kaum eine rationelle Wirtschaftsrechnung im Außenhandel zustandegekommen ist und auch mit den Mitteln des neuen ökonomischen Systems im Außenhandel ausreichend genau in praxi nicht herbeigeführt werden kann. Nahezu alle Bedingungen, die wir an das Funktionieren einer rationalen Wirtschaftsrechnung in unserer theoretischen Analyse geknüpft haben, sind damit in der konkreten Wirtschaftsordnung Mitteldeutschlands nicht gegeben.

5. "Dieser Sachverhalte sollte man sich bewußt bleiben,

wenn seitens der sowjetischen Ideologie von den sogenannten ökonomischen Gesetzen des Sozialismus gesprochen wird. Diese 'Gesetze', so das 'Gesetz der planmäßigen (proportionalen) Entwicklung der Volkswirtschaft' und das 'Gesetz der stetigen Steigerung der Arbeitsproduktivität' sind nichts anderes als Forderungen an das wirtschaftliche Handeln und Verhalten der Menschen, die an der Planung des Wirtschaftsprozesses und an der Planverwirklichung beteiligt sind ... Die sogen. ökonomischen Gesetze des Sozialismus stellen in Wirklichkeit Probleme dar, die bisher bei weitem nicht bewältigt werden konnten und unter den bestehenden morphologischen Eigenarten des Systems auch nicht bewältigt werden können."¹⁾

1) Gutmann, G.: Theorie und Praxis der monetären Planung in der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S.242.

Dritter Teil: Besonderheiten der Wirtschaftsrechnung im Internationalen Handel zwischen Zentralverwaltungs-wirtschaften. Die Handelspolitik der Staaten.

Erster Abschnitt: Das Prinzip des sozialistischen Internationalismus und die Zentralisierung der Wirtschaftspolitik zu anderen Staaten.

Wenn aber die ~~die~~ internationalen Handelsbeziehungen zwischen Zentralverwaltungswirtschaften, wie dies im Lehrbuch der Politökonomie¹⁾ hervorgehoben wird, ebenfalls auf den ökonomischen Gesetzen des Sozialismus²⁾, den Prinzipien der vollen Gleichberechtigung, der Achtung der territorialen Integrität, der staatlichen Unabhängigkeit und Souveränität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Staates³⁾ sowie der brüderlichen gegenseitigen Hilfe, in der das Prinzip des sozialistischen Internationalismus verwirklicht sei⁴⁾, beruhen sollen und die Beziehungen zwischen diesen Ländern daher frei von grundsätzlichen Widersprüchen und Interessenkollisionen seien⁵⁾, dann können wir auch hier vermuten, daß all dies Postulate an das Verhalten der Handelspartner sind, welche die politischen Führungen der Zentralverwaltungswirtschaften vor Probleme stellen, die ebenfalls bei weitem noch nicht zu bewältigen waren.

Ob diese Vermutung begründet ist, haben wir in diesem dritten Teil der Arbeit zu untersuchen. Wir werden dabei einige wesentliche Erkenntnisse unserer bisherigen Analyse besonders hervorheben und zugleich die Instrumente der Außenwirtschaftspolitik von Zentralverwaltungswirtschaften verdeutlichen müssen, die mit diesem System der Wirtschaftsrechnung vereinbar sind. Es ist die Handelspolitik der

1) Politische Ökonomie, Lehrbuch, hrsgg.von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Institut für Ökonomie, nach der dritten, überarbeiteten u.ergänzten russischen Ausgabe, Berlin (Ost) 1961.

2) Politische Ökonomie, a.a.O., S.786.

3) Ebenda.

4) Ebenda.

5) Politische Ökonomie, a.a.O., S.789.

Staaten, die hier Bedingungskonstellationen für die nationale staatliche Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses schafft und darum als Besonderheit der Wirtschaftsrechnung angesehen werden kann.

Bisher haben wir untersucht, wie das Problem der Wirtschaftsrechnung für den Internationalen Handel in Wirtschaftsordnungen mit zentraler Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses gelöst werden kann und muß. Eine theoretisch ebenso bedeutsame Frage, die eng mit jener zusammenhängt, ist die, wie die Wirtschaftsrechnung im Handel zwischen Zentralverwaltungen funktioniert. Es ist dies ein relativ neuer wirtschaftlicher Sachverhalt, der sich aus den politischen Wirren Europas nach dem zweiten Weltkrieg ergab. Nicht nur der Handel zwischen den Wirtschaftssystemen ist das Neue, das aus der ordnungspolitischen Spaltung der Welt folgte, sondern ebenso der Handel zwischen Staaten, deren politische und wirtschaftliche Willensbildung zentralisiert ist. Über beide Problemkreise erschienen bisher eine große Zahl von Publikationen, die sich mit theoretisch höchst interessanten Determinanten der Außenwirtschaftspolitik befaßten und die außenwirtschaftspolitischen Methoden vorwiegend auf die Strategie und die politischen Konsequenzen im Handel zwischen Wirtschaftssystemen bezogen. Wir wollen indes auch aus Gründen der Raumersparnis auf die Vielzahl von Details verzichten und statt dessen versuchen, auf der Grundlage des theoretischen Ordnungssystems der Zentralverwaltungswirtschaft ein morphologisch konformes System der Außenwirtschaftspolitik aufzustellen und daraufhin untersuchen, ob die Beziehungen zwischen Zentralverwaltungswirtschaften frei von Widersprüchen und Interessenkollisionen sein können.

Grundlegende Unterschiede vom Sinn und Zweck des Internationalen Handels in Wirtschaftssystemen zentraler und dezentraler Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses ließen sich nach unserer bisherigen Untersuchung nicht feststellen. In Zentralverwaltungswirtschaften ist es Sinn des Internationalen Handels, sich die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung zunutze zu machen, um die Produkti-

vität der binnenländischen Wirtschaft zu erhöhen und die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen zu verbessern. Im System der zentralen Pläne vermag der Internationale Handel die Planauslese zu erleichtern, indem er die Güterbasis verbreitern und die Anzahl der Verwendungssalden vermindern hilft. Die Wirtschaftsrechnung wird damit in einer Zentralverwaltungswirtschaft elastischer und das allgemeine Plangleichgewicht kann leichter herbeigeführt werden.

Da die Lenkung des Wirtschaftsprozesses zentralisiert ist, verfügt die politische Führung dieses Gemeinwesens über die maßgeblichen Planentscheidungen. Der gesamtwirtschaftliche Nutzen ist Nutzen i.S. der politischen Führung oder derjenigen Ziele, die sie in der künftigen Planperiode zu verwirklichen wünscht. Weil aber in diesem Lenkungssystem die Zentralbehörde allein Subjekt der Planung und somit auch der Planung des Internationalen Handels ist, folgt daraus notwendigerweise eine Art monopolistischer Organisation des Internationalen Handels.

Zweiter Abschnitt: Das System der zentralverwaltungswirtschaftlichen Außenwirtschaftspolitik.

Das System der Außenwirtschaftspolitik beruht also auf dem zentral festgelegten Volkswirtschaftsplan, nach dem die wirtschaftlichen Beziehungen zu anderen Staaten auszurichten sind, um zu gewährleisten, daß die Ziele, welche die politische Führung der Zentralverwaltungswirtschaft realisieren will, auch erreicht werden können. Die Wirtschaftspolitik zu fremden Volkswirtschaften muß also ebenfalls zentral festgelegt werden. Das bedeutet, daß im Außenwirtschaftsverkehr zwischen Zentralverwaltungswirtschaften die Staaten miteinander handeln. Wir haben also nicht nur den Handel selbst zu analysieren, sondern ebenfalls die handelspolitischen Instrumente und handelspolitischen Methoden, wodurch wir wesentlich neue Erkenntnisse gewinnen. "Davon ist die wichtigste, daß manche Staaten

mit einigen die gleiche Politik verfolgen, mit anderen wieder uneins sind. Allianzen werden entstehen und die Erreichung der Zugehörigkeit zu der einen oder anderen kann mit der Gewähr von Zugeständnissen verbunden sein. ... Die Bildung von Allianzen tritt unweigerlich ein, wenn damit Vorteile für die Mitglieder verbunden sind."¹⁾ Doch davon später.

I. Kriterien der außenwirtschaftlichen Zusammenarbeit.

A. Die Art und Weise der Ausarbeitung der wirtschaftlichen Teilpläne und deren Koordination.

Entscheidend für das Funktionieren der Wirtschaftsrechnung in einer Wirtschaftsordnung ist die Art und Weise der Ausarbeitung der vielen wirtschaftlichen Teilpläne und die Koordination dieser Einzelpläne zu einem Plansystem. In einer Wirtschaftsordnung staatlicher Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses entscheidet über die Aufstellung der Pläne eine zentrale staatliche Planungsinstanz gemäß den Zielen, welche die politische Führung dieses Gemeinwesens zu realisieren gedenkt. Die sinnvolle wirtschaftliche Abstimmung der Einzelpläne ist möglich mit Hilfe des beschriebenen Planmechanismus, der auf der Grundlage der zentralen Bewertung der einzelnen wirtschaftlichen Güter und deren gesamtwirtschaftlichen Knappheitsgrade funktioniert. Entfaltung eines Plansystems im Außenhandel und Koordination der außenwirtschaftlichen Dispositionen mit dem gesamten Volkswirtschaftsplan sind also für die Gestaltung des Außenwirtschaftssystems bestimmend.

B. Die staatsmonopolistische Organisation der Außenwirtschaft.

Zum anderen ist es die staatsmonopolistische Organisation der Außenwirtschaft, die hervorgehoben werden muß. Im

- 1) Morgenstern, O.: Die Macht im Handel der Staaten, in: Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft, Festschrift für A. Predöhl, hrsgg. von H. Jürgensen, Göttingen 1964, S. 48 ff.
- 2) Vgl. hierzu Pütz, Th.: Außenhandelspolitik (II), in: HdWS, Bd. 1, hrsgg. v. E. v. Beckeratz u. a., Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1956, S. 491 ff.

^{Handel)}
Internationalen ^{von} Zentralverwaltungswirtschaften stehen sich die Staaten als Außenhandelspartner gegenüber, und die denkbaren Marktformen des Außenhandels müssen von der zentralen staatlichen Planung und Lenkung der Binnen- wie der Außenwirtschaft her gedacht werden. Wenn sich aber am gleichen Ordnungsprinzip gleichermaßen orientierte und durchorganisierte Volkswirtschaften zum Zwecke des internationalen Güteraustausches gegenüberstehen, so ist damit noch keineswegs eine gleichartige, eine unterschiedliche oder gar diskriminierende Behandlung der Außenhandelspartner entschieden. Da der Staat bzw. die politische Führung einer Zentralverwaltungswirtschaft allein Subjekt der Planung und Lenkung des Außenwirtschaftsverkehr ist, hängt das Handeln und Verhalten des staatlichen Außenhandelsmonopols in allen Einzelheiten von den zentralen Weisungen und denjenigen wirtschaftspolitischen Absichten ab, welche die obersten Lenkungsbehörden dieses Gemeinwesens durchsetzen wollen. Praktisch sind also mit dem staatlichen Außenhandelsmonopol sehr unterschiedliche Formen des zwischenstaatlichen Güteraustausches und der Behandlung der Außenhandelspartner vereinbar, je nach Art und Rangordnung der zentralen wirtschaftspolitischen Ziele.

C. Die Abhängigkeit von den Planabsichten der politischen Führung im Außenhandelspartnerland.

Das kann jedoch nur unter der Voraussetzung gelten, daß die politische Führung der Zentralverwaltungswirtschaft auch in der Lage ist, ihren politischen Willen sowohl im Inlande als auch im Auslande durchzusetzen. Es ist aber kaum anzunehmen, daß die Außenhandelspartner der Zentralverwaltungswirtschaft gewillt wären, eigene Ambitionen im Interesse der handelspolitischen Absichten der anderen Zentralverwaltungswirtschaft zurückzustellen. Wenn also die zentrale Leitung der Zentralverwaltungswirtschaft die von ihr angestrebten Ziele tatsächlich realisieren will, dann wird sie auch mit den Planabsichten der politischen Führung im Außenhandelspartnerland rechnen müssen.

Die wirtschaftspolitische Willensverwirklichung im eigenen Interesse auf Kosten und zu Lasten der Interessen der Außenhandelspartner wird darum um so schwerer durchzusetzen sein, und die gegenseitigen Abhängigkeiten werden um so differenzierter, je mehr Zentralverwaltungswirtschaften außenwirtschaftlich miteinander verbunden sind und je mehr jeder einzelne Partner darauf bedacht ist, den binnenländischen Wirtschaftsprozeß von Auslandseinflüssen möglichst freizuhalten, um seine Eigenständigkeit zu bewahren und seinen zentralen politischen Willen wenigstens im Inlande eindeutig durchzusetzen. Die politische Führung einer Zentralverwaltungswirtschaft ist damit zwar allein Subjekt der Planung und Lenkung des binnenländischen Wirtschaftsprozesses sowie der Planung und Lenkung des Internationalen Handels, zugleich aber auch Objekt der Pläne seiner Außenhandelspartner.

D. Ehrgeizige außenwirtschaftliche Ziele können auf Kosten und zu Lasten binnenwirtschaftlicher Ziele verwirklicht werden.

Völlig unabhängig sind also die außenwirtschaftspolitischen Ziele einer Zentralverwaltungswirtschaft keineswegs. Die Zielvorstellungen der Außenhandelspartner müssen ebenso beachtet werden wie die Importnotwendigkeiten und Exportmöglichkeiten im binnenländischen Wirtschaftsprozeß. Das Ziel der Maximierung des Sozialproduktes ist jedoch nicht in jedem Falle mit den zentralverwaltungswirtschaftlichen Ordnungsprinzipien logisch identisch.

Vollständig zentrale Planung und Lenkung des wirtschaftlichen Prozesses und Monopolisierung des Außenwirtschaftsverkehrs bedeuten, daß über die Verwendung aller wirtschaftlichen Güter und des gesamten Produktionsapparates allein von der politischen Führung der Zentralverwaltungswirtschaft gemäß Art und Rangordnung ihrer politischen Ziele entschieden wird, die sie durchzusetzen imstande ist. Versorgung der Bevölkerung, Einkommensverteilung und Beschäftigung der Produktionsfaktoren sind nach unserer bisherigen Unter-

suchung jedenfalls im Innern der Zentralverwaltungswirtschaft bestimmt durch die zentralen Planabsichten. Sie können also auf sehr unterschiedlicher Höhe der Rangordnung der Ziele der politischen Führung rangieren. In jedem Falle aber wird die politische Führung bestrebt sein, den Nutzen aller wirtschaftlichen Güter, die der Verwirklichung ihrer Ziele dienen, zu maximieren. Wenn also beispielsweise die Unabhängigkeit vor möglichen Auslandseinflüssen an sehr hoher Stelle der Rangordnung der Ziele der politischen Führung rangiert, dann verzichtet diese auf eine vollständige Ausnutzung der Vorteile der internationalen Arbeitsteilung und damit auf einen Teil jener Güter, die in binnenländischen Produktionsrichtungen einen Nutzenzuwachs bewirken könnten.

Daraus folgt aber auch, daß auf Kosten und zu Lasten anderer Ziele, wie z.B. der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern, außenwirtschaftspolitische Ziele vordringlicher verwirklicht werden können. Andere Ziele werden eingeschränkt, um das dadurch frei werdende Wirtschaftspotential zur Realisierung ehrgeiziger außenwirtschaftspolitischer Ziele einzusetzen und damit einen Einfluß auf das Handeln und Verhalten der Partner im Außenwirtschaftsverkehr zu gewinnen. Aus den Kriterien des außenwirtschaftspolitischen Systems von Zentralverwaltungswirtschaften ist jedenfalls nicht abzulesen, daß Interessenkollisionen zwischen so geordneten Gemeinwesen ausgeschlossen wären.

II. Instrumente der außenwirtschaftlichen Zusammenarbeit.

A. Gestaltungsprobleme.

Wenn aber die Gefahren einseitiger wirtschaftspolitischer Beeinflussung weiterbestehen, dann sind die Instrumente der außenwirtschaftlichen Zusammenarbeit so zu gestalten, daß weder die politischen noch die ordnungspolitischen Grundlagen der Zentralverwaltungswirtschaft¹⁾ an-

1) Ein ausgezeichnete Überblick über die politischen und ordnungstheoretischen Grundlagen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Ostblockstaaten findet sich bei Klinkmüller, E. u. Ruban, M.E.: Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Ostblockstaaten, Osteuropa Institut

getastet, die wirtschaftspolitischen Ziele¹⁾ jedoch, welche die politische Führung zu verwirklichen wünscht, möglichst weitgehend gegenüber den Außenhandelspartnern durchgesetzt werden können. Aus dem System der zentralen Planung und Lenkung des binnenländischen Wirtschaftsprozesses und der zentralen Planung des Außenwirtschaftsverkehrs folgt, daß die Volkswirtschaftspläne der arbeitsteilig miteinander verbundenen Zentralverwaltungswirtschaften zu koordinieren sind, ohne daß die einzelstaatliche Souveränität, die Zentralisierung der wirtschaftlichen Planung und die in ihr enthaltene Macht der Lebensgestaltung eingeschränkt werden.

Damit ist die Frage, wie geplant wird, im Außenwirtschaftsverkehr ebenso zu lösen, wie das für den binnenländischen Wirtschaftsprozeß in Zentralverwaltungswirtschaften geschieht. Die Frage, wer plant, ist jedoch im zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehr anders zu beantworten als für die Binnenwirtschaft jeder beteiligten Zentralverwaltungswirtschaft. Anstelle der zentralen Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses einer jeden Zentralverwaltungswirtschaft nach Maßgabe der zentralen Direktiven der jeweiligen politischen Führung sind hier sämtliche Probleme des zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehrs von formal gleichberechtigten Partnern in allen Einzelheiten auszuhandeln.

B. Handelsverträge

Diesem Zweck dienen völkerrechtsähnliche Verträge zwischen souveränen Zentralverwaltungswirtschaften. Sie enthalten die langfristigen politischen, rechtlichen und ökonomischen Grundlagen, auf denen aufbauend Abmachungen über Arten und Mengen der auszutauschenden Güter, die für sie geltenden Preise, die Konditionen des zwischenstaatlichen Waren- und Zahlungsverkehrs, den Ausgleich der zwischen-

an der FU Berlin, Wirtschaftswiss. Veröff. Bd. 12, Berlin 1960, S. 31-74. Vgl. auch S. 175 ff. dieses Teils der Untersuchung.

1) Über die vordringlichen Ziele der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Ostblock vgl. ebenfalls Klinkmüller, E. u. Ruban, M.E.: Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Ostblockstaaten, a.a.O., S. 74 ff.

staatlichen Zahlungen, die Konditionen der gegenseitigen Inanspruchnahme von Krediten sowie die Koordination der wirtschaftlichen Entwicklung der arbeitsteilig miteinander verbundenen Volkswirtschaften zu konkretisierter sind.¹

Für die binnenländische Wirtschaftsrechnung der Zentralverwaltungen der Wirtschaften erleichtert dieses Vertragssystem die volkswirtschaftlich sinnvolle Auswahl der für den internationalen Handel notwendigen Import- und Exportwaren und die Koordination der für den internationalen Güteraus- tausch vorgesehenen Gütermengen mit dem inländischen Volks- wirtschaftsplan. Darüber hinaus soll es aber auch die Zahlungsbilanz ausgleichen sowie das aus dem Außenwirt- schaftsverkehr herrührende "äußere Preisniveau" mit der binnenländischen Finanzplanung abstimmen helfen.²⁾

Zum Abschluß ihrer außenhandelspolitischen Vereinbarun- gen bedienen sich die Zentralverwaltungen der Wirtschaften vor allem folgender außenwirtschaftspolitischen Instrumente³⁾:

C. Handelsabkommen.

Im Rahmen von Handelsverträgen, in welchen die langfri- stigen politischen, rechtlichen und ökonomischen Beziehun- gen zwischen Zentralverwaltungen der Wirtschaften abgesteckt werden, schließen diese Staaten gegenseitige Handelsabkom- men ab. Diese Handelsabkommen dienen der Abstimmung der Perspektivplanung der Zentralverwaltungen der Wirtschaften und enthalten darum im Gegensatz zu den Handelsverträgen spe- zifische Abmachungen für die Langfristplanung. Welche Warenarten und Gütermengen gemäß den Zielen der politischen

1) Vgl. Klinkmüller, E. u. Ruban, M.E.: Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Ostblockstaaten, a.a.O., S.122.

2) Ebenda.

3) Vgl. hierzu vor allem Nykryn, J., Herman, K., Stepan, K., Heiduschat, F.: Organisation und Technik des Außenhandels, Berlin(Ost) 1956, S.155ff.; Der Außenhandel und seine rechtliche Regelung in der UdSSR, Moskau 1961, deutsche Übersetzung im Staatsverlag der "DDR", Berlin(Ost) 1963, S.26ff. u. S.262ff.; Tiedtke, H.: Der Außenhandel der DDR, Berlin(Ost) 1961, S.93ff.; Nykryn, J., Stepan, K., Herman, K., Sereghy, J., Heiduschat, F.: Der sozialistische Außen- handel und der Nutzeffekt der Außenhandelsgeschäfte, Berlin(Ost) 1962, S.99ff.

Führung einer jeden Zentralverwaltungswirtschaft sowie den Notwendigkeiten des jährlichen nationalen Volkswirtschaftsplanes tatsächlich auszutauschen sind, geht aus den jährlichen Kontingentlisten hervor, die zu Beginn eines jeden Jahres zwischen den Außenhandelspartnern konkret festgelegt und durch gegenseitig unterzeichnete Protokolle rechtsverbindlich werden.

Auf der Grundlage der vereinbarten Handelsverträge, der Handelsabkommen und der Jahresprotokolle erhalten die Außenhandelsunternehmen der verschiedenen Zentralverwaltungswirtschaften ihre zentralen Anweisungen zum Abschluß der erforderlichen Einzelverträge mit den korrespondierenden Außenhandelsorganen der Partnerländer im Außenwirtschaftsverkehr. Hierbei halten sie sich im wesentlichen an die "Allgemeinen Bedingungen"¹⁾, die von den beteiligten Zentralverwaltungswirtschaften im "Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe" für den internationalen Warenaustausch vereinbart wurden. Die zur Erfüllung der Verträge notwendige Aufsicht unterliegt jedoch den jeweiligen staatlichen Kontrollorganen bei der Planung und Lenkung des binnenländischen Wirtschaftsprozesses.²⁾

D. Abkommen über die Zahlungs- und Lieferbedingungen.

Ergänzt werden die Handelsabkommen durch gegenseitige Zahlungsabkommen, die über die Verrechnungsmodalitäten der Forderungen und Verbindlichkeiten im zwischenstaatlichen Warenaustausch Auskunft geben.³⁾ Ebenso wie die langfristi-

1) Allgemeine Bedingungen des RgW von 1958, in: Osteuropa-Recht, Nr.1/1960, S.49-70 sowie Außenhandelspraxis Teil III, Die Durchführung von Exportgeschäften, a.a.O., 940 - Blatt 1 - 15.

2) S. Der Außenhandel und seine rechtliche Regelung in der UdSSR, a.a.O., S.31ff.

3) S. Außenhandelspraxis, Teil IV, Der Zahlungs- und Verrechnungsverkehr mit dem Ausland, Der Zahlungs- und Verrechnungsverkehr mit den sozialistischen Ländern, 3.1. - Blatt 1 - 3.2.4. - Blatt 1; Außenhandelspraxis Teil III, Die Durchführung von Exportgeschäften, Der Verrechnungsverkehr der "DDR" mit den sozialistischen Ländern, 810 - Blatt 1 - 811 - Blatt 3; Hercher, K.: Der Zahlungsverkehr der "DDR" mit dem Ausland, Berlin(Ost) 1958; Smirnow, A.M.: Internationale Verrechnungen und Kreditbeziehungen im Außenhandel der UdSSR, Übersetzung aus dem Russischen, Berlin(Ost) 1954.

gen Handelsabkommen sind die Zahlungsabkommen wie auch Abkommen über die Konditionen der Lieferung und des Transportes in jährlichen Verhandlungen zu konkretisieren. Diese Verhandlungen bilden wiederum die Grundlage der zentralen Anweisungen zum Abschluß der erforderlichen Einzelverträge mit den entsprechenden Außenhandelsunternehmungen in den Partnerländern wie auch mit den für die binnenländische Finanzplanung und die Planung des Valutabedarfes im Außenwirtschaftsverkehr verantwortlichen staatlichen Kontrollorganen.¹⁾ Auch bei der Festlegung der konkreten Einzelheiten in den Modalitäten des Waren- und Zahlungsverkehrs halten sich die Vertragspartner an die allgemeinen Zahlungs- und Lieferbedingungen, die von den beteiligten Zentralverwaltungen im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe ausgehandelt wurden.²⁾

Entsprechend diesen Bedingungen sind die zwischenstaatlichen Verrechnungen der Mitgliedsländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe durch ein sogen. Sofortbezahlungsverfahren abzuwickeln. Zu diesem Zweck unterhalten die Staatsbanken gegenseitige Clearingkonten. Werden die vertraglich festgelegten Dokumente durch die jeweiligen Außenhandelsunternehmen bei ihrer Notenbank vorgelegt, so bucht diese den erforderlichen Betrag vom Konto der Partnerbank ab und schreibt ihn dem entsprechenden Außenhandelsunternehmen gut. Erst danach werden die Dokumente der Partnerbank zugeschickt, was keineswegs mit der vertragsgemäßen Auslieferung der Ware zusammenfallen muß.³⁾

Die vertragsgerechte Erfüllung der übernommenen und geplanten Verpflichtungen ist also erst beim Eintreffen der Ware am Erfüllungsort und lange nach der Bezahlung zu kon-

- 1) Vgl. Außenhandelspraxis, Der Zahlungs- und Verrechnungsverkehr mit dem Ausland, Teil IV, Die MDN (Mark der Deutschen Notenbank) - Inlandsabrechnung der Exporte und Importe, 6.1. Blatt 1 - 6.3.8. Blatt 1.
- 2) Zu den Zahlungsbedingungen s. Abschnitt XII "Zahlungsverfahren" in den Allgemeinen Bedingungen des RgW von 1958 und zu den Lieferbedingungen die entsprechenden Abschnitte I-XI ebenda, in: Osteuropa-Recht 1/1960, S.49-70.
- 3) Vgl. Hercher, K.: Der Zahlungsverkehr der DDR mit dem Ausland, a.a.O., S.43 u. 66ff.

trollieren. Der Zwang zur Einhaltung der übernommenen Verpflichtungen ist also nicht besonders groß, wodurch sich unübersehbare Schwierigkeiten bei der Erfüllung der gegenseitig vereinbarten Konditionen im zwischenstaatlichen Waren- und Zahlungsverkehr ergeben können. Es ist jedoch möglich, die bei den Staatsbanken errichteten Verrechnungskonten vierteljährlich gegeneinander aufzurechnen, um eine Kontrolle über zeitgerechte gegenseitige Lieferungen zu erhalten und den Ausgleich bestehender Kontensalden durch Lieferungen entsprechend den ausgehandelten Kontingentslisten voranzutreiben. Am Jahresende verbliebene Verrechnungssalden beweisen, daß die allseitige Koordination des gegenseitigen Warenaustausches und die geplante Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen im Außenwirtschaftsverkehr nicht geglückt ist und wegen der erwähnten Schwierigkeiten bei der Planung und Planerfüllung auch niemals vollends erreicht werden kann.

Sind die verbliebenen Rückstände nicht durch den Risikobestand an "harten Waren"¹⁾ auszugleichen, dann ist man gezwungen, die Gläubiger- und Schuldnerpositionen zu konsolidieren und die verbliebenen Rückstände in ein neues Jahresabkommen aufzunehmen. Um zu verhindern, daß übergroße Schulden im Internationalen Handel die binnenländische Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses völlig durch-

1) Mit harten Waren sind diejenigen gemeint, die für die Planerfüllung und damit für die Erfüllung der Ziele der politischen Führung in Zentralverwaltungswirtschaften besonders wichtig sind. Meist handelt es sich dabei um Rohstoffe oder Aggregate, die zur Überwindung von Engpässen bei industriellen Schwerpunktaufgaben dringend gebraucht werden. Wenn wir uns aber an den Bewertungsprozeß der Außenhandelsgüter erinnern, dann ist kaum anzunehmen, daß solche für das binnenländische Produktionsprogramm äußerst wichtigen Güter in ausreichendem Maße für die Exportreserve bereitgestellt werden. Andererseits ist es wenig wahrscheinlich, daß die weniger dringlichen Güter der Exportreserve vom Außenhandelspartnerland in der laufenden Planperiode noch an geeigneter Stelle im Wirtschaftsprozeß eingesetzt werden können, einmal, weil man glaubt, daß sie in ausreichenden Mengen verfügbar sein werden und zum anderen, weil sie vermutlich den Ausleseprozeß erneut in Gang bringen würden.

einanderbringen können, vereinbaren die Zentralverwaltungs-wirtschaften in ihren zwischenstaatlichen Waren- und Zahlungsabkommen gewöhnlich eng begrenzte Swings der gegenseitigen Verschuldung, die, wenn sie überschritten werden, in Gold oder konvertierbarer Währung auf ihr vereinbartes Maß zurückzuschrauben sind. Da Gold und konvertierbare Währungen jederzeit zum Kauf der für die Planerfüllung notwendigen Güter auf den Märkten der westlichen Industrienationen verwendet werden können, spielen der Ost-West-Handel und die aus ihm erzielbaren Devisen für die Koordination der Volkswirtschaftspläne von Zentralverwaltungs-wirtschaften und deren Planerfüllung eine hervorragende Rolle.

E. Spezielle zwischenstaatliche Abkommen

enthalten schließlich Vereinbarungen über die gegenseitige Kreditgewährung, die gemeinsame Ausbeute und Verwertung von Naturschätzen und den gemeinsamen Betrieb von Industrieanlagen, die wissenschaftlich technische Zusammenarbeit, den Austausch von Fachkräften, neuen Arbeitsmethoden, Betriebserfahrungen und anderes mehr. Diese Vereinbarungen sollen zusammen mit den übrigen Abkommen der Koordination der Perspektivplanung dienen und darüber hinaus die Integration der Mitgliedsstaaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe zu einem zentralverwaltungs-wirtschaftlichen Block bewirken. Wie weit die dadurch hervorgerufenen Strukturveränderungen im nationalen Wirtschaftsaufbau Abhängigkeiten schaffen, kann jedoch erst bei der Analyse der Methoden der außenwirtschaftlichen Zusammenarbeit begründet werden.

III. Grundlagen der Ordnung des Internationalen Handels zwischen Zentralverwaltungswirtschaften.

Die Instrumente, die im zwischenstaatlichen Handel von Zentralverwaltungswirtschaften angewandt wurden, lassen erkennen, daß die Ordnung des Internationalen Handels

selbst untrennbar mit dem binnenländischen Ordnungssystem verbunden ist. Aus der Wirtschaftsrechnung des Internationalen Handels in Volkswirtschaften zentraler Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses ergeben sich damit sozusagen systemimmanent die Grundlagen für die Ordnung des Internationalen Handels zwischen Zentralverwaltungswirtschaften, die zugleich auch als Besonderheiten der Wirtschaftsrechnung im Internationalen Handel zwischen so geordneten Gemeinwesen angesehen werden können.

A. Kontingentierung der Warenein- und -ausfuhr.

Statt der Liberalisierung, welche die Grundlage des internationalen Güteraustausches im Internationalen Handel zwischen marktwirtschaftlich geordneten Ländern bilden sollte, um die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung möglichst vollends auszuschöpfen, bedienen sich Zentralverwaltungswirtschaften im zwischenstaatlichen Güteraustausch der völligen Kontingentierung der Ein- und Ausfuhr. Diese Kontingentierung erleichtert die gegenseitige Abstimmung des Warenaustausches gemäß den nationalen Planzielen der beteiligten Außenhandelspartner, weil die langfristigen Handels- und Zahlungsabkommen und die in ihnen vorgesehenen Liefer- und Bezugsmöglichkeiten konkrete Vereinbarungen über die Liefer- und Abnahmebedingungen noch vor Beginn der jährlichen Planperiode erlauben und damit eine ex ante Koordination der Planung des Internationalen Handels mit der binnenländischen Volkswirtschaftsplanung ermöglichen. Dies gilt freilich nur dann, wenn die vertraglichen Verpflichtungen in praxi auch eingehalten werden, wofür infolge der erwähnten Schwierigkeiten bei der Planerfüllung nicht in jedem Fall eine hinreichende Gewähr besteht.

B. Bilateralität der Handelsvereinbarungen.

Wie die Liberalisierung des Warenaustausches zwischen Wirtschaftsordnungen staatsbürgerlicher Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses einen multilateralen Handelsverkehr

gewährleistet, wenn nur die an den marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzipien ausgerichteten Staaten einige allgemeine rechtsverbindliche Spielregeln einhalten und nicht durch tiefgreifende Interventionen in den Wirtschaftsablauf die Entscheidungen der privaten Im- und Exporteure beeinflussen, so folgt aus der in der Wirtschaftsrechnung von Zentralverwaltungswirtschaften begründeten Kontingentierung die Bilateralität der Handelsvereinbarungen. Solche zweiseitigen Vereinbarungen im Außenwirtschaftsverkehr von Zentralverwaltungswirtschaften sind nötig, weil der Warenaustausch zwischen diesen Ländern selbst geplant werden muß und die Risiken, die in der Planung zukünftigen wirtschaftlichen Geschehens sowohl im Inland als auch im Ausland enthalten sind, durch feste vertragliche Verpflichtungen einigermaßen abgedeckt werden müssen. Die Bilateralität ist somit ebenfalls in der Wirtschaftsordnung zentraler Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses begründet, weil nur ein zentralverwaltungswirtschaftliches Außenhandelsmonopol in der Lage ist, solche Verpflichtungen gegenüber dem Ausland einzugehen. "Die festen vertraglichen Bindungen erlauben es jedem der beteiligten Länder, die außenwirtschaftlichen Beziehungen mit einer gewissen Sicherheit in die binnenwirtschaftlichen Planungen einzubeziehen. Erst dadurch wird es möglich, den Internationalen Handel aus seiner Funktion als Lückenbüßer zu einem integrierenden Bestandteil der Wirtschaftsplanung zu erheben."¹⁾ Die von uns erwähnten theoretischen und praktischen Schwierigkeiten bei der Koordination des Internationalen Handels mit dem binnenländischen Volkswirtschaftsplan zur Herbeiführung eines allgemeinen Plangleichgewichtes dürfen jedoch auch hier nicht übersehen werden.

C. Staatliches Devisen- und Verrechnungsmonopol.

Ähnlich wie der multilaterale Handelsverkehr zwischen Ländern staatsbürgerlicher Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses einer Ordnung des internationalen Zah-

1) Klinkmüller, E. u. Ruban, M.E.: Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Ostblockstaaten, a.a.O., S.124.

lungsverkehrs auf der Grundlage der Konvertibilität der einzelstaatlichen Währungen bedarf, erfordern die bilateralen Warenkompensationsabkommen eine Ordnung des zwischenstaatlichen Zahlungs- und Verrechnungsverkehrs durch ein zentralverwaltungswirtschaftliches Devisenmonopol.¹⁾ Durch das staatliche Devisenmonopol der Zentralverwaltungswirtschaften werden "der gesamte Verrechnungsverkehr mit ausländischen Staaten sowie der Kauf, Verkauf und die Aufbewahrung von ausländischer Valuta in den Händen des sozialistischen Staates konzentriert."²⁾ Dadurch ist es möglich, die Währungspolitik mit außenwirtschaftspolitischen Zielen und den Zielen der politischen Führung bei der Planung und Lenkung des binnenländischen Wirtschaftsprozesses zu verbinden, jegliche Einflüsse aus internationalen Geld- und Kreditbeziehungen vom binnenländischen Wirtschaftsprozess fernzuhalten, eine Aufspaltung in ein "äußeres" und "inneres" Preisniveau zu bewirken und eine geldwirtschaftliche Kontrolle im Inland gemäß den zentralen naturalen Plananweisungen auszuüben. Da sich aber der Außenwirtschaftsverkehr im Handel zwischen Zentral^{verwaltungs-}verwaltungs-wirtschaften vornehmlich über gegenseitig vereinbarte Warenkontingente vollzieht und es zu internationalen Zahlungen ohnehin nur bei Überschreitungen der gegenseitig vereinbarten Limits der Verschuldung kommt, obliegt dem zentralverwaltungswirtschaftlichen Devisenmonopol im Handel zwischen Zentralverwaltungswirtschaften vor allem die Kontrolle über die Zahlungsvereinbarungen und die Kontrolle über die fristgerechten Zahlungen in Form der ausgehandelten Kontingente.

1) Über die Bedeutung des Devisenmonopols in Zentralverwaltungswirtschaften vgl. vor allem Außenhandelspraxis, Teil IV, Der Zahlungs- und Verrechnungsverkehr mit dem Ausland, Das Valutamonopol des sozialistischen Staates, 1.1. Blatt 1 - 1.5. - Blatt 2; Spiller, H.: Valutamonopol und internationale Finanzbeziehungen, Berlin (Ost) 1963 und Hercher, K.: Der Zahlungsverkehr der DDR mit dem Ausland, Berlin (Ost) 1958.

2) Lehrbuch der politischen Ökonomie, a.a.O., S.728.

IV. Die Vorteile einer intensiven internationalen Arbeitsteilung und deren politische Grenzen.

Sind nun die außenwirtschaftlichen Ziele der politischen Führung einer jeden Zentralverwaltungswirtschaft mit den außenhandelspolitischen Instrumenten, die nach den Grundlagen der Ordnung des Internationalen Handels zwischen Zentralverwaltungswirtschaften gestaltet wurden, tatsächlich zu erreichen?

Die aus dem System der zentralen Planung und Lenkung des binnenländischen Wirtschaftsprozesses und aus der zentralen Planung des Außenwirtschaftsverkehrs beschriebene und mögliche Koordination der Volkswirtschaftspläne der arbeitsteilig miteinander verbundenen Zentralverwaltungswirtschaften dürfte bewiesen haben, daß es der politischen Führung einer jeden Zentralverwaltungswirtschaft mit den Instrumenten der zentralverwaltungswirtschaftlichen Außenwirtschaftspolitik möglich ist, sich die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung zunutze zu machen, um die Produktivität der binnenländischen Wirtschaft zu erhöhen und die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen zu verbessern. Das solchermaßen erreichbare verstärkte binnenländische Wirtschaftspotential dient ohne Zweifel dem Ausbau der politischen Macht der politischen Führung. Einmal, weil ihre außerwirtschaftlichen Ziele nunmehr vermehrt realisiert werden können und zum anderen, weil die Behauptung und Festigung des Führungsanspruches auf dem politischen Erfolg der Führungsorgane eines so geordneten Gemeinwesens basieren. Es ist daher auch kein Zufall, wenn der Außenhandel in Zentralverwaltungswirtschaften eine immer bedeutendere Rolle spielt und ihm nicht mehr nur die Funktionen eingeräumt werden, lediglich die "Lücken der binnenländischen Produktionsstruktur zu schließen, Fehlplanungen zu kompensieren oder eine mangelhafte inländische Planerfüllung auszugleichen."¹⁾

Auf der anderen Seite findet jedoch eine intensive zwi-

1) Klinkmüller, E. und Ruban, M. E.: Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Ostblockstaaten, a.a.O., S.80.

schenstaatliche Arbeitsteilung ihre Grenzen dort, wo die einzelnen Zentralverwaltungswirtschaften das Risiko einer engen außenwirtschaftlichen Verflechtung für die binnenländische zentrale Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses sehr hoch einschätzen und sich mit den gebotenen zentralverwaltungswirtschaftlichen Instrumenten ihre politische und ökonomische Unabhängigkeit und Eigenständigkeit zu sichern suchen. Will sich aber die politische Führung einer Zentralverwaltungswirtschaft ihre aus der Zentralisierung der binnenländischen Planung resultierende Macht der Lebensgestaltung in keiner Weise einschränken lassen, dann wird sie dem Außenhandel lediglich Hilfsfunktionen bei der Verwirklichung ihrer Ziele im Inland zubilligen. Die in der praktischen Zusammenarbeit der Ostblockstaaten zu beobachtenden Tendenzen zur fortschreitenden Industrialisierung und intensiveren handelspolitischen Verflechtung nehmen jedoch dem gegen die internationale Arbeitsteilung in Zentralverwaltungswirtschaften gerichteten Argument viel von seiner Schärfe.

Man darf daher annehmen, daß die außenwirtschaftspolitischen Ziele einer jeden Zentralverwaltungswirtschaft so ausgewogen wurden, daß die politische Führung die Vorteile, welche sie aus der internationalen Arbeitsteilung ziehen kann, gegen jene Nachteile aufrechnet, die durch die arbeitsteilige Verflechtung der zentralen wirtschaftspolitischen Willensbildung und Willensverwirklichung im Inlande entgegenstehen. Eine so ausgewählte Kombination dürfte mit dem höchsten Zuwachs an Macht für die politische Führung in ihrem Herrschaftsbereich verbunden sein, dem Streben nach einer Einflußnahme auf das Handeln und Verhalten der Partner im Außenwirtschaftsverkehr aber dennoch nicht im Wege stehen.

Mit den außenwirtschaftspolitischen Instrumenten der Zentralverwaltungswirtschaften wären somit die Probleme der Wirtschaftsrechnung im Internationalen Handel zwischen Zentralverwaltungswirtschaften durchaus zu meistern. Wenn man aber bedenkt, daß die Fragen der binnenländischen Planung und Planverwirklichung praktisch nur sehr unzurei-

chend gelöst werden können und zudem die Unterschiede in den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen beachtet, die auch bei konsequenter Handhabung der zentralverwaltungswirtschaftlichen Instrumente der Außenwirtschaftspolitik weiterbestehen¹⁾, dann wird deutlich, welchen Schwierigkeiten die Koordination der Volkswirtschaftspläne zwischen Zentralverwaltungswirtschaften begegnet. Ob diese Schwierigkeiten von einzelnen Zentralverwaltungswirtschaften ausgenutzt werden, um ihre eigenen wirtschaftspolitischen Ziele auf Kosten und zu Lasten der Partner im Außenwirtschaftsverkehr besser verwirklichen zu können, ist schlüssig mit der Analyse der zentralverwaltungswirtschaftlichen Außenhandelsinstrumente also ebenfalls nicht zu beweisen. Dazu haben wir endlich die denkbaren Methoden der außenwirtschaftlichen Zusammenarbeit zu untersuchen, wobei wir uns jedoch bewußt wieder auf das Wesentliche beschränken wollen.

V. Methoden außenwirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Zentralverwaltungswirtschaften.

Unsere bisherigen Überlegungen über Probleme der Wirtschaftsrechnung im Handel von Zentralverwaltungswirtschaften zeigten zugleich die wirtschaftlichen und politischen Herrschaftsverhältnisse in diesen Ländern, die praktisch die Methoden ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit beeinflussen. Wir wollen daher die wichtigsten von ihnen noch einmal kurz hervorheben.

A. Grundlagen der wirtschaftlichen und politischen Herrschaftsverhältnisse in Zentralverwaltungswirtschaften.²⁾

Die Zentralverwaltungswirtschaften werden durch die je-

- 1) Vgl. hierzu Schenk, K.E.: Arbeitsteilung im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, Wirtschaftswiss.Veröff.des Osteuropa-Instituts an der FU Berlin, Bd.21, Berlin 1964, S.89ff.
- 2) Vgl. hierzu Hamel, H.: Das sowjetische Herrschaftsprinzip des demokratischen Zentralismus in der Wirtschaftsordnung Mitteldeutschlands, Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteldeutschland, hrsgg.v. Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Bd.5, Berlin 1966, S.44ff und insbesondere Richert, E.: Macht ohne Mandat, Der Staatsapparat in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands Schr.d.Instituts f.Politische Wissenschaft, hrsgg.v. O.Stamer, Bd.11, Köln u.Opladen 1965, 2.Aufl.

weilige auf militärischer Disziplin gegründete kommunistische Einheitspartei beherrscht.

Eine kleine politische Führung als organisatorischer Zusammenschluß zum Politbüro des Zentralkomitees beherrscht wiederum die Partei und hält darum alle politische Macht in ihren Händen.

Das staatliche Eigentum an den Produktionsmitteln und die Zentralisierung der wirtschaftlichen Planung verleihen ihr darüber hinaus die Macht, über die Verwendung der wirtschaftlichen Güter und damit zugleich über Art, Umfang, Rangordnung und Auslese aller in diesem Staate aktuellen außerwirtschaftlichen Ziele zu entscheiden. Die Macht zur Lebensgestaltung in ihrem Herrschaftsbereich befestigt mit hin ihren politischen Führungsanspruch und führt notwendig hin zum totalen Staat.

Weil aber in diesem Staat alle Ziele zu politischen Zielen einer kleinen politischen Führung werden, trachtet diese Institution zur Behauptung und Festigung ihres Herrschaftsanspruches nach politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit, Eigenständigkeit und Souveränität mit allen ihr verfügbaren Mitteln der Macht.

Der Behauptung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit sowie der politischen Ziele der politischen Führung jeder Zentralverwaltungswirtschaft dient das Außenhandels- und Devisenmonopol, durch das die binnenwirtschaftliche Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses von außenwirtschaftlichen Einflüssen völlig isoliert werden kann.

Daneben vermag aber die internationale Arbeitsteilung die Produktivität der binnenländischen Wirtschaft zu stärken, so daß die Ziele der politischen Führung vermehrt realisiert und die wirtschaftliche wie auch die politische Macht der Führungsorgane dieses Staates weiter fundiert werden können.

Wenn eine Zentralverwaltungswirtschaft mit einer anderen außenwirtschaftlich verbunden ist, dann begegnet sie damit einem Partner, der ähnliche zentralverwaltungswirtschaftliche Instrumente der Außenwirtschaftspolitik anwendet und der in gleicher Weise als Staat unmittelbar alle außen-

wirtschaftlichen Angelegenheiten regelt. Für die binnenländische Wirtschaftsrechnung erscheint dies vorteilhaft, weil der Außenhandel zwischen beiden Zentralverwaltungswirtschaften unter den in dieser Untersuchung genannten Voraussetzungen langfristig bis in alle Einzelheiten abgestimmt werden kann und damit für die Planung und Lenkung des binnenländischen Wirtschaftsprozesses zu einer kalkulierbaren Größe wird. Weil aber das zentrale Planungssystem die zentralverwaltungswirtschaftliche Ordnung in ihrem Kern begründet, wird eine Zentralverwaltungswirtschaft bestrebt sein, ihre internationalen Wirtschaftsbeziehungen zunächst und soweit wie möglich mit anderen Zentralverwaltungswirtschaften auszuweiten, wodurch praktisch dem Ausbau der internationalen Arbeitsteilung mit den westlichen Industrienationen Grenzen gezogen werden.¹⁾ Wenn also jede Zentralverwaltungswirtschaft bemüht ist, den Außenhandel als kalkulierbare Größe in ihre Wirtschaftsrechnung einzuplanen, dann ist es auch verständlich, daß sie Verpflichtungen aus internationalen Wirtschaftsbeziehungen möglichst exakt zu erfüllen strebt, um nachteilige Wirkungen auf die Planerfüllung in ihrer eigenen Wirtschaft zu vermeiden.

Dies beweist aber zugleich auch, daß es nicht nur die gleichartigen ordnungspolitischen Grundlagen im Handel zwischen Zentralverwaltungswirtschaften sind, die das Interesse an langfristig verbindlichen und bis in Details im voraus bestimmten Handels- und Wirtschaftsbeziehungen begründen.

Solange die politische und wirtschaftliche Machtkonzentration in den Händen der politischen Führung einer jeden Zentralverwaltungswirtschaft erhalten bleibt und die ökonomische Souveränität im Handel dieser Staaten fundiert, ist nicht einzusehen, warum diese Machtmittel jeweils nur im eigenen Herrschaftsbereich eingesetzt werden sollen und nicht versucht würde, mit ihnen zur Überwindung von

1) Vgl. Graf, W.: Der Außenhandel zwischen marktwirtschaftlich organisierten und zentralgeleiteten Volkswirtschaften, Zürich und St.Gallen 1951, S.83ff. u. Klinkmüller, E.: Die gegenwärtige Außenhandelsverflechtung der SBZD, a.a.O., S.9ff.

Schwierigkeiten bei der Planerfüllung auf das Handeln der Partner im Außenwirtschaftsverkehr im eigenen Interesse einzuwirken. Es ist schließlich immer möglich, Vereinbarungen zu kündigen, nicht einzuhalten oder eigennützig auszulegen. Die für die Wirtschaftsrechnung und für eine ungestörte Planerfüllung notwendige Stabilität des Internationalen Handels hängt damit letztlich von der vertraglichen Zuverlässigkeit und Treue der Außenhandelspartner ab. "Bei deren Wahl kann deshalb die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Ordnungsbedingungen nur insoweit eine Rolle spielen, als sie für die Beurteilung der Vertragstreue wesentlich ist."¹⁾ Insofern gibt es keinen Grund für die Vermutung, daß im Handel zwischen Zentralverwaltungswirtschaften nicht die eine versuchen könnte, ihre Macht auf Kosten und zu Lasten ihrer Außenwirtschaftspartner zu stärken und Bedingungen für ein wirtschaftliches und politisches Abhängigkeitsverhältnis zu schaffen. Die Machtkonzentration in den Händen der politischen Führung des Staates und die Rolle des Staates als unmittelbarer Handels- und Vertragspartner lassen darauf schließen, daß bei internationalen Wirtschaftsstreitigkeiten die Spannungen im Handel der Staaten eher noch größer sein werden, als wenn der Außenwirtschaftsverkehr von privaten Außenhandelskauleuten gelenkt wird, weil hier die wirtschaftlichen Interessen eng mit den politischen Zielen verbunden sind und ein Nachgeben des einen Staates seinem internationalen Ansehen schaden würde.²⁾ Es ist also nicht anzunehmen, daß dem Handel zwischen Zentralverwaltungswirtschaften "eine Tendenz zur allseitigen Harmonie der wirtschaftlichen Interessen"³⁾ innewohne und die Theorie des sozialistischen

1) Klinkmüller, E.: Die gegenwärtige Außenhandelsverflechtung der SBZD, a.a.O., S.11.

2) Diese Schwierigkeiten im Handel zwischen Zentralverwaltungswirtschaften untersuchte zuerst Viner, J.: International Relations between State-controlled National Economies, in: Readings in the Theory of International Trade, selected by a Committee of the American Association, London (1950), S.437-456, Wiederabdruck aus: The American Economic Review, Vol. XXXIV, Supplement (March 1944), pages 315-329.

3) Klinkmüller, E. u. Ruban, M.E.: Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Ostblockstaaten, a.a.O., S.103.

Internationalismus mehr als ein Postulat an das Handeln und Verhalten der außenwirtschaftlich verbundenen Staaten wäre, mehr "als eine Ideologie, die der Verschleierung der wirtschaftlichen Wirklichkeit dient".¹⁾

B. Das Problem der Macht im Handel der Staaten.

Die Interessenkollisionen im Handel zwischen Zentralverwaltungswirtschaften sind somit an den Methoden abzulesen, mit welchen sie ausgetragen werden. Dabei ist die Verbundenheit der wirtschaftlichen und der politischen Interessen bei den einzelnen Staaten und die Konzentration der Macht auf die jeweilige politische Führung besonders bedeutungsvoll. Wenn wir jetzt die denkbaren Methoden der außenwirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Zentralverwaltungswirtschaften untersuchen, so schreiben wir damit eigentlich ein Kapitel über die Macht im Handel der Staaten. Zu diesem Problem erschien bisher eine Reihe im Ansatz sehr unterschiedlicher Lösungsvorschläge. Sie sind am Schluß dieses Kapitels auf S. 209 verzeichnet.

1. Sind lediglich zwei Zentralverwaltungswirtschaften arbeitsteilig miteinander verbunden, dann ist der Kauf und Verkauf von Gütern und Dienstleistungen jeweils auf den Markt der anderen Zentralverwaltungswirtschaft beschränkt, der überdies durch das staatliche Außenhandels- und Devisenmonopol dem Einfluß des Außenhandelspartners entzogen ist und völlig vom Staate kontrolliert werden kann. Liegt unter diesen Voraussetzungen eine Beeinflussung des Handels der außenwirtschaftlich verbundenen Staaten überhaupt im Bereich des Möglichen?

a) Zunächst einmal sind in unserem Modell beide Staaten aufeinander angewiesen, weil der Internationale Handel auf andere Staaten nicht ausgedehnt werden kann. Damit ist aber die Dringlichkeit der Nachfrage einer Zentralverwaltungswirtschaft nach Gütern und Gütermengen der anderen sowie die Dringlichkeit deren Nachfrage nach Exportgütern

1) Klinkmüller, E. u. Ruban, U.E.: Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Obstblockstaaten, a.a.O., S.103.

der anderen Zentralverwaltungswirtschaft geeignet, in den bilateralen Warenkompensationsabkommen günstigere Verhandlungspositionen zu schaffen und damit Marktmachtpositionen zu begründen. Dieser Fall ähnlich dem des bilateralen Monopols in Ländern staatsbürgerlicher Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses erlaubt allerdings keine eindeutigen Lösungen der von den Verhandlungspartnern zu betreibenden Preis- und Mengenpolitik, weil keiner der Außenhandelspartner in der Lage sein dürfte, alle aus der binnenländischen Planung und Planverwirklichung resultierenden Variablen und möglichen Verhaltensweise des anderen zu erkunden. Die eine Zentralverwaltungswirtschaft kann sich also keineswegs darauf verlassen, daß die andere sich so und nicht anders verhalten werde und andererseits keine Möglichkeit bestünde, die Interessen und Ambitionen ihres Partners in die eigenen Überlegungen einzubeziehen. Insofern kann lediglich etwas über obere und untere Schranken in der Preis- und Mengenpolitik ausgesagt werden, je nachdem, welcher der beiden Außenhandelspartner nun den anderen beherrscht.

b) Sollen aber keine Abhängigkeitspositionen bewußt oder unbewußt gegenüber dem anderen Staat geschaffen werden, dann müßten die Dringlichkeiten von Importen und Exporten, auf die beide Länder gleichermaßen zur Verwirklichung ihres Zielprogrammes angewiesen sind, in beiden Staaten gleich sein. Die Grenznutzenvorstellungen beider Außenhandelspartner müßten also in allen Einzelheiten zueinander passen. Das aber ist ziemlich unwahrscheinlich. Im zweiten Teil unserer Untersuchung hatten wir gesehen, daß entscheidend für die Importnotwendigkeit und Exportmöglichkeit die Aufkommens- und Verwendungssalden in den binnenländischen Materialbilanzen waren, die nurmehr durch den internationalen Handel einzuschränken oder zu beseitigen sind. Es wäre aber reiner Zufall, wenn diese Salden, die sich in der Handelsbilanz der jeweiligen Zentralverwaltung wiederfinden, sich wechselseitig ergänzen würden. Bei zwei unabhängigen Zentralverwaltungswirtschaften wäre das eine rein zufällige Folge der Gegenseitigkeit der Ziele, der wirt=

schaftlichen Basis und der Genauigkeit der Wirtschaftsrechnung.

2. Weil in jeder Zentralverwaltungswirtschaft - wie das beschrieben wurde - alle aktuellen Ziele zu politischen Zielen einer kleinen politischen Führung werden und die politische Führungsschicht die Macht in ihren Händen konzentriert, diejenigen Ziele realisieren zu lassen, die sie verwirklichen möchte, ist nicht einzusehen, warum sie mit ihrem Außenhandelspartner all diese Ziele in allen Einzelheiten aufeinander abstimmen sollte und sich damit die Macht der Lebensgestaltung einschränken zu lassen.

a) Da sich aber die Ziele auch nicht völlig unabhängig von den Wünschen und Begehren und dem Handeln und Verhalten der in den Zentralverwaltungswirtschaften arbeitenden Menschen durchsetzen lassen und sich Menschen wie Staaten in vielerlei Hinsicht unterscheiden, werden auch die aus den Materialbilanzen der Einzelstaaten sich ergebenden Dringlichkeiten nach Importgütern sowie die Exportmöglichkeiten sich unterscheiden müssen.

Je weniger dringlich die Nachfrage des einen Landes und je unelastischer die Nachfrage der anderen Zentralverwaltungswirtschaften nach den Außenhandelsgütern des Partnerlandes ist, desto eher wird der schwächere Außenhandelspartner auch bereit sein, einen erhöhten Preis zu bezahlen, ohne die abzunehmende Menge zu verkleinern. Unterschiedliche Dringlichkeiten im Angebot oder der Nachfrage von Außenhandelsgütern begründen somit oftmals nicht unerhebliche Vorteile für die eine oder andere Zentralverwaltungswirtschaft und schaffen damit günstigere Voraussetzungen für die binnenländische Planung und Planverwirklichung.

b) Diese Dringlichkeiten sind aber weiterhin mit der Größe des Marktes eng verbunden. In unserem Modell werden Absatz- und Einkaufsmöglichkeiten der international gehandelten Güter jeweils auf die andere Zentralverwaltungswirtschaft beschränkt. Art und Umfang des Internationalen Handels

hängen damit vom Zielprogramm und dem wirtschaftlichen Potential im Lande des Außenhandelspartners ab. Das eigentliche Problem der Wirtschaftsrechnung, was und wieviel im- und exportiert werden soll, findet darum enge Grenzen in den gegebenen Mengenverhältnissen auf dem Auslandsmarkt.

Es ist also keineswegs gleichgültig, ob im Handel zwischen zwei Zentralverwaltungswirtschaften eine kleine mit einer großen international verbunden ist, weil mit den Unterschiedlichkeiten die Frage der Ausbeutung entweder als Folge der physischen Macht oder viel subtiler nur infolge bewußten oder unbewußten Verhaltens eng zusammenhängt, ohne daß der stärkere Handelspartner sich von dem schwächeren durch äußere Macht hervorheben müßte. So können beispielsweise unterschiedliche Knappheitsrelationen bei den Produktionsfaktoren, variierende Merkmale im Entwicklungsniveau der Länder, das erreichte technische Wissen, die je nach den Produktionsaufgaben unterschiedliche Größe der Unternehmen sowie deren Forschungs- und Entwicklungsvorhaben die wirtschaftliche Unabhängigkeit und Eigenständigkeit des einen Landes stärken und die des anderen schwächen. Der von den Austauschgütern weniger abhängige Partner gewinnt damit eine stärkere Verhandlungsposition und ökonomische Mittel der Macht, mit denen er seinen Außenhandelspartner auf lange Sicht in ein ökonomisches Abhängigkeitsverhältnis zwingen kann.

c. Auf jeden Fall aber ermöglicht die örtliche und zeitliche Konzentration von Angebot und Nachfrage aller für die künftige Planperiode vorgesehenen Außenhandelsgüter in der Hand des zentralverwaltungswirtschaftlichen Außenhandelsmonopols je nach der Dringlichkeit der Nachfrage des Außenhandelspartners sowie der ökonomischen Unabhängigkeit der einen Zentralverwaltungswirtschaft von den Exportmöglichkeiten der anderen die Ausnutzung aller marktstrategischen Möglichkeiten, was das Streben, den Außenhandelspartner in ein Abhängigkeitsverhältnis zu zwingen, noch mehr verstärken dürfte.

Man muß sich jedoch hüten, die Marktstrategie eines

privaten Monopolisten auf das zentralverwaltungswirtschaftliche Außenhandelsmonopol übertragen zu wollen, weil dieses keine Gewinnmaximierung anstrebt, wie das ein Monopolist in einem System dezentraler Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses tun würde. Beim Abschluß der außenwirtschaftlichen Vereinbarungen zwischen zwei Zentralverwaltungswirtschaften sollte die Koordination der Außenhandelsplanung mit der binnenländischen Planung soweit gediehen sein, daß die für den Außenhandel vorgesehenen Gütermengen weitgehend festliegen. In dieser Phase der Planung dürfte es also für die Außenhandelsmonopole nur sehr schwer möglich sein, das Angebot über die festgelegten Exportmengen hinaus zu vergrößern. Die Elastizität der Nachfrage des zentralverwaltungswirtschaftlichen Außenhandelsmonopole ist also wegen der starren Bindung an den vorgesehenen Außenhandelsplan sehr gering.

Schränkt dagegen einer der Staaten bewußt seine Exportgütermengen ein, die der andere dringend für die Planerfüllung im Innern seines Landes benötigt, dann gelingt es dem anderen in unserem Modell nicht, die restlichen Mengen auf anderen Exportgütermärkten zu beschaffen. Eine solche Methode der außenwirtschaftlichen Zusammenarbeit müßte aber schon in der Phase der Planung der einen Zentralverwaltungswirtschaft vorgesehen werden, wenn diese nicht auf unabsetzbaren Exportgütermengen sitzen bleiben soll, die in binnenländischen Verwendungsrichtungen für die politische Führung ja auch einen Nutzen zu stiften vermögen. Für den Fall einer möglichst exakten Wirtschaftsrechnung kann das zentralverwaltungswirtschaftliche Außenhandelsmonopol daher eigentlich nur den Exportpreis variieren, wobei es die Erfordernisse des Imports, marktstrategische Möglichkeiten und politische Ambitionen der politischen Führung zu beachten hat.¹⁾

1) Solche Methoden sind zwar im Handel zwischen Zentralverwaltungswirtschaften infolge der engen Bindung der Außenhandelsgüter an den Plan und der Preisvereinbarungen auf der Grundlage von Weltmarktpreisen eingeschränkt, aber nicht vollends beseitigt.

d Dazu ist aber außer einer guten Verhandlungstaktik eine intensive Beobachtung der Wirtschaft des Partnerlandes nötig, um feststellen zu können, welche Außenhandelsgüter in diesem Land zur Planerfüllung dringend benötigt werden und welchen Preis man für diese Güter gerade noch zu zahlen bereit ist. Solche Informationen wird man aber meist nur dann erhalten können, wenn der Außenhandel selbst schon begonnen hat, d.h. in der Phase der Planverwirklichung. Um aber das Datum der Mengenbegrenzung schon bei der Planung berücksichtigen zu können, ist es erforderlich, daß sich die eine Zentralverwaltungswirtschaft über die Planung des Wirtschaftsprozesses der anderen Zentralverwaltungswirtschaft informiert und umgekehrt. Dazu wären zweiseitige Verhandlungen schon in der Phase der Planaufstellung dienlich, in denen sich die Außenhandelspartner über die Planabsichten der jeweiligen politischen Führung unterrichten, was aber nur ohne Anwendung jedweder Finessen und nur bei unbedingter Vertragstreue beider Partner Erfolg verspricht. Überdies bereiten solche Verhandlungen schon während der Planung einer genauen Wirtschaftsrechnung erhebliche Schwierigkeiten, weil an der Herbeiführung des binnenländischen Plangleichgewichtes und des Gleichgewichtes in der Außenhandelsplanung möglichst gleichzeitig gearbeitet werden sollte und weil die Veränderung einer oder weniger wirtschaftlicher Größen sich infolge der Wirksamkeit des Planmechanismus auf alle anderen in der Volkswirtschaft auswirken kann und damit den Prozeß der Wirtschaftsrechnung in einer Zentralverwaltungswirtschaft nicht unerheblich verzögert und erschwert. Eine exakte Wirtschaftsrechnung und genaue Informationen über die Planabsichten der einen Zentralverwaltungswirtschaft sind für die andere aber dann vorteilhaft, wenn die eine über eine weniger genaue Markttransparenz und über eine weniger exakte Wirtschaftsrechnung verfügt.

e Je dringlicher also die Nachfrage nach Importgütern ist und je größer die Unterschiede zwischen wünschenswertem und tatsächlich realisierbarem Export, dem Genauigkeitsgrad

der Wirtschaftsrechnung sowie der Markttransparenz sind, um so unvollkommener wird auch der Außenhandel zwischen beiden Zentralverwaltungswirtschaften. Der Wunsch, auf die Planung des Außenhandelspartners Einfluß zu gewinnen, entspringt damit dem Bestreben, sich im eigenen Hause die Arbeiten bei der Planung und Planverwirklichung zu erleichtern.

f) Sind es wirtschaftliche Ursachen, die ein Abhängigkeitsverhältnis begründen, dann ist die eine Zentralverwaltungswirtschaft - wir wollen sie A nennen - weniger auf die Außenhandelsgüter ihres Partnerlandes - es soll B heißen - angewiesen. Die Wirtschaft des Landes B benötigt dagegen dringend für die eigene Planerfüllung Güter, die sie nur aus dem Lande A erhalten kann.¹⁾ Bei dieser Sachlage ist A weniger, B dagegen mehr an einer intensiveren internationalen Arbeitsteilung interessiert. B bleibt es vor allem überlassen, entsprechend seinen eigenen Importdringlichkeiten die Exportmöglichkeiten im Lande A zu erkunden und die Aufstellung seines eigenen Planes nach den voraussichtlichen Importwünschen des Landes A auszurichten. B ist also gezwungen, die Planabsichten der politischen Führung des Landes A in seiner eigenen Planung zu berücksichtigen, um A an den Exportmöglichkeiten im Lande B zu interessieren, damit B die für seine Wirtschaft notwendigen Importgüter von A erhält. Es ist offensichtlich, daß A unter diesen Bedingungen gegenüber B eine starke Verhandlungsposition gewinnt, wenn A seinerseits die Dringlichkeit des Importes von B kennt. Stellen sich beide Länder in ihrer jährlichen Planausarbeitung längerfristig auf ein solches Verhältnis ein, so kann sich eine sehr rege internationale Arbeitsteilung entwickeln, ohne daß die ökonomische Abhängigkeit im Handel der beiden Staaten hervortreten muß.

1) Die Analyse der denkbaren Methoden der wirtschaftlichen Zusammenarbeit stützt sich vor allem auf die Untersuchung von Graf, W.: Der Außenhandel zwischen zentralgeleiteten Volkswirtschaften, in: Der Außenhandel zwischen marktwirtschaftlich organisierten und zentralgeleiteten Volkswirtschaften, a.a.O., S.83ff, wie insbesondere auf Heuß, E.: Der Internationale Handel zwischen Zentralverwaltungswirtschaften, in: Internationaler Handel und Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S.40ff.

g; Verfügt das Land A auch über politische Druckmittel, mit denen es das Land B in eine politische Abhängigkeit zwingen kann, dann vermag A die gesamte Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses im Lande B seinen eigenen Planabsichten unterzuordnen. Über Art und Rangordnung der Ziele, die im Lande B realisiert werden sollen, entscheidet letztlich die politische Führung des Landes A. Damit befindet sie aber auch über die Verwendung der wirtschaftlichen Güter des Landes B, wodurch sie in der Lage ist, die Güterbasis im eigenen Lande zu verbreitern und eigene außenwirtschaftliche Ziele vermehrt verwirklichen zu lassen. Das stärkt zugleich ihre politische und ökonomische Machtposition im eigenen Lande und degradiert die Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses im Lande B zu einem integrierten Bestandteil der zentralen Planung des Landes A. B wird ein Teil des Wirtschaftsgebietes des Landes A, und der Internationale Handel wandelt sich ökonomisch gesehen zum interregionalen Handel.

h) Freilich muß der politische Zangengriff nicht in jedem Fall so hart angesetzt sein wie in diesem Beispiel. Das internationale Ansehen des vorherrschenden Staates kann es auch ratsam erscheinen lassen, dem abhängigen Partner bei der Planung und Lenkung seines Wirtschaftsprozesses formale Eigenständigkeit zu gewähren. Auch in diesem Falle wird man in B aus ökonomischen wie aus politischen Gründen gezwungen sein, die Wünsche und Ziele der politischen Führung des Landes A zu berücksichtigen, so daß zwar im Land B der Gesamtplan eigenständig ausgearbeitet werden kann, die Staatliche Plankommission des Landes A ihn jedoch kontrolliert und wohl auch korrigiert.

Die politische Abhängigkeit erscheint hier zwar weniger beklemmend und milder, doch kann sich gerade dieses Abhängigkeitsverhältnis für eine exakte Wirtschaftsrechnung im Lande B verheerend auswirken. Wenn sich nämlich Schwierigkeiten bei der Planerfüllung des Landes A bemerkbar machen sollten, so wird dieses Land nicht zögern, Disproportionen im Wirtschaftsprozeß des eigenen Landes mit

ökonomischen Mitteln des Landes B auszugleichen. Muß die politische Führung des Landes B die Wünsche der Lenkungsbehörden des dominierenden Staates respektieren, dann ist sie gezwungen, während der laufenden Planperiode ihre Pläne zu ändern. Fortlaufende Plankorrekturen können indes einen kontinuierlichen Wirtschaftsablauf erheblich stören und Ungleichgewichte herbeiführen, so daß neben den Möglichkeiten der Ausbeutung hier vor allem Ungenauigkeiten in der Wirtschaftsrechnung das Sozialprodukt zu schmälern drohen.

3. Sind mehrere Zentralverwaltungswirtschaften außenwirtschaftlich verbunden, dann vergrößert sich die Zahl der Anbieter und Nachfrager von Außenhandelsgütern. Damit vermehren sich auch die Import- und Exportchancen der einzelnen Länder, weil sie nicht mehr auf den Markt des kleineren Außenhandelspartners begrenzt bleiben. Erweitern wir also den Kreis der Außenhandelspartner, so erhalten wir völlig andere Ergebnisse in den Zugeständnissen bei den Austauschrelationen der zu importierenden und exportierenden Güter. Andere "Marktformen" werden sich herausbilden, und das Konkurrenzmoment wird verstärkt hervortreten. War vorher der Dominanzeffekt nur gegenüber dem schwächeren Land wirksam, so ist jetzt die wirtschaftspolitische Willensbildung im eigenen Interesse auf Kosten und zu Lasten der Interessen der Partner im Außenwirtschaftsverkehr um so schwerer durchzusetzen und die Abhängigkeitsrelationen erscheinen um so differenzierter, je mehr Zentralverwaltungswirtschaften arbeitsteilig miteinander verflochten sind und je mehr jede einzelne sich ihre Eigenständigkeit bewahren möchte.

a) Die typischen Schwierigkeiten im Handel zwischen nur zwei Zentralverwaltungswirtschaften können bei einer größeren Anzahl außenwirtschaftlich verbundener Staaten besser überwunden werden, weil die erhöhten Möglichkeiten der Auswahl den Ausgleich der Aufkommens- und Verwendungssalden dringend benötigter Außenhandelsgüter erleichtern. Damit vermindern sich vielfach die Härten, welche durch

die natürlichen Mengenbegrenzungen und durch überhohe Nachfragedringlichkeiten sich im Handel zwischen zwei Zentralverwaltungswirtschaften herausbilden können. Monopolstellungen und die mit ihnen verbundenen Vorteile bei der Gestaltung der Außenhandelsrelationen lassen sich daher schwerer durchsetzen, wenn nur alle Außenhandelspartner über weitreichende Möglichkeiten der Marktinformation verfügen. Alle in die internationale Arbeitsteilung integrierten Zentralverwaltungswirtschaften konkurrieren mit den ihnen gebotenen Instrumenten der Außenwirtschaftspolitik sowie den ihnen verfügbaren wirtschaftlichen und politischen Machtmitteln miteinander und gegeneinander, um zu einem möglichst vollständigen Ausgleich der Grenznutzen von Ein- und Ausfuhr Gütern zu gelangen.

b) Die praktische Bedeutung der bilateralen zentralverwaltungswirtschaftlichen Handels- und Zahlungsvereinbarungen darf man jedoch nicht unterschätzen. Durch diese Bilateralität der Abkommen wird der "zentralverwaltungswirtschaftliche Weltmarkt" in eine Reihe voneinander isolierter Teilmärkte aufgespalten, so daß im Grunde doch immer nur zwei Staaten sachlich, räumlich und zeitlich von den anderen getrennt die konkreten Einzelheiten in den Austauschrelationen ihres Außenhandels vereinbaren. Die ökonomischen Ursachen, die dem einen oder anderen Staat entweder insgesamt oder nur in einigen Sparten der Wirtschaft eine dominierende Position verschaffen, sind dadurch zwar nicht bedeutungsvoller, aber auch nicht weniger gefährlich. Ungenauigkeiten in der Wirtschaftsrechnung und mangelnde Informationen über die Ziele und Wünsche der übrigen Außenhandelspartner begünstigen darüber hinaus den Vormacht-effekt des einen Staates und erweitern seine Möglichkeiten, die Austauschrelationen im Außenhandel bewußt zu seinen Gunsten und zu Lasten und auf Kosten des schwächeren Landes auszunutzen.

c) Allein die Bilateralität des Außenhandels und unvollständige Informationen der Behörden über die Wirtschaft ihrer Partnerländer sowie über die Preisverhältnisse auf

dem Weltmarkt fordern Preisdiskriminierungen geradezu heraus. Auch dumpingähnliche Praktiken sind keineswegs undenkbar, obwohl es zunächst erstaunt, daß eine Zentralverwaltungswirtschaft auf Außenhandelsgewinne verzichten sollte, während es ihr doch kaum gelingen kann, einen Wirtschaftszweig im Partnerlande zu ruinieren. Das stärkere Land kann jedoch in langfristigen Handelsverträgen so vorteilhafte Zugeständnisse machen, daß die politische Führung der schwächeren Zentralverwaltungswirtschaft im Hinblick auf die Realisierung ihres Nutzenmaximums auf diese oder jene Güterproduktion völlig verzichtet. Damit erhöht sich aber die Dringlichkeit der Außenhandelsnachfrage nach diesem Gut, die nach einer Übergangszeit vom stärkeren Partner infolge der erhöhten Abhängigkeit des schwächeren Partners zu vermehrten Preiszugeständnissen ausgenutzt werden kann.

4. Wenn nun eine Zentralverwaltungswirtschaft A eine Zentralverwaltungswirtschaft B ökonomisch wie politisch in ein Abhängigkeitsverhältnis zwingt und überdies mit mehreren anderen so geordneter Gemeinwesen außenwirtschaftlich verflochten ist, dann eröffnen sich für den dominierenden Staat noch weitere Möglichkeiten, den Internationalen Handel in seinem Sinne vorteilhafter zu gestalten. Weil das Land A die Nutzenskalen beider Länder zu seinen Gunsten beeinflussen kann und jederzeit in der Lage ist, auf die Produktion des Landes B einzuwirken, vermag es jegliche Schwankungen in den Dringlichkeiten von Angebot und Nachfrage im Außenhandel der übrigen Zentralverwaltungswirtschaften durch die Wirtschaft des Landes B auffangen zu lassen. Das Land B trägt also nicht nur das Risiko, das in der Planung zukünftigen Geschehens beider Länder enthalten ist, sondern darüber hinaus auch noch das Außenhandelsrisiko bei der Zentralverwaltungswirtschaften gegenüber der übrigen Welt.

VI. Gründe, welche die Anwendung ökonomischer Modellkonstruktionen behindern.

Die ohnehin spärlichen Informationen über die außenwirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Ostblockstaaten, die über den Eisernen Vorhang hinweg in die Länder der westlichen Hemisphäre gelangen, sind überdies oftmals noch ideologisch verbrämt, so daß sie die wirtschaftliche Wirklichkeit vielfach verschleiern. Insofern läßt sich über die außenwirtschaftlichen Methoden der Zusammenarbeit, die infolge des Marktanteils oder der Dringlichkeit der Nachfrage oder des Angebotes ökonomische Machtpositionen begründen, konkret kaum etwas aussagen. Damit kann man aber auch die Preispolitik im Außenhandel zwischen Zentralverwaltungswirtschaften verbindlich nicht festlegen, und es bleibt lediglich die theoretische Feststellung, daß infolge der Wechselseitigkeit in den außenwirtschaftlichen Beziehungen von zwei unterschiedlichen Zentralverwaltungswirtschaften Ungenauigkeiten in der Wirtschaftsrechnung und mangelnder Informationen über die Wirtschaft des Partnerlandes und der Preisgestaltung auf den Märkten der westlichen Industrienationen einheitliche Preise im Handel von Zentralverwaltungswirtschaften Wunschenken bedeuten. Im Handel der zentral geleiteten Staaten sind darüber hinaus wirtschaftliche und politische Interessen praktisch so untrennbar miteinander verwoben, daß man auf ökonomische Modellkonstruktionen nur äußerst schwer zurückgreifen kann.

Die bisher von der Theorie gelieferten Ansatzpunkte können daher im Handel zwischen Zentralverwaltungswirtschaften keine wesentliche Bedeutung erlangen. Die Frage der Macht im Handel zwischen Zentralverwaltungswirtschaften scheint mit den Hilfsmitteln der Theorie der dominierenden Wirtschaft von Perroux¹⁾ und der Theorie der Spiele von Neu-

1) Perroux, F.: Entwurf einer Theorie der dominierenden Wirtschaft, in: Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. XIII, 1952, S. 1-25 u. S. 242-268.

mann und Morgenstern¹⁾ allein nicht präzise zu beantworten zu sein. Dazu bedürfte es einer eingehenderen Kenntnis über die wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Willensbildung und Willensverwirklichung im Handel der Staaten, über deren Tendenz, freiwillig oder unter Zwang Koalitionen zu bilden, und über die Anreize, die zur Teilnahme an solchen politischen wie ökonomischen Koalitionen bestehen, über die wirtschaftliche Basis, den Informationsgrad sowie über die Genauigkeit der Wirtschaftsrechnung. Solange aber solche genauen Informationen über den eisernen Vorhang hinweg nur sehr selten zu uns dringen, solange kann auch keine detaillierte morphologische Studie über den Handel der Staaten ausgearbeitet werden, welche die bisherigen theoretischen Ansatzpunkte erweitern könnte.

Die in der westlichen Literatur zumeist genannten Methoden, welche die Ausweitung der politischen wie der ökonomischen Machtposition der UdSSR im Handel der Ostblockstaaten beweisen sollen, sind als Beispiele für die Anwendung subtiler ökonomischer Machtmittel nicht typisch. Sie betreffen vor allem den physischen und psychischen Terror der vorherrschenden kommunistischen Partei in der Form von Schauprozessen oder die ökonomische Pression des Abbruchs sämtlicher außenwirtschaftlichen Beziehungen.²⁾ Die politischen Erschütterungen in einigen Ostblockländern wie Polen und Ungarn und die zunehmenden Rivalitäten zwischen Moskau und Peking deuten aber gerade darauf hin, daß mehr und mehr die ökonomischen Mittel der Macht die Vormachtstellung der UdSSR im Handel der Ostblockstaaten viel lautloser und undurchsichtiger zu festigen geeignet sind.

1) Neumann, J.v. u. Morgenstern, O.: Theory of Games and Economic Behavior, Princeton, 1953².

2) Vgl. hierzu Klinkmüller, E. u. Ruban, M.E.: Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Ostblockstaaten, a.a.O., S.104ff und die dort angegebene Literatur sowie Auszüge aus einem Brief der chinesischen Kommunisten an Moskau, "Ihr schüchtert die Bruderländer ein", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr.126 v. 3.6.1964, S.11.

VII. Notwendige unterschiedliche Preisrelationen im Ost-Ost- und im Ost-West-Handel.

Vermeintliche oder sogar feststellbare Unterschiede in den Preisrelationen des russischen Außenhandels mit den Ostblockstaaten und den westlichen Industrienationen deuten nun keineswegs immer darauf hin, noch sind sie ein sicheres Anzeichen dafür, daß dieses Land seine dominierende Position in jedem Falle ausnutze, die mit ihm arbeitsteilig verbundenen Zentralverwaltungswirtschaften auszubeuten und seine für den Welthandel vorgesehenen Außenhandelsgüter zu Dumpingpreisen abzusetzen.¹⁾ Je nach dem einzelnen Sachverhalt ist hier fein zwischen dem vorgesehenen Außenhandel während der Planaufstellung und demjenigen in der Phase der Planverwirklichung zu unterscheiden. Im Handel zwischen Zentralverwaltungswirtschaften sind die Weltmarktpreise nur eine der Bewertungsgrundlagen. Als entscheidend für Art und Umfang des Internationalen Handels erweisen sich die Ziele, welche die politische Führung des jeweiligen Landes verwirklicht sehen möchte. Bei der Auswahl und der Rangordnung dieser Ziele spielen die Stabilität und die langfristigen Möglichkeiten der Planung des Internationalen Handels, der Wunsch nach Eigenständigkeit und Unabhängigkeit sowie die Dringlichkeit der Nachfrage und des

1) Mendershausen: Terms of Soviet-Satellite Trade, in: The Review of Economics and Statistics, Bd. XLI vom Mai 1959 und Bd. XLII vom Mai 1960 sowie: Terms of Trade between the Soviet Union and Smaller Communist Countries 1955-1957, in: The Review of Economics, 1959, H.5. In dieser Untersuchung stellt Mendershausen die durchschnittlichen Jahreswerte des sowjetrussischen Exports in die Ostblockstaaten für einzelne Planpositionen denjenigen gegenüber, die im Handel mit den westlichen Industrienationen erreicht wurden. Die Unterschiede in diesen Austauschrelationen sind aber nun keineswegs ein Zeichen dafür, daß der dominierende Staat im Ostblock seine wirtschaftliche Machtstellung ausnutze, um Sondervorteile für sich zu erzwingen. Die Entwicklung der Austauschrelationen ist ähnlich wie diejenige der terms of trade zwischen den westlichen Industrienationen nicht geeignet, die genauen wirtschaftlichen Ursachen für die Entwicklung des Sozialproduktes aufzuzeigen. Vgl. hierzu vor allem Kruse, A.: Außenwirtschaft, Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, Berlin-München 1958, S.58ff.

Angebotes eine bedeutende Rolle. Die Nutzenskalen eines jeden Staates richten sich vor allem nach diesen Bewertungsgrundlagen aus, wobei die politische Führung einer jeden Zentralverwaltungswirtschaft bemüht ist, mit den ihr gebotenen Möglichkeiten und Instrumenten der Außenwirtschaftspolitik ein Gleichgewicht im Außenhandelsplan und einen Ausgleich der Grenznutzen der wirtschaftlichen Güter in den Verwendungsrichtungen ihres Herrschaftsbereiches herbeizuführen. Daß die Austauschrelationen im Außenhandel von Zentralverwaltungswirtschaften nicht die auf den Weltmärkten ausgehandelten Preise genau widerspiegeln, liegt an der unterschiedlichen Bewertung, obgleich der Bewertungsprozeß durch Weltmarktpreise erleichtert werden kann. Die Verrechnung der zwischen Zentralverwaltungswirtschaften ausgehandelten Warenkompensationen kann also den Weltmarktpreisen entsprechen, sie muß es aber nicht.¹⁾

Auf der anderen Seite können aber die Nutzenskalen der jeweiligen staatlichen Führungsorgane im Laufe der Planperiode erheblich von der ursprünglichen abweichen. Wenn beispielsweise Disproportionen im Wirtschaftsablauf die Planerfüllung erheblich gefährden, dann stößt das Ziel der Planerfüllung, von dem alle anderen außerwirtschaftlichen Ziele der politischen Führung abhängen, die bisherige Rangordnung völlig um. Da durch mehr oder zusätzliche Außenhandelsgüter die Disproportionen behoben werden können, verändern sich auch deren Dringlichkeit und Bewertungsgrundlagen. Infolge der engen Bindung aller Güter in Zentralverwaltungswirtschaften an den vorgesehenen und festgelegten Volkswirtschaftsplan sind zusätzliche Importe aus anderen Zentralverwaltungswirtschaften im allgemeinen

1) Nur wenn die politische Führung einer Zentralverwaltungswirtschaft die Gegebenheiten des Internationalen Handels als Datum in ihre binnenwirtschaftliche Planung aufnimmt und darüber hinaus Weltmarktpreise den Austauschrelationen der Außenhandelsgüter zugrunde legt, ist auch - für die Jahresplanung betrachtet - eine Anpassung von Plänen an Pläne über Pläne denkbar. Die Koordination der Außenhandelspläne von Zentralverwaltungswirtschaften wäre also in diesem Fall mit dem Koordinationssystem der Marktwirtschaft logisch identisch. Zum Koordinationssystem der Marktwirtschaft vgl. Hensel, K. Paul: Einföhrung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, a.a.O., S.91ff.

nur äußerst schwer zu beschaffen. Als Lückenbüßer fungieren hier die Märkte der westlichen Industrienationen, auf denen die betroffene Zentralverwaltungswirtschaft sich sachlich, zeitlich und räumlich konzentriert ihre Nachfrage zu sichern sucht. Da zumeist ausreichend Devisen in konvertierbarer Währung fehlen, ist sie gezwungen, die nach ihren Nutzen=vorstellungen weniger wichtigen Exportgüter des Risiko=puffers zur Bezahlung der für die Planerfüllung dringlichen Importe ebenfalls auf diesen Märkten abzusetzen. Die sachliche, zeitliche und räumliche Konzentration des Angebotes und der Nachfrage bedingt nun ihrerseits die Preisgestaltung, so daß sich unterschiedliche Preisrelationen im zentralverwaltungswirtschaftlichen Außenhandel und im Ost-West-Handel ergeben, die aber keineswegs auf das Vorhandensein oder Nicht-Vorhandensein eines Ausbeutungseffektes hinweisen. Um solche ökonomischen Sachverhalte herauskristallisieren zu können, bedürfte es in jedem Einzelfalle detaillierter Kenntnisse und Informationen über die abgeschlossenen Verhandlungen, über die wir leider nicht verfügen, weil die Einzelheiten der abgeschlossenen Geschäfte Staatsgeheimnis sind.

Der Bilateralismus in den außenwirtschaftlichen Beziehungen von Zentralverwaltungswirtschaften ist für diese aber nicht nur vorteilhaft, wie es zunächst schien, er birgt für diese Staaten auch manche Nachteile in sich. Die feste Bindung aller wirtschaftlichen Güter an den jeweiligen Volkswirtschaftsplan begrenzt den Außenhandel auf die Bezugswünsche und Liefermöglichkeiten des jeweiligen kleineren Außenhandelspartners, Aufkommens- und Verwendungssalden im Außenhandelsplan infolge mangelnder Planerfüllung des einen oder anderen Staates sind oftmals gar nicht, zumeist aber nur über den Ost-West-Handel auszugleichen. Insofern kommt es vielfach zu Warenbewegungen, deren Sinn nur darin besteht, den Außenhandelsplan ins Gleichgewicht zu bringen, was aber im Hinblick auf die ursprünglichen zentralen Planabsichten der politischen Führung völlig unbegründet sein mag. Kann aber oder will der Schuldner den Bezugswünschen des Gläubigers nicht entsprechen, dann

gewährt dieser dem Schuldner unfreiwillig Kredit. Um die engen Grenzen der bilateralen Warenkompensation zu sprengen und die darin liegenden Schwierigkeiten zu überbrücken, sucht man im Ostblock seit einiger Zeit nach Möglichkeiten zu einem multilateralen Warenaustausch.¹⁾

VIII. Möglichkeiten eines multilateralen Handelsaustausches zwischen Zentralverwaltungswirtschaften.

Ein multilateraler Handel auf der Grundlage eines liberalisierten Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs sowie der Konvertibilität der Währungen ist aber unter zentralverwaltungswirtschaftlichen Ordnungsbedingungen schlechterdings undurchführbar. Ein multilateraler Handel zwischen Ländern staatsbürgerlicher Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses setzt die mittelbare Bewertung der wirtschaftlichen Güter an Hand von Knappheitspreisen und offene Märkte voraus. Beides ist aber in Zentralverwaltungswirtschaften nicht gegeben. Das Außenhandels- und Devisenmonopol sowie der Preisausgleich gewährleisten, daß der binnenländische Wirtschaftsprozeß vor störenden internationalen Güter- und Zahlungsbewegungen geschützt werden kann.

1) Abgesehen von einigen multilateralen Abkommen von Zentralverwaltungswirtschaften mit Finnland als Außenhandelspartner, in denen vereinbart wurde, die bei bilateralen Warenkompensationen entstehenden Außenhandels-salden soweit wie irgend möglich gegenseitig aufzurechnen oder durch zusätzliche Warenpositionen auszugleichen, ist vor allem das Abkommen über die Einführung mehrseitiger Clearingverrechnungen der Mitgliedsländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe erwähnenswert. Vgl. hierzu Außenhandelspraxis, Teil IV, Der Zahlungs- und Verrechnungsverkehr mit dem Ausland, Der Zahlungs- und Verrechnungsverkehr mit den sozialistischen Ländern, 3.2. Blatt 1 u.2; Christ, U.: Praktische und theoretische Probleme der Lenkung des Außenhandels in einer Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs, a.a.O., S.59ff; Klinkmüller, E.: Die gegenwärtige Außenhandelsverflechtung der SBZD, a.a.O., S.60ff; sowie insbes. Klinkmüller, E.: Organisation und Planung der Außenwirtschaft, a.a.O., S.508ff.; Thalheim, Karl C.: Methoden und Probleme des Zahlungsverkehrs im Ostblock, in: Osteuropa Wirtschaft 1959, H.1, S.7ff.

Die enge Bindung der Außenhandelsgüter an den Plan des Internationalen Handels und die mit der Zentralisierung der wirtschaftlichen Planung verbundene Entscheidungsgewalt über die Verwendung der wirtschaftlichen Güter im binnenländischen Produktionsprozeß, machen es unmöglich, daß in der Zentralverwaltungswirtschaft etwas gekauft werden könnte, wenn dies nicht dem Willen der politischen Führung dieses Gemeinwesens entspräche. Ob also etwas importiert oder exportiert werden soll, entscheiden allein die zentralen Lenkungsorgane der jeweiligen Zentralverwaltungswirtschaft. Wenn ein solcher Staat das Nutzenmaximum und damit das Plangleichgewicht erreichen will, dann kann er es sich nicht leisten, daß ein Gut ausgeführt wird, nur weil aufgrund des binnenländischen Festpreises oder des geltenden Weltmarktpreises dieser Import anderen Zentralverwaltungswirtschaften rentabel erscheint. Die in Zentralverwaltungswirtschaften arbeitenden Menschen und Betriebe sind nicht an Absatzchancen, sondern an der Planerfüllung interessiert. Selbst wenn also etwa die polnische Regierung über Rubelbestände verfügen würde, mit denen sie infolge der engen Bindung aller russischen Güter an den Volkswirtschaftsplan in Rußland nichts kaufen kann, so würde es ihr auch nichts nützen, diese Guthaben in Forint umtauschen zu können, weil in Ungarn aus eben denselben Gründen nicht diese unerwartete Nachfrage zu befriedigen ist.

Wie im System zentraler Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses der Außenhandel ebenfalls zentral geplant und gelenkt werden muß, so müßte unter diesen Ordnungsbedingungen auch ein multilateraler Warenaustausch der außenwirtschaftlich verbundenen Zentralverwaltungswirtschaften der Art und dem Umfang nach sachlich, örtlich und zeitlich zentral festgelegt und mit den zentralverwaltungswirtschaftlichen Instrumenten der Außenwirtschaftspolitik zwischen den Handelspartnern vereinbart werden. Dazu bedürfte es einer internationalen Konferenz, auf der zwischen den interessierten Staaten gemäß den zentralen Planabsichten der

multilaterale Warenaustausch selbst in allen Einzelheiten festzulegen ist. Damit reduziert sich das Problem eigentlich darauf, zu wechselseitig vereinbarten Handels- und Zahlungsabkommen zu gelangen, in denen auch die zentralen Wünsche und Ziele der übrigen Außenhandelspartner berücksichtigt werden. Es gilt also ein multilaterales System bilateralen Handelsverträge zu schaffen.¹⁾ In der Außenhandelspraxis der Ostblockstaaten dienten der Verwirklichung dieses Zieles vor allem zwei weitere Methoden der außenwirtschaftlichen Zusammenarbeit. Die erste betrifft den Abschluß eines multilateralen Clearingabkommens zwischen den Mitgliederländern des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe.²⁾ Die zweite zielt darauf hin, zu einer besseren internationalen Arbeitsteilung und zu einer Integration der volkswirtschaftlichen Planung zu gelangen.³⁾

A. Das multilaterale Clearing zwischen Zentralverwaltungswirtschaften.

Ähnlich wie der Handel zwischen mehreren Zentralverwaltungswirtschaften infolge der größeren Liefer- und Bezugs-

- 1) So Klinkmüller, E.: Die gegenwärtige Außenhandelsverflechtung der SBZD, a.a.O., S. 65.
- 2) Vgl. hierzu Thalheim, K.C.: Methoden und Probleme des Zahlungsverkehrs im Ostblock, Osteuropa Wirtschaft, 1959, H. 1, S. 7ff sowie Außenhandelspraxis, Teil IV, Der Zahlungs- und Verrechnungsverkehr mit dem Ausland, 3.1.2. - Blatt 1-3.
- 3) Faddejew, N.: Sozialistische Partnerschaft, Über die Zusammenarbeit im Rat f. gegenseitige Wirtschaftshilfe, Wien, Köln, Stuttgart, Zürich 1965; Hoffmann, E.: Comecon, Der gemeinsame Markt in Osteuropa, Die großen Märkte der Welt, Bd. 3, Opladen 1961; Huebbenet, G.v.: Die rote Wirtschaft wächst, Aufbau und Entwicklungsziele des Comecon, Düsseldorf 1960; Kaser, M.: Comecon, Integration Problems of the Planned Economies, Oxford University Press, London, New York, Toronto 1965; Klinkmüller, E. u. Ruban, M.E.: Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Ostblockstaaten, Berlin 1960; Knorre, W.v.: Zehn Jahre Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon), Entwicklung und Ergebnisse 1944-1959, Würzburg 1961; Pryor, F.L.: Forms of Economic Co-Operation in the European Communist Bloc, A Survey, Soviet Studies, Oxford, 11, 1959; Zotschew, Th.: Der "Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe" (Comecon) als Instrument für die wirtschaftliche Integration und weltwirtschaftliche Expansion der Ostblockländer, Südosteuropa-Jahrbuch, München, 3 (1959).

möglichkeiten den Ausgleich von Aufkommens- und Verwendungs=salden einer einzelnen Zentralverwaltungswirtschaft er=leichtert und deren güterwirtschaftliche Basis erweitern hilft, so sollen die engen Grenzen des bilateralen Zahlungs=ausgleichs durch das multilaterale Clearing gesprengt wer=den. Mit dessen Hilfe sollen die bilateralen Warenkompen=sationen nicht mehr auf den Markt des jeweiligen kleineren Außenhandelspartners beschränkt bleiben, sondern es können bilaterale Zahlungsbilanzsalden vereinbart werden, die dann unter Einschluß der Exportmöglichkeiten und der Importnot=wendigkeiten aller übrigen Mitgliedstaaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe multilateral auszugleichen sind. Es ist klar, daß durch ein solches Abkommen - sofern es intensiv genutzt wird - das Datum der Mengenbegrenzung und die mit ihm verbundenen Schwierigkeiten im Außenhandel weiter eingeengt werden können. Auf der anderen Seite ist jedoch nicht anzunehmen, daß das multilaterale Clearing auszuschöpfen wäre, ohne die Gläubiger- und Schuldnerposi=tionen zwischen je zwei Zentralverwaltungswirtschaften vor=her in allen Einzelheiten zu bestimmen. Insofern bleibt der multilaterale Verrechnungsverkehr in praxi wieder in den schmalen Spannen des Bilateralismus verhaftet, wobei die Planung der Zahlungsbilanzsalden weder die Schwierigkeiten der Wirtschaftsrechnung erleichtern noch Konflikte in den gegenseitigen Verhandlungen ausräumen hilft. In Bezug auf die Macht im Handel der Staaten müssen sich die Methoden der außenwirtschaftlichen Zusammenarbeit, die wir schon im Handel von zwei Zentralverwaltungswirtschaften andeuteten, nicht ändern. Ökonomisches Problem bleibt schließlich wie=der die Verrechnung der im Internationalen Handel von Zen=tralverwaltungswirtschaften noch verbleibenden Salden der Zahlungsbilanz.

B. Die Integration der volkswirtschaftlichen Planung
im Rahmen des COMECON.

Eine andere Möglichkeit wäre die sinnvolle Koordination der einzelnen volkswirtschaftlichen Pläne, die das Ent=

stehen von Gläubiger- und Schuldnerpositionen verhindern soll. Die Integrationsbemühungen im Rahmen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe sind darum vor allem darauf gerichtet, die Methoden der wirtschaftlichen Planung zu vereinheitlichen, um auf den internationalen Wirtschafts=konferenzen die notwendige wirtschaftliche Zusammenarbeit der außenwirtschaftlich verbundenen Mitgliedsländer leichter synchronisieren und koordinieren zu können. Darüber hinaus sollen die industrielle Arbeitsteilung sowie die wissenschaftliche und technische Forschung über die Spezialisierung der Produktion nach Ländern und Branchen und über den Austausch von technischen Dokumentationen sowie von Facharbeitern u.ä. intensiviert werden. Ohne uns mit der Organisation und Verfahrenstechnik im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe und den Einzelheiten der Industrie=vereinbarungen zu befassen¹⁾, wollen wir die Integration als eine Methode der außenwirtschaftlichen Zusammenarbeit von Zentralverwaltungswirtschaften daraufhin untersuchen, ob durch sie die propagierte Harmonie der wirtschaftlichen Interessen sowie das Spiel mit offenen Karten gewährleistet wird.

Durch Verteilung der wirtschaftlichen Aufgaben auf einzelne Länder und durch eine zunehmende Spezialisierung in der Produktion kann einerseits die Vielfalt der wirtschaftlichen Planung vermindert und der Prozeß der Planaufstellung erleichtert und zum anderen die Produktivität des zentralverwaltungswirtschaftlichen Blocks insgesamt gesteigert werden. Dies vor allem darum, weil die einzelnen Staaten auf die Produktion solcher wirtschaftlichen Güter verzichten, die in anderen Zentralverwaltungswirtschaften kostengünstiger hergestellt werden können. Sie spezialisieren sich dagegen auf diejenigen Wirtschaftszweige, in denen sie aus natürlichen oder technischen Gegebenheiten besser arbeiten können. Die politische Führung einer Zentralverwaltungswirtschaft verzichtet damit auf die Produktion wirtschaftlicher Güter in ihrem eigenen

1) Diese Fragen wurden schon eingehend in verschiedenen Publikationen behandelt. Vgl. Anm.3 auf S.203.

Herrschaftsbereich, die sie zur Verwirklichung ihrer Ziele im Inland benötigt. Sie läßt dagegen andere wirtschaftliche Güter vermehrt produzieren, auf welche die politische Führung einer anderen Zentralverwaltungswirtschaft dringend angewiesen ist. Ökonomisch gesehen wird damit das Autarkiestreben vermindert und über die Ausnutzung der Vorteile der Massenproduktion und der Standorte auf die Herstellung von Gütern mit einem höheren Aufwand an Produktivkräften verzichtet. Andererseits ist damit jedoch auch ein Verzicht an souveräner Entscheidungsmacht der politischen Führung verbunden, weil die Dringlichkeiten des Importes sich verstärken und die eine Zentralverwaltungswirtschaft mehr von einer anderen abhängig wird. Die Produktionsaufgaben in einigen Sparten der Wirtschaft erhöhen sich damit aber auch über das für den binnenländischen Bedarf vorgesehene Maß hinaus, so daß Abhängigkeiten jetzt nicht mehr nur von den Importnotwendigkeiten, sondern auch von der Exportseite her entstehen. Durch diese Art der Arbeitsteilung kann man also die Koordination der Volkswirtschaftsplanung erleichtern, doch ist sie zugleich ein sehr wirksames Mittel, die wechselseitigen Abhängigkeiten zu vertiefen und den inneren Zusammenhalt aller beteiligten Staaten zu fördern.

Es ist aber nicht wahrscheinlich, daß durch die Transformation der Wirtschaftsverhandlungen auf die Ebene der internationalen Konferenzen die Konflikte zwischen den Zentralverwaltungswirtschaften ausgeräumt würden. Angesichts der Vielzahl der ökonomischen und technischen Fragen, die zwischen den jeweiligen Zentralverwaltungswirtschaften gelöst werden müssen, ist nicht anzunehmen, daß dies anders als in bilateralen Abkommen ausgehandelt werden könnte. Die aus der internationalen Arbeitsteilung resultierenden, verbreiterten internationalen Warenströme vermehren aber auch die Anstrengungen, zu einem Gleichgewicht der Zahlungsbilanz zu gelangen. Mangelnde Planerfüllung und Vertragstreue in dem einen oder anderen Land werden für einen kontinuierlichen Wirtschaftsablauf in den anderen Ländern um so gefährlicher.

Auch in internationalen Zusammenschlüssen vertreten die Beauftragten der jeweiligen Staaten die Interessen der politischen Führung ihres jeweiligen Landes. Unterschiedliche politische wie wirtschaftliche Zielsetzungen der Führungen von Zentralverwaltungswirtschaften verschwinden auch am Verhandlungstisch internationaler Konferenzen nicht von selbst. Sie bleiben weiter aktuell und auch hier können sich Staaten zusammenschließen, um auf das Handeln und Verhalten eines Teilnehmers einzuwirken oder Koalitionen bilden, die sich ihrerseits wieder an der Stärke ihrer einzelnen Mitglieder orientieren.

Besonders problematisch wird diese Art der Integration, wenn sich im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe ein so starkes Land wie die Sowjetunion bisher nicht bereit erklärt hat, die Produktion wirtschaftlicher Güter einzuschränken oder aufzugeben, weil diese in anderen Ostblockländern unter günstigeren Bedingungen herzustellen sind, andererseits aber mit erheblichem Druck auf eine intensive Arbeitsteilung dieser Länder hinwirkt.¹⁾ Daraus wird das Streben dieses Staates sehr deutlich, sich das wirtschaftliche Potential und die größeren Liefermöglichkeiten der kleineren Zentralverwaltungswirtschaften im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe zunutze zu machen, um die wirtschaftliche Basis im eigenen Lande zu erweitern und sich die Planung wie die Planverwirklichung zu erleichtern. Es werden nicht nur die Abhängigkeiten der kleineren Zentralverwaltungswirtschaften untereinander verstärkt. Die Sowjetunion selbst erhält sich ihre Eigenständigkeit und Unabhängigkeit, verschafft sich einen Überblick über die wirtschaftlichen Möglichkeiten ihrer Partnerländer, richtet ihre eigene wirtschaftliche Planung danach aus, versucht die Planung ihrer Außenhandelspartner im eigenen Interesse zu beeinflussen und vergrößert damit deren wirtschaftliche Abhängigkeit. Die wirtschaftliche Integration im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe ist damit - jedenfalls theoretisch gesehen - als eine hervorragende Methode, den wirtschaftlichen Einfluß und die dominierende Rolle der Sowjetunion in diesem Wirtschaftsblock zu festigen.

1) S. Thalheim, Karl C.: Grundzüge des sowjetischer Wirtschaftssystems, Köln 1962, S. 140.

C. Der zentrale Plan für alle Mitgliedsländer des COMECON

Denkbarer Endzustand dieser Koordination der wirtschaftlichen Planung wäre die Ausarbeitung eines zentralen Planes für alle im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe vertretenen Zentralverwaltungswirtschaften. Damit würde jedoch das Problem des Internationalen Handels aufhören zu existieren und zu einem Problem des interregionalen Handels, der zentralen Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses des gesamten Blocks werden. Daraus würden sich aber auch weit- aus größere Schwierigkeiten für die Planung und Planverwirklichung ergeben als diejenigen, die wir schon bei der Wirtschaftsrechnung in einer geschlossenen Zentralverwaltungswirtschaft erwähnten.

XI. Schlußfolgerung.

Aus den Methoden der außenwirtschaftlichen Zusammenarbeit können wir also folgern, daß dem Handel zwischen Zentralverwaltungswirtschaften keine Tendenz zur allseitigen Harmonie der wirtschaftlichen Interessen innewohnt. Sie offenbaren vielmehr eine Ambivalanz zwischen Konflikt und Kooperation. Was vorher im Handel zwischen zwei oder mehreren Zentralverwaltungswirtschaften nach politischem Rang und Einfluß sowie nach wirtschaftlicher Macht gleichsam vertikal geordnet war, ordnet sich nunmehr im horizontalen Zusammenschluß nach Funktionen, welche die kleineren Zentralverwaltungswirtschaften für die Wirtschaft des ausschlaggebenden Staates zu erfüllen haben. Dieser Sachverhalte vor allem sollte man sich bei theoretischen Erörterungen über den Ost-West-Handel bewußt bleiben. Die wirtschaftlichen Abhängigkeiten innerhalb des Ostblocks begründen zunehmende Rivalitäten zwischen außenwirtschaftlich verbundenen Zentralverwaltungswirtschaften, und der Ost-West-Handel schon in der Phase der Planung kann dazu dienen, ökonomische wie politische Vormachtstellungen zu erschweren und das Streben nach Unabhängigkeit und Eigenständigkeit einzelner Zentralverwaltungswirtschaften zu schüren.

Zudem sollten die Ausführungen in dieser Arbeit nicht etwa die Anwendung rationaler Wirtschaftsrechnungen in der Praxis des internationalen Handels zwischen Zentralverwaltungen beweisend zeigen; sie sollten vielmehr folgendes verdeutlichen:

1. Ein ökonomisch exaktes Plangleichgewicht bei vollständig zentraler und naturaler Durchplanung des Wirtschaftsprozesses kann ordnungstheoretisch unter den Bedingungen des sachlichen und zeitlichen Grenznutzenausgleichs jedes wirtschaftlichen Gutes in verschiedenen Verwendungsrichtungen allgemein entfaltet werden.
2. Auch für eine in die internationale Arbeitsteilung verflochtene Zentralverwaltungswirtschaft können die Aufgaben der Wirtschaftsrechnung unter diesen Bedingungen gelöst werden, wenn die Daten des internationalen Handels die Planentscheidungen für die Bildung des internen Gleichgewichtes beeinflussen und diese Planentscheidungen wiederum auf die Verwirklichung des Außenhandelsgleichgewichtes rückwirken. Internes Gleichgewicht und das des internationalen Handels sind also gleichzeitig zu realisieren, wenn der Außenhandel sinnvoll in das innere Plangefüge eingebaut werden soll. Importgüter und Exportgüter dürfen nicht global bewertet werden; es sind vielmehr die Nutzen aller Außenhandelsgüter in ihren verschiedenen unterschiedlichen Verwendungen zu bestimmen und gegeneinander abzuwägen. Da es sich um viele Außenhandelsgüter und um mehrere Außenhandelspartner handelt, ergibt sich eine Vielzahl möglicher Kombinationen, von denen jedoch -gemessen an den angestrebten Zielen- nur eine optimal sein kann. Der Außenhandelsplan ist dann im Gleichgewicht, wenn die jeweils günstigsten Tauschrelationen herausgefunden wurden und der Grenznutzen des für die außerwirtschaftlichen Ziele der politischen Führung unwichtigsten Importgutes gleich demjenigen des für die außerwirtschaftlichen Ziele wichtigsten Exportgutes ist.

Es erwies sich also, daß die Lösung des Problems der Wirtschaftsrechnung im internationalen Handel zwischen Zentralverwaltungswirtschaften unter den Bedingungen des zentralen und naturalen Ausgleichs der Grenznutzen von Import- und Exportgütern theoretisch durchaus denkbar ist. Praktisch freilich vermag die politische Führung eines solchen Staates lediglich diejenigen absoluten und komparativen Kostenvorteile zu realisieren, die auch ohne konsequente Durchrechnung klar ersichtlich sind.

3. Welche Hilfen vermag nun die Geldrechnung zu geben, um die erheblichen Schwierigkeiten des Grenznutzenvergleichs bei durchgängig naturaler und zentraler Wirtschaftsrechnung in einer offenen Zentralverwaltungswirtschaft zu beheben? Die Antwort auf diese Frage ergab, daß die Kenntnis der Weltmarktpreise allein nicht genügt, das Bewertungsproblem zu lösen. Um die Kosten der Ausfuhr im Sinne von entgehenden Nutzen bestimmen zu können, hat auch hier die zentrale Leitung zunächst diejenigen Güter und Gütermengen zum Export bereitzustellen, bei denen der entgehende Nutzen vergleichsweise am geringsten ist. Das allgemeine Plangleichgewicht kann auch hier erst durch unmittelbare Bewertung aller Güter durch die Zentrale erreicht werden. Die Weltmarktpreise liefern indes der Zentralverwaltungswirtschaft einen Maßstab für die internationale Vergleichbarkeit der Außenhandelsgüter, und sie vereinfachen die Bewertung bei der Grenzauslese. Die Abstimmung der aus dem internationalen Warenaustausch resultierenden Verrechnungen mit der binnenländischen Finanzplanung gelingt durch das zentrale Außenhandels- und Devisenmonopol sowie durch das Differenzenkonto. Sie ermöglichen es, den binnenländischen Wirtschaftsprozess vollständig von ausländischen Märkten abzuschirmen, so daß -sorgfältige Planung vorausgesetzt- keine zusätzlichen Schwierigkeiten entstehen müssen.

4. Doch auch bei noch so sorgfältiger Planung, trotz Geldwirtschaft und Geldrechnung werden in einer Zentralverwaltungsverwaltungswirtschaft Diskrepanzen zwischen zentralen Plananforderungen und einzelwirtschaftlichen Interessen immer unvermeidlich sein. Solche Interessenkollisionen zwischen der zentralen Leitung und den an der Planverwirklichung beteiligten Personen und Betrieben ergeben sich aus der morphologischen Eigenart dieses Systems, aus der mangelnden Geschlossenheit der innerbetrieblichen Wirtschaftsrechnung sowie aus dem Fehlen eines allseitigen wirtschaftlichen Rechnungszusammenhangs. Die hier angedeuteten Besonderheiten wiesen auf die außerordentlichen Schwierigkeiten hin, die sich bei der Anwendung eines in sich geschlossenen Systems ökonomischer Hebel im Außenhandel für geldwirtschaftliche Rentabilitätsberechnungen eröffnen. Dadurch wurde zugleich deutlich, daß nahezu alle Bedingungen, die in dieser Arbeit an das Funktionieren einer rationalen Wirtschaftsrechnung in der theoretischen Analyse i m I n l a n d e geknüpft wurden, in einer konkreten Zentralverwaltungsverwaltungswirtschaft nicht gegeben sind.

5. Abschließend wurde versucht, auf der Grundlage des theoretischen Ordnungssystems der Zentralverwaltungsverwaltungswirtschaft, ein morphologisch konformes System der Außenwirtschaftspolitik aufzustellen. Auf dieser Grundlage waren die systemimmanenten Bedingungen für die Ordnung des internationalen Handels zwischen Zentralverwaltungsverwaltungswirtschaften zu bestimmen und es war die Frage zu beantworten, wie sich die Verhältnisse der Zentralverwaltungsverwaltungswirtschaften zueinander gestalten können. Dadurch, daß die praktischen Lösungen im Außenhandel zwischen Zentralverwaltungsverwaltungswirtschaften mit den theoretischen konfrontiert wurden, konnten die Schwierigkeiten, die sich für eine rationale Wirtschaftsrechnung des internationalen Handels z w i s c h e n Z e n t r a l v e r w a l t u n g s w i r t s c h a f t e n ergeben, erklärt werden. Zugleich waren aber auch die praktischen

Schwierigkeiten im Handel zwischen Zentralverwaltungs-
wirtschaften und die Gefahren der Ausnutzung möglicher
Machtpositionen durch einen vorherrschenden Staat zu
verdeutlichen. Die Methoden der außenwirtschaftlichen
Zusammenarbeit zeigten, daß dem Handel zwischen Zentral-
verwaltungswirtschaften keine Tendenz für eine allseitige
Harmonie der wirtschaftlichen Interessen innewohnt, wie
dies unter Berufung auf das "Prinzip des sozialistischen
Internationalismus" immer wieder hervorgehoben wird.
Die Beziehungen zwischen diesen Staaten offenbaren viel-
mehr Rivalitäten und Interessenkollisionen, die den
Wunsch vor allem der kleineren dieser Länder nach
wirtschaftlicher wie politischer Unabhängigkeit und
Eigenständigkeit verstärken.

Literatur zum Problem der Macht im Handel der Staaten,
vgl. S.185ff.

- Boßdorf, E.: Internationaler Handel und Zentralverwaltungs-
wirtschaft, a.a.O., S.40-49;
- Hirschmann, A./.: National Power and the Structure of
Foreign Trade, University of California Press, 1945;
- Iklé, F.C. u. Leites, N.: Verhandlungen - ein Instrument zur
Modifikation der Nutzenvorstellungen, in: Welt im Werden,
Spieltheorie und Sozialwissenschaft, hrsgg.v. M.Shubik,
Hamburg 1965 (Aus dem Amerikanischen übersetzt), S.255ff;
- Morgenstern, O.: Die Macht im Handel der Staaten, in: Ge-
staltungsprobleme der Weltwirtschaft, Festschr.f.A.Pre-
döhl, Göttingen 1964, S.48-55;
- Perroux, F.: Entwurf einer Theorie der dominierenden Wirt-
schaft, in: Zschr.f.Nationalökonomie, Bd.XIII, 1952,
S.1-25 u. 242-268;
- Viner, J.: International Relations between State-controlled
National Economies, in: Readings in the Theory of Inter-
national Trade, selected by a Committee of the American
Association, London (1950), S.437-456, Wiederabdruck aus:
The American Economic Review, Vol. XXXIV, Supplement
(March 1944), pages 315-329;
- Vgl. aber auch: Graf, W.: Der Außenhandel zwischen markt-
wirtschaftlich organisierten und zentralgeleiteten Volks-
wirtschaften, a.a.O., S.83-105;
- Hermes, Th.: Der Außenhandel in den Ostblockstaaten, a.a.O.,
S.88-99;
- Klinkmüller, E. u. Ruban, M.E.: Die wirtschaftliche Zusam-
menarbeit der Ostblockstaaten, a.a.O., S.101-121;
- Schenk, K.E.: Arbeitsteilung im Rat für gegenseitige Wirt-
schaftshilfe, a.a.O., S.84-99.

Literaturverzeichnis

Der Außenhandel und seine rechtliche Regelung in der UdSSR, Moskau 1961, deutsche Übersetzung im Staatsverlag der "Deutschen Demokratischen Republik", Berlin (Ost) 1963.

Anordnung über die Ausarbeitung, Bestätigung, Durchführung und Kontrolle der Material- und Ausrüstungsbilanzen-Bilanzordnung sowie Anordnung über die Methodik der Bedarfsplanung und das Verzeichnis der staatlichen Material- und Ausrüstungsbilanzen 1964, v. 5.3.1963, GBl der "DDR", Sonderdruck Nr 377.

Anordnung über die Methodik der Planung und Bilanzierung von Material, Ausrüstungen und Konsumgütern zum Volkswirtschaftsplan 1966, v. 25.5.1965, GBl der "DDR", Sonderdruck Nr 509.

Anordnung über die Ordnung und Haupttermine für den Ablauf der Ausarbeitung der Vorschläge zum Perspektivplan bis 1970, GBl der "DDR", Teil II, Nr 102 v. 24.10.1964, S. 841 ff..

Apel, E. u. Mittag, G.: Planmäßige Wirtschaftsführung und ökonomische Hebel, Berlin (Ost) 1964.

Baum, H.: Zur Gestaltung der Textilrohstoffpreise in der "DDR", in: Wirtschaftswissenschaft, Nr 6/1956.

Allgemeine Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen den Außenhandelsunternehmen der Teilnehmerländer des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Allgemeine Bedingungen des RgW von 1958), Fassung in deutscher Sprache, in: Osteuropa-Recht, Nr 1/1960.

Beirat für ökonomische Forschung bei der Leitung der staatlichen Plankommission der "DDR" (Hrsg.): Teilverflechtungsbilanzen, Planung und Leitung der Volkswirtschaft, H. 1, Berlin (Ost) 1965.

Bergson, A.: The Economics Of Soviet Planning, New Haven and London 1964.

Beschluß über die Grundsätze der Planmethodik 1965, v. 1.2.1965-Auszug; GBl der "DDR", Sonderdruck Nr 487.

Blessing, H.: Zu einigen Problemen der Anwendung des in sich geschlossenen Systems ökonomischer Hebel im Außenhandel, in: Der Außenhandel, 13. Jg 1963, H. 12.

Böhm-Bawerk, E. v.: Positive Theorie des Capitales, Innsbruck 1902.

Boßdorf, E.: Internationaler Handel und Zentralverwaltungswirtschaft, Diss. Freiburg 1955.

Ihr schüchtert die Bruderländer ein, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 126 v. 3. 6. 1964.

Cerniansky, V.: Die Preisbasis auf dem sozialistischen Weltmarkt, in: Der Außenhandel, Nr. 4/5, 1958.

Der Comecon, Ziele, Organisation, Tätigkeit, Weiterentwicklung und die Krise in der EWG in sowjetischer Darstellung, deutsche volkswirtschaftliche Gesellschaft e.V., Bericht 151/152, Hamburg o.J..

Christ, U.: Praktische und theoretische Probleme der Lenkung des Außenhandels in einer Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs, Diss. Marburg 1961.

Dadajan, W.S. u. Kossow, W.W.: Die Verflechtungsbilanz als Instrument der Planberechnungen, Übersetzung aus dem Russischen, Berlin(Ost) 1964.

Diekmann, K.: Wirtschaftsrechnung, Investitionen und Wachstum in einer Zentralverwaltungswirtschaft, Osteuropa-Institut an der F U Berlin 1960.

Dobrinin, W.G.N.: Ökonomik des sozialistischen Außenhandels, eine Buchbesprechung gleichen Titels in tschechischer Sprache über Cerniansky, V., Prag 1961, in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftliche Beiträge, Jg. 1964, April 1964, H.4.

Eucken, W.: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen Zürich 1955.

Eröffnungsansprache des 1. Stellvertreters des Vorsitzenden der staatlichen Plankommission und Vorsitzenden des Beirats für ökonomische Forschung bei der Leitung der staatlichen Plankommission, Minister G. Schürer, zur wissenschaftlichen Konferenz über "Das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft und Grundfragen der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Staaten beider Welt-systeme" v. 4.-6. März 1965, in: Die Wirtschaft, Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft und Technik, Sonderdruck.

Faddejew, N.: Sozialistische Partnerschaft, über die Zusammenarbeit im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, Wien, Köln, Stuttgart, Zürich 1965.

Förster, W.: Das Außenhandelssystem der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, hrsgg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1957.

III

Gesetz über den Außenhandel der "DDR" v. 22.1.1958, GBl der "DDR", Teil I, S. 69ff..

Gesetz über das Vertragssystem in der sozialistischen Wirtschaft (Vertragsgesetz), GBl der "DDR" v. 11.12.1957, Teil I, S. 627ff..

Gesetz über das Vertragssystem in der sozialistischen Wirtschaft (Vertragsgesetz), GBl der "DDR" v. 25.2.1965, Teil I, S. 107ff..

Gleitze, B.: Die Industrie der Sowjetzone unter dem gescheiterten Siebenjahrplan, Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteldeutschland, hrsgg. vom Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Bd 2, Berlin 1964.

Gleitze, B.: Die Sowjetzonenwirtschaft in der Krise, in: WWI, Wirtschaftswiss. Mitteilungen, hrsgg. v. Wirtschaftswiss. Institut der Gewerkschaften GmbH, H. 9/10, Köln, Sept./Okt. 1961.

Gossen, H. Heinrich: Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln für das menschliche Handeln, Berlin 1927.

Graf, W.: Der Außenhandel zwischen marktwirtschaftlich organisierten und zentralgeleiteten Volkswirtschaften, Zürich u. St. Gallen 1951.

Grote, G.: Probleme der Durchsetzung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft im Außenhandel, in: Wirtschaftswissenschaft, 12. Jg, H. 8, August 1964.

Gutmann, G.: Theorie und Praxis der monetären Planung in der Zentralverwaltungswirtschaft, Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen, hrsgg. v. K. Paul Hensel und K. Pleyer, H. 5, Stuttgart 1965.

Gutmann, G.: Zum Verteilungsproblem in der vollständig zentralgeleiteten Wirtschaft- Eine modelltheoretische Studie, unveröffentlichter Vortrag, gehalten als Antrittsvorlesung am 18.2.1966 vor der Rechts- und Staatswiss. Fakultät der Philipps Universität zu Marburg-Lahn.

Hamel, H.: Das sowjetische Herrschaftsprinzip des demokratischen Zentralismus in der Wirtschaftsordnung Mitteldeutschlands, Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteldeutschland, hrsgg. v. Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Bd 5, Berlin 1966.

IV

Hensel, K. Paul: Planwirtschaft, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, hrsgg. v. Beckerath, E. v. u. a., Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1964, Bd 8.

Hensel, K. Paul: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltun^gswirtschaft, eine vergleichende Untersuchung idealtypischer wirtschaftlicher Lenkungssysteme an Hand des Problems der Wirtschaftsrechnung, Schriften zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme, hrsgg. v. K. Paul Hensel, H. 1, Stuttgart 1954.

Hensel, K. Paul: Ordnung der Wirtschaft als wissenschaftliches Problem, in: Ordo, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd XV-XVI, Düsseldorf, München 1965.

Hensel, K. Paul: Strukturgegensätze und Angleichungstendenzen der Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme von Ost und West? in: Ordo Bd XII, Düsseldorf, München 1961.

Hensel, K. Paul: Über wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Willensbildung und Willensverwirklichung in verschiedenen Ordnungen, in: Probleme der willensbildung und der wirtschaftspolitischen Führung, hrsgg. v. Seraphim, H. J., Berlin 1958.

Hercher, K.: Der Zahlungsverkehr der "DDR" mit dem Ausland, Berlin (Ost) 1958.

Hermes, Th.: Der Außenhandel in den Ostblockstaater, Theorie und Praxis, Hamburg 1958.

Heuer, H.: Zur Organisation der Betriebsplanung in der volkseigenen Industrie des sowjetischen Besatzungsgebietes, Berlin 1958.

Heuss, E.: Wirtschaftssysteme und internationaler Handel, St. Gallener wirtschaftswissenschaftliche Forschungen v. d. Handelshochschule St. Gallen, Zürich, St. Gallen 1955.

Hirsch, H.: Mengenplanung und Preisplanung in der Sowjetunion, Basel, Tübingen 1957.

Hirschmann, O.: National Power and the Structure of Foreign Trade, Berkely, Cal. 1945.

Hoffmann, E.: Der gemeinsame Markt in Osteuropa, die großen Märkte der Welt, Bd 3, Opladen 1961.

Huebbernet, G. v.: Die rote Wirtschaft wächst, Aufbau und Entwicklungsziele des Comecon, Düsseldorf 1960.

Iklé, F.C.u.Leites, N.: Verhandlungen - ein Instrument zur Modifikation der Nutzenvorstellungen, in: Welt im Werden, Spieltheorie und Sozialwissenschaft, hrsgg.v. Shubik, Hamburg 1965.

Kalok, G.: Preisprobleme im neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, in: Wirtschaftswissenschaft, 12. Jg, H. 4, April 1964.

Kammer für Außenhandel der "DDR": Außenhandelspraxis, Teil III, Die Durchführung von Exportgeschäften, Loseblattsammlung, 9. Ergänzung, Stand 31.12.1963, Berlin (Ost).

Kammer für Außenhandel der "DDR": Außenhandelspraxis Teil IV, Der Zahlungs- und Verrechnungsverkehr mit dem Ausland, Loseblattsammlung, 2. Ergänzung, Stand 30.12.1965 Berlin (Ost).

Kaser, M.: Comecon, Integration, Problems of the Planned Economies, London, New York, Toronto 1965.

Klinkmüller, E.: Die gegenwärtige Außenhandelsverflechtung der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, wirtschaftswiss. Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der F U Berlin, Bd 8, Berlin 1959.

Klinkmüller, E.: Die gegenwärtige Organisationsstruktur der sowjetischen Wirtschaftsverwaltung, in: Planungsprobleme im sowjetischen Wirtschaftssystem, wirtschaftswiss. Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der F U Berlin, Bd 22, Berlin 1964.

Klinkmüller, E.: Organisation und Planung der Außenwirtschaft, in: Osteuropa-Handbuch, hrsgg.v.W.Markert, Sowjetunion, Teil: Das Wirtschaftssystem, Köln u.Graz 1965.

Klinkmüller, E. u. Ruban, M.E.: Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Ostblockstaaten, wirtschaftswiss. Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der F U Berlin, Bd 12, Berlin 1960. Knorre? W.v., Zehn-Jahre-Rat-für

Knorre, W.v.: Zehn Jahre Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon), Entwicklung und Ergebnisse 1949-1959, Würzburg 1961.

Kornai, J.: Overcentralization in Economic Administration, A Critical Analysis, Based on Experience in Hungarian Light Industry, Translated, Oxford 1959.

Kratsch, O.: Zur sowjetischen Diskussion über Plan, Gewinn, Prämie, in: Wirtschaftswissenschaft, 12. Jg, H. 1, Jan. 1964

VI

Lange, E.: Grundfragen des neuen ökonomischen Systems im Außenhandel, Berlin (Ost) 1965.

Lange, O.: Essays on Economic Planning, Calcutta 1960.

Liberman, J.: Plan - Gewinn - Prämie, in: "Prawda" v. 9.9.1962f (russ.), deutsche Übersetzung in: Presse der Sowjetunion, Nr 108 v. 23.9.1962.

Mann, H.: Zur ersten Etappe der Industriepreisreform 1964, in: Der Außenhandel, 14. Jg, H. 4, 1964.

Mendershausen, H.: Terms of Trade between the Soviet Union and Smaller Communist Countries 1955-1957, in: The Review of Economics, H. 5, 1959.

Mendershausen, H.: Terms of Soviet-Satellite Trade, in: The Review of Economics and Statistics, Bd XLI vom Mai 1959 und Bd XLII vom Mai 1960.

Morgenstern, O.: Die Macht im Handel der Staaten, in: Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft, Festschr. für A. Predöhl, hrsgg. v. H. Jürgensen, Göttingen 1964.

Neuhauser, G.: Zur Klärung einiger Grundbegriffe der theoretischen Wirtschaftspolitik, Sonderdruck aus der Zeitschr. für Nationalökonomie, Bd XVIII, H. 2, 1957.

Neumann, J. v. u. Morgenstern, O.: Theory of Games and Economic Behavior, Princeton 1953.

Nove, A.: Collectivist Economic Planning, London 1947.

Nykryn, J.; Stepan, K.; Herman, K.; Sereghy, J.; Heiduschat, F.: Der sozialistische Außenhandel und der Nutzeffekt der Außenhandelsgeschäfte, Berlin (Ost) 1962.

Nykryn, J.; Herman, K.; Stepan, K.; Heiduschat, F.: Organisation und Technik des Außenhandels, Berlin (Ost) 1956.

Politische Ökonomie - Lehrbuch, hrsgg. von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Institut für Ökonomie, nach der dritten überarbeiteten und ergänzten russischen Ausgabe, Berlin (Ost) 1961.

Pásztory, T. v.: Von marxistischer Ideologie zur Planwirtschaft (Darstellung, Analyse und Kritik), Berlin 1964.

Perroux, F.: Entwurf einer Theorie der dominierenden Wirtschaft, in: Zeitschr. für Nationalökonomie, Bd XIII, 1952.

Petersen, G.; Vleczek, G.; Wiesemann, P.: Wichtige Bestimmungen aus dem Vertragsgesetz, Berlin (Ost) 1962.

VII

Planungsprobleme im sowjetischen Wirtschaftssystem, Ergebnisse einer Fachtagung, wirtschaftswiss. Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der F U Berlin, hrsgg. v. Karl C. Thalheim, Bd 22, Berlin 1964.

Rätselhafte Preislage am Zuckermarkt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Blick durch die Wirtschaft, Nr 164 v. 19.7.1965.

Pryor, F.L.: Forms of Economic Co-Operation in the European Communist Bloc, A Survey, Soviet Studies, Oxford, H. 11, 1959.

Pütz, Th.: Außenhandelspolitik (II), in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, hrsgg. v. Beckerath, E. v. u. a., Stuttgart, Tübingen, Göttingen, Bd 1, 1956.

Ricardo, D.: Grundsätze der Volkswirtschaftslehre und der Besteuerung, Jena 1923³; Kapitel 7.

Richert, E.: Macht ohne Mandat, Der Staatsapparat in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Schr. des Instituts für politische Wissenschaft, hrsgg. v. O. Stamer, Bd 11, Köln u. Opladen 1963².

Richtlinien für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft v. 11.6.1963, GBl der "DDR", Teil II, Nr 64 v. 18.6.1963, S. 453ff..

Röpke, W.: Außenhandel im Dienst der Politik. Bemerkungen eines Nationalökonomen zum Handel mit dem kommunistischen Imperium, in: Ordo, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd 8, Düsseldorf u. München 1956.

Röpke, W.: Internationale Ordnung - Heute, Erlenbach - Zürich, Stuttgart 1954.

Rose, K.: Theorie der Außenwirtschaft, Berlin u. Frankfurt a. M. 1964. \$

Konvertierbarer Rubel? in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr 100 v. 30.4. und 1.5.1965.

Rudolph, J.: Die planmäßige Herstellung der Proportionalität in der Perspektivplanung und der volkswirtschaftliche Nutzeffekt der Arbeit, Vorträge und Schriften der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, H. 79, Berlin (Ost) 1962.

Rudolph, J.; Friederich, G.: Grundriß der Volkswirtschaftsplanung, Berlin (Ost) 1957.

Schenk, F.: Magie der Planwirtschaft, Köln 1960.

VIII

Schenk, K.E.: Arbeitsteilung im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, wirtschaftswiss. Veröffentlichungen des Osteuropa-Institutes an der F U Berlin, Bd 21, Berlin 1964.

Serebrjakow, S.W.: Organisation und Technik des Sowjethandels, Berlin(Ost) 1952.

Smirnow, A.M.: Internationale Verrechnungen und Kreditbeziehungen im Außenhandel der UdSSR, Übersetzung aus dem Russischen, Berlin(Ost) 1954.

Spiller, H.: Valutamonomopol und internationale Finanzbeziehungen, Berlin(Ost) 1963.

Spulber, N.: The Soviet Economy Structure, Principles, Problems, New York 1962.

Stackelberg, H.v.: Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, Tübingen, Zürich 1951².

Thalheim, Karl C.: Die Entwicklung der Wirtschaftsintegration im Ostblock, in: Osteuropa-Wirtschaft, 1956, H. 1.

Thalheim, Karl C.: Grundzüge des sowjetischen Wirtschaftssystems, Köln 1962.

Thalheim, Karl C.: Methoden und Probleme des Zahlungsverkehrs im Ostblock, in: Osteuropa-Wirtschaft, 1959, H. 1.

Thalheim, Karl C.: Die Wirtschaft der Sowjetzone in Krise und Umbau, Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteldeutschland, hrsgg. vom Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bd 1, Berlin 1964.

Tiedtke, H.: Der Außenhandel der "DDR", in: Die Ökonomik der sozialistischen Industrie- und Handelsbetriebe, Berlin(Ost) 1962.

Tinbergen, J.; Baykov, A.; Verdoorn, F.J.; Pajestka, J.; O'Carroll, F.M. Contributions: Economic Planning, ed. by Zimmermann, L.J., Publications of the Institut of Social Studies, Series Maior, Volume VIII, London, The Hague, Paris 1963.

Tinbergen, J.: Central Planning, New Haven and London 1964.

IX

Ulbricht, W.: Probleme des Perspektivplanes bis 1970, Referat auf der 11. Tagung des Zentralkomitees, in: Neues Deutschland B, v. 18.12.1965.

Viner, J.: International Relations between State-Controlled National Economies, in: Readings in the Theory of International Trade, selected by a Committee of the American Association, London 1950, Wiederabdruck aus: The American Economic Review, Vol. XXXIV, Supplement (March 1944 I, pages 315-329).

Das funktionelle Wirken der Bestandteile des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Berlin (Ost) 1964.

Lebenslauf

7. 2. 1934 geboren in Gevelsberg als zweiter Sohn des Stadtinspektors Walter Hochstrate und seiner Ehefrau Antoinette, geborene Scharloh.
- 1940-1943 Besuch der Volksschule in Gevelsberg.
- 1943-1944 Besuch der Volksschule in Bad Grund.
- 1945-1946 Besuch der Volksschule in Gevelsberg.
- 1947-1955 Besuch des städt. mathem.-naturw. Gymnasiums in Gevelsberg.
3. 3. 1955 Reifeprüfung am städt. mathem.-naturw. Gymnasium in Gevelsberg.
- 1955-1956 Studium der Volkswirtschaftslehre an der Philipps-Universität in Marburg.
- 1956-1957 Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Innsbruck.
- 1957-1960 Studium der Volkswirtschaftslehre an der Philipps-Universität Marburg.
20. 12. 1960 Diplomprüfung für Volkswirte an der Philipps-Universität Marburg.
- Mai 1961- Wissenschaftliche Hilfskraft am
- Mai 1963 Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre der Philipps-Universität Marburg (Professor Dr. K. Paul Hensel).
- Seit Mai 1963 Verwalter einer wissenschaftlichen Assistentenstelle am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre der Philipps-Universität Marburg (Professor Dr. W. Hamm).

